Willy Klages

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft in zwei Bänden, Band III/2

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein
und
71 Jahre Vasallenschaft



Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft
in zwei Bänden, Band III/2

Das Schicksal der Deutschen
nach der Vereinigung von BRD + DDR

30 Jahre Vasallenschaft

Inhaltsverzeichnis Band III/2	**Seite**
Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft Asylanten und illegale Einwanderer Genderismus Die Zerstörung der traditionellen Familie Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems	3-42
Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "Die Grünen", "Bündnis90/Die Grünen"	43-67
NATO-Osterweiterung und Reduzierung der deutschen Bundeswehr	68-87
Bildung eines EU-Zentralstaates	88-205
Staatlich angeordnete Energiewende bzw. systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft	206-248
Der weltweit inszenierte Corona-Wahn der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	249-272
Scheindemokratie: Die sogenannte "repräsentative Demokratie" der Bundesrepublik Deutschland	273-310
Die "Vierte Gewalt": Gleichschaltung der Berichterstattung und Meinungsäußerungen in der Bundesrepublik Deutschland	311-343
Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland von 1990-2020	344-407
Tage- oder wochenlanger Stromausfall Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die eigene Regierung Petitionen an den Deutschen Bundestag Netzzusammenbrüche (Blackouts) Kampf ums nackte Überleben Widerstandsrecht gegen staatsgefährdende Maßnahmen des Staates Hochverrat wegen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland Recht zum Widerstand Nach der verlorenen Freiheit droht zusätzlich der Verlust der Heimat Wer die Geschichte des eigenen Volkes ignoriert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen	408-417
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	418-429

Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft

Asylanten und illegale Einwanderer

> I sag' gar nix mehr, dös wird man doch noch sagen dürfen!
> *Karl Valentin, eigentlich Valentin K. Fey (1882-1948, deutscher Kabarettist)*

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77) ...

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturetat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die

Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)
- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)
Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)
- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moral in geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.
Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<
Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<
Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...
Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten. <<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.
Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<
Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als

rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...
Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<
Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**
Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen
Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen - war doch aus dem Hickhack, aus der Pöbelei des sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Martin Schulz gegen den italienischen Ministerpräsidenten und dessen ebenso witz- wie niveauloser Replik, die Luft raus - wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.
Der fand zwar auch Berlusconis Bemerkung unappetitlich, der Sozi solle sich in einem Film über KZs als Kapo-Darsteller bewerben, doch empörte es ihn noch viel mehr, daß Bundeskanzler Schröder daraufhin seinen Urlaub in Italien abgesagt hatte. Es habe bisher, so Hintze, allgemeine Übereinstimmung bei allen Bundesregierungen von Willy Brandt bis Helmut Kohl gegeben, im internationalen Verkehr nicht für Deutschland dessen Gewicht als größtes, volksreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas in die Wagschale zu werfen - "wegen unserer Vergangenheit".
Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.
Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).
Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.
Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!
"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal

neun Prozent ausmacht.
Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.
Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei.
Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.
Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."
Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.
Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.
So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/37-39): >>**Irrweg Doppelpaß**
_ *von Heinrich Lummer*
Als im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR offenkundig wurde, daß die Regierung das Volk nicht hinter sich hatte, bemerkte Bertolt Brecht zynisch, dann müsse sich die Regierung eben ein neues Volk wählen. Eine solche Wahlchance ist nur wenigen Regierungen vergönnt. Die jetzige Regierung hat sie: Man eröffne den in Deutschland lebenden Ausländern die Chance, Deutsche zu werden, damit sie wählen können, und gleichzeitig, Ausländer zu bleiben. Und schon hat man Hunderttausende, wenn nicht Millionen dankbarer Wähler. Die Masseneinwanderung wird durch Masseneinbürgerung ergänzt.
Schon in der Debatte um die Wiedervereinigung wurde der Nationalmasochismus deutlich, der sich bei Linksintellektuellen wie Günter Grass in der These äußerte, Deutschland habe wegen Auschwitz das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit verwirkt. Glücklicherweise konnten Leute wie Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens die Wiedervereinigung nicht verhindern. Deshalb sinnen sie nun nach anderen Möglichkeiten, den deutschen Nationalstaat zu überwinden. Deutschland soll den Deutschen genommen werden - und ein Hebel ist die doppelte Staatsbürgerschaft.
Dabei ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung traditionell an zwei Voraussetzungen gebunden: Einmal erwarten wir die Entlassung aus der bisherigen

Staatsangehörigkeit, zumindest das redliche Bemühen darum. Zum anderen muß der Betroffene vor der Einbürgerung einen erfolgreichen Integrationsprozeß durchlaufen haben. Demgegenüber will Rot-Grün die deutsche Staatsangehörigkeit bedingungslos zum Nulltarif vergeben. Dagegen lassen sich gute Argumente ins Feld führen.

Zehn Gegenargumente

1.) Doppelstaatlichkeit bremst Integration: Im Kernbereich der Diskussion steht die Frage, ob die Abgabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer die Integration fördert oder eher behindert. Zutreffend sieht ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Kernpunkt des Streits in der Bereitschaft der rot-grünen Regierungskoalition, die "Einbürgerung so wenig wie möglich an den Integrationswillen des Eingebürgerten" zu binden.

Schon jetzt muß weitgehend festgestellt werden, daß namentlich türkische Ausländer keinen ausreichenden Willen zur Integration erkennen lassen. Die meisten von ihnen könnten längst die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie wollen es nicht, weil sie Türken bleiben wollen. Schon diese Tatsache unterstreicht nachdrücklich die fehlende Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für die Übernahme der Staatsangehörigkeit.

Genauso wenig spricht es für Integrationswillen, wenn man zu Hause nur Türkisch spricht und viele Kinder deshalb in der Schule Sprachprobleme haben, die geeignet sind, die Leistung ganzer Klassen zu mindern. Wenn diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zum Nulltarif erhalten, werden keinerlei Integrationsanstrengungen mehr verlangt. Je leichter die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, desto geringer die Integrationsbereitschaft.

2.) Doppelstaatlichkeit schafft Parallelgesellschaften: Hinter dem Doppelpaß-Verlangen steht bei vielen Türken der Wunsch, sich im Sinne der Rosinentheorie die Vorteile beider Staatsangehörigkeiten zu sichern. Man will vom Herzen her Türke bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit als Zugabe. Sicher spielt da manchmal auch gesellschaftlicher Druck eine Rolle, denn es wird einem Türken im Elternhaus oder in der türkischen Heimat oft übelgenommen, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Schließlich hat man ja in der Schule gelernt, daß es eine große Gnade Allahs sei, als Türke geboren zu werden. Mehr als bei jedem Deutschen spricht hier die Stimme des Blutes und der Kultur. Der fehlende Wille dieser Menschen, Nur-Deutsche zu werden, kann und darf für uns aber kein Grund sein, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu gewähren. Auf diese Weise fördert und schafft man Separat- oder Parallelgesellschaften.

3.) Doppelstaatler sollen rot-grüne Mehrheit sichern: Die hartnäckige Absicht von Rot-Grün, eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu vollziehen, erfolgt ganz offensichtlich nach der Devise, durch Begünstigung von Ausländern die Gunst künftiger Wähler zu erlangen. Nicht autochthone Deutsche, sondern Doppelstaatler, sprich Ausländer, könnten dann den Wahlausgang und damit das politische Leben in Deutschland nachhaltig mitbestimmen oder als Zünglein an der Waage entscheiden. Insofern ist es mangels anderer plausibler Gründe naheliegend, daß sich Rot-Grün die Mehrheit mit Hilfe von Ausländern sichern will. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist makaber und verwerflich.

4.) Doppelstaatler können instrumentalisiert werden: Die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren die Forderung nach einer doppelten Staatsangehörigkeit stets unterstützt. In vielen Fällen hat sie die deutsche Politik insofern unterlaufen, als sie Personen, die nach der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit die deutsche erhielten, sie ihr nachträglich wieder erteilte. Durch diese unfreundliche und unanständige Politik hat Ankara eine große Zahl von Doppelstaatlern produziert. Die Interessenlage der türkischen Regierung ist klar. Wir werden durch die Doppelstaatler in absehbarer Zeit eine Diskussion über die türkische und andere Minderheiten in Deutschland erhalten.

Je weniger Integration gelingt, desto schneller kommt die Frage nach der Anerkennung der Minderheiten und ihrer Rechte. Und natürlich nimmt sich dann der türkische Staat das Recht,

für die Minderheiten einzutreten, sie zu instrumentalisieren. Die demographische Entwicklung im Kosovo läßt grüßen. (Die Republik Albanien war als Schutzmacht der albanischen Bevölkerungsgruppe in der serbischen Provinz Kosovo aufgetreten und hatte deren Untergrundarmee UCK unterstützt).
5.) Doppelstaatlichkeit verletzt Gleichheitsgrundsatz: Die von Rot-Grün beschlossenen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft berühren auch den Gleichheitsgrundsatz. Zunächst einmal haben Millionen Ausländer zwei und der arme, dumme Deutsche nur eine Staatsangehörigkeit. Das kommt einer faktischen Spaltung der Gesellschaft gleich. Es gibt Nur-Deutsche und Auch-Deutsche. Das hat politische Folgen: Doppelstaatler können nämlich in zwei Ländern wählen! Sie genießen die jeweiligen Vorteile als Staatsbürger zum Beispiel beim Kauf von Grundstücken.
Der Doppelstaatler kann je nach Bedarf das eine oder andere Rechtssystem in Anspruch nehmen, etwa beim Scheidungsrecht, das in muslimischen Ländern stark den Mann begünstigt. Er kann sich in zwei Staaten für den öffentlichen Dienst bewerben. Er kann politische Ämter in zwei Staaten ausüben. Seine Reisefreiheit ist im Hinblick auf unterschiedliche Visumspflichten größer als die eines Nur-Deutschen. Die Gruppe der Doppelstaatler ist also eindeutig privilegiert. …<<

Genderismus

> Wir haben den Kontakt zur Realität verloren. - Keine Angst, die findet uns schon wieder.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.
Beim sogenannten Genderismus handelte es sich jedoch tatsächlich vor allem um die zwangsweise Durchsetzung von Pseudo-Antidiskriminierungsmaßnahmen und um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielten, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft zu spalten sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.
Der Genderismus ist ein gemeingefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, egoistischen, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen).
Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne eigenen Nationalstaat (ohne Herkunft und Heimat), ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**
Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung ("gender mainstreaming") zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.
Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Füh-

rungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden.
Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. Die biologisch-psychischen Konsequenzen bleiben nicht aus. Entmannte Männer suchen in Übertreibungen, im Alkohol und in der Zerstörungswut ihr seelisches Ventil.
Gleichzeitig damit wird auch die Frau entweiblicht, sie sucht in Männertätigkeiten ihre Zuflucht (Karrierefrauen) und kann auch für ihre Kinder nicht länger die Mutter sein. Biologisch zwar, aber psychisch und im eigentlichen Sinne ist sie damit völlig überfordert, denn sie lebt ja nach einem anderen "Programm".
Liebe gibt sie ja nur oder überwiegend in ihren Beruf, dem Mann eventuell noch Sex, aber der ist dann wenig mehr als ein Spaß, der keine partnerschaftlichen Funktionen mehr hat. Mann, Kinder und damit Familie bleiben auf der Strecke.
Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau, Lohndumping bei dieser wiederum zur Verschuldung und der Abhängigkeit von Geldverleihern (Papiergeldversprechern), weil das Geld beider nun doch nicht für die Familie reicht. ...
Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich.
Diesen Prinzipien folgend, bräuchten wir weder Kapitalismus noch Sozialismus oder Feminismus, auch ein neuer Maskulinismus, wie er sich beim Extrem-Bodybuilding und bei militärischer Gewalt zeigt, ist überflüssig.
Weiteres Fazit: Die gesamte Zivilisation (Verbürgerlichung der Lebensweise) hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.
Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt.

Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 über "Gender-Mainstreaming" (x887/...): >>**Ein Sozialexperiment**

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Juni 2015 (x892/…): >>**Argumentationshilfe gegen die schulischen Lehrpläne mit Gender Mainstreaming**

… Die bekannte und äußerst verdienstvolle Psychagogin Christa Meves hat für die Widerstandsbewegung niedersächsischer Eltern eine Argumentationshilfe verfaßt und wünscht ausdrücklich deren Verbreitung.

Christa Meves

Liebe Eltern, merkt auf!

Es sind befremdliche schulische Maßnahmen im niedersächsischen Ministerium anberaumt worden: Gender Mainstreaming soll hierzulande im Unterricht fächerübergreifend dem Unterricht hinzugefügt werden. Das heißt: Die Jugendlichen sollen nicht etwa nur in einem Fach über geschlechtliche Zusammenhänge aufgeklärt werden, sondern die Behörde will ihnen als eine HAUPTSACHE - so heißt das Wort Mainstreaming ins Deutsche übersetzt - eine neue Lehre über die Geschlechter in allen Schulfächern vermitteln.

Die Kinder sollen nun erfahren, daß es nicht mehr vorgegeben ist, daß Mann und Frau sich zusammenfinden, um mit den daraus erwachsenen Kindern eine Familie zu bilden, sondern daß ihnen als "Gender" eine Fülle weiterer Möglichkeiten geschlechtlichen Umgangs offen stehe. Den Schülern und Schülerinnen soll beigebracht werden, daß die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau nicht eine biologische angeborene Gegebenheit ist.

Sie sollen neu lernen, daß es gleichrangig möglich ist als Lesbe, Schwuler, Bisexueller, Transsexueller, Transgender, Intersexueller oder als sexuell vielfach Wechselnder zu leben. Es soll damit ausgeschaltet werden, daß die Jugendlichen es nicht mehr für selbstverständlich halten, ihr Geschlechtsleben nach ihren angeborenen Körperformen auszurichten. Die Schüler sollen lernen, daß sie selbst die Form ihres Geschlechtslebens bestimmen können. Daß Mann und Frau angeboren und zur Ehe miteinander bestimmt seien, sei ein überholtes Vorurteil, das jetzt überwunden werden müsse.

Aber das ist eine Irrlehre!

Daß der Mensch als ein Mann oder als eine Frau durch diese Welt gehen soll, - so weiß es jetzt die Hormonwissenschaft ganz genau - wird bereits unmittelbar bei der Zeugung festgelegt und durch die Einwirkung von Geschlechtshormonen im ungeborenen Kind zur Entfaltung gebracht. Im Alter von 4 bis 7 Jahren merkt das Kind das dann und beginnt sich als Junge nach dem Vater und als Mädchen nach der Mutter auszurichten, um eines Tages ein Mann und ein Vater, als Mädchen eine Frau und eine Mutter werden zu wollen.

Neuerdings soll nun in der Grundschule den Kindern vermittelt werden, daß es auch anders gehen könne. Sie könnten auch hier schon wählen, was sie werden wollen, wenn sie erwachsen sind, z.B. als Junge eine Frau und als Mädchen ein Mann. Das aber sind und bleiben Abweichungen vom angeborenen vorgegebenen Geschlecht, die nach Gender Mainstreaming nun als normal gelehrt und angeregt werden sollen.

Liebe Eltern, Ihnen allen wird dieses neue Unterrichtsziel absurd erscheinen, und dieses

Konzept als eine ausgefallene Mode, die, so denkt man bald wieder verschwinden wird. Aber dennoch kann diese Irrlehre für manche unserer Kinder heute zur Verführung werden. Wenn z.B. Jungen in diesem Alter keinen Vater haben, der ihnen ein Vorbild ist, oder den sie nicht nachahmen möchten, weil er säuft, schlägt oder einfach weg ist, während die Mama das Leben packt und gut drauf ist, kann der kleine Sohn in diese Schiene geraten und dann sogar später meinen, er hätte von Anfang an anders sein wollen als es sein Geschlecht vorgibt.
Im Jugendalter können solche Kinder dann doch aufgeschlossen sein für die neue Mode. Vielen Eltern in deutschen Ländern, aber auch in manchen anderen europäischen Ländern ist das aber gar nicht recht. Sie demonstrieren vor den Parlamenten; denn dieses Gender Mainstreaming wird in vielen Instituten der EU bereits öffentlich programmiert. Deshalb werden die Unterrichtsmaterialien jetzt bereits dieser Theorie entsprechend verändert.
Eltern! Mit dieser so international programmierten Lehre könnt Ihr nicht einverstanden sein!
Denn, wenn sie Erfolg hat, wird es immer weniger Familienbildung geben, und der Geburtenschwund wird immer größer werden. Damit wird die Hoffnung auf Zukunft in Wohlstand immer mehr gefährdet! Erst recht nicht könnt ihr dann auf Großelternschaft hoffen. Die Enkel bleiben dann aus! Dieser Hauptstrom, der jetzt eingerichtet werden soll, entspricht nicht den Wünschen, die die Mehrheit der Menschen heute in Europa hat: Sie wollen in gesunden zusammenhaltenden Familien leben.
Wehrt Euch, Ihr Eltern, gegen solche Schulpläne! Unser Grundgesetz sagt: Die Erziehung der Kinder liegt zuförderst in der Hand der Eltern. Das Recht zum Widerstand ist auf Eurer Seite!
…<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Juni 2015: >>**Genderwahn**
Grüne werden an ihren Sex-Ideologen zugrunde gehen
Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Dank einiger Ideologen verspielen sie das. Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu reglementieren.
Die Emanzipationsverfechter haben ihren Humor verloren, und das wird ihnen noch leid tun. Der Humor war oft sarkastisch, ironisch, manchmal bewußt boshaft, aber jetzt ist er verschwunden. Eine fröhliche Loveparade, ein putzig-überschwenglicher CS-Day? Das kommt alles an sein Ende. An ihre Stelle tritt der verordnete Zwang zu einer bestimmten Sichtweise, schon lange, aber hinzu kommen jetzt auch offener Haß gegen angeblich Rückwärtsdenkende, eine manchmal kaum verhüllte Verfolgungsfreude, ein gedankenpolizeilicher Schub schon beim Aufwachen.
Die Linke möchte von früh bis spät eine Toleranz verordnen, deren Grenzen nicht mehr das Gesetz, sondern ihr eigenes subjektives Empfinden ist. An die Stelle humorvoller Loveparade-Tänzer treten Femen-Kämpferinnen, oder Internetinquisitoren mit Decknamen, oder Bildungsideologen, die Grundschüler im Unterricht fächerübergreifend mit Wörtern wie "intersexuell" verwirren wollen.
Die Vertreter einer solchen Weltsicht sind in vielen Parteien zu finden, und sie erheben einen Herrschaftsanspruch. Die Anhänger politischer "Korrektheit" versuchen nicht, die Gleichbehandlung von Minderheiten durchzusetzen, sondern deren gesellschaftlich und politisch tief verankerte Vorbildrolle. Diese Rolle soll so alternativlos und so verhaltensbestimmend sein wie früher das von der Linken bekämpfte Patriarchat.
Das ist oft so bei derartigen Bewegungen - man möchte die Macht des Gegners gerne selber haben. Und zwar in genau demselben Umfang. Wenn diese Macht erreicht ist, dann soll der Mehrheit, gegen die man bisher kämpfte, das Lachen vergehen. So, wie die Emanzipationskommissarinnen und -kommissare das Lachen schon längst verloren haben.
Der Kompaß steht auf N - wie Nulltoleranz
Ihr Kurs mit der Kompaßnadel auf N wie Nulltoleranz wird sie bald in Probleme stürzen, die

sie in ihrer Verstiegenheit nicht sehen. Da hat die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ganz recht. Die formalrechtliche Gleichheit von Minderheiten ist nicht ohne Weiteres verfassungsrechtlich darstellbar, geschweige denn ihre Vorrangstellung. Wer Ja zur vollen gleichgeschlechtlichen Ehe sagt, könnte auch Ja zur Vielehe sagen müssen.
Aber da ist noch mehr. Wer Ja zur Vorbildrolle geschlechtlicher Minderheiten sagt, könnte auch Ja zur Vorbildrolle politischer Minderheiten sagen müssen - und zwar aller solcher Minderheiten. Die gesellschaftliche Linke ist aber schnell mit Verwaltungsmaßnahmen zur Hand, wenn es um die Ausgrenzung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Minoritäten geht.
Das Bundesverfassungsgericht schreitet immer öfter sogar für offen nazistische Rechtsextremisten ein, nicht weil die Richter mit ihnen sympathisierten, sondern weil die Verwaltungsmaßnahmen verfassungsrechtlich bedenklich sind. Es geht den Minderheits-Heroisierern wie allen Ideologen nicht um Minderheitenschutz im Sinne einer möglichst weiten rechtlichen Schutzsphäre. Es geht ihnen um die eigene Macht, und dann: Pfui, weg mit den Andersdenkenden.
Das sieht man an einem anderen Reflex. Bei niemandem sind sie so schnell auf Stigmatisierung aus wie bei Gegnern, die bei Geschlechterthemen sagen, sie sprächen für die Mehrheit. Die Korrektheitskämpfer begründen das unter anderem damit, daß geschlechtliche Minderheiten biologisch vorbestimmt seien, während religiöse oder politische Minderheiten eine freie oder jedenfalls nicht genetisch vorbestimmte Haltung verträten.

Genderwissenschaft hat ihre Berechtigung

Das kann man so sehen, aber rechtfertigt keine Kopf-ab-Politik gegen die gesellschaftliche Mehrheit. Eine derartige Politik schadet dem Fortschritt. Denn natürlich haben Anliegen wie Gender oder gleichgeschlechtliche Ehe ihre Berechtigung. Es gibt detaillierte Genderforschungen dazu, wie unterschiedlich Frauen und Männer manche Alltagsprobleme angehen und welche Folgen das für Technikkonzerne oder Wirtschaftsstrukturen haben könnte - ohne jedweden diskriminierenden Ansatz.

Warum Männer in Passau nicht mehr "Fensterln" dürfen

Fensterklettern verärgert Gleichstellungsbeauftragte: Weil es immer nur die Männer sind, die zu den Damen ins Fenster steigen, soll die spaßige Disziplin "Fensterln" zum Campus-Fest in Passau so nicht stattfinden.
Es gibt die breite Schicht der Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Verbindung oder eine Geschlechtsumwandlung als etwas Alltägliches empfinden, solange das eine individuelle Glücksentscheidung statt eine politische Vorbildhaltung ist. Das alles wird von den Vulgär-Vorkämpfern einer "Genderpflicht" und einer "Ehe für alle" verschüttet, weil sie den Eindruck erwecken, eine Ideologie der Minderheitenmacht durchpauken zu wollen. Wenn man das humorvoll sehen wollte, könnte man sagen, bald werden reine Männerrunden vorsichtshalber behaupten, einige der Männer seien früher einmal Frauen gewesen.
Will man es realistisch sehen, dann muß leider gesagt werden: Die Stuttgarter Sexualkundepläne sind eine Jungpionierindoktrination zum Sozialismus in Neuauflage, nur diesmal gegen heterosexuelle Eltern statt gegen Kapitalisten. "Allzeit bereit!" Wofür? Für die Achtung anderer Lebens- und Bewußtseinsformen? Nein. Die Stubenneurotiker der oktroyierten Sexualvielfalt erziehen Grundschüler zur Verachtung der Mehrheit. Darauf läuft es hinaus. So hat sich die Mehrheit die Ausweitung frühkindlicher Bildung nicht vorgestellt.

Geht es bloß um die Macht?

Diese Mehrheit hat nicht immer Recht. Aber sie hat in der stabilen Demokratie ein gutes Gefühl dafür, wo bloß Macht erobert werden soll, statt die Gesellschaft voranzubringen. Wer Kindern in die Kindheit pfuschen möchte, sobald sie in der staatlichen Pflichtschule solchen Pfuschern ausgeliefert sind, wird merken, daß Fürsorge- und Vertrauensbruch Konsequenzen hat.
Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Sie sind dank einiger Ideolo-

gen dabei, den Bonus zu verspielen. Nun herrscht wieder der Eindruck: Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu politisieren, an die Öffentlichkeit zu zerren und zu reglementieren. Tübingens grüner Bürgermeister Boris Palmer spürt das, und einige andere spüren es auch. Vor allem aber spürt es die Landes-CDU, die nun ein Gegenkonzept vertreten kann, das ihr womöglich den Weg in die Staatskanzlei öffnet.
Das Ende des Versuchs, Grundschüler zu Sexualpionieren zu erziehen, wird das Ende von Machtstrebern sein, die nicht wahrhaben wollen, was sonst jeder weiß: Die Mehrheit entscheidet. Und diese Mehrheit, gerade weil sie in Lebensfragen inzwischen sehr tolerant ist, möchte keine Bevormundung durch die schulische Hintertür, sondern Ausgewogenheit.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/…): >>**Gender - Was steckt dahinter?**
… In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff … die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.
Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird. …
Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx
Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß bereits das infame *Kommunistische Manifest* im Jahre 1848 den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.
Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:
In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgemerkt. …
Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft
Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:
"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes". …
Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa-Straßengewalt" - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt. …<<
Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die freimaurerische "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese schändliche Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und

Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.
Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das perfide Ziel, ein totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.
Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

Die Zerstörung der traditionellen Familie

> Die Stellung der Frau ist der bedeutendste und aussagekräftigste Indikator, mit dem sich ein sozialistisches System und eine sozialistische Staatspolitik bemessen lassen. Die Oktoberrevolution hat sich die Emanzipation der Frau auf ihr Banner geschrieben und die fortschrittlichste Gesetzgebung der Geschichte in Bezug auf Ehe und Familie geschaffen. … Echte Emanzipation der Frau ist undenkbar, … ohne die Zerstörung der kleinbürgerlichen wirtschaftlichen Familieneinheit, ohne die Einführung vergesellschafteter Essenszubereitung und Erziehung.
> *Leo Trotzki, eigentlich Lew Dawidowitsch Bronstein (1879-1940, russischer Politiker)*

Anstatt die bürgerliche Familie und ihre Rechte zu schützen und zu fördern, plant der Staat offensichtlich die komplette Abschaffung der bisherigen traditionellen Familie.
Die Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie wurde in erster Linie durch die Berufstätigkeit beider Elternteile und die frühzeitig Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen, wie z.B. Kindertagesstätten und Ganztagsschulen, eingeleitet.
Je früher die Krippenerziehung und die gezielte Manipulation (eigenmächtige staatliche Umsetzung der Gender-Ideologie) von Kindern in Kindertagesstätten beginnt, desto wirksamer kann die Mutter-Kind-Bindung gestört werden. Aufgrund der fehlenden Mutter-Kind-Bindung entwickeln sich die Kinder zu instabilen Persönlichkeiten, die leicht zu manipulieren sind.
Im Rahmen der "grünen" (kommunistischen) Ideologie entzieht man den Eltern grundlegende Erziehungsrechte, um die individuelle Persönlichkeit der Kinder durch spezielle Manipulationsmaßnahmen (perverse Sexualerziehung etc.) systematisch zu zerstören. Die Spaltung und Zersetzung der bürgerlichen Familie führt letzten Endes zur Zerstörung der gesamten Gesellschaftsstruktur, denn die Familie bildete bisher die Basis (Keimzelle der Gesellschaft) für stabile Nationalstaaten.
Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1996 (x853/...): >>...
Erziehen ohne Gott?
... Erziehung mit Gott - das heißt, täglich mit unseren Kindern den Weg des Guten, des Lebensvollen, des Aufbauenden zu suchen, weil wir wissen, daß wir im Dienst der Schöpfung stehen. Ein Geist dieser Art läßt z.B. nicht zu, daß Kinder Dinge tun, die ihre Gesundheit schädigen; denn er weiß, daß wir nicht aus Zufall oder Spaß existieren, sondern um Gottes Willen, um der Liebe voranzuhelfen.
Kinder, denen dieser Zusammenhang vermittelt wird - zunächst durch das Vorbild der Eltern,

dann aber auch in der Schule, und hier wie dort auch dadurch, daß man es den Kindern an der Schwelle zum Jugendalter sagt -, haben keine Not damit, hoffnungslos nach dem Sinn des Lebens zu fragen und zu resignieren, weil sie ihn nicht entdecken können. Wer seinen Kindern den Lebenssinn von uns Menschen glaubhaft vorlebt und sie darin unterrichtet, der kann die Hoffnung haben, daß die Kinder mit zupacken, weil sie spüren, wie nötig sie in dieser wahnwitzig zerstörerischen Welt gebraucht werden.
Es ist auch Erziehung ohne Gott, wenn man die Kinder über die Medien gegen ihre Eltern aufhetzt; denn das geschieht nicht von ungefähr. Dahinter steckt jener Feldzug, der unter der Devise "Marsch durch die Institutionen" die Absicht verfolgt, die Kinder dazu zu bringen, sich aus den Familien zu lösen (auch durch frühen Geschlechtsverkehr vom 13. Lebensjahr ab), damit diese dann als gewalttätige Revoluzzer unsere Lebensform in den Orkus (Totenreich) schicken, zu dem Zweck, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der der Mensch sich als Gott aufspielt und den neuen, gerechten Menschen allein hervorbringt.
Dieser gefährliche Geist besonders ist schon in viele junge Menschen eingefahren, weil sie verführt worden sind von der Vorstellung, der Mensch könne ohne Gott das Paradies der Zukunft selbst schaffen. Dies ist der Geist, der seit 1917 in Rußland praktiziert wurde, in dessen Zug 30 Millionen Russen von Russen umgebracht und Tausende und Abertausende von Kirchen zerstört wurden.
Davor gilt es, unsere Kinder und deren Zukunft zu bewahren; denn die Früchte dieser Götzenherrschaft des Menschen lassen sich in der Knechtschaft des armen russischen Volkes ganz deutlich ablesen - sie heißen: Elend des Volkes und brutale, barbarische Diktatur der anmaßenden Machthaber.
Es ist unendlich wichtig, unsere Kinder heute rechtzeitig vor den falschen Propheten zu bewahren, die ihnen vorgaukeln, es könne eine von Menschenhand gemachte, gerechte Gesellschaft geben. Es ist nötig, dies unseren Kindern zu verdeutlichen, bevor sie in den Bann der falschen Propheten geraten sind. Wir müssen den Geist des Gehorsams gegen den Geist des abgefallenen Menschenhochmuts setzen! Wir müssen uns Kraft holen aus dem Geist der Liebe, der Christus heißt! ...<<
Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**
In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.
Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung. …
Krieg und seine Folgen
Durch die Zäsur der beiden Weltkriege wurden familiäre Bande für Generationen schwersten Zerreißproben ausgesetzt. Ein normales, gar ruhiges Familienleben war für unzählige Menschen während vieler Jahre unmöglich geworden. Kriegsdienst und Gefangenschaft der Männer sowie Vergewaltigung, Verschleppung oder Evakuierung von Frauen und Kindern und die Flucht vor dem Feind oder Sieger verstreute unzählige Familien über das ganze Land und

über die Landesgrenzen hinaus. (Nebenbei sei bemerkt, daß diese Tatsache auch für die heute geführten Kriege gilt.)
Beim Zusammenbruch aller Orientierungsmöglichkeiten während des Krieges und nach Kriegsende blieb aber die Familie der rettende Anker und Kern der sozialen Beziehungen. Bei Kriegsende wirkte die Familie wie ein Magnet. Viele Menschen suchten nach ihren Familienangehörigen voller Erwartungen und Hoffnungen auf Geborgenheit, Liebe und ein Stück Normalität. …

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschluß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet.
Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan,** der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.
Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".
Amerikanische Sozialwissenschafter und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."
So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:
An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.
Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen.
Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer,

die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.
Die Zahl der von der **Frankfurter Schule** und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflußten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.
Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.
Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.
So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen. …

Zusammenfassung

Die traditionelle Familie mit den Vorzügen, wie sie eingangs beschrieben wurden, ist durch den freudo-marxistischen Angriff auf unsere bewährten kulturellen Werte einem gefährlichen Zersetzungsprozeß ausgesetzt. Glücklicherweise gibt es immer noch viele Familien, die sich ihre Familienkultur nicht nehmen lassen wollen. Allerdings haben es diese nicht so leicht, in einem vom Zeitgeist durchtränkten Umfeld standzuhalten und ihren Kindern eine gesunde Lebensorientierung auf den Weg mitzugeben.
Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.
Gleichzeitig fühlen sich Frauen und Männer im Sog der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung gezwungen, sich in den außerhäuslichen Arbeitsprozeß einbinden zu lassen. Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu. Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen.
Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen. …

Die Leidtragenden sind die entelterten Nachkommen.
Die Konsequenzen aus einer vernachlässigten Kindheit bekämen laut Prof. K. Hurrelmann, Universität Bielefeld, nicht nur die Kinder, sondern die ganze Gesellschaft zu spüren. ... Da immer mehr Mütter berufstätig seien und es kaum Alternativen gäbe, sei oft das Recht der Kinder auf angemessene Betreuung nicht gewährleistet. Besorgniserregend sei die Zunahme psychosomatischer Leiden bei den Zwölf- bis Siebzehnjährigen."
Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfährige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen. …
Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. Januar 2009: >>**Kontrapunkte**
Die vom Civitas-Institut herausgegebene und dreimal jährlich erscheinende Zeitschrift Civitas befaßt sich in ihrer aktuellen Ausgabe (4/2008) im Schwerpunkt mit dem Thema Ehe und Familie. "Auf breiter Front" habe der "totalitäre Liberalismus" einen Angriff auf die Grundlagen des Naturrechts und damit auf die Natur des Menschen gestartet, schreibt Rafael Hüntelmann in seinem Editorial. In seinem Ziel, der Zerstörung von Ehe und Familie, die das Fundament jeder Gesellschaft bilden, unterscheide er sich somit nicht vom Kommunismus.
Die Grundzüge dieser verhängnisvollen Entwicklung schildert die Gynäkologin Gabriele Marx in ihrem Beitrag "Die Pille - Vom Aufgang bis zum Untergang". Die Medizinerin, öffentlich bekannt durch einen Auftritt in der Fernsehsendung "Menschen bei Maischberger", beschäftigt sich nicht nur mit den ethisch und demographisch verhängnisvollen Folgen der Verhütungspille, sondern beschreibt auch den Widerstand von Papst Paul VI., der mit seiner Enzyklika "Humanae vitae" seinerzeit einen deutlichen Kontrapunkt setzte.
Doch relativierten die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer "Königsteiner Erklärung" und die österreichischen Bischöfe mit der "Maria Troster Erklärung", in denen sie den Gebrauch der Pille der Gewissensentscheidung der Gläubigen überließen, die Mahnungen Roms. Eindrücklich schildert die Autorin, wie der Beruf des Frauenheilkundlers und Geburtshelfers spätestens seit der sexuellen Revolution der 68er zum Verhüter, Abtreiber und künstlichen Befruchter degenerierte und durch schamlose Sexualaufklärung bereits im Kindergarten, öffentliche Pornographie in allen Medien und eine "moderne" Jugendkultur die allgemeine Sexualisierung vorangetrieben wurde und schließlich zum Glaubensabfall führte.
Den massiven Angriff auf Ehe und Familie durch die totalitäre Gender-Ideologie, deren Ziel die Abschaffung des natürlichen Geschlechts ist, beschreibt Inge M. Thürkauf. Gender Mainstreaming zeichne sich als letzte übriggebliebene Ideologie des 20. Jahrhunderts durch besondere Aggressivität und Menschenverachtung aus, da der Angriff direkt gegen die Natur des Menschen geführt werde.
Ihr liegt eine Weltanschauung zugrunde, die in der Konstruktion eines "neuen Menschen" gipfelt. Die Gender-Ideologen sind sich dabei bewußt, daß sie "jegliche bisher geltende Normen einreißen" und alles, was seit Anbeginn der Menschheit als "natürlich" und "normal" gegolten hat, durch Unordnung und Perversion ersetzen. Die Umerziehung zum "neuen Menschen", der "reif werden soll für die Neue Weltordnung, für die Neue Welteinheitsreligion", muß daher "schon bei Kleinstkindern, spätestens aber im Kindergarten beginnen".
Ein dritter Beitrag beschäftigt sich mit den naturrechtlichen Grundlagen der Familie aus dem bereits 1957 erschienenen und inzwischen leider längst vergessenen Buch "Amour, Famille, Christianisme" von Roger de Saint Chamas.
Anschrift: Civitas-Institut. Postfach 1541, 63133 Heusenstamm. … Internet: www.civitas-

institut.de <<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 7. März 2009 (x892/…): >>**Jeder Angriff auf die Familie ist ein Angriff auf die Freiheit**
Der morgige 8. März (2. Fastensonntag) wird, von der UNO natürlich offiziell gefördert, auch als "Internationaler Frauentag" begangen. Der blutige sowjetische Diktator Lenin hatte ihn bereits 1921 in der Sowjetunion per Dekret eingeführt; in Deutschland wurde diese Tradition zunächst nur von der DDR aufgenommen. Erklärtes Ziel ist letztendlich eine "Gleichberechtigung" der Frauen.
In Wirklichkeit handelt es sich um nichts weiter als um einen Teil einer weit angelegten Kampagne, welche die volle Berufstätigkeit der Frauen herbeiführen will.
Nun ist niemand grundsätzlich gegen eine Berufstätigkeit der Frauen. Es gilt aber, zu verhindern, daß diese Vollzeit-Berufstätigkeit zu Lasten der Familie geht, des Kernes der bisherigen Gesellschaft. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft beginnt (nicht allein) mit der Zerstörung von Ehe und Familie.
Auf einer viel zu wenig beachteten Seite des Internetauftritts des Heiligen Stuhles verweist Alfonso Kardinal López Trujillo, Präsident des Päpstlichen Rates für die Familie, bereits im Dezember 1999 auf diese Zusammenhänge, leider nicht auf Deutsch. Wesentliche Sätze seien hier kurz auf Deutsch wiedergegeben:
"Macht, ihre Ausübung und ihre Regelungen sind Angelegenheit der politischen Gesellschaft, während die Zivilgesellschaft auf Zusammengehörigkeiten, freiwilligen Zusammenschlüssen, auf natürlichem Zusammenhalt beruht. Diese Unterscheidung erhellt zugleich auch die vielfältige Wirklichkeit der Familie, die ja der Kern der Zivilgesellschaft ist. Ganz ohne Frage hat sie eine wichtige wirtschaftliche Funktion, ihre Rollen jedoch sind weit mehr als wirtschaftlicher Art. Vor allem ist sie eine Lebensgemeinschaft, eine natürliche Gemeinschaft. Darüber hinaus stellt sie einen Zusammenhalt dar, weil sie auf die Ehe begründet ist. Diesen Zusammenhalt findet man in anderen zwischenmenschlichen Gemeinschaften nicht.
Allerdings hat die Familie in den letzten Jahrzehnten ganz erhebliche negative Einflüsse erfahren, und zwar durch die Tatsache, daß sie Seitens des Staates den gleichen Angriffen ausgesetzt war wie die anderen Zusammenschlüsse, welche der Staat entweder zu eliminieren oder nach seinen Vorstellungen zu lenken und zu leiten versuchte.
Wenn der Staat sich die Macht anmaßt, die Familienbeziehungen zu reglementieren und Gesetze aufzudiktieren, die diese ihm übergeordnete natürliche Gemeinschaft nicht respektieren, dann steht zu befürchten, daß der Staat sich der Familien bedient, um seine eigenen Interessen zu verfolgen und daß er, anstatt die Familie zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen, diese schwächt oder gar abschafft, um die Völker gänzlich zu dominieren".
Den "Internationalen Frauentag" wollen wir in dem Sinne denken, daß wir alle Frauen ehren, die es (berufstätig oder nicht) in diesen für die Familien materiell und geistig schwierigen Zeiten schaffen, liebende Mitte ihrer Familie zu sein und sich somit stark und aktiv den Angriffen auf die Familie zu widersetzen, deren Endziel die Dominanz über die Völker ist.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2009 (x887/...): >>**Familie in akuter Gefahr**
Gastbeitrag von *Jürgen Henkel*
Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schleichende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich "getraut". Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.

Zwei bayerische Universitätsinstitute wollen nun nachgewiesen haben, daß ein Aufwachsen von Kindern bei einem homosexuellen Paar als "Eltern" dem Kindeswohl nicht abträglich sei. Hier siegt endgültig die Ideologie über das Kindeswohl. Wie soll denn ein Kind, das bei einem gleichgeschlechtlichen Paar aufwächst, das natürliche und von der Schöpfungsordnung Gottes so vorgesehene Zusammenleben von Mann und Frau kennenlernen und erleben und existentielle Erfahrungen sammeln im Aufbau von Beziehungen mit Menschen und Bezugspersonen unterschiedlichen Geschlechts?
Nachdem ohne großes Aufheben die CSU-FDP-Koalition in Bayern im Frühjahr schon auf Druck der FDP die Homoehe auch in Bayern eingeführt hat, wo sie bisher nur als beim Notar eingetragene Partnerschaft möglich war, folgte nun der zweite schwere Schlag für Wertkonservative in der Union, als die bayerische Staatsregierung unter Verweis auf diese Studien ihren Widerstand gegen das Adoptionsrecht für Homopaare zurückzog.
Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt. Die Liberalen triumphieren und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, daß sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst.
Der politische Koordinatenwechsel in der Union, der sich auch an Personen wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen festmachen läßt, ist deutlich spürbar. Das Wertkonservative droht, sich in folkloristischen Auftritten der Parteiprominenz und pathetischen Worthülsen von Heimat und Verantwortung zu erschöpfen und ist nicht mehr mit konkreten Inhalten verbunden. So bewegt sich die Union in einem fortgesetzten Populismus im Windschatten der linken SPD-Familienpolitik und nährt sich noch inhaltlich von deren Abgasen.
Wer in der CDU läßt sich denn dem wertkonservativen Flügel auf Bundes- oder Landesebene überhaupt noch zuordnen? Annette Schavan, Ole von Beust, Ronald Pofalla oder auch die Kanzlerin sicher nicht. Von der privaten "Familienpolitik" wichtiger Ministerpräsidenten ganz zu schweigen, wiewohl die Anzahl der aktuellen und abgelösten Ehefrauen insgesamt noch nicht das Ausmaß von Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Josef Fischer erreicht.
Die CDU will den Anschluß an den vermeintlichen "Mainstream" in der Gesellschaft nicht verlieren. Und die CSU ist ihrem Koalitionspartner FDP ausgeliefert, auch wenn sie vom einflußreichen Chef der Hanns-Seidel-Stiftung und ehemaligen Kultusminister Hans Zehetmair bis zu dem jungen wertkonservativen Europaabgeordneten Martin Kastler aus Franken noch das personelle Potential für andere Schwerpunkte hätte.
Auffällig ist, daß jüngst immer öfter der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer wertkonservative Positionen einnimmt. Offenbar gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Merkel und ihm: Die Kanzlerin präsentiert sich präsidial-liberal für breite Schichten, der kernige und charismatische Bayer hingegen kümmert sich um die arg vernachlässigten Stammwähler.
Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistische Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.
Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.
Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler "Lindenstraße" in den 80er Jahren. Nicht nur, daß dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität

homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz.
Im politischen Bereich trägt dieser erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen in gesellschaftsverändernder Absicht einen Namen: Brigitte Zypries. Seit 2002 gestaltet diese SPD-Linke als Bundesjustizministerin die deutsche Gesellschaft "erfolgreich" im Sinne linker Ideologien um. Auf ihr Konto gehen Gesetze und Initiativen zur rechtlichen Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Auf der Homepage ihres Ministeriums wirbt sie für die "Regenbogenfamilie", wie das euphemistisch propagiert wird, unter dem Motto: "Familie ist, wo Kinder sind." Dabei bekommt sie Unterstützung von unerwarteter Seite, ein evangelischer Landesbischof äußerte sich nun ähnlich.
Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder.
Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewußt selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.
Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall?
Die rot-grüne Bundesregierung hat wirtschafts- und bündnispolitisch viele Probleme hinterlassen. Doch die gravierendsten Schäden mit Spätfolgen haben Schröder & Co. in der Gesellschaftspolitik angerichtet. Die Union setzt diese Politik fort und wundert sich, daß sie bundesweit nicht mehr die 40-Prozent-Hürde überspringt.
Wenn Wowereit und Andrea Nahles die Führung der SPD nach der wohl verlorenen Bundestagwahl übernehmen, werden sie die Partei auch inhaltlich schärfer profilieren, wahrscheinlich aus der dafür komfortableren Position der Opposition heraus. Die Union muß sich dafür auch von ihrem Ideen-, Prinzipien- und Werteangebot her neu aufstellen und rüsten, besonders für ihre Stammwähler.
Dr. theol. Jürgen Henkel, Jahrgang 1970, ist Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Journalist und Publizist. Er promovierte 2001 über den orthodoxen Theologen Dumitru Staniloae und leitete von 2003 bis 2008 die Evangelische Akademie Siebenbürgen (EAS) in Hermannstadt.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 23. Februar 2010: >>**Jungs von heute - verweichlicht und verweiblicht**
Von *Wolfgang Bergmann*
Kleine Männer wollen laut sein, raufen, sich beweisen und trotzdem geliebt werden. Doch dafür ist in der pädagogisch korrekten Frauenwelt von heute kaum noch Platz. Jungs werden mehr und mehr mit weiblichem Verständnis in Watte gepackt, harmonisiert und verweichlicht. Warum eigentlich?
Die Welt ist für Jungen zu eng geworden. Viel zu normiert. Und langweilig. Was ihnen Spaß macht, ist meistens verboten. Was sie besonders gut können, wird nirgends verlangt - im Kindergarten nicht und in der Schule auch nicht. In der pädagogischen Welt hat sich scheinbar alles verschworen, ihnen ihre "männlichen" Eigenschaften abzugewöhnen. Jungen werden unruhig dabei, fahrig und eine immer größere Zahl sogar seelisch krank, hyperaktiv oder depressiv.

Johannes beispielsweise. Er ist drei Jahre alt und seelisch eigentlich ganz einfach gestrickt. Er hat zwei große Wünsche: Behütet sein, am liebsten bei Mama. Und die Welt zu erobern, zu bauen und Dinge wieder kaputt zu machen, am liebsten mit seinen Freunden. Bei solchen Spielen hat er auch immer seinen großen Papa im Kopf.

Der Wunsch, ein kleiner Held zu sein

Wenn der kleine Johannes seinen Kindergarten betritt, dann müßte eigentlich, so denkt er, die ganze Welt erzittert vor Freude darüber, daß er da ist. Und wenn es nicht die ganze Welt ist, so doch wenigstens der Gruppenraum in seinem Kindergarten. Eigentlich müßte das ein Riesenwirbel sein, wenn er kommt.

Aber in vielen Kindergärten ist es nicht so. Ihn erwartet nur ein fast gleichgültiges "Hi", und Mama flüstert ihm noch eifrig zu, daß heute wieder dies oder jenes gelernt werde. Englisch zum Beispiel, spielerisch natürlich, aber er solle sich trotzdem anstrengen. "Buchstaben malen", sagt sie, "macht auch viel Spaß, und der kleine Daniel ist schon beim U, du bist erst bei D, dabei ist Daniel doch drei Monate jünger und viel kleiner."

Johannes möchte, daß Mama stolz auf ihn ist. Er möchte aber wie ein kleiner Held seine Kindergartenwelt erobern und nicht lieb und ordentlich Buchstaben aufs Papier zeichnen. Überhaupt hat Johannes das Gefühl, daß er gar nicht richtig zur Kenntnis genommen wird. Er muß sich jetzt erst einmal kräftig durchsetzen. Das tut er auch.

Er stellt sich mitten in den Gruppenraum und schreit laut: etwas, was er in den Trickfilmen gehört hat, die er schon kennt, oder seinen eigenen Namen, damit die Welt endlich erschüttert ist über seine kleine Existenz. Für ein paar Momente hat er das Gefühl, daß er jetzt endlich anständig gewürdigt worden ist. Und dieser Urlaut, ganz tief aus der Brust, klingt jedenfalls schon einmal gewaltig. Johannes fühlt sich für wenige Augenblicke sehr stark. Fast so stark wie Papa (und was der alles kann, unglaublich, das Lego-Flugzeug gestern Abend zum Beispiel). …

Mutter will Bundesjugendspiele abschaffen

Sport in der Schule ist gesund und stärkt das Team-Verhalten - möchte man meinen. Eine Mutter aus Konstanz sieht das anders, weil ihr Sohn nach den Bundesjugendspielen weinend nach Hause kam.

Aber dieses gute Gefühl hält nicht an, da nähert sich schon eine liebe weibliche Erzieherin, legt ihm ganz weich die Hand auf die Schulter und sagt: "Du, Johannes, wir hatten uns doch geeinigt, daß wir heute einmal ganz ruhig sein wollen." Am liebsten würde Johannes sofort wegrennen, über alle Tische und Bänke hinweg, hinaus in den Hof. Oder wenigstens raus aus der gemäßigten Stille im Gruppenraum, wo schon wieder gebastelt und gemalt wird, meist Buchstaben. Weiter als bis zum D kommt er ohnehin nie, er weiß das ganz genau. Fußballspielen, das wäre schon einmal was. Mit zwei oder drei kleinen Kumpeln rennt er auf den Hof.

Die Erzieherinnen schauen leicht hilflos hinterher und lächeln sich an. Sie kommen eben nie zur Ruhe, diese Jungs. Immer Lärm, immer Krach. Und nicht einmal ein bißchen Konzentration und Kreativität. Wahrscheinlich haben sie wieder alle viel zu viel ferngesehen. Sie nicken sich zu und glauben Bescheid zu wissen.

Es fehlt die männliche Respektsperson

Draußen kracht eine Fensterscheibe. Jetzt ist sie kaputt. Das kann bei einem Fußballspiel auf einem viel zu kleinen, beengten Hof schon einmal vorkommen, die Welt geht davon auch nicht unter, denken Johannes und seine Kumpel - und dreschen den Ball gleich noch einmal gegen dieselbe Hauswand. Sie fühlen sich kräftig und mutig. Mit einem ordentlichen Fußballspielen können kleine Jungen nämlich nicht nur die viel gepriesene "soziale Kompetenz" erwerben, sondern auch ihre Ängste bezwingen, die jeden Morgen beim Abschied von der Mutter noch da sind.

Aber die Erzieherinnen sehen das ganz anders: "Kaputte Gegenstände, überhaupt dieser un-

sensible Umgang mit der feinen Eigenart der Dinge - das ist typisch Junge", seufzen sie und rufen den Morgenkreis zusammen. Hier werden noch einmal Prinzipien festgehalten: keine Gewalt, auch nicht gegen Sachen, keine kaputten Fensterscheiben und nicht immer dieses Geschrei. Dem kleinen Johannes kommt es vor, als sei seine Welt wie vernagelt. Überall Verbote und Ermahnungen, meist ganz sanft und weich.
Früher hatte der Kindergarten einen Hausmeister, der schrie, wenn etwas kaputt ging. Kindern wie Johannes hat das besser gefallen, obwohl sie natürlich auch vor der lauten Männerstimme Angst hatten.

Irgendwas zwischen Schubsen und Raufen

Jetzt müssen sie keine Angst haben, sie sind wie in Watte gepackt mit lauter weichem weiblichen Verständnis, freundlichen Anleitungen, die alle auf dasselbe hinauslaufen: Kreativität und soziale Kompetenz. Wenn ein Kind einen Panzer mit in den Kindergarten bringt, hören sie von der Erzieherin, daß Gewalt keine Lösung sei.
Das Gleiche sagen Erzieherinnen, wenn die Kleinen ihre Kämpfe austragen, irgendwas zwischen Rangeln und Hauen. Einmal ist es ernst, ein andermal wieder nicht. Aber die Erzieherinnen können das nicht auseinanderhalten. Für sie ist alles Gewalt.
Johannes und seine Freunde müssen untereinander ausmachen, wer der Stärkste ist, wer das Sagen hat. Aber das sollen inzwischen nicht mehr ihre Raufereien bestimmen, sondern die Erzieherinnen. "Morgen bist du der Bestimmer", sagen sie beschwichtigend zu dem kleinen Johannes, "heute ein anderer."

"Ich erziehe meine Söhne als Feministen"

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hat sich Kanadas Premierminister Justin Trudeau für die Gleichstellung der Geschlechter ausgesprochen. Auch in die Erziehung seiner Kinder gab er Einblicke.
Johannes mag das nicht. Dem anderen würde er es gern einmal richtig zeigen, dann wäre es vorbei mit der Bestimmerei. Vertragen kann man sich ja trotzdem wieder. Überhaupt könnte man, meint Johannes, von einer Stunde zur anderen entscheiden, wer der Bestimmer ist.
Zwischendurch müsse man sich nur einmal raufen, kriegt eine kleine Faust an den Kopf, weint. Aber dann wüßte man, daß man heute kein Bestimmer mehr werden kann. Morgen ist ein neuer Tag. Aber so ist das alles nicht, für Johannes nicht und für seine Freunde auch nicht. Sie sitzen im Kreis und summen ein Lied und schneiden dabei Buchstaben aus, ganz vorsichtig, mit Kinderscheren. Nachher gehen sie noch in den nahen Park, aber geordnet, am liebsten wäre es den Erzieherinnen, sie hielten sich alle an den Händen, in Zweierreihen. Die Mädchen machen das doch auch, warum ihr nicht?
Johannes darf die männlichen Anteile seiner Psyche und seines Körpers nicht ausleben. Er lernt sie gar nicht richtig kennen. Er fühlt sich eingeengt und gelangweilt. Daraus wird oft Angst. Keine richtige Angst, sondern so eine maulige Ängstlichkeit. Dann will er überhaupt nicht mehr mitmachen, bei gar nichts. Und hinterher wird Mama wieder sagen: "Du bist ja immer noch beim D, Daniel zeichnet jetzt schon das V, hast du gesehen?" Mama weiß nicht, daß Daniel und sein V Johannes gleichgültig sind. Mama lebt auch in einer anderen Welt. Johannes weiß auch nicht ganz genau, was ihn manchmal so bedrückt. Dann würde er am liebsten um sich schlagen. Aber das darf er ja nicht.

Weibliche pädagogische Welt

Johannes ist wie alle dreijährigen Jungen gespannt auf die Welt, aber diese weibliche pädagogische Welt versteht den kleinen Johannes nicht, und deshalb versteht Johannes sich selber auch immer weniger.
Wenn ich selbst als Zehnjähriger wieder einmal mit einer Fünf in Mathematik nach Hause kam, dann schleuderte ich die Schultasche in die Ecke und verschwand mit meinen Freunden im Wald. Dort gab es eine uralte zugewachsene Steinkuhle, in der wir unsere traditionsreichen Feinde trafen. In wilden territorialen Kämpfen sind wir aufeinander losgegangen, mit

Stöcken und selbst geschnitzten Schwertern, und haben aufeinander eingedroschen, daß moderne Kinderärzte kopfschüttelnd "vielleicht doch eine ADS" gemurmelt hätten.
Auf dem Sportplatz mitten im Wald holte ich wie mein großes Vorbild Hans Tilkowski, damals Nationaltorwart, den Ball aus der Ecke. Meine Tagträume, meine Fantasien und mein Gefühl für alles, was Körper und Psyche vermögen, lernte ich dort, ohne den ermahnenden kontrollierenden Blick von Erwachsenen. Abends, wenn wir hungrig und satt von Abenteuern ins Dorf zurückliefen, fiel mir auch meine Fünf in Mathe wieder ein.
Aber inzwischen hatte ich so viel erlebt und so viele andere, klare und bestätigende Gefühle und Schrammen in Körper und Seele angesammelt, daß mir die Fünf zwar immer noch Angst machte, aber doch nicht nur Angst. Die Fünf war ein Teil meines Lebens, aber nicht der wichtigste. Bei Weitem nicht.

Rangeln und Raufen statt Leistungsdruck

Westdeutsche Schüler beklagen zu hohen Leistungsdruck
Laut einer aktuellen Umfrage leiden vor allem Schüler im Süden der Republik unter einem enormen Leistungsdruck. Eltern schieben den Schulen die Schuld in die Schuhe, die zeigen zurück auf die Eltern.
Das ist alles anders geworden. Zum einen sind die kleinen Jungen wie eingezwängt in die Harmonieseligkeit, die pädagogisch korrekt, vermeintlich motivierend daherkommt, aber Leistung fast noch höher bewertet, als nicht laut zu sein, nicht zu raufen, keine Fensterscheiben einzuschlagen.
Dazu kommt das Vergleichen. Die Mütter haben besorgte Gesichter, überlegen, ob das andere Kind weiter sein könnte als das eigene. Die Erzieherinnen möchten auch, daß ihre Gruppe im Vergleich zu den anderen nicht schlechter abschneidet. Das ist ein doppelter Zwang: einer von außen und einer von innen.
Die kleinen Jungen strengen sich enorm an. Sie raufen nicht oder nur, wenn keiner hinguckt (aber irgendeine pädagogische Fachkraft schaut immer? …), und sie erarbeiten sich spielerisch und kreativ das Abc. Nur ihr Gefühl, daß die Welt eigentlich erbeben müßte, vor Freude darüber, daß sie da sind, das will sich nicht richtig einstellen.
Weibliche Pädagogik und Leistungsdenken, das ist eine schwer erträgliche Mischung für Jungen. Daß sie verwöhnt sind, macht es nicht besser. Die Mutter will alles richtig machen, möglichst in Absprache mit den Erzieherinnen, später den Grundschullehrerinnen. Zu Hause sind Mutter und Sohn auch ununterbrochen zusammen.
Verunsicherung: Kein Muttersöhnchen sein

Sind Überwachungs-Apps schlecht für Kinder?

Mit Hilfe von Ortungsapps können besorgte Eltern immer kontrollieren, wo sich ihr Nachwuchs gerade befindet. Pädagogen und Datenschützer sehen diese Überwachung per App allerdings sehr kritisch.
Jungen möchte natürlich auch Muttersöhnchen sein. Aber eben nicht nur. Manchmal möchte er das ganze verständnisvolle Liebhaben auch einmal wegschubsen. Dann ist Mama traurig. Da ist der Kleine schon wieder seelisch in der Klemme. Er will nicht, daß Mama traurig ist, aber er will auch schubsen und stoßen, schlagen und raufen. Und mit seinen Händen etwas bauen. Ein Vogelhäuschen zum Beispiel, wie die drei Jungen aus der ersten Klasse in der Grundschule.
Die Lehrerin hatte einen Tischler dazu eingeladen, er war alt, hatte freundliche Augen und eine brummige Stimme. Eigentlich gab er ununterbrochen Befehle wie "Der Nagel gehört hierhin, du mußt aufpassen, Junge". Die Lehrerinnen schüttelten heimlich den Kopf, aber die drei Jungen schwitzten vor Eifer und waren stolz. Kleine und größere Jungen sind Handmenschen. Sie wollen die Dinge fühlen, kneten und biegen, sie wollen aus ihnen etwas entstehen lassen. Sie wollen, grob gesagt, die Welt fortwährend verändern und sich nicht dauernd still anpassen. Das Vogelhäuschen war für die drei Jungen ein seltener Höhepunkt ihrer Grund-

schulzeit. Eigentlich der einzige. Danach gab es nur Zuhören, Lesen und Rechnen.
Die Jungen wurden immer unruhiger, manche waren nicht so schüchtern und ängstlich wie andere, die gingen dann über Tische und Bänke, schmissen einen Stuhl um, rissen mitten im Unterricht ein Fenster auf und ließen es wieder zuschlagen. "Die Jungen sind ein Problem", sagen die Lehrerinnen. Die ganze pädagogische Öffentlichkeit scheint sich darüber einig zu sein. Dabei sind die Jungen nur Jungen und dürfen es nicht sein. Das ist alles.
Der Autor ist Erziehungswissenschaftler und Familientherapeut. Er verfaßt Bücher wie "Warum unsere Kinder ein Glück sind. So gelingt Erziehung heute" (Beltz) oder "Ich bin der Größte und ganz allein. Der neue Narzißmus unserer Kinder" (Patmos).<<
Horst Koch berichtete im Oktober 2010 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x959/…): >>**Unsere Gesellschaft versündigt sich an den Kindern**
Michael Winterhoff
"Ich sehe in meiner Praxis tagtäglich Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Störungen. Im Laufe meiner Tätigkeit als Kinderpsychiater haben sich bei der Analyse der auftretenden Störungen so gravierende Veränderungen ergeben, daß Anlaß zu großer Sorge um die gesamtgesellschaftliche Zukunft gegeben ist. Immer weniger arbeits- und beziehungsfühlige Jugendliche und Erwachsene werden die Folge sein, wenn sich weiterhin kein Bewußtsein für diese Störungen bildet."
Seit 20 Jahren praktiziert Michael Winterhoff, um dessen Buch "Warum unsere Kinder zu Tyrannen werden" es hier gehen soll, als Kinder-, Jugend- und Sozialpsychiater. Im Vergleich beobachtet er, daß in den letzten Jahren eine schnell wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen "keinerlei störungsfreie Beziehung zu ihrer Umwelt mehr aufbauen" kann. Während früher bei der Einschulung immer mal wieder ein Kind eine psychische Störung aufwies, sind heute viele Kinder in mehreren Bereichen gleichzeitig gestört:
"... die Zunahme besorgniserregender Fälle ist so signifikant, daß sich in den kommenden Jahren die Auswirkungen in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben in erheblichem Maße zeigen werden." Aber nicht nur die psychischen Probleme haben bei den Kindern zugenommen, auch die Fähigkeit, sich situationsgerecht zu bewegen, ist immer häufiger gestört: Vor 15 Jahren waren etwa 20 Prozent der Kleinkinder motorisch gestört. "heute ist die Schallmauer von 50 Prozent längst durchbrochen, Tendenz steigend."
Diese Entwicklung, schreibt Winterhoff, ist nur zu stoppen, wenn Eltern, Erzieher und andere Verantwortliche einen grundsätzlichen Blickwechsel vornehmen. Der Schlüssel zur Änderung des Zustands unserer Kinder und Jugendlichen liegt nämlich nicht in einer neuen Pädagogik: "Pädagogik, Erstehungskonzepte, Unterrichtsformen in Kindergarten und Schule, und auch die tägliche Erziehung im Elternhaus, all dies kann erst voll zum Tragen kommen und Kinder auf den richtigen Weg bringen, wenn gleichzeitig darauf geachtet wird, daß ihr psychischer Entwicklungsstand auf einem altersgerechten Niveau ist."
Es geht also darum, "zu verstehen, daß sich die unterschiedlichsten Symptome scheinbar erziehungsresistenter Kinder und Jugendlicher auf eine gemeinsame Sache zurückführen lassen, nämlich fehlende psychische Reife". Einer der Gründe, warum immer mehr Kinder hier gravierende Defizite aufweisen, liegt darin, daß wir dazu übergegangen sind, sie nicht mehr als Kinder zu sehen, sondern "als kleine Erwachsene ebenbürtig zu machen und damit restlos zu überfordern."
Natürlich stellt sich hier die Frage, was psychische Reife ist. Winterhoff geht davon aus, daß der schließlich erwachsene Mensch selbständig leben, Beziehungen zu anderen Menschen eingehen, erfolgreich arbeiten oder auch eigene Gefühle richtig einschätzen und kontrollieren können soll. Dazu sind unter anderem Frustrationstoleranz, Leistungsbereitschaft und Gewissen notwendig, die nach und nach aufgebaut werden müssen. Notwendig ist aber auch die Ausrichtung an einem Weltbild:
"In unserer westlich geprägten, christlich orientierten modernen Gesellschaft sieht das Welt-

bild im Wesentlichen so aus, daß wir uns als Individuen im Rahmen einer größeren Gesellschaft erfahren." Bis es aber so weit ist, muß ein Kind bestimmte Phasen durchlaufen, die im Gegensatz zu der Überzeugung vieler Eltern nicht automatisch erreicht werden, sondern nur dann, wenn sich die Eltern "phasenspezifisch" verhalten.
Zu den einzelnen Phasen gehört die Herausbildung bestimmter Fähigkeifen und Eigenschaften, etwa daß das Kind zwischen sich und anderen zu unterscheiden lernt, daß es Reize korrekt wahrnimmt und einordnet und seine Bedürfnisse sprachlich ausdrücken kann. Für das gesamte spätere Leben ist es außerdem sehr wichtig, daß das Kind Begrenzungen für sein eigenes Ich erfährt sowie andere Menschen und deren Bedürfnisse anerkennt und akzeptieren lernt.
Das geschieht durch Regeln und eingeübte Verhaltensweisen, also im Grunde dadurch, daß die Erziehenden in bestimmten Situationen "Widerstand leisten", den das Kind dann in der richtigen Weise deutet und in sein Verhalten einbaut. (Später wird an die Stelle der Regeln das Vorbild treten, dem das Kind nacheifern wird.) Dieser "Widerstand" ist Teil eines sehr wichtigen Elternverhaltens:
Das kleine Kind benötigt klare Rückmeldungen über sein eigenes Verhalten -war das jetzt richtig oder falsch, passend oder unpassend? Solche "Spiegelungen" helfen nicht nur, notwendige Eigenschaften und Verhaltensweisen aufzubauen, sondern vermitteln auch emotionale Sicherheit und bauen psychischen Druck ab. All dies funktioniert aber nur, wenn Eltern gegenüber den Kindern "abgegrenzt" auftreten, also als etwas, das dem Kind, wo notwendig, von außen Grenzen setzt.
An diesem Punkt setzt die zentrale Kritik von Winterhoff an der aktuellen Erziehung an: Die Abgrenzung funktioniert nicht mehr, weil die Beziehung zwischen Kindern und Erwachsenen völlig durcheinander geraten ist. Drei aufeinander aufbauende Beziehungsstörungen sind es, an denen man das erkennen kann.
Die erste Stufe ist Partnerschaftlichkeit: das Kind als Lebenspartner. Viele vom Leben überforderte Eltern sind froh, mit ihrem Kind einen Menschen "auf gleicher Ebene" zu haben. Aber damit ist das Kind ebenso überfordert wie ein Tennisanfänger, mit dem der Trainer in der ersten Stunde taktische Finessen bespricht - erst müssen die Voraussetzungen gegeben sein. Partner-Eltern begegnen ihren Kindern auf gleicher Ebene, wo sie es doch sind, die die Richtung vorgeben müßten.
Die zweite Beziehungsstörung ist die Projektion. In unserer Turbo-Gesellschaft vermissen immer mehr Erwachsene Orientierung, Anerkennung und Sicherheit. Dann ist das Kind oft nicht mehr nur Partner, sondern wird zur Befriedigung der Bedürfnisse von Eltern und Erziehern benötigt, die sich diese eigentlich in der Erwachsenenwelt holen müßten.
Eine Folge: Die Steuerungsfunktionen, die das Kind dringend benötigt, werden aufgegeben, weil man den möglicherweise folgenden Liebesentzug fürchtet: "In der Projektion ist der natürliche Impuls des Erziehers, korrigierend einzugreifen und sich dem Kind damit als abgegrenztes Gegenüber zu präsentieren, nicht mehr vorhanden."
In der Projektion kommt es sozusagen zu einer Machtumkehr: "Der Erwachsene begibt sich auf eine Ebene unter das Kind, wird bedürftig, und das Kind ist plötzlich für die Bedürfnisbefriedigung zuständig."
In der Projektion nehmen sich Eltern und Kind noch individuell wahr. Diese Unterscheidung ist in der dritten Stufe, der Symbiose aufgehoben: Der Erwachsene grenzt sich nicht mehr vom Kind ab. Das Glück des Kindes ist das Glück des Erwachsenen. Der Erwachsene nimmt das Kind eher als Erweiterung von sich selbst wahr denn als eigenständigen Menschen. Kindliches Fehlverhalten wird dann als eine Art Fehlfunktion oder Krankheit erkannt.
Umgekehrt bedeutet die fehlende Abgrenzung des Erwachsenen vom Kind, daß es nicht unterscheiden lernt zwischen Gegenständen, die sich nach Belieben steuern lassen, und Menschen, die doch eigentlich ein "eigenes Leben" und einen eigenen Willen haben. Solche Kin-

der, schreibt Winterhoff, sind hochgradig beziehungsgestört und arbeitsunfähig, ihre Integration ist schwierig bis unmöglich.
Winterhoff, Michael *"Warum unsere Kinder Tyrannen werden"***,** Gütersloher Verlagshaus …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**
_ von *Jürgen Elsässer*
Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.
Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.
Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.
Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.
High sein, frei sein
Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.
In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab’s statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.
Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.
"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.
Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.
Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"
Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.
Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher

Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...
"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).
Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.
Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.
Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.
"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. … Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."
Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.
Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bil-

den. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.
Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.
Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.
Mit der Vorherrschaft der Egomanen und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.
"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.
In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".
Ist das die Welt, in der wir leben wollen?
_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. März 2014: >>**Angriff auf die Kindheit**

von Mathias von Gersdorff

Möglicherweise aufgrund der Lautstärke der Proteste gegen den "Bildungsplan 2015" in Baden-Württemberg entging der breiten Öffentlichkeit, daß in den Kindertagestätten (Kitas) für drei- bis sechsjährige Kinder ein Umerziehungsprogramm eingeführt wurde, das gewissermaßen noch radikaler ist als das Projekt für die Schulen.

Maßgeblich in Baden-Württemberg ist die Schrift "Gleichstellung beginnt im Kindergarten. Eine Arbeitshilfe zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Kindertageseinrichtungen", herausgegeben vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg. Die 80seitige Schrift kann von der Internetseite www.sozialministerium-bw.de heruntergeladen werden.
Die Schrift wurde von Gunter Neubauer, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SOWIT), verfaßt. Die Tendenz des Instituts wird deutlich, wenn man erfährt, was es unter dem Begriff "Geschlecht" versteht: "Geschlechter werden gemacht, können aber auch neu ausgebildet und verbessert werden. Es gilt, Geschlechterpotentiale zu nutzen! Wir sehen Geschlechter besonders in ihren gestaltbaren Seiten und nutzen dieses Potential bei der Entwicklung von Organisationen und Unternehmen." Nach diesem Grundsatz ist die Arbeitshilfe für das baden-württembergische Familienministerium geschrieben: Wie "verbessert" man die Geschlechter - aber noch viel mehr, wie wir noch sehen werden - in und durch die Kitas.

Düsteres Menschenbild: Kleinkinder programmieren wie Computer

Liest man diese ungeheuerliche Schrift, stellt man schnell fest, daß der Autor und die gesamte Gender-Mainstreaming-Ideologie von einem düsteren Bild des Menschen, der Gesellschaft, der Kultur und der Familie beseelt sind. Diese negative, geradezu deprimierende Sichtweise, durchzieht den gesamten Text und ist wohl der Antrieb der Leute, die meinen, man müsse die menschliche Natur, die Familie und die Gesellschaft "korrigieren". Diese drei sind in der Wahrnehmung der "Gender-Mainstreamer" dermaßen korrumpiert, daß man schon bei dreijährigen Kindern mit der Umerziehung beginnen müsse, um anständige - sprich gendergerechte - Menschen hinzukriegen.
Eine ernsthafte psychologische Studie über die Macher des Gender-Mainstreaming würde sicherlich Erstaunliches ans Licht bringen und zeigen, in wessen Hände die Kinder hierzulande gegeben werden.
Die ersten Opfer der Gender-Maistreaming-Umerziehung in den Kitas sind natürlich die Kinder. Ihre Mentalität, die sie im Elternhaus erworben haben, muß dekonstruiert und nach der Gender-Ideologie neu programmiert werden (Der Duktus des Textes entspricht eher einem Text über Computer als über Menschen): "Bei der Auswahl und Zusammenstellung von Spielmaterialien wird darauf geachtet, daß Geschlechtsrollenstereotypen aktiv und bewußt entgegengewirkt wird."
Die gemeinten "Geschlechtsrollenstereotypen" können dreijährige Kinder nur im Elternhaus bekommen haben. Allein an diesem Satz erkennt man, wie dezidiert der Autor gegen das Elternrecht vorgeht und welche moralische Autorität er sich zumißt.

Anweisungen zur Charakterwäsche

Das Papier gibt klare Anweisungen, wie die Charakterwäsche vollzogen werden soll: "Geänderte Spiele unterstützen Einverständnis abseits der traditionellen Rollen. Buben lernen zum Beispiel wickeln und nicht nur Garagen bauen, Mädchen bauen Hochhäuser und nicht nur Puppenbetten und sie lernen, ihre Interessen durchzusetzen."
Das Papier des baden-württembergischen Ministeriums verheimlicht gar nicht, daß dieser Erziehungsansatz im Feminismus der siebziger und achtziger Jahre wurzelt, denn damals wurde "die Reproduktion von Rollenstereotypen im Kindergartenalltag thematisiert und kritisiert. Aus dieser Tradition speist sich ein Verständnis von Geschlechterpädagogik als Vermeidung des geschlechtertypischen Rollenlernens." Wie allgemein bekannt, sah der Feminismus dieser Jahrzehnte in der Familie und in der Frau als Mutter die Haupthindernisse für die Emanzipation der Frau. Gunter Neubauer möchte also seine Schrift ausdrücklich in die Tradition der emanzipatorischen Bewegung der Zeit unmittelbar nach der Achtundsechziger-Kulturrevolution setzen.
Damit ein Erzieher seine Rolle effizient erfüllt, soll er sein ganzes Handeln unter folgendes Postulat stellen: "Der Reflexionshintergrund für Gender-Kompetenz ist das Wissen darum,

daß Geschlechterverhalten und Geschlechterverhältnisse 'gemacht' und nicht einfach 'natürlich' sind." Das ist der Grundgedanke des Gender-Mainstreamings. Bemerkenswert ist allerdings, wie unkritisch man annimmt, das Geschlechtsverhalten und die Geschlechtsverhältnisse seien mit drei Jahren schon derart willkürlich "gemacht", daß man die Kinder schon zu diesem Zeitpunkt umprogrammieren müsse. Daß das Geschlechtsverhalten bei einem dreijährigen Kind möglicherweise von Natur aus gegeben ist, wird gar nicht in Betracht gezogen.

Kitas als Ort umfassenden Gesellschaftsumbaus

Kindertagesstätten sind für die Genderisten nicht nur ein Instrument der Umerziehung von Kindern, sondern auch der Familien bzw. der Eltern der Kinder. Über die Kitas soll auch das Familienleben umgestaltet werden und die traditionellen Rollenmuster in der Familie dekonstruiert werden: "Im Alltag der meisten Kindertageseinrichtungen geht man stillschweigend davon aus, daß vor allem die Mütter für Erziehungsfragen und den Kontakt zum Team 'zuständig' sind, auch wenn sich Väter immer öfter blicken lassen und eine zunehmend aktive Erziehungsrolle übernehmen wollen."

Den Erziehern in den Kitas sollte es eigentlich egal sein, wie die Eltern die Erziehung ihrer Kinder organisieren. Doch für Genderisten ist die Kita ein Ort einer umfassenden Gesellschaftsumgestaltung. Welches Recht sie dazu haben, wird gar nicht hinterfragt. Für sie ist das eine Selbstverständlichkeit.

Spätestens an dieser Stelle wird einem klar, daß die Gender-Ideologen sich wie die Verkünder einer neuen Religion gebaren: Sie sind von ihrer Sache völlig überzeugt und fühlen sich im Besitz der absoluten moralischen Autorität. In der gesamten Schrift des baden-württembergischen Familienministeriums ist kein einziges Wort enthalten, das auf Selbstkritik oder Selbstzweifel schließen ließe. Die Genderisten sind dermaßen davon überzeugt, sie hätten die Wahrheit gepachtet, daß sie keinerlei Skrupel spüren, wenn sie über die Mentalitäten der Kinder, über das Familienleben und über die gesellschaftlichen Gewohnheiten urteilen. Alles muß von ihnen "korrigiert" und in die "richtige" Bahn gelenkt werden.

Entsprechend der "Arbeitshilfe" zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming sollen die Kitas auch an der ideologischen Umpolung des Volkes mitwirken, indem sie einen neuen Familienbegriff prägen:

"Für Erzieherinnen und Erzieher gilt es aber auch, einen professionellen Blick für die Vielfalt moderner Familienformen mit ihren teils ganz unterschiedlichen Bedürfnissen zu entwickeln: traditionelle Familien (Vater arbeitet, Mutter ist zu Hause), modernisierte Familien (z.B. beide sind berufstätig, verbinden Erwerbs- und Familienarbeit oder praktizieren einen Rollentausch), 'neue Eltern' (alleinerziehende Mütter und Väter, 'Regenbogenfamilien'), zusammengesetzte Lebens- und Familienformen (Stief- oder Fortsetzungsfamilien, Wohn- und Lebensgemeinschaften).

Hilfreich ist dabei die Reflexion der eigenen Familiengeschichte und des eigenen Familienbilds. Familien stärken heißt dann, sich offen und einladend für alle Familienformen zu zeigen und die eigene Praxis entsprechend zu gestalten von der Anmeldung, Aufnahme und Eingewöhnung über Elterngespräche und Angebote der Elternbildung 'für alle' bis hin zur Gestaltung von Festen."

Lebenslange Prägungen eingravieren

Gunter Neubauer setzt einfach voraus, Patchwork sei das neue Familienbild, obwohl das weder in der Politik noch in der Gesellschaft so ist. Es leben zwar viele Menschen in Verhältnissen, die nicht der traditionellen Familie entsprechen, dennoch wird diese als die ideale Partnerschaftsform von einer großen Mehrheit angesehen. Für die Genderisten spielt das keine Rolle. Sie haben die Wahrheit schon anders definiert.

Auch "Diversity" beziehungsweise "Akzeptanz sexueller Vielfalt" dürfen in der Kita nicht fehlen, denn "Respekt und Toleranz für die moderne Vielfalt von Geschlechterrollen, Geschlechtsidentitäten und Familienformen" seien zu fördern - bei dreijährigen Kindern!

Offensichtlich sollen die Kitas die Kinder lebenslang prägen. Die Aufgabe der Kitas ist, aus den Kindern den neuen genderkonformen Menschen zu basteln: "Bei der Entwicklung von Gehirnstrukturen gibt es kein voreingestelltes biologisches Programm, das Entwicklungen absolut determiniert. Das Gehirn ist vielmehr ein biosoziales Organ, das sich nur in der Interaktion mit der natürlichen, vor allem aber der sozialen Umwelt entwickeln kann. Insofern ist jedes Gehirn das Ergebnis seines Gebrauchs (Gerald Hüther). Daraus folgt eine große Offenheit für kulturelle Prozesse."

Radikale Fanatiker am Werk

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Genderisten wollen nicht bloß die Ansichten, Meinungen, Anschauungen ändern, was ja auch jede politische Partei oder Kirche anstrebt. Nein, ihr Ziel ist die Veränderung des menschlichen Gehirns, um so eine lebenslange Prägung zu erzielen! In der Antike wurden Sklaven Brandzeichen auf die Haut gesetzt. Heute wird die Gender-Ideologie ins Gehirn eingebrannt, um aus den Menschen Sklaven dieser Ideologie zu machen. Spätestens an dieser Stelle versteht man, wieso die Gender-Revolution mit den dreijährigen Kindern durchgeführt werden muß. Die Genderisten wissen: Je jünger ein Gehirn, desto beeinflußbarer ist es.

Die Hartnäckigkeit, die Zielstrebigkeit, aber auch die Bosheit, mit der die Genderisten vorangehen, ist erschütternd. Unfaßbar auch, wie die Union diese Revolution gefördert hat. Eine CDU-Politikerin, Bundesfamilienministern Ursula von der Leyen während der Großen Koalition 2005-2009, hat die entscheidenden Maßnahmen zur Durchsetzung des Gender-Mainstreamings in Deutschland durchgeführt.

Diese Revolution konnte nur im stillen umgesetzt werden, so ungeheuerlich ist sie. Würde die große Mehrheit der Menschen erfahren, welche radikalen Fanatiker da am Werk sind, wäre ihre Durchführung nicht möglich. Doch die Erfahrung zeigt, daß man sich nicht groß auf die Politik verlassen darf. Wie in vielen anderen Themenbereichen auch, kann nur der Protest der Basis der Gesellschaft, also des Volkes selbst, diesen Angriff auf die Kindheit abwenden.

Über Mathias von Gersdorff

Diplom-Volkswirt (Bonn) und katholischer Publizist, geboren 1964 in Santiago de Chile. Seit 1990 in der Lebensrechtsbewegung aktiv. Er leitet die Aktion "Kinder in Gefahr" der "Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur" (DVCK) und schrieb mehrere Bücher zu Themen wie Sexualisierung der Kindheit, Lebensrecht und Christenverfolgung.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Februar 2015 (x892/…): >>**Die systematische Zerstörung der Familie durch die Politik**

Am Samstag den 7. Februar veröffentlichte "Die Tagespost" einen ausgesprochen guten und mutigen Artikel von Martin Voigt unter dem Titel "Wer sind wir eigentlich?"

Der Beitrag … thematisiert den vollständigen Zerfall der Moral, die "Umwertung aller Werte" und vor allem die systematische Zerstörung von Ehe und Familie durch den Staat. Der Staat selbst wird damit zum Totengräber seiner eigenen Grundlage. …

Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen?", schreibt Martin Voigt, der als Jugendforscher mit dem Schwerpunkt Sexualisierung unter Teenegern arbeitet. Der Staat im Verbund mit Linksradikalen und den Medien unterließ nichts, um diesen Menschen den Mund zu verbieten, sie zu diskreditieren und nach der Methode der letzten 25 Jahre als "Nazis" zu beschimpfen.

Voigt stellt selbst nun die Frage, die vom politisch-medialen Komplex im Verein mit den Linksradikalen unterdrückt wird. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen? Ein Grund für den Zerfall von Pegida dürfte gewesen sein, daß die Teilnehmer und die Führung diese Fragen selbst nicht beantworten konnten.

Er schreibt: "Die Inventur unseres moralischen Zustands soll mit dem Programm jener Politiker beginnen, die sich weigern die Nationalhymne zu singen, die christliche Feiertage und Symbole abschaffen und den Gottesbezug aus der Verfassung streichen: Abtreibung als

Menschenrecht, Babys in die Krippe, Alte in Heim, Sterbehilfe auf Rezept. Haben Politiker Schuld oder sind sie ein Symptom? Sie wollen das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld abschaffen und reden von "Nur-Hausfrauen" und "Heimchen am Herd". Sie fordern Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Abitur für alle. Sexuelle Vielfalt soll in jedes Schulbuch. "Habt Spaß, probiert alles mal aus", sagen die Pädagogen von *pro familia*."
Das ist in Kurzform das Programm der deutschen Politik. Dahinter steht eine Kulturrevolution, die bereits seit den 1960er Jahren betrieben wird, aber auf Karl Marx, den Sozialismus und Kommunismus zurückgeht. Daß Politiker einer Partei, die sich selbst "christlich" nennt, dabei nicht selten mitwirken, zeigt, wie weit dieses Denken heute gesellschaftsfähig geworden ist.
"Drei wesentliche Zielscheiben hat die Kulturrevolution: 1) Mutter-Kind-Bindung, 2) Familien, 3. Polarität der Geschlechter und stabile sexuelle Bindungen." Durch all dies werden Kinder und Jugendliche für sexuellen Mißbrauch leicht zugänglich, wie der Autor mit Bezug auf das Beispiel Rothenham zeigt.
"Die totalitären Tendenzen deutscher Familienpolitik beschreibt Hanne K. Götze in ihren Beiträgen zu den psychosozialen Spätfolgen der Krippenerziehung: "Die Bindung muß - je früher, um so wirksamer - gestört werden, denn instabile Persönlichkeiten mit unsicheren Bindungsmustern sind um so leichter manipulierbar." Rot-Grün weiß das nicht erst seit Manuela Schwesig. Schon 2002 schwärmte Olaf Scholz vom Ausbau der Ganztagsbetreuung und von einer SPD, die "die Lufthoheit über den Kinderbetten" und "die kulturelle Revolution" erreicht."
Ziel ist, wie gesagt, die Zerstörung jeder echten Eltern-Kind-Bindung, die Zerstörung der Familie als der grundlegenden Gemeinschaft, deren Manipulation nicht leicht möglich ist, da sie sich allen revolutionären Veränderungen widersetzt.
Dies wußten schon Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, aber auch Hitler und seine nationalen Sozialisten. Dieses Ziel wird von den Revolutionären inzwischen immer mehr erreicht: "Die dritte Generation, die Enkel der 68er, entwickeln sich zu einem bindungsunfähigen, egozentrischen, konsumorientierten Proletariat, das auf einfache Reize reagiert, Universitäten an ihr Limit bringt, an Windenergie glaubt, irgend etwas "Soziales" wählt und den x-ten Ex via *WhatsApp* abserviert".
Es sind die Menschen, die bei der sogenannten Antifa mitlaufen, wenn es gegen Demonstranten geht, die für das Leben und gegen Abtreibung demonstrieren. In ihren Plakatsprüchen bringen sie eigentlich nur ihre eigenen biographischen Brüche und den daraus resultierenden Selbsthaß zum Ausdruck, wie Martin Voigt schreibt. "Der Haß auf die eigene Herkunft ist der gemeinsame Nenner jeglicher linker Couleur von den steuerfinanzierten Autonomen über Quer-Aktivisten bin zu Vertretern der evangelischen Kirche.
"Der Glaube ist heute zur Intimsphäre geworden, während wirklich Intimes überall publik gemacht wird", sagte der Dresdner Bischof Heiner Koch mit offensichtlichem Bezug zu Sigmund Freud: "Schamlosigkeit ist das erste Anzeichen von Schwachsinn".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>**Feindbild Mutter**
_ *von Tino Perlick*
Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.
Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozeß im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie

man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."
Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.
Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.
Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.

Angriff der Feministinnen

Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.
Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.
Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch Das Eva-Prinzip zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.
Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.
"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame

Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."
Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgender Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschweren, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online.
Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist: Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschweren, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.
"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."
Eva Herman
Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschaßte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion *"Wir haben abgetrieben"* teilgenommen haben.
Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerrang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.
Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschluß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".
Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.
Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Ker-

ner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Bergers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.
"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.
2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<
Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 13. März 2019: >>**Buchtitel "Ein Leben frei von Kindern" sorgt nach wie vor für Schlagzeilen**
Muttersein, Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch. Eine Lehrerin aus Regensburg hat mit ihrem Buch eine neue Debatte ausgelöst: Sie will auf gar keinen Fall ein Kind - der Umwelt und sich selbst zuliebe. Nun gibt es erste Antworten auf ihr Statement.
Verena Brunschweiger ist Lehrerin, 38 Jahre alt und will keine Kinder. Damit macht sie im Moment Schlagzeilen, weil sie ein Buch darüber geschrieben hat. "Kinderfreie Frauen müssen von ihrem schlechten Ruf befreit werden", fordert sie.
Das Hauptargument ihres "Manifestes", wie sie das Buch untertitelt hat: Kinder sind schlecht für die Umwelt, die CO2-Bilanz. Ihr Fazit darum: Je weniger Kinder, desto besser. Ein ziemlich misanthropischer Ansatz.
"Herzlos-Lehrerin" nennt die "Bild-Zeitung" die Autorin. Unter ihrem eigenen Hashtag #Brunschweiger wird sie angefeindet.
Birgit Kelle, Autorin des Buches "Muttertier" und vierfache Mutter, antwortet in einem Gastbeitrag für focus.de auf die "Gebärstreik-Verena" und schreibt, steile Thesen seien immer gut, wenn man ein Buch verkaufen wolle.
Wenn man dann noch im Vorbeilaufen ein paar Millionen Eltern beleidigen kann und das ganze mit einer satten Portion moralischer Überhöhung untermauert, ist es fertig, das Buch für neurotische Frauen diesseits der Menopause."
Eine Nachricht des EU-Statistikamtes Eurostat dürfte Brunschweiger jedoch freuen: Die Gesamtzahl der Babys in der Europäischen Union sank von 5,148 Millionen im Jahr 2016 auf 5.075 Millionen im Jahr darauf. Das bedeutet im Schnitt 1,59 Geburten pro Frau. Deutschland lag sogar noch knapp unter dem EU-Durchschnitt.
Für Brunschweiger, die sich selbst Radikal-Feministin nennt, ist ihr kinderfreier Ansatz ein "bewußter, feministischer Akt". Sie nennt Kinder ein reaktionäres "Projekt" und Mütter, die nur noch den Nachwuchs sehen, "Mombies" - Mama-Zombies.
Literatur-Trend
Mit dem Thema ist Brunschweiger Teil eines kleinen Literatur-Trends. Gerade ist auch das Buch "Mutterschaft" der kanadischen Schriftstellerin Sheila Heti auf deutsch erschienen, das - wenn auch in anderer Form - ebenfalls die selbstgewählte Kinderlosigkeit zum Thema hat.
Die Debatte darum erinnert ein wenig an den Aufschrei, der vor einigen Jahren vor allem durch die Online-Mütterforen dieser Welt ging. Damals räumten einige Frauen nach dem Er-

scheinen des Buches der israelischen Soziologin Orna Donath "Regretting Motherhood" erstmals öffentlich ein, daß sie es zumindest zeitweise bedauern, Mutter geworden zu sein. Das galt vielen als Tabubruch.

Mütter müssen alles schaffen

Kaum ein Thema wird so heftig diskutiert wie das Muttersein. Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch.

Frauen und vor allem Mütter seien in Deutschland ständig konfrontiert mit gewissen Erwartungshaltungen, sagt die Marburger Psychoanalytikerin Helga Krüger-Kirn, die zu Mutterschaft und Geschlechterverhältnissen forscht und unter anderem das Buch "Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung" auf den Markt gebracht hat.

"Gesellschaftlich ist eine Mutter anerkannt, wenn sie alles schafft, Beruf und Muttertätigkeiten optimal vereinbart und vor allem, wenn sie 'gelungene' - sprich erfolgreiche und leistungsfähige Kinder hat", sagt Krüger-Kirn.

Und so tritt auch die selbsterklärte Feministin Brunschweiger ihrer Ansicht nach mit der These, Frauen, die Kinder auf die Welt bringen, schaden der Umwelt, in eine altbekannte Falle: "Das ist so typisch: Mütter sind an allem schuld." (dpa)<<

Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems

> Keine Angst, wir kommen nicht in die Hölle. Wir leben schon drin.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man u.a. das umstrittene US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde zusätzlich die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache endgültig als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache auszuschalten.

Aufgrund der ständig geringeren Leistungsanforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie Aussetzung des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt.

Infolge der sogenannten "Inklusion" sollen z.B. geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulkassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw. alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.

Wegen des mangelhaften Schulunterrichtes besitzen heutzutage viele Schüler nicht mehr die erforderlichen Grundkenntnisse, die eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium gewährleisten.

Der "Rheinische Merkur berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Der "Wandel" ist Schwindel**

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern …

Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.

Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.

Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.

Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten. …

Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang. …

In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorengeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fortschrittlich" priesen.

Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.

Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhaftes, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.

Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.

Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten

sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.

Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.

Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.

Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen. Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."

In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.

Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den

eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.
Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".
Lorenz Jäger
Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:
"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:
"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.
Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...): >>**Demontage der Kultursprache Deutsch**
Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird. …
Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".
Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."
Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist

die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. …<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>**Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!**

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschülern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschülern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. …

Niedrigeres Niveau für alle

Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.

Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. … Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.

… Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. …

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und

schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.
Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.
Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitsschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "Die Grünen", "Bündnis90/Die Grünen"

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/2001) berichtete über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>**Die verlorene Ehre der Apo**

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wenngleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitsskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.
Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?
Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:
Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.
Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.
Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.
"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."
So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."
Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.
So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der "Jux-Kommune 1".
Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupaß, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.
Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.
Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modefarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh-Stakkato" schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle

reden vom Wetter - wir nicht".
Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Haßkappen" der vermummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."
Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.
Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohafte Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.
Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.
Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".
Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."
Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.
Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft.
"Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."
Schlauch überging, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.
Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld

in Deutschland überwunden war.
Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.
Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Achtundsechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".
Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.
Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".
Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.
Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.
Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."
Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.
Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus.
Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.
Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.
Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.
Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim

die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppeleinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:
Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brokken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.
Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschten zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".
Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstoffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".
Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.
Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.
"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.
In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:
Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.
Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".
Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPi-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:
- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.
- "Sponti-Cliquen" wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.
Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende "68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen

ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruustrationnnnnn ... Es ist fuern Arsch."
An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.
Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin" - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.
"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.
"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkzettel für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!
Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.
Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.
Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".
Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepfiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:
Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocker bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.
Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Ent-

schlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.
"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.
Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)
Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.
Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:
Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.
Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.
Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."
Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüpplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero-Artikels" zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.
Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.
Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.
Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich

zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:
Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.
Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebe" hielten:
Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.
Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.
In einem "Playboy-Interview" führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."
Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.
Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".
Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten:
"Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".
Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklauen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":
"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."
Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"
Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten

Wahlkampfkostenerstattung.
Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mitsamt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."
Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."
Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.
Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).
Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.
Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".
Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.
Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.
Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).
Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."
Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Oppo-

sition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.
Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.
Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.
Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft.
"Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."
Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebellen vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."
In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.
Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:
Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.
Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.
"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.
Was hat "68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.
Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört

schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).
Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.
Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.
Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufflammten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.
Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.
Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörenswerter als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".
Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".
Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.
Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.
Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.
Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall". Minder schwer als was?<<
Das Nachrichtenmagazin "Focus" (Nr. 31/2005) berichtete am 1. August 2005 über ein Gespräch mit dem deutschen Philosoph Peter Sloterdijk: >>**"Die Freigabe aller Dinge"**
1968 begann vor allem der Marsch in den totalen Konsum, meint der Philosoph Peter Sloterdijk
FOCUS: Herr Sloterdijk, sind Sie ein 68er?

Sloterdijk: Aber sicher. Wenn man 1968 21 Jahre alt ist, dann kann man nicht anders.
FOCUS: Waren Sie ein Aktivist?
Sloterdijk: Ich war ein lyrischer Radikaler. Das ist ein Flügel der Bewegung, der von der Geschichtsschreibung kaum erfaßt ist. Ich würde, äußerlich gesehen, am ehesten subsumiert unter eine Teilmenge der 68er-, genaugenommen 67er-Bewegung, die man seinerzeit als hedonistische Linke bezeichnete. Das waren diejenigen, die den Glauben hegten, es sei der Sinn der Menschheitsgeschichte, die Verkindlichung des Menschen voranzutreiben. Folglich sollten ab sofort die historisch erworbenen körperlichen und mentalen Verpanzerungen des bürgerlichen Subjekts aufgehoben werden. Und wir können sagen, wir sind bei diesem Experiment dabei gewesen.
FOCUS: Das heißt, im Duktus der Epoche geredet: Sie wollten keine Räterepublik, sondern mehr vögeln?
Sloterdijk: Man hatte Sinn für Prioritäten. Wir sagten zum Beispiel: "Was geht mich der Vietnamkrieg an, wenn ich Orgasmusprobleme habe?"
FOCUS: Dieter Kunzelmann, von dem diese Äußerung stammt, war andererseits auch Bombenleger.
Sloterdijk: Die Gewaltneigung der 68er, von der man heute, glaube ich, zu viel Aufhebens macht, war insgesamt eher metaphorisch. Die Formel, die für die aktiven Zuspitzungen verantwortlich zeichnete, war jenes berüchtigte: Macht kaputt, was euch kaputtmacht - die doppelte Verneinung für Anfänger.
FOCUS: Zu diesem Zwecke ersetzte man Begriffe wie Versagen, Faulheit oder auch einfach Mißratensein durch die alles umkehrende Frustration, die dann aufs "System" abgewälzt wurde - richtig?
Sloterdijk: Solche Ausdrücke hätten ihren Benutzer damals moralisch vernichtet. Sie gehörten zum Mief von 1.000 Jahren. Man sollte nicht vergessen, daß die politische Korrektheit in mehreren Wellen kam. Von der ersten Welle an konnte es "Verlierer", "Versager" und so weiter nicht mehr geben. Eine ganze Phalanx von Ausdrücken der konservativen Anthropologie ist damals außer Kraft gesetzt worden. Daß derartige Begriffe jetzt ungeniert wiederkommen, verrät, daß der Konservatismus seine Sprache reorganisiert hat und daß man die soziologischen Entschuldigungen nicht länger ...
FOCUS: ... bezahlen kann?
Sloterdijk: Die Reiseflughöhe der kollektiven Illusion hängt immer mit der Finanzlage zusammen. Das Projekt der 68er war natürlich grandios illusionär. Sie haben das Prinzip Umsonst auf breiter Front inthronisiert und behauptet, die entscheidenden Dinge dürfen nichts kosten.
FOCUS: Die Voraussetzungen für das große Umsonst hat aber die Wiederaufbaugeneration geschaffen. War es fair, wie mit ihr umgegangen wurde?
Sloterdijk: Fairneß war für die Aktiven von 1968 kein Kriterium. Eine Generation von NS-Mitläufern, die sich in den Aufbau flüchten, hatte kein Anrecht auf einen ausgewogenen Prozeß, nicht wahr? In einem absoluten Sinn stand ihre Verworfenheit fest, doch hatten sie die Chance, sich relativ zu entschulden, indem sie die Mittel für die Illusionsproduktion der nächsten Generation bereitstellten. Aber hat nicht Kultur immer mit einer Positivierung des Parasitismus zu tun? Aus heutiger Sicht lag die 68er-Bewegung exakt in dem Trend, der zur Konsumgesellschaft führt. Ohne es zu ahnen, waren wir, die westdeutschen Früh-Hedonisten, die Labormäuse des totalen Konsumismus.
FOCUS: Auch wenn das parasitäre Abschöpfen jeder höheren Kultur eigen ist, dürfte doch relativ neu gewesen sein, wie stark die 68er-Aktivisten durch Moralisieren abgeschöpft haben. Goethe hat über das Christentum gesagt, es sei eigentlich eine politische Revolution gewesen, die erst nach ihrem Fehlschlag moralisch geworden sei. Gilt das auch für 1968?
Sloterdijk: Nein, man war von Anfang an hypermoralisch. Die Produktivkraft der Bewegung

bestand darin, daß sie die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit scharf ausgeleuchtet hat. Das war semantische Empfindlichkeit, die als Ideologiekritik zu Tage trat. Vielleicht war die 68er-Generation einfach nur sprachsensibler als die vorangehende. Man fand Phrasen der Wiederaufbauära zum Kotzen. Im Übrigen waren die 68er, man darf das nicht vergessen, die Letzten, die vom Geld nichts verstehen mußten. Unter der totalen Versorgungsgarantie war Radikalität eine romantische Zugabe.
FOCUS: Wenn wir bei den Privilegien sind: Es war auch eine Generation, wo ein Kerl mit ein paar Marcuse- oder Walter-Benjamin-Zitaten eine Frau ins Bett kriegte. Während er heute eher mit harten ökonomischen Tatsachen kommen muß ...
Sloterdijk: Klar, die Dialektik von Verführungsmitteln und Verführungsverhältnissen steht nicht still. Der Romancier Michel Houellebecq hat das auf den Punkt gebracht: "Ausweitung der Kampfzone" heißt eben, das Sexgebiet ist auch ein Markt mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern. Damals schien Sex ein leerer Kontinent zu sein, der auf die Einwanderung von netten Kolonisten wartete.
Ein paar abenteuerliche sexual-politische Dogmen genügten, und man konnte dieses "wahre innere Afrika" in Besitz nehmen. Inzwischen ist Eros-Land nichts mehr für naive egalitaristische Siedler. Zwar haben sich die Verführungsmittel gewaltig entwickelt, die Verführungsverhältnisse insgesamt jedoch sind kompliziert geworden. Auch da hat das Prinzip Umsonst einen fürchterlichen Rückschlag erlitten.
FOCUS: Sie sagen, die 68er wollten die Verfassung beim Wort nehmen - es gab aber genauso viele, die sie abschaffen und durch eine Räterepublik ersetzen wollten.
Sloterdijk: Sie dürfen nicht vom heutigen abgekochten Realismus aus den radikalen Jargon der 60er-Jahre für bare Münze nehmen. Die Wortführer von damals waren politische Romantiker, wie überhaupt die Ära total romantisch war. Das Sonderklima der Bundesrepublik um 1960 bis 1970 zeigte sich gerade darin, daß man milieugeschützt die radikalismusfrommen Sprachspiele benutzen konnte.
FOCUS: Finden Sies romantisch, hinter Mao-Plakaten herzulaufen? Das ist dann wohl das Gegenstück zur Romantik der Reichsparteitage?
Sloterdijk: Die Demokraten nach 1945 haben in ihrem antifaschistischen Eifer das Faschismusphänomen in seiner globalen Ausdehnung chronisch unterschätzt. Die Wahrheit ist, daß der Faschismus von Lissabon bis nach Shanghai reichte. Das ganze 20. Jahrhundert ist vom faschistischen Affekt, vom Enthusiasmus des Ressentiments durchzogen. Daß sich der linke Faschismus als Kommunismus zu präsentieren beliebte, war eine Falle für Moralisten. Mao Tse-tung war nie etwas anderes als ein linksfaschistischer chinesischer Nationalist, der anfangs den Jargon der Moskauer Internationale pflegte.
Gegen Maos fröhlichen Exterminismus gehalten, erscheint Hitler wie ein rachitischer Briefträger. Doch man scheut noch immer den Vergleich der Monstren. Das massivste ideologische Manöver des Jahrhunderts bestand ja darin, daß der linke Faschismus nach 1945 den rechten lauthals anklagte, um ja als dessen Opponent zu gelten.
In Wahrheit ging es immer nur um Selbstamnestie. Je mehr die Unverzeihlichkeit der Untaten von rechts exponiert wurde, desto mehr verschwanden die der Linken aus der Sichtlinie. In dem Zusammenhang muß man die Mao-Plakate über den Köpfen der Revoltierenden von damals verstehen. Die radikale Linke hatte sich selbst die Absolution erteilt, und die Ikone Mao war ein Garant ihres Verständnisses für den guten Terror. Die Zersetzungsprodukte dieser Hyperlüge gehen uns bis heute auf die Nerven.
FOCUS: Wenn Joschka Fischer im Auswärtigen Amt den Ex-Vorsitzenden des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands und Pol-Pot-Verherrlicher Joscha Schmierer beschäftigt und gleichzeitig ehemaligen Mitarbeitern seines Amts den Nachruf verweigert, weil sie in der NSDAP waren, ist das ein später Ausläufer dieses Amnestiemanövers?
Sloterdijk: Die kleineren Absurditäten sind regelmäßig die Reste der großen Verirrungen. Der

Prozeß über die Exzesse des 20. Jahrhunderts ist nicht abgeschlossen.
FOCUS: Jürgen Habermas sprach davon, daß 1968 einen Prozeß der "Fundamentalliberalisierung" der Bundesrepublik bewirkt habe. Zu Recht?
Sloterdijk: Habermas drückt politisch aus, was besser ökonomisch zu beschreiben wäre. Vom Effekt her gesehen bedeutet die Jugendkultur von 1968 die Einstiegsphase in den psychedelischen Kapitalismus. Die linksromantischen Sprachspiele haben nicht so sehr die Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik vorbereitet, sondern den Verzehr aller Dinge.
FOCUS: So hat Habermas das nicht gemeint.
Sloterdijk: Natürlich nicht. Aber was heißt fundamentale Liberalisierung? Im Lichte der heute gemachten Erfahrungen bedeutet das die Freigabe aller Dinge fürs Neu-Design und für den Verbrauch. Man hat mehr Demokratie gewagt, um mehr Konsum zu wagen. Alle Wege von 68 führen letzten Endes in den Supermarkt.
FOCUS: Und wenn auch nur, um einen anzuzünden ...
Sloterdijk: Wissen Sie, zu meinem Bild dieser Zeit gehören die Aktivisten der RAF nur ganz am Rande. Sie waren in meinen Augen nie mehr als ein militantes Patientenkollektiv, ein bewaffnetes Kasperltheater. Entscheidend ist: Sie waren total marginal, und sie waren wenige. Ein paar Dutzend politische Kriminelle auf einen Jahrgang, das scheint mir eigentlich nicht sehr viel zu sein.
FOCUS: Was bleibt von 1968?
Sloterdijk: Eine bleibende Kulturleistung der 68er besteht darin, daß sie die deutsche Gesellschaft in ein Kollektiv von Halbkranken umgeschaffen haben. Damals wurde die Therapiegesellschaft auf den Weg gebracht, in der jeder seine verunglückte Libido erforschen und dem Echo seiner verbrecherischen Familiengeschichte nachhorchen konnte. Doch seit der Sport als Alternative zur ewigen Therapie aufkam, so von den 80er-Jahren an, hat sich die Lage an der inneren Front entspannt. Vor allem aber hat sich nach 68 so etwas wie eine Wende zur Lebensart vollzogen. Vorher gab es in Deutschland kein Savoir-vivre (Lebenskunst). Inzwischen ist ein linker Hedonismus gesellschaftsfähig geworden - wir haben erstmals eine Linke, die genießen kann. …<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an Elite-Uni**
Fischers neues Leben
Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.
In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik.
Fischer arbeite zunächst aber noch an einem Buch über seine siebenjährige Amtszeit als Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Koalition, hieß es. Es soll Anfang 2007 erscheinen.
Die Grünen gehen den Informationen des Blatts zufolge davon aus, daß Fischer sein Bundestagsmandat "demnächst" zurückgeben werde. Gerade hat er sein letztes Parteiamt bei den Grünen niedergelegt, und zwar die Mitgliedschaft im Parteirat.<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distan-**

zierungstango in der Pädofrage

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in

der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".
Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.
Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.
Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.
Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.
Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.
Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.
Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich ..., daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.
Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:
"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:
Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser

Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."
Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.
In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.
Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.
Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.
Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.
Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation " Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.
Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".
Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zu Gunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zu Gunsten von Pädophilen zu ändern.
Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte

und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.
Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.
Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.
Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitagen sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".
Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.
Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.
Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.
Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.
Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagraphen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.
Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeind-

lichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".
Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.
Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welch fatale Wirkung die Offenheit zu Gunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.
Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.
Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."
In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.
Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.
Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.
Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.
Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.
Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf

Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.
Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.
Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.
Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.
Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.
Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.
Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.
1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.
Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.
Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit

zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. September 2013: >>**Die Mentalität der Grünen**
Mathias von Gersdorff
Eigentlich müßte man der Theodor-Heuss-Stiftung danken für ihre Wahl von Daniel Cohn-Bendit zum diesjährigen Träger ihres Preises. Damit hat die Stiftung unbeabsichtigt eine Grenze überschritten und eine Debatte zum Leben gebracht, die inzwischen nicht nur die pädophilen Strömungen bei den Grünen in der 1980er Jahren zum Thema hat, sondern generell die Ansichten über Sexualität dieser Partei und wie sie diese zum Politikum macht.
"Die verstörenden Sex-Phantasien der Grünen Jugend" - so betitelte Alexander Kissler seine Kolumne am 10. September 2013 in *Focus-Online* und schrieb: "Hinter den Phantasien vom besseren Leben für alle verbirgt sich jedoch die Herrschaft von Gesetz und Sex, Quote und Umerziehung. Und Pädophilie ist sogar Anlaß für einen müden Witz."
Am 15. September 2013 druckte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den Artikel von Christian Füller, der einige Wochen davor von der *taz* in letzter Minute abgelehnt wurde. Füller schreibt: "Wieso nahmen Grüne die offen pädophile Propaganda widerspruchslos an? … Weil die Grünen Gläubige sind. Sie glauben fest an die Moral der grünen Kirche von der Bewahrung der Schöpfung, der ehrlichen Politik und einer besseren, grünen Welt." Dieser Glaube, so Füller, ist bestimmend für die Mentalität der Grünen: "Die grüne Ideologie steht nicht in Parteiprogrammen: Sie steckt bis heute in den Köpfen der Parteigänger."
"Selbstbestimmte Sexualität und Kritik an der patriarchalen Gesellschaft waren unsere Themen damals", sagen jene, die den Aufbruch gegen die verkapselte Post-NS-Gesellschaft wagten.
Radikales Umbauprojekt der Gesellschaft
Wie drückt sich diese Ideologie konkret aus? Die Debatte um die Pädophilie in den achtziger Jahren brachte manche dazu, nachzuforschen, was die Grünen sonst noch so parat haben und entdeckten manches. Einige Beispiele:
Bundestagsabgeordneter Hans-Christian Ströbele und Grüne Jugend wollen Inzestverbot aufheben. Grüne Jugend will Ehe abschaffen, Mehr-Eltern-Adoption (im Grunde eine Form der Polygamie) einführen, Drogen liberalisieren, die Zweigeschlechtlichkeit überwinden (kein Scherz). Grüne wollen Ehegesetz für homosexuelle Paare öffnen, Nahrungsvorschriften einführen, Abtreibung völlig liberalisieren und entkriminalisieren, Entsprechend der "Gender Mainstreaming-Ideologie" Kinder indoktrinieren und Ehegattensplitting abschaffen. Das alles zusammen ergibt ein radikales Umbauprojekt der Gesellschaft.
Die Grünen hatten etwa 30 Jahre lang so etwas wie Narrenfreiheit und meinten, daß sich niemand um die irrsinnigen politischen Visionen mancher Untergliederungen, vor allem der Grünen Jugend, kümmern würde. Nun ist der deutschen Öffentlichkeit klar geworden, welche Kloaken menschlicher Dekadenz sich in dieser Partei unbeschwert entfalten konnten, und sie ist entsetzt. Bündnis 90/Die Grünen sind in den Umfragewerten inzwischen auf ihre Stammwählerschaft geschrumpft.
"Die Pädagogik der Neuen Linken"
Nun fragt man sich: Was ist in den Genen dieser Partei angelegt, das solche abstruse politische Visionen zum Leben bringt?
Eine Erklärung gibt das Buch "Die Pädagogik der Neuen Linken" von Wolfgang Brezinka. Das Buch erschien 1972, ist aber immer noch aktuell und gerade im Hinblick auf die Debatte der letzten Monate äußerst interessant zu lesen. Sein Interesse galt vor allem den pädagogischen Theorien, die im Zuge der 1968er-Revolution entstanden und in den siebziger Jahren in die Praxis umgesetzt worden sind. Doch die ersten Kapitel behandeln die Ideologie, die Mentalität und die Entstehung der Neuen Linken, also der Vorgänger der Grünen. Leider können

hier nur sehr wenige Zitate wiedergegeben werden.
Brezinka schreibt: "Als Quelle aller Übel wurde die Autorität verketzert. Weltanschauliche Bindungen galten als überholt. Das Ethos des Dienstes an der Gemeinschaft erschien als Bedrohung der Freiheit. Das Kritisieren wurde als wichtigstes Mittel zur Vermeidung neuer Knechtschaft ausgegeben. ... In dieser Situation hat die Neue Linke den Kampf um die Macht aufgenommen."

Gefühl der Unfehlbarkeit

Die systematische Kritik an den "Strukturen" begünstigte nicht nur die Selbstgerechtigkeit, sondern auch eine Myopie für die eingehenden schwachen Seiten: Man hielt sich für unfehlbar in jeglicher Hinsicht. Kritik an Strömungen innerhalb der Partei konnte sich kaum entwikkeln. Das galt Anfang der achtziger Jahre für die Pädophilen, heute gilt das für Leute wie Ströbele oder die Grüne Jugend.
Eine Bewegung mit solchen Einstellungen konnte nach Ansicht von Wolfgang Brezinka gedeihen, weil die bürgerliche Gesellschaft ihre Abwehrmechanismen verloren hatte: "Eine Gesellschaft, deren Mitglieder in erster Linie mit der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen beschäftigt sind, besitzt wenig moralische Reserven, um sich in Krisenzeiten politisch behaupten zu können. Sie gewöhnt sich damit daran, selbstzufrieden dahinzuleben, die Gefahr zu verharmlosen und darauf zu bauen, daß politisch auch in Zukunft das bloße Hindurchwurschteln genügen wird." Das ist heute genauso der Fall wie 1972.
Den Grünen ist heute insbesondere diese Eigenschaft zum Verhängnis geworden: "Die Neue Linke ist eine Protestbewegung gegen die Industriegesellschaft, die aus dem romantischen Glauben an die Utopie 'neuer Menschen' in einer vollkommen 'herrschaftsfreien Gesellschaft' lebt."

Mitgefühl für Tiere, Mitleidlosigkeit gegenüber dem menschlichen Embryo

Dieser Utopismus war die Grundlage für die Akzeptanz und sogar Förderung der Pädophilie in den eigenen Reihen - heute ist das beispielsweise für den Inzest der Fall. Man hielt es nicht für möglich, daß Gruppierungen, die die Geburt des "neuen Menschen" anstrebten, böse Absichten haben könnten. Brezinka beschreibt diese Haltung folgendermaßen: "Sie ist eine weltliche Erweckungsbewegung, vergleichbar religiösen Sekten, die ihre vermeintlich gute Gesinnung auch den Menschen aufzudrängen versuchen." Stichwörter: Abschaffung der Ehe, Überwindung der Zweigeschlechtlichkeit, Veggie-Day.
Brezinka hat 1972 auf die Widersprüche der Neuen Linken hingewiesen, die heute die Grünen kennzeichnen: "Es finden sich neben naiv-fortschrittsgläubigen auch sehr pessimistische Aussagen über die Natur und die Zukunftsfähigkeit des Menschen." Die Grünen sind voll des Mitleids für die Tiere, die nicht "artgerecht" leben und wollen ihnen alle möglichen "Rechte" geben. Gleichzeitig sind sie für eine radikale Liberalisierung der Abtreibung, und ihre gesamte Umweltpolitik geht von der Vorstellung des Menschen als Raubtier aus.
Brezinka: "Die Deutung unserer gesellschaftlichen Situation reicht von einseitig übertriebenen Schilderungen tatsächlich vorhandener Schattenseiten, aus denen echte Sorge um wirkliche Menschen spricht, bis zur totalen Verneinung alles Vorhandenen, zur Verachtung des Menschen, wie sie sind, zum Haß auf jegliche Ordnung, zur Lust an der Zerstörung, an der Anarchie."
Wie will die Neue Linke das alles verändern: "Erziehung und Umerziehung sollen also vorwiegend dazu dienen, die Menschen ihrer Kultur zu entfremden, sie von den Bindungen an die Normen ihrer Gesellschaft zu befreien". Zu diesem Zweck sollten Schulen, Universitäten, Medien und der Kulturbetrieb erobert werden.

Den Menschen zu seinem "Glück" zwingen

Weil man die Schöpfung des "Neuen Menschen" anstrebt, haben die Grünen überhaupt kein Problem, die Liberalisierung von Inzest und die Abschaffung der Ehe, das Sonntagsfahren und Süßigkeiten verbieten oder den Veggie-Day - nur in der Oberfläche widersprüchliche

Forderungen - gleichzeitig zu fordern. Der Mensch muß eben zu seinem Glück gezwungen werden - so die grüne Anthropologie.
Die Grünen haben schon viel Macht für das Erreichen ihrer Ziele ansammeln können. Unsere Aufgabe ist es, sie anzuhalten, bevor es nicht mehr möglich ist.

Über Mathias von Gersdorff

Diplom-Volkswirt (Bonn) und katholischer Publizist, geboren 1964 in Santiago de Chile. Seit 1990 in der Lebensrechtsbewegung aktiv. Er leitet die Aktion "Kinder in Gefahr" der "Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur" (DVCK) und schrieb mehrere Bücher zu Themen wie Sexualisierung der Kindheit, Lebensrecht und Christenverfolgung.<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>… Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschuß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe.

"Oh Gott." Die Besucherin des Weihnachtsmarkts an der Marktkirche in Hannover hat nur schauen wollen, warum neben den Holzbuden so ein Auflauf ist, doch schnell wendet sie sich wieder ab: Auf dem Pflaster liegen die Kadaver von Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb, die in den letzten Tagen auf Weiden in Niedersachsen von Wölfen gerissen wurden. ... Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister.

Den Schäfern vor der Tür des Landtags klingt das nach Beschwichtigung. "Das reicht auf gar keinen Fall", sagt Mutterkuhhalter Rudolph Michaelis zu den neuen Maßnahmen. Es gebe mindestens ein Rudel in der Heide, das sich auf Nutztiere spezialisiert habe - das müsse geschossen werden. Wenn man den Herdenschutz nicht weiter gegen Angriffe eines Problem-

wolfs verbessern könne, dann sei "auch eine Entnahme des Individuums denkbar".

Lieber Wild- statt Haustier

Erste Erfolge: Herdenschutzmaßnahmen wie E-Zäune, Hunde oder auch Esel in der Herde zeigen laut Umweltministerium Wirkung gegen Wölfe: Obwohl die Zahl der Wölfe im Jahr 2015 angestiegen ist, hat sich die Zahl der Risse im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau gehalten.

Zudem habe die genaue Untersuchung von Exkrementen der Raubtiere ergeben, daß Wölfe sich lediglich zu 0,8 Prozent von Nutztieren ernähren, den übergroßen Teil ihrer Nahrung also aus der Wildnis holten, betont Umweltminister Stefan Wenzel.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. Januar 2017: >>**Das grüne Dilemma**

In den achtziger Jahren beglückten die Grünen eine Generation, die traditionelle Tugenden und Institutionen ablehnte und Unbehagen an der Überflußgesellschaft durch eine Protestkultur kompensierte. Ihr spätpubertärer, hippiehafter Charme, ihre Weckrufe gegen Kernkraft, Umweltzerstörung und den Nato-Doppelbeschluß gerieten zum Religionsersatz. Rationalität und komplexe Verantwortungsethik blieben den "Ökopaxen" eher fremd. Sie punkteten mit ihrer Kreativität und Kampagnenfähigkeit.

Dieses in Teilen helle Bild wird zusehends trüber, seit Kernfragen der Staatlichkeit in den Fokus rücken, die das linksgrün-utopistische Weltbild überdehnen. In zweifacher Hinsicht sieht sich die Partei anschwellender Kritik ausgesetzt. Sie gilt erstens dem Menschen- und Bürgerrechtskult ihrer Führungskader, der sich vernünftigen begrifflichen Begrenzungen und behutsamer Abwägung mit anderen Rechtsgütern völlig verschließt.

Unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft

Ausschweifend räsonieren die Grünen über Demokratie, wollen gar "radikaldemokratische Anstöße" liefern, entlarven zugleich aber ihre unüberbrückbare Distanz zur Volksherrschaft. Ein souveränes Volk in einem souveränen Nationalstaat, gemeinsame politische Willensbildung mit abschließender Mehrheitsentscheidung - vitale Essenzen des Demokratieprinzips sind kein Stoff für Minderheitsfetischisten.

Was deutsche Bürger mehrheitlich denken und wollen, beschäftigt sie nicht mal im Ansatz. Jakobinerhaft kämpft die Partei für die Teilhabe von Lesben, Schwulen und Migranten "im zusammenwachsenden Europa". Grüne Demokratiebeschwörung - das ist ein listiger Fake, eine "Volksherrschaft" ohne Volk.

Zweitens pflegen grüne Vordenker eine feindselige Sicht auf die deutsche Geschichte, die sie als Abfolge von Unterdrückung und liquidatorischem Rassismus wahrnehmen (wollen). Wer diese ideologische Engführung, diesen weltweit einzigartigen "Nationalmasochismus" kritisiert, wird zur Zielscheibe wüster Beschimpfungen.

Erwähnen Sie konservativ, rechts oder AfD

Machen Sie einen Test und erwähnen gegenüber doktrinären Grünen die Begriffe konservativ, rechts oder AfD! Die Gesichter Ihrer Gesprächspartner werden die Züge schwäbisch-alemannischer Fastnachtsmasken annehmen.

Dieser Haß wirkt um so grotesker, als Moslems, also Anhänger einer selbst in ihrer gemäßigten Variante antimodernen Religion, von denselben Volkspädagogen liebevoll umarmt werden. *Spiegel-Online*-Kolumnist Jan Fleischhauer liefert einen Erklärungsansatz: "Bei der Linken hat die Idealisierung des Fremden eine lange Tradition." Ergänzend betont der Schweizer Publizist Frank A. Meyer die Sehnsucht kulturgesättigter Intellektueller nach dem "Edlen Wilden". Jean-Jacques Rousseaus Zivilisationskritik läßt grüßen.

Aber kann das Narrativ vom "Edlen Wilden" den Ausverkauf abendländischer Kultur durch grüne Fundamentalisten hinreichend erklären? Geht deren ideologische Pervertierung so weit, die zumindest tendenzielle Frauenverachtung im real existierenden Islam für "edel" zu halten? Oder verbirgt sich hinter linksgrüner Liebe zu Flüchtlingen und anderen Muslimen nicht eher

Berechnung?

Besuch bei einem Fundamentalisten

Sollen die zu CDU/CSU und AfD abgewanderten Arbeiter durch ein neues "revolutionäres Subjekt" ersetzen werden, das sich aus einem unüberschaubaren Heer von "Neubürgern" rekrutiert, die in der Wahlkabine Rot oder Grün ankreuzen?

Unlängst besuchte ich einen 60 Jahre alten Bekannten, der sich als frischgebackener Fundamentalist entpuppte. Seit 2015 ist er in der Flüchtlingshilfe und auf kommunaler Ebene bei den nordrhein-westfälischen Grünen aktiv. Im Hobbykeller skizzierte der Mann seine Vision vom künftigen Deutschland, die auf der Existenz einer "Bevölkerung in einer einzigen hellbraunen Mischrasse" basiert.

Absurdität und Rassismus dieser Vision waren ihm nicht bewußt - Folge ungezügelter kultureller Hegemonie eines internationalistischen Denkens, dessen Prämissen und Folgerungen sich jahrzehntelang in keinem Diskurs, in keiner kontroversen Debatte bewähren mußten.

Wind des Zeitgeists dreht sich

Aber der Wind des Zeitgeists wird böig und beginnt sich zu drehen. Ein verbreitetes Boulevardblatt machte sich zum Anführer einer "Nafri/Grüfri-Kampagne" gegen die überforderte Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Simone Peter. Grüfri steht für "Grün-Fundamentalistisch-Realitätsfremde Intensivschwätzerin".

Ohne radikalen Kurswechsel zu nichtdogmatischen Dissidenten wie Winfried Kretschmann und Boris Palmer dürften die Grünen im Entsorgungscontainer der Politik verschwinden. SPD und Linkspartei hätten dann einen Konkurrenten weniger, und die CDU könnte sich vielleicht noch nicht von Angela Merkel, wohl aber von der Hypothek schwarz-grüner "Pizza Connections" befreien.<<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>…

Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

NATO-Osterweiterung und Reduzierung der deutschen Bundeswehr

> Alles, was dir begegnen wird, ist leider nicht zu vermeiden.
> *Sören Kierkegaard (1813-1855, dänischer Philosoph)*

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 1995: >>**Polens Außenminister nennt die Vertreibungen Unrecht**

... Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und als Unrecht bezeichnet.

Bartoszewski sagte am Freitag in der Feierstunde von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Polen beklage die Leiden unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat verloren hätten. "Das Böse ist Böses und nichts Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist", zitierte Bartoszewski unter dem Beifall seiner Zuhörer den polnischen Essayisten Jan Jozef Lipski. ...

Bartoszewski rief die NATO und die Europäische Union auf, sich für die Reformstaaten Osteuropas zu öffnen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 29. April 1995 über die Vertreibung der Deutschen: >>... 50 Jahre hat es gedauert, bis sich das offizielle Polen bereitge-

funden hat, die polnischen Gewalttaten bei der Vertreibung der Deutschen beim Namen zu nennen und das "Leid von unschuldigen Deutschen, die von Kriegsfolgen betroffen waren und ihre Heimat verloren haben", zu beklagen.
Der polnische Außenminister Bartoszewski hat mit seiner gestrigen versöhnlichen Rede im Deutschen Bundestag einen dicken Felsbrocken zur Seite geschoben, der auf dem Weg zur deutsch-polnischen Normalisierung lag. Es gibt noch genügend Vertriebene in Deutschland, die sich an die Rache der Polen für die Greuel des Krieges erinnern. ...
Die Polen sind vom Kriege, der deutschen Besetzung und der stalinistischen Ära besonders heimgesucht worden, bei ihnen sitzen die Verletzungen auch besonders tief. Es ist verständlich, wenn sie sich an den eigenen Beitrag zur Tragödie der Vertreibung nicht gern erinnern ließen. Die deutsche Seite hat sich bei dieser Frage auch sehr zurückgehalten. An die politischen Verfehlungen zu erinnern, paßte nicht zur Versöhnungspolitik.
Zur Normalität im politischen Alltag zurückzukehren heißt aber, offen über das Leid und die Verbrechen auf beiden Seiten zu reden. Das hat nichts mit Aufrechnung zu tun, es verfälscht nicht die Ursachen des Krieges, es ist aber ein Akt der geschichtlichen Wahrheit und Ausdruck einer souveränen Haltung. Mit seinen Worten hat Bartoszewski dazu beigetragen, daß sich Deutsche und Polen in dieser Frage in die Augen sehen können.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**
... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.
"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...
Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...
US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."
Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.
Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**
Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.
Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**
Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...
Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tsche-

chien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 1997: >>**Versöhnung zwischen Ukraine und Polen**
Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.
In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.
Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juli 1997: >>**Rumäniens letzte Hoffnung sind die Deutschen**
... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden.
Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte.
Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**
Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...
Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird - es ist ein teures Vergnügen.
Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um an-

derswo Löcher zu stopfen.
Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben - ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.
Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**
Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.
US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>**Clinton in Warschau begeistert gefeiert**
Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...
Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**
... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.
In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. März 1998: >>**Ja-Wort aus Bonn: Polen, Tschechen und Ungarn in die NATO**
Der Bundestag hat am Donnertag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehrheit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Fraktion der Grünen jedoch war einmal mehr zerrissen: Es gab Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und viele Enthaltungen. ...
Im Bonner Kanzleramt trudelten bereits in der Nacht zum Freitag die Danksagungen ein. Polens Präsident Aleksander Kwasniewski nannte die Zustimmung des Bonner Parlaments in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl "historisch". Das tschechische Außenministerium erklärt, die deutsche Entscheidung sei "ein weiterer Schritt auf dem Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Geiste europäischer Partnerschaft".
... Nach der heutigen Billigung durch den Bundesrat ist Deutschland nach Kanada, Norwegen und Dänemark der vierte der 16 NATO-Staaten, der die Erweiterung ratifiziert hat.
Viele Redner sprachen von einer der wichtigsten außenpolitischen Entscheidung, die der Bundestag jemals getroffen habe.
"Jetzt wächst in ganz Europa zusammen, was zusammengehört", sagte Außenminister Klaus Kinkel. "Dies ist ein Tag, an dem wir dankbar sein sollten." Ohne den Freiheitswillen dieser Staaten hätte Deutschland seine Einheit nicht erreicht. ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin.

Ein Freudenfest hätten wir feiern sollen nach der Zumutung jener, die nicht wahrhaben wollen, daß der 9. Mai 1945 nicht nur die Niederlage Deutschland besiegelte und damit auch die Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern auch Stalins Herrschaft über einen Teil Deutschlands begründet hat und die Teilung unseres Vaterlandes sowie die kommunistische Diktatur in der DDR ihren Anfang nahmen. Zudem steht der 9. Mai 1945 noch für den Leidensweg von Millionen deutscher Flüchtlinge, von Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen.

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten.

Die Kampagne begann mit einem Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit". Dort hieß es am 31. Januar 1992: "Was, bald 50 Jahre nach Kriegsende, immer noch fehlt, ist eine öffentliche Darstellung der größten 'Mord- und Terrororganisation' der deutschen Geschichte: der deutschen Wehrmacht". Das war ein ungeheuerlicher Vorwurf. Ich habe damals an den Herausge-

ber dieser Zeitung, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, geschrieben:
"Dies ist insbesondere eine Verleumdung derer, die im Krieg für ihr Vaterland gefallen sind, wie mein Bruder, und die sich dagegen nicht mehr zur Wehr setzen können. Wir aber, die wir das Glück hatten - oder die Gnade - zurückzukehren, wir dürfen den Vorwurf des Mordes und des Terrors auf unseren gefallenen Kameraden nicht sitzenlassen. Deshalb fordere ich Sie auf: Tragen Sie dafür Sorge, daß diese maßlose Verleumdung von Ihrem Blatt widerrufen wird."
Helmut Schmidt antwortete postwendend: "Die von Ihnen gerügte Bezeichnung der deutschen Wehrmacht als 'größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte' findet meine scharfe Kritik. 'Die Zeit' wird ihre Mißbilligung auch nach außen erkennbar machen."
Nun, "Die Zeit" hat dann meinen Brief an Helmut Schmidt als Leserbrief veröffentlicht. Das war sie, die "Mißbilligung". Sie galt auch nur für eine Weile. Denn bereits im März 1995 veranstaltete dieses Blatt ein "Zeit-Forum", auf dem die Kampagne gegen die Wehrmacht fortgeführt wurde.
Auf diesem Forum bemerkte Dr. Theo Sommer einleitend: "50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist es unvermeidlich, daß auch die Rolle der Wehrmacht in diesem Krieg näher betrachtet wird."
Auf diesem Forum wurde z.B. darauf hingewiesen, Heydrich sei Offizier der Marine gewesen. Offensichtlich paßte dieses Argument gut in das geplante Agitationsmuster, demzufolge Heydrich und Admiral Canaris neben Admiral Dönitz die Nazi-Hörigkeit der Marine belegen sollten; ausgerechnet Canaris, der als Angehöriger des militärischen Widerstandes gegen Hitler am 9. 4. 1945 gehängt worden ist. Verschwiegen wurde hingegen, daß der Oberleutnant zur See Heydrich bereits im April 1931 (!) aus der Marine ausgestoßen wurde - wegen Unwürdigkeit.
Inzwischen macht diese Kampagne tatsächlich nicht mehr Halt vor dem militärischen Widerstand gegen Hitler. In einem Aufsatz im Begleitbuch zur Heer/Reemtsma-Ausstellung gegen die Wehrmacht wird versucht, sogar dessen aktivste Gruppe, die um Henning von Tresckow, als Täter im "schmutzigen Partisanenkrieg" und beim "Holocaust" anzuprangern. Ausgerechnet von Tresckow, der bekanntlich wegen der Nazimorde das Attentat auf Hitler - "koste es, was es wolle" - gefordert hat, um damit von der moralischen Substanz des anderen Deutschland Zeugnis zu geben!
Soll etwa mit solchem Verurteilungseifer nun auch der Widerstand gegen Hitler geleugnet, zumindest aber relativiert werden? Und warum soll das geschehen? Vielleicht, weil nach den Worten des großen Franzosen und Europäers Joseph Rovan, der als Jude Dachau überlebt hat, "die Männer und Frauen des Widerstandes zu jenen gehören, denen das deutsche Volk es verdankt, in Ehren weiterleben zu können".
Das Kalkül ist einfach: Gelänge es, selbst den Widerstandskämpfern die Ehre zu nehmen, wäre das ganze deutsche Volk entehrt. Und das ist offensichtlich das Ziel. Der auch von der Antifa-Agitation immer wieder vorgetragene Hauptvorwurf gegen die Wehrmacht lautet, sie habe sich für Hitlers "Angriffskrieg" zur Verfügung gestellt. Was heißt "zur Verfügung gestellt", angesichts einer gesetzlich begründeten allgemeinen Wehrpflicht, der sich niemand entziehen konnte?
Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!
Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen?
Wahr ist, daß die Nationalsozialisten schreckliche Verbrechen begangen haben; das gilt ins-

besondere für die Ausrottungsmorde an den deutschen und europäischen Juden. Wahr ist weiter, daß auch Soldaten der Wehrmacht an solchen Verbrechen beteiligt waren. Es ist aber ebenso wahr, daß die große Masse der mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten keinen Anteil daran hatte. Sie haben auch nicht an den Fronten gekämpft, um hinter diesen das Vernichtungswerk der NS-Einsatzgruppen zu ermöglichen, wie es in verleumderischer Absicht immer wieder unterstellt wird. Dieses Vernichtungswerk fand übrigens unter größter Geheimhaltung statt, weil Hitler wußte, daß das deutsche Volk ihm auf diesem Weg nicht zu folgen bereit gewesen wäre.
Es ist auch wahr, daß in der Wehrmacht Disziplin herrschte. Plünderungen und Vergewaltigungen wurden schärfstens bestraft. Massenvergewaltigungen wie seitens der Roten Armee und in diesem Jahrzehnt wieder durch die serbische Soldateska, hat es bei der deutschen Wehrmacht nicht gegeben, und schon gar nicht wären solche von der Führung hingenommen oder gar von ihr begünstigt worden. Es gab auch in der Wehrmacht keinen der Propaganda Ilja Ehrenburgs vergleichbaren Aufruf zu Verbrechen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung.
In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.
"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaubt zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.
Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens.
Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.
Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung.
Seit nunmehr acht Jahren gehören auch unsere Landsleute in der ehemaligen DDR dazu. Sie haben mehr als wir im Westen an den Folgen des von Hitler und Stalin angezettelten Krieges leiden müssen. Sie bauen ihre Heimat nun zu einem blühenden Gemeinwesen auf, mit unserer solidarischen Hilfe. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Aufbauwerk just von jenen behindert und gestört wird, die für die Misere im "real existierenden Sozialismus" verantwortlich waren.
Der damals schon von schwerer Krankheit gezeichnete und inzwischen verstorbene französische Staatspräsident Mitterand hat uns Deutschen am 8. Mai 1995 bei dem feierlichen Staatsakt mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern in Berlin ein großartiges Vermächtnis hinterlassen, das wir dankbar annehmen sollen. Er sagte:

"Ich bin nicht gekommen, um den Sieg zu feiern, über den ich mich für mein Land gefreut habe. Ich bin nicht gekommen, um die Niederlage der Deutschen zu unterstreichen, weil ich die Kraft, die im deutschen Volk ruht, kenne, seine Tugenden, seinen Mut - und wenig bedeuten mir in diesem Zusammenhang die Uniformen und selbst die Ideen, die in den Köpfen der Soldaten damals gewohnt haben, die in so großer Zahl gestorben sind. Sie waren mutig, sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, für eine schlechte Sache. Aber ihre Haltung hatte damit nichts zu tun.
Sie liebten ihr Vaterland. Es ist notwendig, daß uns das klar wird. Europa, das bauen wir, aber unsere Vaterländer lieben wir. Bleiben wir uns selbst treu. Verbinden wir die Vergangenheit mit der Zukunft, und wir werden in Frieden den Geist dieses Zeugnisses an jene weitergeben können, die uns nachfolgen."
Das sind Worte eines großen Franzosen und großen Europäers, der gegen Deutschland gekämpft hat. Er hat mit dieser Rede dem deutschen Volk den Weg gewiesen; den Weg des Friedens mit sich selbst, den Weg der Versöhnung mit seinen Nachbarn, den Weg zum Aufbau eines gemeinsamen Europa in Friede und Freiheit. Verneigen wir uns in Dankbarkeit vor diesem großen und aufrechten Mann und vor denen, die - in welcher Situation auch immer - das schwere Schicksal des Krieges tragen mußten.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**
Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.
Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".
Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."
Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...
Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung

"Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
In zwei angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften - "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" - publizierten die Historiker Bogdan Musial, Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus kritische Anmerkungen zu der seit langem umstrittenen Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Diese geht jetzt in das fünfte Jahr und zählt schon über 800.000 Besucher.
Es ist bemerkenswert, daß zwei der Autoren aus Ostmitteleuropa kommen, der dritte kein Fachhistoriker ist. Renommierten deutschen Historikern scheint offenkundig die Debatte um die Wehrmacht-Ausstellung zu politisch, als daß sie sich noch kritisch äußern wollen. Die Arbeit verblieb daher den akribischen Archivgängern.
Und die haben sich ins Detail vertieft und eine zur Geschichtswissenschaft elementar zugehörige Quellenkritik geübt. Wann entstand das Foto? Wo ist es zu verorten? Wer waren die Täter? Von wem stammt die Bildlegende? Im Gegensatz zu den datierten Textquellen der Ausstellung - Wehrmachtsbefehle, Feldpostbriefe, Prozeßaussagen - gleicht die Überprüfung von Bildern einem Kriminalfall. Die Historiker müssen mit Lupe, Zentimetermaß und Vergleichsbildern aus anderen Archiven arbeiten.
"In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust-Museums befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene darstellen, aber aus einem anderen Blickwinkel", schreibt zum Beispiel Musial, wo es um eine strittige Ortsangabe geht. Manches - so räumen auch die Ausstellungsmacher Hannes Heer und Bernd Boll inzwischen ein - ist auf den Tafeln und im Katalog tatsächlich inkorrekt vermerkt. ...
... Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt oder gar Manipulation will sich Heer nicht machen lassen. Man habe nur in angesehenen internationalen Archiven nach Bildmaterial recherchiert und dabei die Bildunterschriften, so wie sie waren, übernommen. Die große Mehrzahl der 801 Fotos des Katalogs seien nach wie vor unbezweifelt. Es sei aber richtig, daß ein sehr krasses Erschießungsbild aus Stari Becej ungarische Soldaten hinter der Waffe zeige - und nicht die Wehrmacht. Ein ähnlicher Fall, mit finnischen Soldaten, wurde aus der Ausstellung bereits entfernt.
... Die Wehrmacht-Ausstellung, von Anfang an umstritten, löste eine wichtige Debatte zur Vergangenheit in Deutschland aus. Selten hat es eine Wanderschau - mit der eigenwilligen Mischung von Kriegsbildern, Alltagsmomenten und Erschießungs- oder Erhängungsszenen - in dem Maße geschafft, das Schweigen zwischen den Generationen aufzubrechen. Die Ausstellungsmacher haben sich mit ihrer verdichteten These des Ostfeldzuges als "großes Verbrechen" sehr exponiert und damit Verantwortung übernommen. Jetzt aber, so scheint es, können sie ihren Kritikern wenig entgegensetzen.
Chronik einer Ausstellung
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":
>>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**
Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen
Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die

Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...
Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewo (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.
Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. …
Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<
Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.
Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!
Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**
Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...
Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.
Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet.
Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.
Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt … gewesen.
Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.
Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. …<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juni 2000: >>**Reichlich Kritik für Scharpings Bundeswehr-Pläne**

Der Union sind 277.000 Soldaten zu wenig, den Grünen zu viel - und auch Offiziere murren / Volle Öffnung für Frauen

... Das Konzept, das spätestens am Mittwoch nach Pfingsten vom Kabinett abgesegnet werden soll, löste ein geteiltes Echo bei Regierungs- und Oppositionsparteien aus. Kernpunkte sind die unbeschränkte Öffnung für Frauen, die Reduzierung der Truppenstärke und die Verkürzung des Wehrdienstes.

Frauen dürfen alles: Die Bundeswehr wird im Januar die ersten Frauen auf freiwilliger Basis für alle Laufbahnen und Verwendungen einstellen. Bisher ist die Tätigkeit von Frauen auf Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Künftig können sie auch Kampfpilotinnen und Kampfschwimmerinnen werden.

Formel "255.000": Scharpings Konzept sieht die Reduzierung von 320.000 auf 277.000 Soldaten vor. Danach werden aber nur 255.000 tatsächlich zur Verfügung stehen, weil sich jeweils 22.000 in Qualifizierungs- und Berufsförderungsmaßnahmen befinden. ...

Neun Monate Wehrdienst: Der Wehrdienst wird von zehn auf neun Monate verkürzt, die in einem sechsmonatigen Block und spätere Wehrübungen aufgeteilt werden können. ...

CDU/CSU-Wehrexperte Paul Breuer meinte dagegen, die Bundeswehr würde schon durch Scharpings Reform für ihre Hauptaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung "zu klein dimensioniert".

Bei vielen Offizieren im Verteidigungsministerium stößt die Aufteilung der Wehrdienstzeit auf Skepsis. Daran, daß sich die restlichen drei Monate des gekürzten neunmonatigen Wehrdienstes in Wehrübungen nachholen lassen, glaubt kaum einer.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**Jeder fünfte EU-Soldat kommt aus Deutschland**

Europäische Union stellt Eingreiftruppe von 100.000 Mann zusammen

... Die Bundeswehr wird rund 20 Prozent dieser europäischen Eingreiftruppe stellen. ... Wir sind auf dem guten Weg, aber noch nicht am Ziel", sagte Scharping. ...

Weder stehen Lufttransportmittel zur Verfügung, noch hat die EU die notwendige Fähigkeit zur Aufklärung. Selbst die Kommunikation und die technische Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften läßt zu wünschen übrig. ... Die EU-Staaten seien jedoch dabei, die Lücken zu schließen, die bisher verhindern, daß die europäischen Streitkräfte allein Aufgaben der Krisenbewältigung übernehmen können.

Mit dem Bau eines Airbus-Militärtransporters und mit dem geplanten gemeinsamen Lufttransportkommando seien Deutschland, Frankreich und die Niederlande auf dem Weg, die Defizite zu beheben, sagte Scharping.<<

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 14. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil I

Wir Deutschen sind auf mancherlei Gebieten Weltmeister, auch wenn solche Vorrangstellung immer wieder verlorengehen kann. In zwei Bereichen aber sind wir Weltmeister, wo wir von

anderen Staaten gar nicht eingeholt oder überholt werden möchten: auf dem Gebiet des Erinnerns und dem des Vergessens. …
Identität ist ohne Erinnerung nicht möglich; eine einseitige Erinnerung aber führt zu einer gestörten Identität.
Die Arbeit an einer vollständigen, komplexen Erinnerung - eben die "Kunst der Erinnerns" -, wie sie uns die deutsche Zeitgeschichte auferlegt hat, ist nur mit einer nicht in Frage gestellten Identität möglich. Gelingt dies nicht, werden Ungeheuer geboren. Es darf nicht dazu kommen, daß eine unaufhörliche "Bewältigung der Vergangenheit" letztlich eine Überwältigung der Gegenwart und sodann eine Nichtmehrbewältigung der Zukunft zur Folge hat. …
Der jüdische Talmud enthält einen Spruch, der auch bei uns sehr geschätzt wird: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." In der Bundesrepublik gibt es seit über einem halben Jahrhundert ein ehrliches, außerordentlich intensives Gedenken an die Holocaust-Opfer; die Zahl der Erinnerungstafeln, der Mahnmale und Gedenkstätten ist kaum noch überschaubar. Allein die beiden von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten gewichtigen Dokumentationsbände beschreiben über 8.000 solcher Erinnerungsmale. Haben wir damit "Erlösung" erreicht?
Offenbar aber trifft dieser Spruch auch in seinem Gegenteil zu: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen" - nämlich dann, wenn es um "deutsche" Opfer geht. Ganz offensichtlich gilt für sie nicht die Maxime, nach der sich bei uns sogar eine eigene Initiative benannt hat: "Gegen das Vergessen". Für deutsche Opfer lautet die politisch korrekte Forderung vielmehr: "Für das Vergessen!"
Gegenteilige Versuche des Erinnerns werden sogleich als "ewiggestrig" verurteilt. "Ewiggestrig" soll also offenbar nur die Erinnerung an die "eigenen" Opfer sein, die Erinnerung an die "anderen" dagegen zukunftsweisend. Das ist eine sehr seltsame, ja gegensätzliche Zweiteilung des Opfergedenkens und für die politische Kultur unseres Landes äußerst problematisch.
Ist das in dieser Kürze zu hart, zu polemisch formuliert? Ich meine nicht, denn wenn es um die "eigenen" Opfer geht - von den Millionen gefallener und vermißter Soldaten, den Millionen Verwundeter, den Hunderttausenden Frauen, Kindern und alter Menschen, die absichtlich von den Alliierten durch den Bombenkrieg getötet wurden, bis hin zu den 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen zweieinhalb Millionen ihr Leben lassen mußten - wenn es um dieses riesige Millionenheer von Opfern geht, zudem um den Verlust von fast einem Drittel des deutschen Reichsgebietes sowie um die bis in die letzten Kriegstage hinein versuchte Auslöschung der alten deutschen Städtekultur - dann ist hierzulande Vergessen und Schweigen geboten. Aber wäre es doch "wenigstens" nur Schweigen!
Nein, diese Abermillionen von Toten und Vertriebenen werden bei uns - von uns! - verhöhnt, verspottet, diffamiert und die wenigen Erinnerungsmale geschändet, ohne daß sich öffentlicher Protest bemerkbar machen würde! Man stelle sich hingegen die politischen Reaktionen vor, bis hin zu sofortigen strafrechtlichen Maßnahmen, wenn eine andere Opfergruppe auch nur sehr entfernt so behandelt werden würde.
Für dieses zutiefst amoralische zweierlei Maß ist unter anderem die Parole verantwortlich: "Deutsche Täter sind keine Opfer!" Diese zuerst von linksextremen "Antifa-Gruppen" benutzte Unterstellung und Ausgrenzung scheint mir nichts weniger zu sein als Volksverhetzung, die neue Form eines "linken Rassismus" - wenn nämlich große Menschengruppen nicht aufgrund von ethnischen Eigenarten, sondern wenn sie als Angehörige des eigenen Volkes infolge traumatischer Katastrophen und Schicksalsschläge verachtet und ausgegrenzt werden. Mir ist kein anderes Land der Welt bekannt, in dem etwas Vergleichbares möglich wäre.
Wenn es um das Gedenken an unsere in zwei Weltkriegen gefallenen Soldaten geht, so hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten auch hier einen weltweit einmaligen Sonderweg in einen moralischen Abgrund beschritten. In keinem anderen Kulturstaat wäre es auch nur denkbar, daß ein solches Gedenken verweigert, mißachtet, ja geschändet würde. Auch eine

Diffamierungskampagne wie die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" - hierzulande öffentlich gefördert und gepriesen - wäre in keinem anderen Staat, der sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, möglich gewesen.
Während für die Bundeswehrführung die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges und selbst die des Ersten Weltkrieges, das heißt die eigenen Väter und Großväter, offenbar keine Kameraden sind, setzen sich ihre früheren Gegner bei unseren Politikern - bis hin zum Bundespräsidenten - für "ihre Kameraden" ein! "Um für die Ehre des deutschen Soldaten einzutreten", die in Deutschland mißachtet werde, obwohl "sie ihr Leben für Deutschland gaben", wandte sich beispielsweise der Sprecher des Veteranenverbandes der 8. britischen Armee - die in Afrika harte Kämpfe gegen Rommel führen mußte - an deutsche Politiker:
"Wie ich, haben diese Männer nur noch wenig Zeit vor sich, aber es ist genug Zeit für Deutschland, ihnen ihren Stolz zurückzugeben. In der Zeit des Krieges haben sie ihre Pflicht vorangestellt; es ist jetzt Zeit für Deutschland, seinerseits seine Pflicht für sie zu tun."
Dieser Pflicht zur objektiven Würdigung kommt öffentlich bisher nur das Ausland nach. Eine internationale Studie des israelischen Generalstabs stellte zum Beispiel fest, daß sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Armeen die deutschen Soldaten die tapfersten waren. Auch der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld konstatierte, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin" verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe.
Und der französische Staatspräsident Mitterand erklärte am 8. Mai 1995 anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes: "Die deutschen Soldaten - sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, sie liebten ihr Vaterland. Ich verneige mich vor ihnen allen und ihnen gehört meine Hochachtung und Verehrung."
Wie demgegenüber von der Bundeswehrführung sowie vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt über die Wehrmacht - die "Nazi-Wehrmacht" oder "Hitler-Wehrmacht", wie man sie neuerdings diffamiert -, wie also über die seinerzeit mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten und damit zugleich über ihre Familien und das heißt letztlich über das ganze Volk geurteilt wird, das ist eigentlich nur noch mit Hilfe pathologischer Kategorien darzustellen.
Der eigene Traditionserlaß von 1982, der immer noch gilt, wird seit langem in sein Gegenteil verkehrt. Dort heißt es nämlich: "Tradition verbindet die Generationen, sichert die Identität und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Tradition ist eine wesentliche Grundlage für menschliche Kultur."
Mit dieser Formulierung wäre es immerhin möglich gewesen, wenigstens für das auf Tradition so angewiesene Militär die "Kunst des Erinnerns" zu verwirklichen. Aber, wie gesagt, das absolute Gegenteil ist leider der Fall.
Beispiel für die Zerstörung von Tradition und Identität ist die Umbenennungen von Kasernen. Jüngste Maßnahme ist die Abschaffung des Traditions- und Ehrennamens "Mölders" für das Jagdgeschwader und eine Kaserne.<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 28. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II
In einer solchen Zeit ist auch die vielgerühmte Innere Führung nichts als Aktenstaub, wenn sie nicht gegen Anpassertum und Opportunismus vorgelebt wird. Ein Beispiel dafür ist der "unehrenhaft" entlassene Brigadegeneral Reinhard Günzel.
In seiner wegweisenden Rede vom Frühjahr 2004 in Berlin über "Das Ethos des Offiziers" hat er die heute mehr als je notwendigen Wertorientierungen benannt. Nachdem er die Kategorien Opportunismus und Feigheit als für das deutsche Militär offenbar neue, verbindliche "Qualitäten" aus eigener Erfahrung charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ausblick auf dieselbe "Qualitäten" unserer veröffentlichten Meinung mit einem Zitat des Dichters Gottfried Benn:

"Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten." …
Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflußte und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. …<<
Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. Juni 2011: >>... **Ende der Wehrpflicht**
"Wir dienen Deutschland" ab jetzt freiwillig
Die Wehrpflicht ist 55 Jahre alt geworden. Mehr sollen es nicht werden. Wehr- und Zivildienst werden ersetzt. Von Freitag an sollen es Freiwillige richten.
Nach 55 Jahren ist die Wehrpflicht in Deutschland Geschichte. Von Freitag an werden Wehr- und Zivildienst durch neue Freiwilligendienste ersetzt, die Männern und Frauen offen stehen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig mit dem Slogan "Wir. Dienen. Deutschland" die Nachwuchswerbung verstärken. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) will die Bundeswehr durch verschiedene Maßnahmen attraktiver machen, um die angestrebte Personalstärke von 175.000 Soldaten zu sichern.
Die Wehrpflicht war in der Bundesrepublik im Juli 1956 per Gesetz eingeführt worden. Die ersten 10.000 Wehrpflichtigen wurden zum 1. April 1957 eingezogen. Seitdem haben insgesamt 8,3 Millionen junge Männer ihren Pflichtdienst geleistet. Die letzten 12.000 Wehrpflichtigen wurden zum 3. Januar dieses Jahres einberufen. Ihre sechsmonatige Dienstzeit endete am Donnerstag. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert und kann bei Bedarf mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder eingeführt werden.
Die Bufdis sollen es nun richten
Verteidigungsminister de Maizière will am Montag die ersten freiwillig Wehrdienstleistenden in Berlin begrüßen. Ihr Dienst wird bis zu 23 Monate dauern und mit 777 bis 1.146 Euro monatlich vergütet. Der Minister setzt darauf, daß künftig mindestens 5.000 Freiwillige der Bundeswehr angehören werden. Das Familienministerium kalkuliert deutlich optimistischer für den Zivildienst-Ersatz und geht von 35.000 sogenannten Bufdis (Bundesfreiwilligendienstleistende) bereits im kommenden Jahr aus. Zum 1. Juli werden allerdings erst 2.000 bis 3.000 Frauen und Männer eingestellt.
Wehrbeauftragter Königshaus sagte, die Aussetzung der Wehrpflicht bedeute eine "völlige Veränderung des Charakters der Bundeswehr". Niemand müsse sich mehr zwangsläufig mit der Truppe befassen. Mit den bisherigen Bewerberzahlen zeigte sich Königshaus dennoch zufrieden. "Wir sehen, daß in dieser gravierenden Form offenbar nicht Realität geworden sind", sagte er.
Die aktuellsten Zahlen stammen von Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits 5.500 junge Leute für den freiwilligen Wehrdienst gemeldet. Hinzu kamen 4.500 Grundwehrdienstleistende, die sich freiwillig zu einer längeren Dienstzeit verpflichteten.
Offen auch für in Deutschland lebende Ausländer?
Königshaus betonte, daß man sich trotzdem nicht zurücklehnen könne. "Man muß schon sehen, daß man mehr Attraktivität schafft", sagte der FDP-Politiker. Er sprach sich unter anderem dafür aus, den Soldaten durch ein neues Stationierungskonzept häufige Standortwechsel zu ersparen. Auch Unterbringung und Versorgung in den Kasernen müßten verbessert und finanzielle Anreize gesetzt werden. Königshaus befürwortete Verpflichtungsprämien wie in den USA.
Er zeigte sich auch offen für die Aufnahme von in Deutschland lebenden Ausländern in die Bundeswehr. Für Bewerber ohne deutschen Paß müßte es dann allerdings auch "eine vereinfachte Möglichkeit der Einbürgerung" geben. Die Gefahr einer Entwicklung der Bundeswehr zu einer "Unterschichtenarmee" nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sieht der Wehrbeauf-

tragte nicht. "Wir haben zurzeit die am besten gebildete und ausgebildete Armee der Welt." Die Bundeswehr biete Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, die es woanders nicht gebe, deswegen sehe er "die Gefahr einer Verrohung nicht".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2013 (x887/...): >>**Halbe Wahrheit ist ganze Lüge**

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwenglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzten. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion …" Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>**US-Geheimdiensttätigkeiten Wie souverän ist Deutschland?**

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf. …

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt. Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten'

und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren? …
Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lange waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**
Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.
"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."
Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.
"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.
In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.
"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"
Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.
Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.
"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.
Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.
"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2015: >>**US-Regierung will Atomwaffen in Deutschland aufrüsten**
Die Vereinigten Staaten planen eine Modernisierung ihres Atomwaffenbestandes in Deutschland. Auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz würde in diesen Tagen mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuartiger, taktischer Nuklearwaffen begonnen, berichtete das ZDF unter Berufung auf amerikanische Haushaltspläne.
Sicherheitsexperten bestätigen, daß die Atomwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer seien als die alten Bestände. Kritiker vom "Nuclear Information Projects" in Washington befürchten, daß die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen nicht mehr klar gezogen werden könnten. Dadurch werde ihr Einsatz wahrscheinlicher.

Rußland verurteilt deutsche Beteiligung

Rußland kritisierte die Stationierung der Waffen in Deutschland als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. "Uns beunruhigt, daß Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber "Frontal 21". Dies sei eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages.

Deutschland ist über das Konzept der "nuklearen Teilhabe" in die Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Das bedeutet, daß Staaten ohne eigene Atomwaffen in die entsprechenden Gremien eingebunden sind und über den Einsatz der Waffen mitberaten und mitentscheiden. Darüber hinaus müssen die Teilhabestaaten Flugzeuge zum Einsatz der Waffen bereithalten. Auf die Zündcodes haben jedoch ausschließlich die Vereinigten Staaten Zugriff.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte: Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste "Atom-Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO - oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO - oder Finis Germaniae". Anläßlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege. Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht

dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.
Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?
Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?
In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.
Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.
Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?
Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.
So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.
Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?
Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.
Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banausenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**
Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. …
Strukturelle Mängel an der Spitze?
"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.
"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes

schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." …
Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. …<<
Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

Bildung eines EU-Zentralstaates

> Freiheit ist ein Luxus, den sich nicht jedermann leisten kann.
> *Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)*

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.
Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.
Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.
Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**
In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.
Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...
Kinkel setzte sich für eine andere Berechnungsgrundlage der Beiträge ein. Allerdings werde Deutschland "immer mehr zahlen als andere", weil es auch Hauptnutznießer des Binnenmarktes sei. ...
Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.
Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<
Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.
Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung

hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren großenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war.

Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO2-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebrummt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 7. Oktober 2000 (x887/...): >>**Signal an die Völker**

Mit der Einheitswährung wurde der europäische Einheitsstaat abgelehnt

Daß die Dänen mit Mehrheit "nein" zur Einführung des Euro sagen würden, das war den politisch Verantwortlichen klar, je näher das Referendum kam. Aber mit sechs Prozent Abstand hatte wohl kaum jemand gerechnet. 53,1 Prozent sagten "nein", 46,9 Prozent "ja", und das bei einer Beteiligung von fast 90 Prozent! Dabei hatten fast alle Parteien, Institutionen und andere maßgebende Gremien in Dänemark Propaganda für das "Ja" gemacht. Klar gegen den Euro waren von den Parteien nur die Dänische Volkspartei und die linken Volkssozialisten.

Die Parteiführungen von Sozialdemokraten (die den Ministerpräsidenten stellen), von Linksliberalen, von Nationalliberalen und von Konservativen trommelten für das "Ja", und sie wurden dabei von ihren auf den Parteitagen versammelten Funktionären bestätigt. Die Gewerkschaften hatten noch in den letzten Phasen des Abstimmungskampfes Sonderaktionen und Kundgebungen inszeniert, um die Bürger für ein "Ja" zu beeinflussen. Die Arbeitgeberverbände forderten das "Ja". Die Zeitungen allerdings wurden, je näher der Termin kam, desto zurückhaltender mit ihren Stellungnahmen.

In Dänemark hat wirklich das Volk entschieden, und das gegen die politisch herrschende Klasse. "Wir sind das Volk!" hätte auch über der Abstimmungsentscheidung in Kopenhagen stehen können.

Die Dänen sind wohl die ersten, die im EU-Gebiet begriffen hatten, daß es bei der Europäischen Union und bei der Einführung der Einheitswährung um mehr geht als um wirtschaftliche Vereinfachungen.
So war es denn auch die Schwäche der Ja-Parteien, daß sie ausschließlich wirtschaftliche Argumente ins Feld führten, während sich daran vorbei die politischen Gründe immer weiter nach vorn schoben. Auch die Ablehner gaben zu, daß eine Einheitswährung wirtschaftlich keine Nachteile brächte, doch war für sie wichtiger, daß die Einführung des Euro der letzte Schritt sein könnte zu einem europäischen Einheitsstaat, in dem die Persönlichkeiten der Völker und Nationen eingeebnet würden. Genau das aber wollen die Dänen nicht: Sie wollen zwar in Europa mit den anderen Ländern zusammenarbeiten, aber nicht in einem Einheitsbrei aufgehen.
Die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti), Pia Kjaersgaard, zog am Wahlabend die Konsequenz aus dem Ergebnis: "Jetzt haben wir den politischen Integrationsprozeß in Europa gestoppt." Und weiter: Es sei ein Erfolg der Dänen, die ihren Nationalstolz bewahren wollen und keinen Brüsseler Zentralismus wünschen. Und ein linker Sprecher der Anti-Euro-Gruppierung, Holger K. Nielsen, sagte, die politische Elite in Dänemark müsse sich endlich mit der Bevölkerung in Übereinstimmung bringen.
Nicht nur in Dänemark versuchten die EU-Befürworter, die politischen Folgen der EU vor der Bevölkerung zu verbergen. Auch in Dänemark wird der Euro stets nur als wirtschaftliche Maßnahme propagiert. Aber auch in unserem Land nimmt die Zahl der Skeptiker und Kritiker der EU-Konstruktion zu, und nach dem "Nein" der Dänen wird diese Front weiter wachsen. Großbritannien und Schweden wollten in absehbarer Zeit ebenfalls das Volk darüber entscheiden lassen, ob sie die Euro-Währung einführen wollen. Nunmehr sollen die Urnengänge vorerst verschoben werden, denn: Auch in diesen Ländern dürfte die Ablehnungsfront nach dem dänischen Ergebnis gestärkt worden sein.
In Deutschland werden die Politiker froh sein, daß sie den Deutschen jede Möglichkeit genommen haben, über ein "Ja" oder ein "Nein" zur EU oder zum Euro zu entscheiden. Die politische Klasse kann über die Deutschen nach Belieben verfügen, und das tut sie nicht nur in Fragen der EU. Dabei sind auch sie sich im klaren, daß, wenn man den Deutschen die Chance gäbe abzustimmen, das Ergebnis ähnlich wie in Dänemark ausfallen könnte.
Eine Zeitung warnt denn auch die Deutschen vor höhnischen Bemerkungen über das "Nein" der Dänen: "Würden andere Länder ihren Wählern auch die Möglichkeit von Volksabstimmungen einräumen, dann hätte es z.B. südlich der deutsch-dänischen Grenze zum Thema Euro kaum ein anderes Ergebnis gegeben", so die deutsche Tageszeitung in Dänemark, "Der Nordschleswiger". Und Heide Simonis sagte wenige Tage vor der Abstimmung bei einem Besuch von Nordschleswigs neuem dänischen Amtsbürgermeister (ähnlich dem deutschen Landrat, aber mit mehr Kompetenzen), Carl Holst, in der Kieler Staatskanzlei, sie würde "auf dieselbe Skepsis und den gleichen Widerstand stoßen, gäbe es eine solche Volksabstimmung in Deutschland".
Das "Nein" der dänischen Mehrheit kann psychologisch weitreichende Folgen in Europa haben, Folgen, die über wirtschaftliche Konsequenzen, die nicht sehr bedeutend sein dürften, weit hinaus gehen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"**

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäische Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig.

Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Focus" (Nr. 16/2002) berichtete am 15. April 2002 über ein Gespräch mit dem britische Bestsellerautor Frederick Forsyth: >>**"Ich bin ein Söldner"** …

FOCUS: Mit welchen Gefühlen hat der profilierte Euro-Skeptiker Frederick Forsyth bei seiner Ankunft in Deutschland britische Pfund in Euro gewechselt?

Forsyth: Bis jetzt habe ich noch gar nicht gewechselt. Aber ich habe damit absolut keine Probleme. Ob man den Euro, Kartoffelchips oder Spielmarken als neue Währung einführt, ist mir ziemlich egal. Entscheidend ist nicht, was man neu einführt, sondern was man dafür aufgibt. Die Frage lautet also: Sollen wir in Großbritannien das britische Pfund abschaffen? Und die

Antwort darauf ist für mich ein klares Nein, denn die sogenannten Vorteile des Euro sind kleiner als seine Nachteile. Die regierende Klasse in Deutschland will das aber nicht wahrhaben.
FOCUS: Warum?
Forsyth: Laut Umfrageergebnissen wollten 50 Prozent der deutschen Bevölkerung sich nicht von der deutschen Mark trennen, aber 100 Prozent der Abgeordneten stimmten dafür. Trotz aller Unterschiede etwa zwischen SPD und CDU gibt es auf diese Frage über alle Parteigrenzen hinweg absolute Einmütigkeit. Ich halte das für einen unnatürlichen und vor allem für einen undemokratischen Zustand.
FOCUS: Warum konnte sich dieser politische Euro-Skeptizismus in Deutschland nicht artikulieren?
Forsyth: Es gibt in Deutschland zwei Systeme, die für mich als Puristen im Widerspruch zur Demokratie stehen. Erstens das Verhältniswahlrecht. Und zweitens die sicheren Listenplätze der Parteien. Beides zusammen sorgt für stramme Parteisoldaten im Bundestag. Die Hinterbänkler von Tony Blair haben eigene Meinungen, und sie äußern diese auch. In Deutschland wagt das keiner. Das deutsche politische Establishment hat vielleicht schon 1957 beschlossen, daß die Zukunft Deutschlands in Europa liegt - und zwar nur in Europa.
Es geht um eine Art von Propaganda, die man in Deutschland schon mit der Muttermilch aufsaugt. Europapolitik ist in Deutschland fast wie eine Religion. Nicht die Mehrheit in der deutschen Bevölkerung, sehr wohl aber die überwältigende Mehrheit unter den Intellektuellen ist Anhänger dieses allein selig machenden Glaubens. In Deutschland gibt es drei Religionen: die politische Orthodoxie, das Christentum und Europa.
FOCUS: In der Nachkriegszeit war es für Deutsche eben bequemer, sich die Identität überzeugter Europäer überzustreifen, als sich mit ihrer untrennbar mit den Nazi-Verbrechen verquickten nationalen Vergangenheit auseinander zu setzen.
Forsyth: Helmut Kohl hat die Nazi-Zeit persönlich erlebt, Gerhard Schröder ist 1944 geboren, aber ich glaube, ich könnte heute auch mit einem 30-jährigen deutschen Politiker sprechen, und er hätte dieselbe Meinung zu Europa wie sie. Es geht dabei gar nicht um Nachteile oder Vorteile. Für die deutschen Europa-Fanatiker ist kein Preis zu hoch. Auch wenn Deutschland seine Souveränität verliert, die Demokratie mit Füßen getreten wird oder man mehr bezahlt als alle anderen Mitglieder der Union - alles wird bedingungslos akzeptiert.
Von der Geburt bis zur Universität hört kein Deutscher ein positives Wort über sein Heimatland. Er hört nur von den Sünden, von den schrecklichen zwölf Jahren des Hitlerismus. Die übrige Geschichte fällt unter den Tisch. Ich sehe keine Wiedergeburt des Faschismus, keine Wiedergeburt des Militarismus in Deutschland. Die Deutschen sind die vielleicht am wenigsten militaristischen Menschen in Europa. Ich fürchte die deutsche politische Korrektheit mehr als einen neuen Hitler.
FOCUS: Wie erklären Sie die "Europhorie" mit der Einführung der neuen Währung?
Forsyth: Das kam für mich nicht unerwartet. Ich habe nie zu denen gezählt, die ein Scheitern der Euro-Einführung prophezeiten. So wie Otmar Issing, heute Chefökonom der EZB, habe ich lediglich erklärt, daß die Euro-Einführung verfrüht stattfand, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt werden können, und daß die neue Währung deshalb schwach sein würde. Die Währung wurde dennoch eingeführt und hat innerhalb von zwölf Monaten 30 Prozent ihres Wertes verloren. …<<
Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):
>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.
Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie

überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.
Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.
Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.
Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.
Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.
So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<
Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".
Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung …**
Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?
Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion … in der alle Menschen übereinstimmen … ist das Fundament der Freimaurerei geworden."
Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: …"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert

hatte." …

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

… In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben: …

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? …<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet im Jahre 2008 in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>**Europa als kommende Diktatur**

Was darf man in Europa noch sagen?

Die Vereinigten Staaten von Europa

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosporus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichri-

sten und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.
Es heißt im Wort Gottes:
"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:
"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"
In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:
"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."
Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont.
Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:
"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."
Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?
Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffent-

licht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:
"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."
"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."
Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "… um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".
3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption … soll legalisiert werden.
4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.
5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).
6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.
7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.
8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."
Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".
Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".
Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatskyschen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?
Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!
In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches

unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere. Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden.
Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.
Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.
Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.
Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!
Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jungendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?
Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint.
Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungs-

bereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften … Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit.

Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bi-

schöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:
"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."
Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):
"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."
Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".
Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablaß (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:
"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ...
Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

Gott mehr gehorchen als den Menschen

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.
Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.
Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.
Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir

werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."
Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<
Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>… Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
... **Der Euro und die Wiedervereinigung**
Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.
Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zu Gunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 33 berichtete am 16. August 2011: >>**Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist in Gefahr**
*Ein Interview von Jürgen Elsässer, Magazin "Compact", mit Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider über die verschiedenen "Euro-Rettungsschirme"**
Jürgen Elsässer: Sie haben zusammen mit Kollegen der Volkswirtschaftslehre Verfassungsbeschwerde gegen die sogenannte Griechenland-Hilfe und den vorläufigen "Rettungsschirm" eingelegt. Inwiefern sehen Sie die deutsche Verfassung, die deutsche Demokratie bedroht?
Karl Albrecht Schachtschneider: Es geht um einen Euro-Rettungsversuch, der wirtschaftlich schlechterdings nicht leistbar ist. Die Beträge, für die Deutschland einzustehen sich verpflichtet hat, sind nicht zu bezahlen. Sie gehen über die Kräfte unseres Staates.
Jürgen Elsässer: Aber es geht doch nicht um Zahlungen, sondern lediglich um Bürgschaften?
Karl Albrecht Schachtschneider: So heißt es. Es geht angeblich nur um Gewährleistungen. Aber der Rettungsfonds, der gemeinschaftlich von den Euro-Staaten eingerichtet wurde, muß die Gelder, die als Kredite zur Verfügung gestellt werden, an den Kapitalmärkten aufnehmen. Wenn der Kreditnehmer, insbesondere Griechenland, sie nicht zurückzahlen kann, stehen die Bürgen, deren größter Deutschland ist, in der Zahlungsverpflichtung.
Der bisher eingerichtete temporäre Euro-Rettungsschirm bringt unseren Staat mit 123 Milliarden Euro in Haftung, der bereits zur Verabschiedung anstehende permanente "Rettungsschirm", der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, belastet Deutschland mit 190 Milliar-

den Euro. Mittlerweile wird überlegt, das Kapital des ESM von 750 Milliarden Euro auf 1,5 Billionen Euro zu verdoppeln, der deutsche Anteil stiege also auf 380 Milliarden Euro. Das erscheint geboten, weil nunmehr auch Italien, die drittgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union, wegen seiner Verschuldung ins Visier der Rating-Agenturen geraten ist. Es ist unvorstellbar, daß Deutschland die Versprechen erfüllen kann. 190 Milliarden Euro sind fast zwei Drittel eines Bundeshaushaltes.

Jürgen Elsässer: Müssen wir nicht solidarisch sein mit den Griechen?

Karl Albrecht Schachtschneider: Das Geld kommt den Griechen überhaupt nicht zugute. Es wird den Gläubigern Griechenlands weitergereicht, den großen Banken, Versicherungen, Fonds. So wie heute die Griechen genötigt werden, zum Schuldendienst einen Teil ihrer Einkommen zu opfern, so wird man morgen uns Deutsche zwingen, mit unserem Vermögen für den Rettungsfonds zu haften. Das ist das Diktat der Finanzmärkte über die Staaten und Völker. Unsere Demokratie, unser Rechtsstaat und unser Sozialstaat werden ruiniert.

Jürgen Elsässer: Inwiefern?

Karl Albrecht Schachtschneider: Die diversen Euro-Rettungspakete sind in keiner Weise demokratisch legitimiert. Sicherlich, der Bundestag hat jeweils zugestimmt, aber entgegen Vertrag und Verfassung.

Darum geht es wesentlich in unserer Verfassungsklage: Der Bundestag hat das Recht, das Volk zu vertreten - jedoch nur im Rahmen des Grundgesetzes. Aber mit der Zustimmung zu den Rettungspaketen hat das Parlament die Verfassung in mehrfacher Weise gebrochen.

Denken Sie an die Eigentumsgewährleistung: Das Eigentum der Bürger wird vernichtet, wenn der Staatshaushalt und damit das Steueraufkommen weit über die Hälfte "verpfändet" werden. Der Staat wird sich die Mittel zu Lasten der Vermögen und Einkommen der Bürger beschaffen, auch zu Lasten der Leistungen an die Armen. Die Einnahmen des Staates sind nicht dazu da, fremde Staaten zu finanzieren. Das Grundprinzip eines Staatshaushaltes ist die Finanzierung des eigenen Staates.

Jürgen Elsässer: Die Befürworter sagen, in Notzeiten wie den jetzigen müsse man eben zu ungewöhnlichen Maßnahmen greifen.

Karl Albrecht Schachtschneider: Not kennt kein Gebot, so argumentieren Bundesregierung und Bundestag. Sie bemühen einen Artikel aus den Lissabonner Verträgen, der "finanziellen Beistand" für einen Mitgliedstaat erlaubt, wenn sich eine Naturkatastrophe oder ähnliches ereignet hat. Dieser Artikel kann auch auf Seuchen, Atomunfälle und Terrorakte angewandt werden, keinesfalls auf Überschuldungen eines Staates auf Grund langjährigen Überkonsums. Im übrigen darf danach nur die Union Beistand leisten, nicht die einzelnen Mitgliedstaaten.

Was hier als Naturkatastrophe ausgegeben wird, ist der Notstand des Euro und Insolvenzgefahren von Banken usw. Der Euro zählt nicht zu den schützenswerten Gütern unserer Verfassung. Eine Währung ist ein geld- und zahlungspolitisches Instrument, zwar ein sehr wichtiges, aber nicht mehr. So hat Deutschland ja auch die Deutsche Mark aufgegeben, die eigene nationale Währung, ohne daß es eine Verfassungskrise gegeben hätte.

Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Beschwerde gegen die Euro-Einführung 1998 u.a. mit dem Argument abgewiesen, die Eigentumsrechte der Bürger seien nicht gefährdet, weil der Euro durch ein strenges Stabilitätsrichtprinzip geschützt sei. Mittlerweile hat sich aber herausgestellt, daß das nicht so ist. Aus der Stabilitätsgemeinschaft Euro ist eine Haftungsgemeinschaft Euro geworden.

Der Euro wird zum höchsten Gut der Verfassung stilisiert. Damit werden die wirklichen Grundsätze der Verfassung ruiniert. Nehmen Sie das Sozialstaatsgebot. De facto erleben wir eine Desozialisierung. Um den Euro zu erhalten, müssen die Bürger große und unzumutbare Opfer bringen, vor allem die Armen: Die Löhne und Gehälter werden gekürzt, die Renten und Pensionen ebenso. Nach unseren Berechnungen haben die Deutschen seit Einführung des Euro 50 Prozent an Kaufkraft, die sie ohne den Euro hätten, eingebüßt. Hätten wir noch die

Deutsche Mark, wären die Löhne und Gehälter um 50 Prozent real gestiegen, vor allem, weil durch die Aufwertung unserer Währung die Importe billiger wären.
Der Export hätte darunter nicht gelitten. Das hat er in keiner Aufwertungsphase der DM. Jährlich opfert Deutschland wegen des Euro etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das geht alles zu Lasten der Bevölkerung. Aber die Regierenden nehmen das in Kauf, weil sie einen europäischen Großstaat schaffen und die Nationalstaaten auflösen wollen, vor allem Deutschland. Wenn den Plänen gemäß die EU um die Türkei und die nordafrikanischen Staaten, auch Israel, erweitert sein wird, wird die Unionsbevölkerung mehr als eine Milliarde Menschen umfassen. Damit will man Großmacht neben den USA und China spielen. Vor allem aber wird diese Bevölkerung aus ohnmächtigen Untertanen bestehen, denen jeder Zusammenhalt fehlt.
Jürgen Elsässer: Auch der Philosoph Jürgen Habermas kritisiert die Demokratiedefizite in der EU. Anders als Sie will er diese aber beheben, indem das EU-Parlament aufgewertet wird, also eine echte Legislative entsteht, die die Exekutive - die nicht gewählte Europäische Kommission - im Zaum hält.
Karl Albrecht Schachtschneider: Ich bezweifle stark, ob man Habermas als Philosoph bezeichnen kann. Er ist Soziologe. Ich kenne keinen Satz von Habermas, den er selbst entwikkelt hätte, obwohl ich den Großteil seiner Schriften gelesen und vielfach zitiert habe. Seine Diskurstheorie hat er von Apel; den Anstoß hat Kant in der Kritik der reinen Vernunft gegeben.
Jedenfalls ist Habermas kein Demokrat. Er will eine neue Weltordnung ohne die Völker, eine entnationalisierte Weltgesellschaft. Das Europa-Parlament kann doch schon allein auf Grund der Größe der EU nicht demokratisch sein. Es gibt kein europäisches Volk, das das Subjekt einer europäischen Demokratie sein könnte.
Das Wahlrecht ist nicht egalitär. Die Luxemburger brauchen weniger als 10 Prozent Wählerstimmen für einen Parlamentssitz als die Deutschen. Habermas will nicht hinnehmen, daß es Völker gibt, und rabuliert statt dessen über die Zivilgesellschaft als politisches Subjekt. Die ist für ihn aber nicht mit der Bürgerschaft identisch, sondern besteht aus denen, die sich hinreichend einflußreich am politischen Diskurs beteiligen, also aus den selbsternannten Politikern. Das ist Entdemokratisierung der Demokratie, welche mit der Gleichheit in der Freiheit aller Bürger steht und fällt. Nur kleine Einheiten, in Europa die Nationen, können demokratisch verfaßt sein.
Jürgen Elsässer: Wenn Griechenland unter dem Diktat der Sparprogramme unregierbar wird - kann es dann auf der Grundlage des Lissabonner Vertrages zu einer EU-Militärintervention kommen?
Karl Albrecht Schachtschneider: Die Einsatzkräfte stehen bereit, die Polizei- und Gendarmerietruppen der EU. Sie werden jeden Aufstand niederschlagen. Das Tötungsverbot wurde durch den Lissabon-Vertrag ausgehebelt. Es wird auf Aufständische geschossen werden, so wie heute in Libyen und Syrien. Die EU bereitet sich auf die gewaltsame Durchsetzung der politischen Zentralisierung vor.
Jürgen Elsässer: Aber Brüssel kann die Truppen nicht in Griechenland einmarschieren lassen ohne Zustimmung der griechischen Regierung, oder?
Karl Albrecht Schachtschneider: Den EU-Verträgen nach bedarf es der Zustimmung der jeweiligen Regierung. Aber das ist wohlfeil. Die griechische Regierung vertritt doch schon längst nicht mehr das griechische Volk. Wenn sie sich auf die eigene Polizei und die eigene Armee nicht mehr verlassen kann, wird sie EU-Truppen ins Land holen.
Jürgen Elsässer: Entwickelt sich die EU zur Diktatur, oder geht alles im Chaos unter?
Karl Albrecht Schachtschneider: Das eine ist der Hebel für das andere. Der ökonomische Zusammenbruch gibt die Möglichkeit, diktatorische Verhältnisse aufzurichten. Wir befinden uns in der Krise, ob wir in eine Diktatur abgleiten oder nicht. Das Sagen haben schon lange sehr

kleine Kreise. Die Parteiführer treffen sich auf europäischer Ebene, im Ministerrat oder auf EU-Gipfeln. Dort wird entschieden, und die Parlamente wagen nicht mehr zu widersprechen. Die wenigen Entscheidungsträger kann man abhängig machen. Die Lobbyisten sind fleißig dabei. Wir erleben die faktische Entparlamentarisierung der Entscheidungen und damit die Entmachtung der Völker. Das Vehikel ist die Internationalisierung der Politik.
Mit Sachzwängen werden immer mehr Ermächtigungen für die europäische Exekutive begründet, die überhaupt nicht gewählt ist. Ohne die feudalen Parteienoligarchien wäre das nicht möglich. Schuld an dieser Entwicklung ist das Bundesverfassungsgericht, weil es das Parteienmonopol mit Zähnen und Klauen verteidigt, etwa mittels der staatlichen Parteienfinanzierung oder des Verhältniswahlsystems mit der Fünf-Prozent-Hürde.
Die Parteien besetzen das Parlament, und in den Parteien findet systemisch eine Negativ-Auslese statt, das heißt, die charakterlich Schlechtesten kommen nach oben. Wenn diese im Parlament sitzen - meist viele Legislaturperioden -, interessieren sie sich weniger für das Gemeinwohl als der normale Bürger.
Man erinnere sich an eine "Panorama-Sendung" vor Verabschiedung des Verfassungsvertrages, als sieben Abgeordneten acht einfache Fragen zum Vertragsinhalt gestellt wurden. Keine einzige der 56 Fragen wurde richtig beantwortet!
Jürgen Elsässer: Sie fürchten die Herausbildung eines EU-Zentralstaates mit diktatorischen Vollmachten. Aber können wir nicht auch das Gegenteil beobachten: Wie Nationalstaaten ganz unbekümmert an den EU-Institutionen vorbei ihre eigene Politik machen? Hat nicht Frankreich ganz eigenmächtig den Libyen-Krieg begonnen? Hat nicht Dänemark die Grenzkontrollen wieder eingeführt? Mit anderen Worten: Scheitert die befürchtete Zentralisierung nicht am Tohuwabohu?
Karl Albrecht Schachtschneider: Das kann durchaus sein. Nur Deutschland steckt ständig zurück. Es definiert gar keine eigenen Interessen mehr. Frankreich dagegen ist sehr selbstbewußt. Nichts geht in der EU gegen Frankreich. Paris sucht den Schulterschluß mit uns nur, weil es unsere ökonomische Kraft nutzen will, zum eigenen Vorteil, für die eigene Macht.
Jürgen Elsässer: Auch dem deutschen Michel mag es nicht so vorkommen, als ob wir uns Richtung Diktatur bewegen. Wurde nicht gerade erst von unten, von einer Massenbewegung, der Atomausstieg erzwungen?
Karl Albrecht Schachtschneider: Auch ich bin der Ansicht, daß der Einsatz von Atomkraft nicht zu rechtfertigen ist, weil die Sicherheit nicht gewährleistet ist. Mein Bedenken ist allerdings, daß der Ausstieg zur weiteren Schwächung der deutschen Wirtschaft führt, und das ist das Kalkül bestimmter Kräfte: die Schwächung Deutschlands, um den europäischen Obrigkeitsstaat durchzusetzen.
Jürgen Elsässer: Wenn die Gefahr der Abschaffung der Demokratie droht, hat jeder Bürger das Recht zum Widerstand - so steht es in Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes. Ist der Zeitpunkt gekommen?
Karl Albrecht Schachtschneider: Allemal. So habe ich auch Anfang Juli vor dem Bundesverfassungsgericht argumentiert: Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist in Gefahr. Durch die Griechenland- und Euro-Rettungsaktionen werden wichtige Rechtsgrundsätze ruiniert, wie etwa die Eigentumsgewährleistung, das Sozialstaatsprinzip, das Rechtsstaatsprinzip. Die demokratischen Institutionen werden entmachtet, und es gibt keine Gewaltenteilung mehr.
Jürgen Elsässer: Sie meinen die starke Stellung der EU-Kommission, die die Gesetze nicht nur ausführt, sondern an Stelle des Parlaments gleich selbst formuliert?
Karl Albrecht Schachtschneider: Nicht nur. Es geht auch um den Europäischen Gerichtshof, der über Leiturteile Unionsrecht mit großer praktischer Wirkung für alle Mitgliedstaaten definieren kann, obwohl er genausowenig demokratisch legitimiert ist wie die EU-Kommission. Jedenfalls hat diese politische Ordnung mit unserer freiheitlich demokratischen Grundord-

nung längst nichts mehr zu tun, und deshalb hat jeder Bürger nach dem Grundgesetz das Recht zum Widerstand. Damit will ich nicht zum Kampf mit Kalaschnikows aufrufen, das würde auch nichts bringen. Es geht um Demonstrationen, Wahlenthaltung oder die Wahl freiheitlicher Parteien. Dieser Prozeß ist in den Ländern um uns herum im vollen Gange, er wird schließlich auch auf Deutschland übergreifen.
"Jährlich opfert Deutschland wegen des Euro etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das geht alles zu Lasten der Bevölkerung. Aber die Regierenden nehmen das in Kauf, weil sie einen europäischen Großstaat schaffen und die Nationalstaaten auflösen wollen, vor allem Deutschland. Wenn den Plänen gemäß die EU um die Türkei und die nordafrikanischen Staaten, auch Israel, erweitert sein wird, wird die Unionsbevölkerung mehr als eine Milliarde Menschen umfassen. Damit will man Großmacht neben den USA und China spielen. Vor allem aber wird diese Bevölkerung aus ohnmächtigen Untertanen bestehen, denen jeder Zusammenhalt fehlt."
** Erstveröffentlichung in Compact, Ausgabe 8/2011<<*
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 42 berichtete am 17. Oktober 2011:
>>**Die EU ist sehr wohl eine Fehlkonstruktion**
von Tito Tettamanti
Die EU ist nicht nur wenig demokratisch, ihre Mängel werden auch durch immer neue Zentralisierung übertüncht. Das verhöhnt die Diversität Europas.
Der Baumeister der Europäischen Union (EU), Jean Monnet (1888-1979), war ein begabter Technokrat und ein tüchtiger Geschäftsmann, vor allem aber war er Franzose. Wenn ihm etwas am Herzen lag, dann der Glanz und die Macht seines Heimatlandes. 1870/71 hatten die deutschen Truppen Frankreich geschlagen. Und so wäre es auch geschehen im Ersten und Zweiten Weltkrieg, hätten die Alliierten nicht interveniert.
Monnet war schon während des Ersten Weltkrieges zum Schluß gekommen, daß Frankreich nur im Zusammenschluß mit anderen Staaten seine Bedeutung bewahren konnte. 1919 setzte Frankreich mit dem Versailler Vertrag aber noch einmal auf die nationale Karte. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlug Monnets Stunde. Die Engländer hielten sich vorerst zwar vornehm zurück, weil sie sich nicht zwischen Amerika und Kontinentaleuropa entscheiden konnten. Die Deutschen jedoch ergriffen die Gelegenheit, wieder salonfähig zu werden. Ein solch größerer Verbund, dachte Monnet, würde Frankreichs prekäre Stellung nach dem Krieg nachhaltig stärken.
Als Sohn einer aufklärerischen Kultur glaubte Monnet, daß diese von ihm konzipierte Konstruktion es einer fähigen und kompetenten Bürokratie (nach dem Vorbild der französischen) erlauben würde, durch entsprechende Pläne (wiederum die Aufklärung) die Realität in die gewünschte Richtung zu formen. Der wahre Geniestreich Monnets bestand aber darin, auf einen Gesamtplan zu verzichten und von Utopisten wie Graf Coudenhove-Kalergi und Altiero Spinelli Abstand zu nehmen. Statt dessen setzte Monnet zur europäischen Vergemeinschaftung auf kleine Schritte, die nie das eigentliche ferne Ziel der vollständigen Integration verrieten. Diese scheinbar harmlosen Schritte erzwangen immer neue Integrationsmaßnahmen, so daß ein schier unaufhaltsamer Prozeß in Gang gesetzt wurde.
Eine Konstruktion von oben herab
Das Ergebnis war eine von oben geschaffene und ungenügend demokratisch abgestützte Struktur. Wir blicken auf eine schwerfällige Kommission mit heute 27(!) Kommissaren, ernannt und nicht gewählt; auf 37 Generaldirektoren mit fast unbegrenzten Kompetenzen, auf einen Ministerrat, die Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten, in der Frankreich und Deutschland dominieren; auf ein Parlament mit 785 Mitgliedern und mit wenigen Befugnissen, das eher Demokratie vorspielt, als sie wirklich auszuüben; auf den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und den Europäischen Rechnungshof, der in den letzten 14 Jahren nie imstande war, die Rechnung der EU abzunehmen und die korrekte Verwendung der Mittel zu

attestieren. Wenn man sich vor diesem Hintergrund noch die rund 120. 000 Seiten des "Acquis communautaire" vor Augen hält, dann erscheint die Macht der Bürokratie besorgniserregend.
Man sieht die Fehlkonstruktion aber auch am Wirrwarr der Kompetenzen, an der Verwischung der Verantwortlichkeiten.
Zum Beispiel gibt es in der EU drei Präsidenten in Konkurrenzstellung: den Premierminister oder Präsidenten jenes Mitgliedlandes, das die sechsmonatige Präsidentschaft der EU innehat. Den Präsidenten der Kommission (heute Barroso) sowie den Präsidenten der EU, eine mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffene Position (Van Rompuy).
In seinem Buch "Wer regiert die Welt?" (Frankfurt 2011) schildert Ian Morris, wie es dazu kam, daß die vergleichsweise kleinen Staaten Europas in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrtausends das mächtige bürokratische chinesische Reich zu übertreffen vermochten. Warum? Weil in Europa stets Wettbewerb herrschte, oft Streitigkeiten, oft auch Krieg, aber immer Vielfalt. Diese Konkurrenz der Systeme hat es den Europäern erlaubt, die Welt zu erobern.
Die EU ist ein Konglomerat, das der eher ambivalent zu beurteilenden Tradition des französischen Zentralismus entspricht und damit die Diversität Europas demütigt. Zu Recht hat der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger in einem seiner neuesten Werke die EU als "sanftes Monster Brüssel" bezeichnet (Berlin 2011).
Das klassische Beispiel einer Fehlkonstruktion ist der Euro. Hunderte von Ökonomen hatten von seiner Bildung abgeraten und vorhergesagt, daß eine einzige Währung für so unterschiedliche Volkswirtschaften in eine Krise führen würde. Die Einführung des Euro folgte durchaus der Tradition der "Monnet-Methode": Man sprach von Währungsunion, aber im Hinterkopf zielte man darauf ab, die Voraussetzungen zu schaffen, um die politische Union unerläßlich zu machen. Man war sich in Brüssel nur allzu bewußt, daß der Euro früher oder später Spannungen erzeugen mußte.
Diese absehbare Krise sollte genutzt werden, um nachher mehr "Europa" zu verlangen, weitere Vorschriften zu erlassen und stärker zu zentralisieren. Genau das beobachten wir heute. Schon spricht man von einem europäischen Finanzminister und einem gemeinsamen Wirtschaftsministerium.

Der späte Fluch der bösen Tat

Als es um die Implementierung des Euro ging, erhielten die Eurokraten Schützenhilfe einzelner Staaten. Es störte Paris, daß die D-Mark faktisch die Leitwährung Europas war, es war Paris zuwider, immer wieder Opfer zu erbringen, um den Wert des Franc gegenüber der D-Mark zu verteidigen. Weil Deutschland die Wiedervereinigung anstrebte, gab es den Wünschen der Franzosen nach. Der Euro wurde geschaffen. Das Resultat ist bekannt. Dank tiefen Zinsen verschuldete sich Europas Süden dermaßen, daß nun der Zusammenbruch des Euro droht. Jetzt wird dafür die Rechnung präsentiert, die offizielle Reaktion aber - wie es zu erwarten war - lautet: noch mehr Brüssel.
Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Wer sich aber für liberal und demokratisch hält, kann zu keinem anderen Schluß kommen, als daß die heutige EU eine Fehlkonstruktion ist. Schlimmer: eine gefährliche Konstruktion.
Tito Tettamanti ist Financier und besitzt namhafte Beteiligungen an in- und ausländischen Firmen. Der Tessiner Alt-Regierungsrat (CVP) war Investor bei Verlagsgeschäften, zuletzt bei der Basler Zeitung Medien AG.
Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom 12.10.2011<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011:
>>**Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr**
Autoren *Philippe Mastronardi* und *Peter Ulrich*
Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen

Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern

Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.
Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.
Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.
Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.
An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:
Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.
Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.
Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:
1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.
Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private

Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.
2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.
Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.
3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.
Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).
Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.
Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.
Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.
4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.
Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.
Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.
Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.
Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.
Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastronardi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >>**Brüsseler Scheindemokratie**
"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert
Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.
Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenflössen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern.
Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.
Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die vom mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.
Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert werden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<
Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. … Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...): >>**Eingelullt und passiv geworden**
Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten

Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen".
Der Autor verschweigt nicht, daß solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.
Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt.
Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2.000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out-Klausel") und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.
Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.
Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.
Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**
Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.
Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde",

so der grüne Spitzenpolitiker.
Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents.

Merkel löscht Feuer mit Benzin

Den Argumenten der Gegner dieser Schuldenpolitik hielt Fischer entgegen, daß die deutsche Wirtschaft heute nur durch die schuldenfinanzierten Pakete von China und Amerika so gut dastehe. Er übte harsche Kritik an Angela Merkel wegen der "dogmatischen Sparpolitik". Die Kanzlerin versuche das Feuer mit Benzin zu löschen.
Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012: >>**"Damit ist die Grenze überschritten"**

Unter Führung von Karl Albrecht Schachtschneider und Wilhelm Hankel klagen vier Professoren in Karlsruhe gegen den ESM-Vertrag

Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?

Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.

Und warum ist das ein Problem?

Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lissabon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat.

Warum? Die deutschen Bundesländer etwa sind nicht souverän und dennoch Staaten.

Schachtschneider: Das erstere ist streitig. Die Souveränität der Länder, die nach innen und außen wirkt, wird meist bestritten. Ich sehe das anders. Das Verfassungsgericht hat die Eigenstaatlichkeit und Souveränität Deutschlands immer anerkannt und seinen Entscheidungen zugrunde gelegt. Sie gehört nach Artikel 20 des Grundgesetzes zur "Verfassungsidentität" Deutschlands, die solange gewahrt bleiben muß, wie die Deutschen das wollen, sprich, solange das Grundgesetz nicht durch ein in einer Volksabstimmung beschlossenes neues Verfassungsgesetz, das sich für einen europäischen Staat öffnet, ersetzt ist.

Und warum widerspricht das dem ESM?

Schachtschneider: Weil mit dem ESM im Verbund mit dem Fiskalpakt und den weiteren Euro-Rettungsmaßnahmen wesentliche weitere Hoheitsrechte zu den weiten und offenen Ermächtigungen, die die Union schon hat, auf diese übertragen werden.

Das ist in der EU doch nichts Neues.

Schachtschneider: Aber jetzt wird ein großer Teil des Budgets der Verantwortung der Legislative - des Parlaments - entzogen und einer demokratisch in keiner Weise legitimierten Exekutive überantwortet, nämlich dem Gouverneursrat, das sind die Finanzminister der ESM-Mitglieder. Das Budget des Staates ist im "Wirtschaftsstaat" Kern demokratischer Verantwortung und schon immer Königsrecht des Parlaments. Außerdem wurde schon eine Wirtschaftsregierung geschaffen, und insgesamt wird die Finanzhoheit und damit auch die Sozialhoheit wesentlich eingeschränkt.

Der Bundestag verabschiedet in diesem Jahr einen Haushalt in Höhe von über 300 Milliarden Euro. Warum darf er nicht, wie am letzten Freitag geschehen, beschließen, daß im Notfall eben 190 Milliarden davon in die Euro-Rettung fließen?

Schachtschneider: Weil das eine nicht refinanzierbare Summe ist, die weitgehend in Anspruch genommen werden wird, wenn andere ESM-Mitglieder ihren Beitrag nicht werden leisten können. Dann bleibt nämlich laut ESM-Vertrag die Finanzierung des abrufbaren ESM-Kapitals Sache der leistungsfähigen Staaten, freilich nur im Rahmen der jeweiligen Gewährleistung.
Die Gesamtsumme geht noch gar nicht in den Haushalt ein, weil zunächst nur 22 Milliarden eingezahlt werden, der Rest von 168 Milliarden wird erst einmal nur gewährleistet. Auch wenn der Kapitalmarkt keine Kredite mehr zu tragbaren Kosten gibt, bleibt die Verpflichtung bestehen. Unser Staatshaushalt kann das keinesfalls bewältigen. Im übrigen würde das Geld nicht zur Finanzierung unserer Ausgaben, sondern zur Finanzierung fremder Staaten verwendet. Das ist souveränitätswidrig.
Aber das haben die Konstrukteure des ESM doch sicher bedacht?
Schachtschneider: Eher nicht. Die Souveränitätsfrage ist jetzt deren Hauptproblem. Deshalb wird jetzt von Volksabstimmung gesprochen. Ich meine aber, daß es - trotz aller Einwände - nicht die Haushaltsfrage sein wird, die das Bundesverfassungsgericht dazu bewegen wird, den ESM-Vertrag zu verwerfen.
Warum nicht?
Schachtschneider: Weil das Gericht auch schon den temporären Euro-Rettungsschirm EFSF nicht hat scheitern lassen. Der einzige Unterschied ist im Grunde nur, daß der ESM permanent ist. Aber ob das ausreicht, das Gericht zu einer besseren Erkenntnis zu bewegen, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, die Schlacht wird nicht um den Haushalt, sondern um die Souveränität geschlagen.
Was bedeutet?
Schachtschneider: In unseren bisherigen Klagen haben wir darauf gedrängt, das Gericht möge anerkennen, daß die EU nicht legitimatorisch, aber funktional - also in ihren Befugnissen und Aufgaben - längst ein Bundesstaat ist. Denn damit wäre Deutschland nur noch ein Gliedstaat, was die Verfassung der Deutschen, das Grundgesetz nicht zuläßt.
Das Bundesverfassungsgericht hat aber immer wieder bestätigt, daß die EU eben kein Bundesstaat ist.
Schachtschneider: Richtig. Aber bereits das Lissabon-Urteil hat eingeräumt, die EU sei nun "beinahe" ein Bundesstaat. Verfassungsrichter Udo di Fabio sagte in der mündlichen Verhandlung: "Die EU segelt hart am Rande des Bundesstaates." Nun kommt diese permanente Finanzintegration durch den ESM und die anderen Euro-Rettungsmaßnahmen dazu. Jetzt wird das Gericht einräumen müssen, daß die Grenze zum Bundesstaat überschritten ist. Diese Frage wird der Kern des Prozesses sein.
Der "Münchner Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."
Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreich ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird.
Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider Der Staatsrechtler (72) lehrte in Berlin, Hamburg und Erlangen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2012: >>**Beschluß über den ESM-Vertrag**

Sie fürchten das Volk

Martin Graf

Die selbsternannte Euro-Elite hat die Mitgliedsstaaten mit gigantischen Bedrohungsszenarien zum Beschluß des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erpreßt, den nun auch Österreichs Parlament mit den Stimmen von Sozialdemokraten, Volkspartei und Grünen willig vollzogen hat. In Verbindung mit dem Fiskalpakt raubt der ESM den Ländern die Souveränität und höhlt die Demokratie aus.

Die ökonomische Schlagkraft ist höchst umstritten, ändern doch die neuen Regeln nichts an den strukturellen Problemen Europas, die längst nicht auf den Euro-Raum beschränkt sind.

Europa hat primär ein demographisches Leiden. Die autochthonen Bevölkerungen schwinden als Folge zu weniger Geburten, die wiederum die Konsequenz konsumorientierter Individualisierung und falscher Familienpolitik sind. Geld wird dafür eingesetzt, den älteren Generationen eine soziale Sicherheit zu bieten, die die Jüngeren und erst recht die Ungeborenen mangels Anzahl nicht mehr bezahlen können. Darin liegt auch eine Wurzel der Schuldenproblematik vieler Staaten.

Die gemeinsame Währung tut nicht mehr, als die Probleme der Staaten miteinander zu multiplizieren. Der ESM verpflichtet dazu, Risiken für andere einzugehen, die kein Land für sich selbst übernehmen würde.

Der Blick auf die Geburtenrate verwandelt die höhere Finanzmathematik der "Euro-Retter" in eine einfache Rechnung, deren Ergebnis durch die großteils unqualifizierte Zuwanderung aus nichteuropäischen Gegenden weiter ins Negative abgleitet.

Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg äußert schon seit Jahren die Sorge, die Demokratie könne durch die Demographie gefährdet werden. Er meinte damit Wählerbewegungen hin zu extremen Parteien, sobald die Menschen auf die Wahrheit stoßen, die ihnen von der Politik jahrzehntelang verschwiegen wurde. Für Griechenland erwies sich diese Prognose bereits als zutreffend.

Vor dem Zorn der Bürger schützen sich die bedrängten Eurokraten, indem sie den Völkern jede Mitsprache rauben und die Demokratie von oben herab ausschalten.

Dr. Martin Graf ist FPÖ-Politiker und seit 2008 Dritter Präsident des österreichischen Nationalrats.<<

Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>**Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA**

Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen. ...

Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.

Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.

Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Franreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten

die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierer Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs- Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schieren Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.

Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur francaise", sagte Monnet später über die unmittelbare Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2012: >>**Bundesverfassungsgericht billigt ESM-Vertrag unter Auflagen**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Eilanträge gegen den ESM-Vertrag zurückgewiesen. Die Karlsruher Richter billigten damit den permanenten Euro-Rettungsschirm, allerdings unter Auflagen. So muß die Bundesregierung sicherstellen, daß die Haftung Deutschlands auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist. Weitere Einzahlungen in den ESM dürften nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen.

Geklagt hatten unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die Professoren Karl Albrecht Schachtschneide, Wilhelm Nölling, Wilhelm Hankel und Bruno Bandulet, die Linksfraktion im Bundestag sowie das von Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) unterstützte Bündnis "Europa braucht mehr Demokratie".

Abgelehnt wurde auch der Eilantrag Gauweilers, dem Bundespräsidenten so lange zu untersagen, das Gesetz zum ESM-Vertrag zu unterzeichnen, bis die Europäische Zentralbank ihre Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen von angeschlagenen Euro-Staaten aufzukaufen, zu-

rückgenommen habe. Gauweiler habe hierfür keine ausreichende Begründung geliefert, sagte der Präsident des Gerichts, Andreas Voßkuhle.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...): >>**Deutsche sollen noch mehr bluten**

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden. ...

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 2013: >>**EZB-Studie Deutsche belegen beim Vermögen den letzten Platz**

Ausgerechnet die Zyprer gehören zu den reichsten Bürgern der Euro-Zone, Deutschland steht am Ende der Rangliste. Das geht aus einer Studie der EZB hervor. Doch die Methodik hat erhebliche Tücken.

Die Zahl ist ein Politikum, und darum wurde sie wochenlang akribisch unter Verschluß gehalten. Wie reich die Zyprer im Vergleich zum Rest der Währungsunion sind, das sollte nicht an die Öffentlichkeit gelangen, solange über ein Rettungspaket für die Insel verhandelt wurde.

Nun ist beschlossen, daß die Euro-Länder und der internationale Währungsfonds dem Land mit zehn Milliarden Euro unter die Arme greifen. Und jetzt wird auch klar, warum die Vermögensstudie zurückgehalten wurde. Denn die Ergebnisse, die die Europäische Zentralbank präsentiert, sind in der Tat nicht geeignet, der Zypern-Hilfe mehr politischen Rückhalt zu verschaffen.

Denn nach den Erhebungen der Zentralbanken der Euro-Zone sind die Zyprer das zweitreichste Volk überhaupt. Das Durchschnittsvermögen der Haushalte auf der Insel, der sogenannte Median, liegt bei 267.000 Euro. Nur die Luxemburger kommen mit 398.000 Euro auf einen noch deutlich höheren Wohlstand.

Median-Vermögen: Deutschland belegt laut EZB-Studie letzten Platz

Deutschland steht dagegen mit einem Durchschnitt von mageren 51.400 Euro ganz am Ende der Rangliste. Und auch andere wichtige Geberländer wie die Niederlande, Österreich oder Finnland liegen unter dem Euroland-Median von 109.200 Euro, Frankreich nur knapp darüber.

Schließlich soll der Bundestag in der kommenden Woche das Rettungspaket für Zypern absegnen. Die Hilfe für die als Schwarzgeld-Paradies verschriene Insel war von Anfang an politisch besonders umstritten. Daß die Zyprer nun zu den reichsten Europäern gehören sollen, dürfte Gegner der Stütze nur noch bestärken.

Allerdings hat die Methodik ihre Tücken, auf die in Zentralbankkreisen ausdauernd hingewiesen wird - zu Recht. Diese Eigenheiten schränken die Aussagekraft der Erhebung erheblich ein. Das fängt damit an, daß die Umfrage nach Wohnsitz unterscheidet, nicht nach Nationali-

täten. In das Durchschnittsvermögen der Zyprer fließen also Einheimische ebenso ein wie vermögende russische Oligarchen, die sich auf der Insel niedergelassen haben.

Deutschland ist Mieter-Land

Der Wohnungsbau-Boom läßt nach - es wird knapp

Der Bau von neuen Wohnungen boomt, aber das ist offenbar nur ein Strohfeuer. Knapp 55.000 Objekte wurden im Januar und Februar genehmigt. Doch wer denkt, damit wäre die Wohnungsknappheit gelöst, liegt falsch.

Größtes Problem ist jedoch das Thema Immobilienbesitz. Das eigene Heim macht europaweit den größten Teil des privaten Vermögens aus. Der Anteil der Hausbesitzer variiert jedoch von Land zu Land erheblich. So wohnen etwa in der Slowakei 90 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden, in Spanien sind es 83 Prozent und in Zypern immerhin noch 77 Prozent.

Deutschland ist im Vergleich dazu ein Volk der Mieter: Nur 44 Prozent haben ein eigenes Haus. Das hat erhebliche Auswirkungen. Denn während ein deutscher Haushalt mit Eigenheim im Schnitt auf 216.000 Euro Vermögen kommt, sind es bei den Mietern nur 10.300 Euro.

Dazu kommt, daß die Zahlen bis zu fünf Jahre alt sind. Sie wurden in den Jahren 2008 bis 2010 erhoben. Genau zu der Zeit erlebte jedoch in etlichen europäischen Ländern eine Immobilienblase ihren Höhepunkt. Setzt man Immobilienpreise von 2002 an, fällt das Durchschnittsvermögen beispielsweise in Zypern um rund ein Drittel niedriger aus.

Eine weitere Unsicherheit besteht in der Art und Weise, wie die Daten erhoben wurden. Sie sind das Ergebnis einer Umfrage - die Befragten mußten daher den Wert ihres Vermögens und damit auch den Wert ihres Hauses selbst schätzen. Gerade in Märkten, die gerade einen Boom hinter sich haben, dürften die Menschen jedoch dazu neigen, den vermuteten Verkehrswert ihres Hauses eher zu hoch ansetzen, heißt es in Zentralbankkreisen.

Vermögen: Ansprüche aus der Rente nicht eingerechnet

Die Deutschen werden immer reicher

Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem steigt in Deutschland um 2,8 Prozent auf 174.000 Euro. Das geht aus dem "Global Wealth Report" hervor. Ein möglicher Grund könnte der Immobilienboom sein.

Die Notenbanker präsentieren daher auch Berechnungen, die die Vermögensunterschiede zwischen den Ländern deutlich zusammenschrumpfen lassen. Rechnet man die niedrigere Eigenheim-Quote und die Steigerung der Immobilienpreise seit 2002 heraus, landen die Deutschen auf einmal oberhalb des Eurozonen-Durchschnitts - und vor Zypern.

Was die Daten freilich in die andere Richtung verzerrt, denn wer sein Haus in Zypern oder Spanien vor Platzen der Blase verkaufen konnte, hat ja in der Tat ein gutes Geschäft gemacht und an Vermögen zugelegt.

Während das Vermögen in etlichen europäischen Ländern überzeichnet wird, dürfte Deutschland in der Studie schlechter abschneiden, als es den realen Verhältnissen entspricht. Unberücksichtigt blieben etwa Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Betriebsrenten, die für viele, zumal ältere Deutsche einen erheblichen Teil ihres Vermögens ausmachen dürften. Allerdings müßten dann für ein vollständiges Bild auch die Zahlungsverpflichtungen der jüngeren Generationen für die öffentlichen Rentenkassen eingerechnet werden.

Die Haushalts-Umfrage der Notenbanken könnte auch noch in der Diskussion um künftige Rettungspakete eine Rolle spielen. Nummer drei der Vermögens-Rangliste ist Malta, an dessen Stabilität zuletzt angesichts des großen Finanzsektors im Land immer öfter gezweifelt wurde. Es folgen die beiden Dauer-Sorgenkinder Spanien und Italien. Nur ein Hilfspaket für Slowenien dürfte sich mit Hilfe der Studie eher leichter rechtfertigen lassen: Die slowenischen Haushalte sind unterdurchschnittlich reich - und so hoch verschuldet wie sonst nur die Zyprer.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>**Der Krieg der Werte**

_ von Ulrich Schacht

Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.

Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.

Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?

Gegenläufige Entwicklungen

Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen System.

Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.

Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximilien de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?

Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionseliten in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.

Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.

Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumanipulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

Totalitäres Menschenexperiment

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist genau der Unterschied.

Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.

Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte, dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.

Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus, die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist sozusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.

Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider … Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

Eurokraten im Niemandsland

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

Eine Bitte an Rußland
Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.
Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwartspolitik.
Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"
Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vorredner Valentin Falin wäre, der geäußert hat: "Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.
Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Souveränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.
Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.
_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwilk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.
Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag …). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Januar 2015 (x892/…): >>**"Mario Draghi ist ein Verbrecher"**
Nach der Überschwemmung der Finanzmärkte mit über einer Billion Euro Steuergeldern europäischer Steuerzahler hat die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch den EZB-Chef als "Verbrecher" bezeichnet. Der Italiener macht, wie von vielen befürchtet, mit der EZB die gleiche Geldpolitik, wie sie Italien schon seit Jahrzehnten betrieben hat, als es noch die Lire gab. Auch von vielen anderen europäischen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Experten kam zum Teil heftige Kritik an der asozialen Politik der Euro-Verbrecher. Die einzigen

Profiteure sind die, die jetzt jubeln: die Banken und Finanz-Jongleure.
Die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nannte Draghi einen "Verbrecher", der eine "asoziale" Politik verfolge. "Er hat soeben in Frankfurt angekündigt, die Märkte mit mehr als einer Billion Euro zu fluten. Vermögende werden noch vermögender. Arme werden ärmer. Umverteilung von unten nach oben wie noch nie in der Geschichte", kritisierte von Storch.
Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Bundesbank im Kampf gegen das EZB-Programm allein gelassen zu haben. "Alle Notenbankchefs von stabilitätsorientierten Ländern sind dagegen", betonte er gegenüber dem Handelsblatt.
Der Präsident des Münchner Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, sagte: "Das ist illegale und unsolide Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Wenn die EZB Papiere kauft, werden die Staaten neue Papiere verkaufen und somit von der Druckerpresse finanziert." Dies sei laut EU-Verträgen "eigentlich verboten und bedarf der Klärung durch das deutsche Verfassungsgericht". Doch wie man weiß: Wenn es um die EU geht, nickt das Verfassungsgericht alles ab. Die Menschen können sich auf niemanden mehr verlassen. Sie müssen jetzt ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.
Die EZB sei ein "unkalkulierbares Risiko" eingegangen, sagte Verbandschef des Bunds der Steuerzahler Reiner Holznagel der Neuen Osnabrücker Zeitung. "Jetzt sind die Geldschleusen auf." Für die Rekordschulden der Staaten in der Euro-Zone seien allein die nationalen Regierungen verantwortlich.
Der deutsche Versicherungsverband zeigte sich besorgt über die Auswirkungen für Sparer in Deutschland. "Der Schritt der EZB ist eine Zumutung. Es ist vollkommen ungewiß, ob das Ankaufprogramm die erhofften Effekte bringt", warnte dessen Präsident Alexander Erdland. Sicher sei hingegen, daß weiterer Schaden für die Sparkultur in Deutschland angerichtet werde. "Denn das Ankaufprogramm verstärkt den Druck auf festverzinsliche Wertpapiere, die eine Säule der privaten Altersvorsorge sind. Das macht es uns jetzt noch schwerer, den Menschen gute Angebote für ihr Alter zu machen."
Alle Befürchtungen der Bürger in Europa, insbesondere der Deutschen, werden bestätigt. Die EU und die EZB sind Organisationen, die gegen die Interessen des Gemeinwohls, gegen ein christliches Europa und für gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Macht der Banken kämpfen. In einem gesunden Staat, der das Gemeinwohl im Blick hat, müßten Merkel, Schäuble und Konsorten ins Gefängnis.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):
>>**Horror für Brüssel**
"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten
Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.
Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.
Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". ...
Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):
>>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurzsichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. ...

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016: >>**Grundlegendes zur EU**

Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner

Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. …

Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?

Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Währung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirt-

schaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.
Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).
Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).
Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.
Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldmann Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.
Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". …
Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?
"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte …."
"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."
Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Bankenkrisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu ver-

hindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. … Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. …

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische

Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. … Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben … Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-)Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." …

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. … US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. …

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außendepartement spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.

Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine

Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.
Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. …" (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).
Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird …

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstreiche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.
Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte …

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichten.
Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).
Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.
Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.
In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.
Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University … 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England.

Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 15. Juli 2016 (x892/…): >>**Der Nationalstaat unter Beschuß**

Während die Souveränität der Nationalstaaten von außen vor allem durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union bzw. supranationale Gerichtshöfe wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingeschränkt werden, werden die nationalen Werte durch die Masseneinwanderung von innen ausgehöhlt. Zudem beschränken sich die Nationalstaaten oft selber in ihrer Souveränität, indem sie Vorgaben von internationalen Organisationen wie der UNO unhinterfragt übernehmen. …

Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Die UN-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015 beschlossen. Die Agenda 2030 soll nach offiziellen Aussagen "zur globalen Entwicklung beitragen, menschliches Wohlergehen fördern und die Umwelt schützen". Die Ziele dieser Agenda haben universelle Gültigkeit und fließen in die nationale Politik ein.

Zu den Zielen dieser Agenda 2030 gehört u.a. der allgemeine Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung und Aufklärung, was in der allgemeinen Sprache von UNO und EU bedeutet, daß Verhütungsmittel und das Recht auf Abtreibung weiter vorangetrieben werden.

Weiter verfolgt diese Agenda das Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und die Übernahme von Führungsrollen durch Frauen auf allen Ebenen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu fördern, geschlechtliche Stereotype abzubauen und Gender Mainstreaming zu einem weltweiten staatlichen Prinzip zu erheben. Zudem sollen Mädchen und Jungen zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung Zugang erhalten.

Bei der Umsetzung dieser Agenda bzw. allgemein bei der nachhaltigen Entwicklung spielen die Nichtregierungsorganisationen, die über keine demokratische Legitimation verfügen, eine wesentliche Rolle. Diese sollen nach Aussagen der UNO z.B. Wissen und Fakten in leicht verständliche Informationen für die Bevölkerung umwandeln. Den Massenmedien kommt die Aufgabe zu, eine wichtige Kraft beim Lenken von Entscheidungen und des Lebensstils der Konsumenten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu übernehmen. …

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

… Problematisch ist beim Europäische Gerichtshof für Menschenrechte … Folgendes: Bei seiner Einsetzung in den 1950er Jahren war die Meinung, daß der Gerichtshof nur in fundamentalen Angelegenheiten wie z.B. Folter und ethnischen Säuberungen Recht spricht. Mittlerweile greift der Gerichtshof auch bei alltäglichen Themen wie bei Vorschriften für Hausdurchsuchungen und Polizeivernehmungen ein. Gleichzeitig befassen sich die Richter auch mit Fragen zur nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

So betreiben die Richter nationale Politik und zwingen dem Rest Europas ihre Auffassungen auf. Die Richter stehen außerhalb der Kontrolle der nationalen Parlamente und erweitern ständig ihren Einflußbereich.

Dadurch werden die Kompetenzen der nationalen Politik, insbesondere der nationalen Parlamente ausgehebelt und die staatliche Souveränität eingedämmt. …

Die Massenmigration

Die europäische Elite sieht im Verschwinden der nationalen Souveränität eine Verbesserung. Sie glaubt, daß die Nationen Europas von ihrer eigenen Souveränität bedroht sind und tritt deshalb für einen "Multikulturalismus" ein. Wofür steht dieser Begriff? Multikulturalismus

bedeutet, daß es keine Leitkultur gibt im Sinne einer dominanten Kultur und somit ein geteilter und gemeinsamer Bereich fehlt. Es sei nicht erstrebenswert, innerhalb einer Gesellschaft dieselben Gesetze und Bräuche zu teilen. Anhänger des Multikulturalismus glauben, daß die Idee einer nationalen Kultur nicht sinnvoll sei und daß das Streben nach kultureller Einigung, worauf viele Gesellschaften und Staaten in der Vergangenheit Wert legten, nicht mehr brauchbar sei.
Für eine solche Sichtweise ist es naheliegend, wenn Menschen von anderen Kulturen sich z.B. in Rechtsstreitigkeiten auf ihre Rechtstraditionen berufen, wie z.B. Scharia und Polygamie. Eine Vielfalt der Kulturen auf Kosten eines geteilten nationalen Zusammenhangs. Daraus folgt dann auch, daß keine einzige Gesellschaft das Recht hat, anderen Gruppen innerhalb des Territoriums kulturelle oder soziale Normen aufzuerlegen: Die Kraft künftiger Gesellschaften würde gerade darin liegen, daß eine geteilte Kultur und geteilte Kernwerte fehlen! Dadurch werden letztlich Unterschiede verstärkt und Integration verhindert.
Die aktuelle Massenmigration wird sowohl die ethnische als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa grundlegend verändern. Dieses Vorgehen ist ein direkter Angriff auf die europäischen Nationalstaaten. …
Die nationalen Strukturen sollen zersetzt und die Nationen mit jener fremden Welt konfrontiert werden, welche die Migranten - ohne Bezug zu Europa - mitbringen. Die Herausforderungen durch den Islam sind dabei nicht zu unterschätzen, stellt er doch einen großen Komplex von religiösen Vorstellungen und Gesetzen dar, die das gesellschaftliche Funktionieren und individuelle Verhalten regeln. Dazu gehört auch die Scharia. Parallelgesellschaften werden wachsen, die Sicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden und der Nationalstaat wird bis in seine Grundfeste erschüttert, abgesehen von den hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten.
Dazu kommt, daß noch jedes Problem in Europa mit einer verstärkten Zentralisierung und politischen Integration der EU endete. Die nationalstaatliche Souveränität wird weiter unter Druck geraten, wie z.B. durch EU-Polizei, zentrales Krisenmanagement, Subventionspolitik als Druckmittel gegen ausscherende Regierungen, vermehrt Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeit, und die EU sich weiter … hin zu mehr Immigration-, Sicherheits- und Sozialpolitik entwickeln.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/…): >>**Zerstörung der Identitäten**
Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:
Nicolas Sarkozy:
"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen.
Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" - Sarkozy am 17. Dezember 2008 … zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.

Sergio de Mello:
Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:
"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/…): >>**Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören**
Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes (Luxemburg) hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.
"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechtigte Boote und Schiffe versenken.
Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.
Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum (über die Aufnahme von Einwanderern) dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.
Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.
Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.
Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."
Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.
Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen

werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister Szijjártó: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.
Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:
>>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**
Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg
*von Wolfgang Effenberger**
Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".
Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "bösartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.
Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."
Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:
Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.
Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.
Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".
Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.
John Foster Dulles als oberster Strippenzieher
Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln.

Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.
Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.
Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.
1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.
Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.
Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.
1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendants, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.
Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.
In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen

Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"
Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.
Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."
Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.
Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.
Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.
Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, … wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.
Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, … seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, … man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, … alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A.C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".
In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Sealord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.
Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzkis Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.
"… die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.
Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert …"

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.
Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.
Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.
Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.
Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.
Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustruktu-

rierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.
*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 …<<
Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 31. Januar 2018:
>>**Ein unglaublicher Verrat an den Völkern Europas ist im Gange**
Von Eva Maria Griese
Die deutsche Kanzlerin setzt seit Jahren eine Agenda um, die weder dem Wohle des deutschen Volkes dient noch dem Europas. Und auch nicht der Zukunft jener, die auf Merkels Einladung hin ihr Heil in Germoney suchen.
Die Flüchtlinge sind nur Manövriermasse für die Eliten - auf deren Verschiebebahnhof für den Zug in Richtung "Neue Weltordnung".
Migration als Waffe: "Laut der Studie im gleichnamigen Buch der US-Politikwissenschaftlerin Kelly Greenhill funktioniert diese Art politischen Drucks besonders gut gegenüber liberalen Demokratien, die Menschenrechte schützen wollen und dann zwischen diesem Anspruch und dem Unmut der eigenen Bevölkerung zerrieben werden." (SZ)
Auch Sarkozy ist mit von der Partie. …
Der ehemalige Französische Präsident hatte schon 2008 dieselbe Agenda: Hier wird alles gesagt - in den eineinhalb Minuten einer Rede zu Chancengleichheit und Vielfalt:
"Was ist das Ziel? Das ist die Rassenvermischung!
Das ist keine Wahl - das ist zwingend! Eine Verpflichtung … Deshalb müssen wir uns alle wandeln. … Wenn es das Volk nicht freiwillig macht, werden wir zwingende Maßnahmen ergreifen. ...
Auch interessant: die Sichtweise eines Außenstehenden
Ein Deutsch-Argentinier mit klarem Blick sagt in diesem Straßeninterview in wenigen Minuten ganz deutlich, wie der Plan abläuft. Die Migration ist ein Betrug am Volk für die "Neue Weltordnung". … Die Flüchtlinge sollen die deutsche Identität zerstören. … Die Politiker von A-Z sind Betrüger. Die Journalistin läßt ihn erstaunlicherweise ausreden… (Sechs lohnenswerte Minuten) …
Die Islamisierung des alten Kontinents ist schon bald unumkehrbar. …
Denn Brüssel bastelt an einem Brandbeschleuniger - das EU-Parlament will das Asylrecht massiv ausweiten
Der österreichische Rechtsanwalt Dr. Tassilo Wallentin warnt in der Kronenzeitung: "Auf unser Land könnte ein noch nicht da gewesener Ansturm von Asylwerbern aus aller Welt zukommen. Denn das EU-Parlament will das Asylrecht ändern: Künftig soll nicht mehr der erste sichere Drittstaat, in den ein Asylwerber eingereist ist, für das Asylverfahren zuständig sein. Künftig soll der Staat zuständig sein, in dem bereits Angehörige des Asylwerbers leben.
Mehr noch: Die "bloße Behauptung" einer Familienverbindung soll ausreichen, um ein Visum etwa nach Österreich zu erhalten. In dem Entwurf des EU-Parlamentes, das dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vorliegt, heißt es: "Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche Ankerpersonen befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig". Sollte dieses Gesetz beschlossen werden, wäre dies das Ende Österreichs, wie wir es kennen." Ebenso auch das Ende für Deutschland und dank der Freizügigkeit das vieler anderer Nationen Europas.
Die EU-Kommission ist schon länger auf Migrations-Kurs - bis in den letzten Winkel des Planeten
Im Oktober 2015 rief Frans Timmermans als Vize-Präsident der Europäischen Kommission alle Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "einzelne, mono-

kulturelle Staaten auszuradieren". Er legte besonderen Nachdruck auf die Wichtigkeit, auch nicht den entlegensten Orten auf dem Planeten zu erlauben, die kulturelle Vielfalt zu verweigern.
Die Zuwanderung nach Europa hält nach wie voran. Die Medien aber berichten nur mehr verhalten über die Zahlen, außer über jene bei "Rettungsaktionen". Die Grenzschutzagentur Frontex und deutsche Marineschiffe nehmen den Schleppern schon kurz außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer die Arbeit ab und bringen die Migranten nach Europa.
Das Statistische Jahrbuch 2017 liefert die Fakten für den Genozid - die Masseneinwanderung wird unweigerlich zum Aussterben der autochthonen Bevölkerungen Europas führen
Viele Aspekte der großen Migration sind bereits bekannt. Doch jetzt lassen sich die Auswirkungen der Völkerwanderung auch schwarz auf weiß nachlesen, im Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes. Die Zahlen bestätigen, das u.a., daß bereits fast 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren Migrationshintergrund haben.
Das waren noch Zeiten … Angela Merkel wußte mal ganz genau, wie man "zum Wohle des deutschen Volkes" regiert. Ein AfD-taugliches CDU-Wahlprogramm des Jahres 2005 machte sie zur Kanzlerin:
Identität Deutschlands bewahren
Kunst und Kultur pflegen
Zuwanderung steuern und begrenzen
Sicherheit für alle - überall in Deutschland
Kriminalität und Gewalt entschlossen bekämpfen
Freiheit und Recht gegen den Terror verteidigen
Noch im Jahr 2007 konstatierte der Spiegel: "Mekka Deutschland - die stille Islamisierung" - Man hatte also die Entwicklung vorausgesehen. …
"Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!" verkündete die Kanzlerin 2010 in Potsdam auf dem Parteitag der Jungen Union.
In den folgenden Jahren betreibt die Kanzlerin eine Politik, welche dieser Erkenntnis diametral entgegengesetzt ist. Irgendwo auf den langen Fluren des Bundestages oder im Gewusel der Parteigremien dürfte diese Einsicht also verloren gegangen sein. Vielleicht ist sie auch bei einem Arbeitsessen mit dem Globalisten Barack Obama oder dem Mentor der Massenmigration George Soros unter den Tisch gefallen.
Der Massenansturm 2015 ist kein Zufall, denn die Deutsche Welle hatte in den Herkunftsländern Werbung gemacht - in den jeweiligen Landessprachen
Der pakistanische Journalist Shams Ul-Haq hielt sich unmittelbar vor Beginn der "Flüchtlingswelle" persönlich in den genannten Ländern auf und spricht diese Sprachen. Er konstatierte, daß die Einladung der Deutschen Welle in Arabisch, Urdu oder Paschtu damit warb, daß Deutschland dringend Zuwanderer brauche, und Merkel sich dafür verbürge, daß jeder bei Ankunft gleich ein eigenes Haus bekommt. Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede. Und Familien sollten sofort bei Ankunft 5.000 Euro bekommen, Alleinreisende 3.000. Merkel wolle bis 2017 drei Millionen Flüchtlinge.
Ein gesellschaftspolitisches Experiment der Superlative beginnt …
Kaum zwei Legislaturperioden später findet sich das Volk der Dichter und Denker dank Merkels eigenmächtiger Preisgabe des Staatsgebietes mitten in einem fatalen Feldversuch.
Die damals chaotischen Zustände an den Grenzen können maximal als mildernde Umstände geltend gemacht werden, die Kontrolle über den Zustrom in das Land ausgesetzt zu haben. Sie hätte zumindest nach wenigen Tagen wieder in Kraft gesetzt werden müssen.
Falsche Versprechungen sind auch Verrat an den Migranten, die ihre Heimat verlassen haben. Und ebenso an jenen Ländern, aus denen sie abgewandert sind und wo sie zum Wiederaufbau gebraucht würden. Die enttäuschten Migranten sind wütend:
… In Syrien hat man gehört, daß man bei Ankunft gleich ein Haus bekommt! Von Flücht-

lingsheimen war nicht die Rede … bin nach Deutschland geflüchtet, um mir ein neues Leben aufzubauen. Aber es beruht auf falschen Versprechungen … wir haben Heimweh und fühlen uns erniedrigt, wenn ich wieder in Bagdad bin, werde ich die Erde küssen … ich gehe lieber wieder nach Hause und sterbe im Kampf gegen den IS, als hier zu bleiben. …
Dieser Feldversuch, eine archaische und kämpferische Kultur mit einem religiösen Herrschaftsanspruch in eine moderne und friedliebende Gesellschaft einzugliedern, ist fast flächendeckend gescheitert.
Seit Merkels lapidarer Feststellung "der Islam gehört zu Deutschland" haben sich auch Parallelgesellschaften, Kriminalität und Terror in jener Nation häuslich eingerichtet, die in aller Welt für Beschaulichkeit, Sicherheit und Ordnung bekannt war. Und in welche viele Menschen geflohen sind, um genau dem zu entgehen.
Die vom Staatsrechtler Professor Karl Albrecht Schachtschneider ausgearbeitete Verfassungsbeschwerde gegen die rechtswidrige Asylpolitik der Bundesregierung wurde abgewiesen.
Nach wie vor wird kaum zwischen berechtigten Asylsuchenden und Einwanderern in das Sozialsystem unterschieden, von den Asylwerbern noch immer nicht zwingend ein Nachweis der Identität gefordert.
Im Deutschland des Jahres 2018 weiß niemand mehr genau, wie viele sogenannte Schutzsuchende überhaupt im Land sind. …
Auch nicht, wer sie wirklich sind, und ob sie überhaupt Anspruch auf jene großzügigen Zuwendungen haben, deretwegen sich viele von ihnen - inzwischen allerdings vorwiegend Glücksritter männlichen Geschlechts aus Afrika - überhaupt erst auf den Weg gemacht haben.
Auch weiß man längst, daß Integration hauptsächlich deswegen funktioniert, weil die "schon länger hier Lebenden" inzwischen auch Weltmeister in der Disziplin "Toleranz bis zur Selbstaufgabe" sind und sich vor den Neuankömmlingen mehr oder weniger in den Staub werfen.
Die Polizei bekam vom Innenminister anstatt Verstärkung und dringend benötigter Ausrüstung Samthandschuhe und einen Maulkorb verpaßt.
Von den streichelzarten Urteilen einer auf politisch korrekt gebürsteten Justiz ganz zu schweigen. …
Die Gesinnungspolizei der EU und des deutschen Innenministers mit seiner Digital-Gestapo leisten ganze Arbeit. Meinungsfreiheit war gestern, heute wird zensiert im Namen einer politischen Korrektheit, die von oben verordnet wurde. Die Politik fürchtet das Erstarken der rechten Parteien und die virtuellen Wutausbrüche der Bürger in den sozialen Medien mehr als den realen Verlust der Sicherheit durch Messerstecher, Vergewaltiger und Anschläge.

Ein neues Zensurgesetz und strengere Strafen warten auf Kritiker

Die EU hat schon vor Jahren einen Entwurf für ein Statut zur Förderung von Toleranz veröffentlicht, der zur Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten gedacht ist. Bei Verstößen droht Inhaftierung, für Jugendliche Umerziehung. Der European Council on Tolerance and Reconciliation (ECTR) ist - anders als die Bezeichnung suggerieren mag - eine Nicht-Regierungs-Organisation, welche den EU-Bürgern nun auch Toleranz gegenüber jeglicher Minderheit in Bezug auf Rasse, Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexuelle Neigung verordnet. Man beachte, daß "der besondere Schutz, den Mitglieder verletzbarer und benachteiligter Gruppen genießen, deren Bevorzugung erfordern kann.

Die Mehrheitsgesellschaft gerät unter die Räder der Minderheiten

Vor lauter Toleranz gegenüber den Minderheiten sind die Rechte der Mehrheit immer mehr vernachlässigt worden. Sie darf sich noch nicht einmal zur Wehr setzen, weil eine neu etablierte Gesinnungsdiktatur Kritik bereits im Keim erstickt. Diese Zensur kennt keine Toleranz gegenüber berechtigten Unmutsäußerungen, Formulierungen, die noch vor wenigen Jahren umgangssprachlich absolut üblich waren, fallen heute unter "Haßrede" und werden geahndet. Goebbels hätte mit dieser Gesinnungs-Gestapo seine helle Freude gehabt.

Diese Politiker werden niemals mehr Politik für das eigene Volk machen
Man kann von diesen mutwilligen Verursachern wohl kaum die Lösung der Probleme erwarten. Deutschland wurde noch nie am Hindukusch verteidigt, seit Merkel noch nicht einmal mehr an den eigenen Staatsgrenzen. Ein eventueller Einsatz im Inneren wäre gegen das eigene Volk gerichtet.
Die Zukunft unserer Kinder und der Nationen Europas werden wir leider nicht auf Facebook oder in den Kommentarspalten der etablierten Medien retten können. Sondern nur, indem diese Mehrheit der Deutschen, solange sie noch eine ist, auf die Straße geht und die Verräter aus ihren Ämtern jagt.
So müßte es gehen … das Volk läßt von sich hören!
Denn sonst könnte Merkel schon bald von ihren heimlichen Chefs zur "Mitarbeiterin des Jahrzehnts" gekürt werden! Für ihre unermüdliche Arbeit bei der Umsetzung einer "Neuen Weltordnung" …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. September 2018: >>**Eine der letzten Chancen**
Das Europaparlament hat mit Zweidrittelmehrheit ein Verfahren gegen Ungarn beschlossen mit dem Ziel, der Regierung auf EU-Ebene das Stimmrecht zu entziehen. Zur Begründung werden die "systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn" angeführt.
Doch jeder weiß, worum es in Wahrheit geht: Ungarn und die anderen Visegrád-Staaten weigern sich, es den Westeuropäern gleichzutun und ihre Grenzen für eine Masseneinwanderung aus der Dritten, vornehmlich moslemischen Welt zu öffnen.
Praktisch wird der Vorstoß aus Straßburg ins Leere gehen, denn der Entzug des Stimmrechts erfordert einen einstimmigen Beschluß im Europäischen Rat, und Polen hat schon angekündigt, dagegen zu votieren.
Um einen Skandal handelt es sich gleichwohl, denn wenn einer Regierung, die mehrmals in freien Wahlen das Vertrauen des Volkes errungen hat, die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen wird, stuft man den Staat symbolisch zum Protektorat herab.
Ministerpräsident Viktor Orbán wies vor dem Straßburger Plenum darauf hin, daß sein Land "seit tausend Jahren Mitglied der Familie der christlichen europäischen Völker ist", dem Kommunismus getrotzt und 1989 "seine Grenzen für seine ostdeutschen Schicksalsgenossen" geöffnet hat. Er appellierte an ein Geschichtsbewußtsein, das den meisten Abgeordneten längst fehlt.
EU als Agentur des Globalismus
Dieses Europaparlament und die EU-Bürokratie stehen nicht für die historische, geistige und kulturelle Dignität des Kontinents, sondern für die Totalherrschaft einer Gegenwart, in der Volkssouveränität, Demokratie und Gewaltenteilung auf Kampfbegriffe wie Diversität, Teilhabe, Antidiskriminierung geschrumpft sind.
Eine wichtige Rolle spielt dabei der Globale Migrationspakt, der von mehr als 190 Uno-Mitgliedstaaten Ende des Jahres unterzeichnet werden soll. Die Unterschrift verweigern wollen die USA und eben Ungarn, das erklärte, der Vertrag widerspreche den Landesinteressen. Der Pakt sieht humanitäre Visa und Umsiedlungsprogramme für Migranten vor, die ihr Heimatland wegen Umweltzerstörung und Klimawandel verlassen müssen. Sie sollen in den Zielländern Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und zum Rechtssystem erhalten und per Gesetz vor Diskriminierungen geschützt werden. Familienzusammenführungen sollen erleichtert werden.
Während die Ungarn auf ihr Recht pochen, innerhalb der eigenen Grenzen selbstbestimmt zu leben, betätigt die EU sich als Agentur des Globalismus und sieht ihre Aufgabe darin, den Nationalstaaten auch das Recht auf existentielle Selbstverfügung zu nehmen und den Kontinent nach Afrika und Vorderasien grenzenlos zu machen.

Neuer West-Ost-Konflikt

Der Politikwissenschaftler Yascha Mounk äußerte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur laufenden Agenda, "daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, … dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen." Wenn sich jemand dem entgegenstelle, dann müsse "ganz klar" gezeigt werden, "daß der Staat fähig ist, die Menschen, die dagegen aus Haß verstoßen, richtig zu bestrafen".

Die Menschen und Völker östlich der Elbe sind schon einmal die Objekte eines "einzigartigen Experiments" gewesen, das von 1945 bis 1989 dauerte. Es ist tief in ihnen und im Gedächtnis ihrer Nachkommen eingeschrieben. Der neue West-Ost-Konflikt, der sich an der Behandlung Ungarns durch die EU entzündet, geht also weit über das hinaus, was die Theoretiker der Postdemokratie als neoliberales Formtief des liberalen Systems beschreiben.

Der polnische Philosoph Ryszard Legutko, der zur Zeit sein Land im Europaparlament vertritt, sieht im multiethnischen und -kulturellen Projekt eine dem kommunistischen Experiment tendenziell vergleichbare, totalitäre Energie wirken.

Auch heute werden die vermeintlich Guten, die unter Freiheit die Bejahung des finalen Ziels verstehen, vom Staat von den vermeintlich Bösen geschieden, deren "Widerstand im Interesse aller gebrochen werden muß". Weil man sie auf der sachlichen Ebene nicht widerlegen kann, werden sie moralisch als Rassisten und Faschisten stigmatisiert. Die zweite Parallele ist die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche bis in die schulische Bildung, die Sprache und sogar die privaten Beziehungen.

Der Osten durchschaut die Mechanismen der Indoktrination

Der neue Ost-West-Konflikt reißt in der Bundesrepublik einen innerstaatlichen Graben auf. Während der Politik- und Mediendiskurs nahezu vollständig die multiethnische Transformation bejaht und die Bevölkerung im Westen bisher nur punktuell Widerspruch wagt, durchschauen die Menschen im Osten aus historischer Erfahrung die Mechanismen der Indoktrination und verweigern sich ihr mehrheitlich.

Es handelt sich um einen Widerstand von unten. Es gibt kaum alteingesessene Politiker, Akademiker und Journalisten, die als Wortführer agieren könnten, weil die Unterwerfung unter den West-Diskurs für karriereorientierte Ostdeutsche das Entréebillet zum Aufstieg bildete. Die oft ungeschickte Artikulation der Proteste nehmen die Medien zum Anlaß, sich zur Hetzmeute der Rechtgläubigen zu formieren und die Demonstranten als "Mob" zu verhöhnen.

Die Aggressionen lassen auf Ratlosigkeit, unterdrückte Zweifel und Selbsthaß schließen. Auch deshalb ist die aktuelle Ost-West-Kontroverse für Deutschland und Europa eine der letzten Chancen, um sich aus dem Strudel der Selbstabschaffung zu befreien.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtete am 23. April 2019: >>**Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"**

Buchbesprechung von Rita Müller-Hill

In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."

Erläuterung zum Buchtitel

Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte. Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve

de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: … "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinstes."

Öffnung der Archive

Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. … Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.

Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."

Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellensuche.

Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemacht hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Marschall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.

"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.

Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.

Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, be-

stimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen. Wegen der Eindrücklichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.
Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"
Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."
Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."
Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."
Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?
An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?
Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi, Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."
Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.
Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.
Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von

allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.
Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch, hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/…): >>**Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie**
Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) …
Der Aufstieg Jean Monnets (1888-1979)
Schon früh konnte, so referiert Gerald Brei aus einem Kapitel de Villiers', Jean Monnet Kontakte zu einflußreichen Personen gewinnen. Als Vertreter des väterlichen Weinbrandunternehmens aus Cognac schloß er 1911, 23-jährig, in London einen exklusiven Liefervertrag mit dem anglo-kanadischen Handelshaus Hudson's Bay Company "*und gewann bei dieser Gelegenheit einen ersten Mentor, Lord Kindersley, künftiger Direktor der Bank Lazard* (und von 1914-1946 Direktor der Bank of England), *der ihm als Gehilfen die Türen öffnet und wertvolle Kontakte in der Handelswelt verschafft.*
Monnet stieg jetzt in den großen Hotels ab und wurde bald ganz anglo-amerikanisch. In einem Brief an Raymond Aron hat er selbst bekannt, "daß er eine doppelte Treuepflicht empfindet, gegenüber England und den USA."
Im Herbst 1914 wurde ihm von der Hudsons's Bay Company die Mission anvertraut, dem französischen Premierminister René Viviani die Idee näherzubringen, Logistik und Handelsflotte des Unternehmens für die Armee der Alliierten gegen die Mittelmächte zu nutzen. "Zufällig" war der Anwalt des Familienunternehmens von Monnet, Maitre Benon, zugleich auch der Anwalt des Regierungschefs Viviani. "*So sind es freimaurerische Freundschaften, die es dem jungen Mann erlauben, vom Premierminister Viviani sofort selbst empfangen zu werden. In der Folge öffneten sich alle Türen des Grand Orient."*
Die geschäftliche Verbindung mit der Hudson's Bay Company kam zustande, so daß Lord Kindersley seinem Protegé Monnet ausdrücklich gratulierte. Durch Monnets Vermittlung erhielt das Kanadische Handelshaus später sogar das Monopol für französische Einkäufe in Kanada.
Dies war aber offensichtlich nur der Anfang einer umfassenden Tätigkeit Monnets für die Alliierten während des Ersten Weltkrieges. Nach Wikipedia arbeitete Monnet in weiteren *"interalliierten Einrichtungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es handelte sich dabei um paritätisch besetzte internationale Organe: zuerst binational britisch-französisch, dann trinational auch mit Italien und zuletzt auch mit den USA als viertem Partner. In dieser immer enger und straffer werdenden Organisation erfolgte die Koordination der kriegswirtschaftlichen Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten.*

1917 war so ein komplexes kriegswirtschaftliches Nachfrage-Kartell mit dem Allied Shipping Control als Zentrum entstanden. Es ging dabei um eine umfassende Verwaltung des kriegsbedingten Mangels und um eine effektive Regulierung der entstandenen heftigen Beschaffungs-Konkurrenz zwischen den Verbündeten."
Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg knüpfte Jean Monnet in den USA, so referiert Gerald Brei aus de Villiers Buch weiter, ein weites persönliches Kontaktnetz, das er selbst "magischen Zirkel" nannte. So lernte er 1919 in der US-Reparationskommission von Versailles den Rechtsanwalt und späteren Außenminister John Foster Dulles kennen und wurde eng mit ihm befreundet.
Dieser verhalf ihm dann 1935 zur Gründung einer eigenen Bank mit seinem Freund George Murnane (*Monnet, Murnane & Co., New York),* in die er selbst investierte. Monnet befreundete sich auch mit dem einflußreichen Wallstreet-Banker Averell Harriman und wurde zusätzlich bei der Investmentfirma Blair & Co. (der späteren Bank of Amerika) aktiv, wo er mit dem Rechtsanwalt John McCloy einen weiteren engen Freund mit zahlreichen Verbindungen gewann.
*"*Dieser wurde später Präsident der Weltbank, Hochkommissar in Deutschland, Präsident der Chase Manhattan Bank, danach Präsident der Fordstiftung. Er wird auch Verwalter bei der Rockefeller-Stiftung und von 1954 bis 1970 sogar Präsident des Council on Foreign Relations (von wo aus die US-Außenpolitik bestimmt wird). 1941 bis 1945 war John McCloy Unterstaatssekretär im Kriegsministerium und einer der beiden politischen Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, die Jean Monnet direkt führten.
Der andere war Harry Hopkins, die graue Eminenz und einer der für den ´New Deal' verantwortlichen Theoretiker. Von diesem Hopkins druckt de Villiers einen Brief vom Februar 1943 an Monnet ab, der im Befehlston an einen Untergebenen abgefaßt ist und Monnet auf eine geheime Mission nach Algier schickt, um der Politik der USA in Nordafrika zum Erfolg zu verhelfen."

Die Vereinigten Staaten <u>in</u> Europa

Nach dieser gründlichen Vorbereitung war Monnet nach Ende des Krieges der geeignete Mann, die US-amerikanische Vision für die künftige Gestaltung Europas durchzusetzen. Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles. …
Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.
Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.
1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "*in dem er",* wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, *"Vertreter der wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."*

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.
Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.
"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "*daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."*
Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:
"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."
Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "*Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist.*
Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.
"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."
Hier ist das Recht aus seiner Verwurzelung in der allgemeinen Moral, den ethisch-sittlichen Auffassungen der Menschen, herausgelöst. Das Recht ist aber seinem Wesen nach Teil des moralischen Lebens und zwar der Teil, der wegen seiner besonders gravierenden Wirkung auf das gesellschaftliche Leben aus der Freiheit des Handelns herausgenommen und allgemein verbindlich gemacht wird.
Das wirkliche Recht ist daher im Rechtsgefühl der Menschen verankert, das ein Gefühl der Gerechtigkeit, d.h. der Moralität ist. Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.
So ist es folgerichtig, daß "*weder die Richter* (des EuGH) noch die Europäische Kommission *(welche die Gesetzesinitiative hat)* demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt.
Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil

das System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."
Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.
Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:
"*Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."*
Darin komme ein prinzipielles Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"*Von Anfang an",* resümiert Gerald Brei, *"ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde* (eine Institution). ... *Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos.*
Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten <u>in</u> Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)
Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*
Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.
In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:
"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa.
Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt)*: Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war*

die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multi-unkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."
1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu.* Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2020: >>**"No Way!" statt freie Fahrt**
Herbert Kickl
Die Lage in Griechenland ist dramatisch, und es ist sicher nicht übertrieben, von einem Angriff auf die Außengrenze der Europäischen Union zu sprechen. Die Türkei versucht sich in einer Art hybrider Kriegsführung gegen die EU mit dem Ziel, zuerst den Süden und in weiterer Folge die gesamte Union zu destabilisieren. Neben denjenigen, die derzeit versuchen, die Außengrenzen zu durchbrechen, existiert ein gigantisches Potential von Millionen Menschen, die sich - im schlimmsten Fall unter Anwendung von Gewalt - mit hoher Wahrscheinlichkeit auch auf den Weg nach Europa machen würden, wenn man die Vorhut gewähren läßt und Erdogans Begehrlichkeiten nachgibt.
Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich wider jede Vernunft für eine "Koalition der Willigen" in der EU ausgesprochen. Die deutsche Bundesregierung hat bereits bekanntgegeben, Migrantenkinder aus Griechenland aufzunehmen. Illegale Einwanderung zahlt sich aus - das ist die Botschaft, die Angela Merkel damit an die Schlepper dieser Welt und ihre Kunden aussendet.
Wie im Jahr 2015 öffnet sie einen Spalt der Tür nach Europa. Denn Merkel spricht von Kindern und verschweigt dabei, daß ihnen selbstverständlich Mütter, Väter, Brüder und Onkel folgen werden. Die deutsche Kanzlerin spielt dem türkischen Diktator Erdogan in die Hände. Das ist ein neuerlicher Sündenfall der Wiederholungstäterin Merkel auf Kosten der Europäer. Die Allianz der sogenannten Willigen ist in Wahrheit eine Allianz der willfährigen Erfüllungsgehilfen Ankaras.
Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co.
Deshalb brauchen wir eine europäische Allianz der Vernünftigen gegen Merkel und Co. Wer sich nach dem Fiasko, das sie ihrem Land und dem ganzen Kontinent 2015 eingebrockt hat, im Angesicht eines neuerlichen illegalen Migrantenansturms wieder an Merkel-Deutschland orientieren will, der ist ganz bewußt auf die Schädigung Europas aus. Diese "Koalition der Willigen" ist eine "Koalition der Naivlinge und Unverantwortlichen" und ist aus zweierlei Gründen brandgefährlich: Erstens knickt die EU damit erneut vor dem Erpresser Erdogan ein. Andererseits wird dieses Verhalten eine enorme Magnetwirkung entfalten und so für massiven zusätzlichen Druck auf die Grenzen sorgen, diesmal ganz ohne Erdogans Zutun.
In Österreich wehrt sich der - vor allem in Deutschland - maßlos überschätzte Bundeskanzler Sebastian Kurz gegen die Aufnahme zusätzlicher Migranten, allerdings nur gegen die freiwillige Aufnahme. Sollte aber die EU eine solche Aufnahme vorschreiben, wäre er bestimmt wieder der erste Musterschüler. Denn vor den beiden Europa-Gefährderinnen Ursula von der Leyen und Angela Merkel umzufallen, ist ihm schon einige Male passiert.
Erinnern wir uns daran, was Frau von der Leyen ganz oben auf ihre Agenda der Kommissionspräsidentschaft gesetzt hat, nämlich die Frage der Verteilung von Migranten in der EU. Das ist ihr großes Projekt neben dem "Green Deal". Das heißt, jetzt werden zwar vordergründig Abwehrmaßnahmen geplant, aber die Zwangs- und Pflichtverteilung von Migranten wird kommen, nicht gleich und durch die Hintertür, aber das ist der Plan.
Wichtig wären jetzt andere Maßnahmen
Wichtig wären jetzt ganz andere Maßnahmen. Der Desinformation, die von seiten der organi-

sierten Schlepperkriminalität und vermutlich auch des türkischen Regimes betrieben wird, muß entgegengetreten werden. Auf allen Kanälen muß in den betroffenen Regionen, aber auch in den Herkunftsländern und in potentiellen Drittstaaten über elektronische Medien bis hin zu Klassikern wie dem Flugblatt oder Lautsprecherdurchsagen eine einfache Botschaft kommuniziert werden: "No way! Versucht es erst gar nicht! Ihr habt keine Chance! Europa ist eine Festung!" Australien macht das seit dem Jahr 2013, und zwar höchst konsequent. Dort hat niemand, der als Bootsflüchtling aufgegriffen wurde, auch nur ansatzweise die Chance, eine Aufenthaltsgenehmigung in Australien zu bekommen.
Zudem wären die Länder der EU gut beraten, sich mittels umfassender Grenzschutzübungen auf den Migrantenansturm vorzubereiten. In Österreich wurde eine solche gemeinsame Übung von Polizei und Militär im Jahr 2018 auf meine Veranlassung als damaliger Innenminister bereits einmal erfolgreich durchgeführt. Damit haben wir auch ein klares Signal echter Abwehrbereitschaft in die Welt geschickt. Wir werden nicht Herr der Lage werden können, wenn wir die Hände in den Schoß legen oder sie zur Raute formen. Als Politiker sind wir verpflichtet, die Bevölkerung unseres Landes zu schützen, und zwar mit allen Mitteln, die dafür notwendig sind.

Das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben

Griechenland hat das Asylrecht temporär ausgesetzt. Das sollte Österreich auch tun. Es darf nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf österreichischem Boden zu stellen. Jene, die jetzt zu Tausenden die griechische Grenze bestürmen, sind in Wahrheit illegale Einwanderer. Menschen, die in der Türkei bereits Schutz haben, nicht in die EU zu lassen, ist unser Recht und unsere Schuldigkeit gegenüber unserer eigenen Bevölkerung. Auch alle anderen, die mehrere sichere Länder durchquert haben, wo sie längst einen Asylantrag hätten stellen können, sind in Wahrheit illegale Einwanderer.
Der Antrag ist dort zu stellen, und so ist es in der Genfer Flüchtlingskonvention gedacht, wo man den ersten sicheren Punkt erreicht hat. Sich über Hunderte oder Tausende Kilometer dorthin zu begeben, wo es ökonomisch am günstigsten ist, hat mit dem Asylgedanken und mit der Genfer Flüchtlingskonvention nichts zu tun.
Auch das Vorgehen der Türkei darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das Flüchtlingsabkommen muß sofort gekündigt und durch das endgültige Aus der aktuell auf Eis liegenden EU-Beitrittsverhandlungen signalisiert werden, daß die Türkei keinen Platz in der europäischen Staatengemeinschaft hat. Wobei der Deal von Anfang an hinterfragbar war. Denn selbst wenn er funktionieren würde, wäre es ein Nullsummenspiel. Denn er besagt ja nur, daß die Türken für einen illegalen Migranten, den sie zurücknehmen, das Recht haben, uns einen legalen zu schicken.
Die illegalen Zuwanderer werden in der Türkei umetikettiert, und dann stehen sie wieder auf europäischem Boden. Dafür hat die Europäische Union Milliarden bezahlt, anstatt dieses Geld in sinnvolle Grenzschutzmaßnahmen zu investieren. Und es sind etwa zehnmal mehr Menschen aus der Türkei nach Europa gebracht worden als von Griechenland in die Türkei.

Die EU steht vor einer Grundsatzentscheidung

Abseits der aktuellen Entwicklungen steht die Europäische Union vor einer Grundsatzentscheidung, die überfällig ist: Arbeiten wir weiter im Reparaturmodus oder stellen wir das Asylsystem auf neue Beine? Und sind wir endlich bereit, die Begriffe zu entwirren und Ordnung ins Chaos zu bringen? In der politischen beziehungsweise medialen Debatte werden ja gern die Begriffe vermengt. Jeder Migrant wird zum Flüchtling erklärt. Die Genfer Flüchtlingskonvention schütze sie angeblich alle - selbst wenn sie mehrere sichere Staaten durchquert haben, bis sie in einem Land ihrer Wahl Asyl beantragen. Das war sicher nicht im Sinne der Flüchtlingskonvention.
Die Konvention unterscheidet auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen, die wegen eines gewaltsamen Konfliktes ihr Land verlassen haben. Völkerrechtsprofessor Michael Geistlinger

von der Universität Salzburg hat in einem Interview ein schönes Beispiel formuliert, anhand dessen er den Unterschied klarmacht: "Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling."

Asyl auf den ursprünglichen Gedanken zurückführen

Also führen wir Asyl doch auf seinen ursprünglichen Gedanken zurück und bringen wir das gesamte System auf die Höhe der Zeit des Jahres 2020. Mit einem klaren strategischen Ansatz, der "innerkontinentalen Fluchtalternative".

In einer globalisierten Welt sind Instrumente aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die primär für Dissidenten aus den Diktaturen des damaligen Ostblocks geschaffen wurden und nicht für Menschenmassen, die sich in einer Art Völkerwanderung auf den Weg machen, nicht mehr tauglich. Es braucht die "innerkontinentale Fluchtalternative". Das bedeutet, Asyl kann es nur mehr auf dem Kontinent geben, von dem die Migranten stammen. In anderen Worten: Die Person muß entweder in einem direkten Nachbarstaat Europas verfolgt sein oder keine realistische Möglichkeit auf Schutz in einem Land haben, das näher am Herkunftsstaat liegt als die EU. Das entspricht auch der Intention der Genfer Flüchtlingskonvention.

***Herbert Kickl**, Jahrgang 1968, war von Dezember 2017 bis Mai 2019 Bundesminister für Inneres der Republik Österreich. Zuvor war der ehemalige FPÖ-Generalsekretär (2005 bis 2018) elf Jahre Abgeordneter im Nationalrat, dem österreichischen Parlament. Dort ist er nun geschäftsführender Vorsitzender der FPÖ-Parlamentsfraktion.*<<

Staatlich gelenkte Migrationspolitik

> Wer dein Haus zur Ruine macht, möchte sicherlich, daß du den Himmel siehst.
> *Robert Louis Stevenson (1850-1894, schottischer Schriftsteller)*

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.

Die USA wollten angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisierten danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgten regimefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) förderten letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

Nordamerikanische und britische Truppen griffen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...): >>**Vor dem Bürgerkrieg**

Europa und die Expansion des Islam

Der Volltreffer auf das mit einem eigenen Raketenabwehrsystem geschützte Pentagon am 11. September 2001 sowie der asymmetrische Krieg in Israel und nunmehr im Irak haben zu ei-

nem Erstarken des islamistischen Bewußtseins in der Umma geführt.
Die Moslems zwischen Mindanao, den islamischen Provinzen Thailands, Taschkent, Casablanca und Europa glauben heute mehr denn je, daß der Friedensbegriff des Islam in einem endzeitlichen Dschihad global verwirklicht werden kann. Sie verkörpern damit eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die in ihren Augen besonders verachtungswürdigen USA, sondern für den gesamten christlich geprägten abendländischen Kulturkreis.
Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuordnung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.
Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.
Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.
Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. Darüber hinaus wären Auswirkungen auf die der NATO feindlich gesinnte, sowjetisch geprägte militärische Nomenklatura Rußlands absehbar, aus deren Sicht die Umzingelung durch die USA im "Unterleib" der ehemaligen Sowjetunion bzw. im Kaukasus auf Dauer nicht hinnehmbar ist.
Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irak-Krieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.
Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, einhergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.
Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. Bezeichnend dafür ist, daß die EU klammheimlich eine durch das renommierte Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin erarbeitete Studie über den Antisemitismus in Europa umschreiben lassen wollte. "Die EU hat die Studie begraben, aus Angst vor einem Bürgerkrieg", sagte der Soziologe Prof. Werner Bergmann, unter dessen Leitung die Schrift entstanden war.
Diese Studie, so die britische Financial Times, sollte zurückgehalten werden, weil erkennbar ist, "daß hinter den zunehmenden antisemitischen Erscheinungen Moslems und pro-palästinensische Organisationen stehen".
Nicht ganz unrecht hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut, der seit längerem einen linken, progressiven "anti-faschistischen Antisemitismus" im Namen der Menschenrechte beobachtet, der Israel im Kampf mit den Palästinensern die Rolle der Nazis überstülpt.
Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus

Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.
Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekannten Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.
Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben.
Es gibt kein Warnsystem über asymmetrische Gefahrenlagen. Es gibt auch keine Pläne für die Harmonisierung von Zivil- und Katastrophenschutz. Desgleichen existiert kein übergeordnetes Verteidigungskonzept, das die Polizei, den Grenzschutz, den Katastrophenschutz, die Bundeswehr und die Nachrichtendienste einbindet.
Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu verringern.
Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Solschenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"
Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien - nicht direkt betroffen sind.
Europa zählt heute insgesamt 750 Millionen Einwohner. Von diesen sind 269 Millionen Katholiken, 171 Millionen Orthodoxe, 79 Millionen Protestanten und 52 Millionen Muslime. 151 Millionen gehören keiner religiösen Orientierung an. Da die Muslime jährlich um 6,5 Prozent zunehmen, werden sie voraussichtlich 2014 nach den Katholiken die zweitstärkste religiöse Gruppe auf dem Kontinent sein.
Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder deislamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.
Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.
Insbesondere in Bosnien (aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien) helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.
Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisie-

rung Deutschlands.
Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.
Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".
Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.
Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<
Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt über den Islam (x917/…):
>>**Der Griff des Islam nach Europa**
Bei der Beschäftigung mit dem **"Griff des Islam nach Europa"** dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa,** und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.
Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der Islamrat für Europa 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:
"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."
Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift *New Horizon* in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im *Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD Nr.7,* Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.
Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der Islamrat für Europa spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "Haus des Islam" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.
Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplitterungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.
Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein.
Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der Islamic Conference Organisation (OIC**)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die OIC ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil

agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem Koran, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch. Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden.

Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser quietistische Islam, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam**,** der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die Existenz Israels im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse. Dieser Islamismus ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. ein Kämpfen für den Islam unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen ge-

gen die Gottlosen in Mekka kämpfte.
Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.
d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.
Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der bösartigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.
Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -
Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Die-

ser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln …"
Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten.
Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.
Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen.
Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.
e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.
f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.
g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der sogenannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.
h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.
3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?
Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.
a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem starken und selbstbewußten Islam zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.
b. Offen erscheint mir die Frage, ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene

europäische Christentum als Vorbild dient.
Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.
c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.
Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.
d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa starke Gegenkräfte gegen den Islam entwikkelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.
e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.
HINTERGRÜNDE
4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?
Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu Andreas Baumann, *Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?* Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat.
Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?
Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!
5. Was ist konkret zu tun?
… Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesell-

schaft, gefordert … Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen.
Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.
b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.
c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.
d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.
e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 2007 (x887/...):
>>**Wir sind im Krieg**
Europas falsche Toleranz gegenüber dem Islam
Udo Ulfkotte wird bestimmt von keiner muslimischen Vereinigung als guter Freund betrachtet werden, denn der ehemalige "FAZ-Redakteur" widmet sich seit einigen Jahren intensiv einem Thema, das sie nicht gut aussehen läßt: der Islamisierung der Welt. Mit "Krieg in unseren Städten" machte er sich bereits 2003 zahlreiche Feinde, und auch seine aktuelle Veröffentlichung wird ihm so manche Morddrohung einbringen.
"Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" lautet ihr Titel und verrät schon, wogegen Ulfkotte als einer von wenigen Warnern anschreibt. Doch wie immer, wenn jemand Einzelkämpfer ist, gibt es eine gewisse Neigung zur Einseitigkeit und zu Extremen, trotzdem überzeugt der Autor mit zahlreichen Fakten.
"Liest man die verschiedenen Bevölkerungsstudien zur Entwicklung Europas, dann ist der Trend klar: Europa wird immer stärker islamisch geprägt sein. Man mag darüber streiten, wie viele Muslime in welchem Jahr in Europa leben werden. Doch die kurzfristigen Prognosen sind eindeutig: Schon etwa um das Jahr 2025 herum wird jedes dritte in Europa geborene Kind muslimischen Glaubens sein."
Was an sich keine bedrohliche Entwicklung wäre, wenn eben die muslimischen Vereinigungen nicht schon seit Jahren Stück für Stück die Werte Europas unterwanderten. Ulfkotte belegt in seinem Buch, daß dies gar nicht so sehr die Schuld der Muslime ist, sondern viel mehr die jener europäischen Politiker und Regierungen, die die Zugewanderten gewähren lassen. Zumal, so Ulfkotte, die verschiedenen muslimischen Verbände jeweils nur einen sehr geringen Teil der europäischen Moslems verträten. Aber: "Deutsche Politiker reißen sich offenkundig darum, Begegnungsstätten mit dem Islam in Moscheen zu finanzieren."
Anhand zahlreicher Länderbeispiele führt der Autor an, wie sich die heimischen Gesellschaf-

ten anpassen. Von Krankenhäusern und Altenheimen nur für Moslems, in denen ihre religiösen Gefühle nicht verletzt werden, über Aushöhlung des Tierschutzes hin zur Anpassung des Scheidungsrechts an muslimische Geflogenheiten.
"Wer sich in Belgien öffentlich gegen die zunehmende Islamisierung stellt, muß mit Strafanzeige rechnen ... Jedes vollständig islamisierte muslimische Kind, das in Europa geboren wird, ist eine Zeitbombe für die Zukunft westlicher Kinder. Denn Letztere werden verfolgt werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind."
Das brachte Vater Samuel eine Strafanzeige ein. Das belgische Zentrum gegen Rassismus behauptete, Vater Samuel schüre den 'Rassenhaß'. Vater Samuel war bis dahin nicht bekannt, daß Muslime in Belgien als 'Rasse' gelten."
Ulfkotte nennt zahlreiche Beispiele, wie der Westen aus falsch verstandener Toleranz seine eigene Identität zu Gunsten des Islam verwässert. Angriffe auf westliche Werte würden zudem einfach überhört. Entschuldigungen, wie sie Moslems von uns bei angeblichen Verletzungen ihrer religiösen Gefühle verlangen, wagten wir nicht einzufordern.
"Als der oberste Führer der australischen Muslime, Scheich Taj el-Din el-Hilali, zum Ende des Fastenmonats Ramadan im Oktober 2006 unverschleierte Frauen mit 'rohem Fleisch' verglich, gab es in der westlichen Welt keine massenhaften Demonstrationen." Und das obwohl der Scheich darin indirekt sexuelle Übergriffe auf Frauen guthieß, denn schließlich würde man es auch keiner Katze übelnehmen, wenn sie auf der Straße liegendes Fleisch fräße.
Nach der Lektüre bleibt der Leser ziemlich verängstigt zurück, denn die vom Autor beschriebene Zukunft sieht alles andere als harmonisch aus. Und letztendlich befinden wir uns nach Meinung Ulfkottes schon längst im Krieg, auch wenn wir die offene Schlacht mit dem Islam zu vermeiden suchen, doch "ein Krieg beginnt nicht erst dann, wenn der erste Schuß gefallen ist".
Udo Ulfkotte: "Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht", ... Frankfurt/Main 2007 ...<<
Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte schrieb am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Widerstandslose Aufgabe**
Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.
Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.
Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih-Moscheen" die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? Womöglich … eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?
Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen in etwa 15 Jahren eine

mehrheitlich islamische Stadt sein.
Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.
Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<
Horst Koch berichtete im Dezember 2009 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x958/…): >>**Minarette - Schwarze Wolken in Europas Himmel - ein arabisch-christlicher Islamwissenschaftler nimmt Stellung -**
Fouad Adel
Ja, zu den Türmen der Kirchen, Nein zu den Minaretten:
Nach der Volks-Abstimmung in der Schweiz vom 29.11.2009 mit dem Ergebnis von 57,5 % für das Verbot zum Bau neuer Minarette, verbreitete sich die Nachricht in den westlichen und arabischen Medien wie ein Lauffeuer. Die Nachricht warf viele Reaktionen auf unter den Experten, Entscheidungsträgern. Multiplikatoren in Politik und Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis, daß der dritte Absatz in Artikel 72 der Schweiz. Bundesverfassung geändert werden muß in: "Der Bau von Minaretten ist verboten".
Neu auf der Ebene der Aufnahme von ungeliebten Nachrichten in islamischen Ländern ist, daß dieses Mal die Muslime bis jetzt kaum rebelliert haben gegen die Schweiz, deren Bevölkerung und Regierung. Sie haben nicht auf den Strassen protestiert, wie bei ähnlichen Gelegenheiten zuvor, zum Beispiel im Falle der Mohammed-Karikaturen. Scharfe Kritik gab es nur von ein paar radikalen muslimischen Diktatoren, in deren Ländern Menschenrechte und Demokratie keine Bedeutung haben.
Aber in verschieden Zeitungen und Medien der Schweiz war einerseits die Rede von "Angst und Unwissenheit" und "Verwirrung zwischen Unwissenheit und Verirrung", betreffend die Frage, welche Schweizer wirklich damit einverstanden sind, den weiteren Bau von Minaretten in ihrem Land zu verbieten. Auf der anderen Seite gehen die Schweizer Volkspartei und europäische Rechts-Parteien davon aus, daß der Versuch, Europa zu islamisieren der Hauptgrund ist für dieses Ergebnis: "Nein zu den Minaretten."
Ich hasse dich, weil du anders bist:
Es ist vielfach nicht unbedingt eine Frage der momentanen "Stimmung der Schweizer", die vielleicht nicht so gerne die Minarette in den Himmel des Alpenlandes ragen lassen wollen. Also die Frage ist weniger, wie manche denken, die der naiven Konfrontation: "Ich verbiete dir, weil ich das Sagen habe!" oder gar "Ich hasse dich, weil du anders bist!"
Gemäß meiner Erfahrung (und der arabischer Christen über Jahrhunderte) - geht es im Grunde, bewußt oder unbewußt, um sehr viel mehr. Nein, es ist ein Verbot für den Geist, der sich hinter der Minarett-Kultur verbirgt. Es steht für die Absage an vielgesichtige islamische Mentalitäten, die für Allahs Weltherrschaft leben, die bedingungslos der Lehre des Korans glauben: "Ich erhalte Herrschaft über deine Kultur, über dein Land, über deine Politik, über dein christliches Erbe, über deinen Glauben, und über deine Identität". Einfacher gesagt:
"Gib mit mir dem Allah des Korans (auch) Respekt bzw. Ehre" bedeutet für Muslime nicht "Toleranz auf Augenhöhe", wie unter europäischen Humanisten anscheinend selbstverständlich, sondern bestätigt sozusagen auf kleinstem Nenner: "Ich habe dich besiegt, ich habe dich erniedrigt" - sozusagen als erstes Djihad-Ergebnis.
Nicht umsonst sagte der biblische GOTT im Alten Testament zu seinem Volk: "Der Fremd-

ling, der bei dir ist, wird über dich steigen und immer oben schweben; du aber wirst heruntersteigen und immer unterliegen. Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird das Haupt sein, und du wirst der Schwanz sein. (5. Mose 28,12)

Eine scharfe Debatte.

Die Geschichte der ersten Minarette in der Schweiz: Als erste Schweizer Moschee mit Minarett wurde 1963 die Mahmud-Moschee in Zürich eingeweiht. Damals reagierte die Bevölkerung wohlwollend auf das Bauwerk. Es zeigte in den Augen vieler die Weltoffenheit Zürichs. Mittlerweile sind drei weitere Moscheen mit Minarett dazugekommen:

Das zweite Minarett gehört der Islamischen Kulturstiftung in Genf (am Wohnort des saudischen Königs Faisal bin Abdul Aziz in 1972) und wurde auf Initiative des 1953 verstorbenen saudischen Königs Khaled bin Abdul Aziz Al-Saud gebaut und 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Schweiz, Willy Ritschard, eingeweiht. Die Kosten für das Grundstück, den Bau und die Ausstattung im Umfang von rund 21 Millionen Schweizer Franken wurden von der Regierung Saudi-Arabiens allein getragen. Die zwei anderen Moscheen mit Minarett stehen in Winterthur und Wangen bei Olten. Daneben gibt es in der Schweiz rund 150 öffentliche Gebetsstätten.

Der Beginn der scharfen Debatten über die "Prävention von Minaretten" in der Schweiz ist im Januar 2005, als eine türkisch-islamische Organisation in Wangen bei Olten das Projekt bekanntgab, "ein symbolisches Minarett" von fünf bis sechs Metern Höhe zu bauen. Das Projekt wurde von den kantonalen Behörden abgelehnt, weil "die Minarett-Höhe nicht die Benutzung des Platzes für religiöse Zwecke und die Praxis der zeremoniellen Gebete" erhöht oder verringert, wie es sinngemäß in der Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts hieß.

Minarette - Symbol der islamischen Herrschaft:

Die Geschichte des Minaretts, wie sie aus historischen und islamischen Quellen hervorgeht, zeigt, daß Minarette als "Symbol der islamischen Herrschaft " dienten, die später erfunden wurden, um den islamischen Sieg über die eroberten Länder zu beweisen.

So war zum Beispiel die Masjid al-Nabawi Moschee in Medina (zweitheiligste Stätte der Verehrung für Muslime nach der Großen Moschee in Mekka), 88 Jahre lang ohne ein Minarett. Dort hatte der Prophet des Islam gesagt: Das Gebet in meiner Moschee ist besser als tausend Gebete anderswo, außer in der Heiligen Moschee / Sahih Muslim: Nr. 1394). Das war zur Zeit der Moschee-Gründung während der ersten Migration des Propheten in Medina am 12. März 622 n. Chr. Erst der Omajjadenkalif Walid bin Abdul Malik befahl in Medina dem Omar bin Abdul Aziz, vier Minarette an den Ecken der Moschee zu bauen.

Andere muslimische Glaubensrichtungen sind in islamischen Ländern verboten:

In Ägypten wurden und werden (akut nach der Schweizer Initiative) nicht nur die Kopten verfolgt, auch der bahaitisch-islamische Glaube ist verboten und es ist ihnen nicht erlaubt, Gebetsräume zu eröffnen. Ähnlich wie den Christen der Kirchenbau, ist in Ägypten auch schiitischen Muslimen der Bau eigener Gebetsräume untersagt. Einzig die radikal-sunnitische Muslimbruderschaft fordert die Vereinigung von Sunniten und Schiiten zum Kampf gegen die "Kuffar = Lebensunwürdigen = Juden und Christen", vgl. *http://de.qantara.de/webcom/-show_article.php/_c-468/_nr-1147/i.html*

Andererseits ist im Iran der Bau von sunnitischen Moscheen verboten. Wiederum in anderen arabischen Ländern mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit ist es verboten, schiitische Moscheen "husseiniyyas" zu erbauen: Die saudischen Behörden z.B. haben im Juni 2008 in der Provinz Khuber drei schiitische Moscheen geschlossen.

Interessant zu unserem Thema ist, was *www.Jihadwatch.org* schreibt: "Tatsache ist, daß saudi-wahhabitische Moscheen keine Minarette haben, weil diese als eine Lästerung (bid'a) betrachtet werden." Moscheen können also sehr gut funktionieren ohne Minarette. In der Schweiz gibt es übrigens seit Jahren mindestens 150 Moscheen!

Das erste Minarett.
Einige Autoren schreiben den ersten Bau eines "Minaretts" um das Jahr 705 n. Chr. der Regierungszeit des Umayyaden-Kalifen Walid zu. Die Umayyaden verlegten damals die Hauptstadt des politischen Islam von Mekka nach Damaskus. Dieses "Minarett der Braut" (es ist auch bekannt als Minarett Alclasp oder "Das weiße Minarett") in der großen Umayyaden-Moschee ist demnach das älteste und erste Minarett in der Geschichte des Islam.
Das Minarett ist auch ein politisches Symbol:
Vorgänger der heutigen Umayyaden-Moschee in Damaskus war der ca. 31 vor Chr. gebaute Jupitertempel als "hoher Platz", es folgte im 4. Jh. eine Basilika, die Johannes dem Täufer geweiht wurde. Nach der islamischen Eroberung der christlichen Hauptstadt Damaskus 635 n. Chr. und dem Eindringen von Khaled bin Waleed und Abu Obeida elgarah wurde die Hälfte als Moschee weggenommen, aber die andere Hälfte blieb zunächst Kirche. Muslime sowie Christen verehrten dortige Reliquien von Johannes dem Täufer. Bis 705 n. Chr. wurde dann im Auftrag des Omajjadenkalifs Walid bin Abdul Malik das ganze Gebäude zur Moschee umgebaut.
Der Bau von Minaretten begann als Reaktion auf die Türme der christlichen Kirchen in Ländern, die der Islam eroberte. Sie kommen nicht aus der islamischen Geschichte selbst, wie viele glauben, nicht als integraler Teil der Moschee. Die Kirchtürme ihrerseits waren Symbol für die Erhabenheit des Ortes, in dem die Lehre Jesu Christi gepredigt wird, damit Menschen zum ewigen Jesus - der im Himmel ist - finden können und durch IHN den Weg zur Gemeinschaft mit GOTT als Vater.
Daher das entsprechende Bild der Kirche, der Kathedrale, die als ein "hoher Platz" auf die "Höhe von Christus" hinweist, und der Weg durch diesen hohen Raum zu dem Hohen GOTT. Aber diesen Inhalt kennt der Islam nicht und lehnt ihn vehement ab.
Das Minarett - Islamische Herrschaft über das christliche Damaskus:
Wenn wir die Geschichte von Damaskus, wo die ersten Minarette "gepflanzt" wurden, lesen, sehen wir, daß der Ort vor der Eroberung durch die islamische Armee für die Christen zentral war, um die Lehre Christi zu predigen.
Damaskus fiel im Jahre 333 v. Chr. in die Hände von Alexander dem Großen, dem dann die römischen und griechischen Zivilisationen folgten. Später wurde Damaskus ein wichtiger christlicher Ort, zur Wiege des Christentums, die viele Heilige und Apostel "hervorbrachte, welche die Lehre JESUS überall in der damaligen Welt predigten, vor allem Apostel Paulus, der sich in Damaskus zu dem Herrn Jesus bekehrt hat" (Apostelgeschichte 9).
Das Minarett-Symbol geschichtlich verstehen.
Nachdem Damaskus in die Hände der muslimischen Eroberer gefallen war, erschien es notwendig, den Charakter der Stadt von Grund auf zu ändern. Mit ihrem ehemals führenden christlichen Charakter wurde sie zu einem "Ort des Islams". Das bezieht sich auf die Identität des Siegers. Das Minarett, als "Symbol des neuen Ortes der Sieger ", wurde auf den Ruinen des vormaligen "Großen Doms" als Ort, der ein für allemal besiegt sei, erbaut. Hiervon kann man das symbolische "Minarett-Verständnis" in die heutige Geschichte des politischen Islam übertragen, das Minarett als Symbol für den "Ort der Starken, der Sieger" oder für den "Ort der Eroberer".
Jedenfalls wurde Damaskus Stück für Stück von der "Heimat der Christen" in das "Haus des Islam" transformiert. Ein anderes Beispiel, der Qutb Minar in New Delhi (Indien): Nach dem Sieg der Moslems über die Hindus um das Jahr 1200 begonnen, zwischen 1211 und 1236 als Siegesturm bzw. Minarett fertig gestellt, zum Zeichen der Herrschaft des Islams über besiegte Hindus. Die Osmanen führten die Tradition fort. In Jahrhunderten entstand so ein Islamischer Code:
Minarette als Demonstration des islamischen Codes, das Land zu erobern, bzw. das Land zu islamisieren. Denn nichts anderes ist heilige Pflicht der Muslime. Das Minarett ist bei Weitem

mehr als ein "architektonischer Dekor", es ist ein Beweis des islamischen Sieges und der Herrschaft über dieses Land. Man erinnere sich nur an Erdogans Rede in Köln vor wenigen Jahren. Nicht umsonst sagen uns türkische Nachbarn recht freundlich: "Diesmal erobern wir Euch und Europa über die Geburtenrate".
Jonathan Bloom, Professor für Geschichte an der "Boston University" und Spezialist für die Geschichte der Minarette, bezeichnete Minarette als (zunächst) "stille Symbole". Man kann sie als ein Signal verstehen des Wachstums des Islam, der den Sieg hat über alle anderen Religionen und (aus Sicht des Islam) degenerierten Kulturen.
Die deutsche FAZ schreibt am 1.12.2009: "Die Frage, ob ein Minarett die Verkörperung aggressiven islamischen Herrschaftsdrangs oder nur das harmlose Symbol einer friedlichen Religion sei, hätte Sultan Mehmed II. vermutlich nicht einmal verstanden. Selbstverständlich ließ der Osmanenherrscher nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 die Hagia Sophia, schon damals ein jahrhundertealtes Zentrum der Christenheit, umgehend in eine Moschee umwandeln.
Zu den ersten Befehlen des Sultans nach der Einnahme der Stadt gehörte deshalb die Anordnung, der Hagia Sophia als unübersehbares Zeichen der neuen Herrschaft ein Minarett aus Holz hinzuzufügen. Bald wurde die hölzerne Übergangslösung durch vier Minarette aus Stein ersetzt, die noch heute das Aussehen des weltberühmten Bauwerks prägen.
Bei dem mittelalterlichen Siegeszug der Osmanen über die orthodoxen Staaten des Balkans, also über Bulgarien und Serbien, aber auch später über die katholischen Ungarn war es nicht anders. Die Errichtung von Minaretten in früheren Kirchen gehörte zu den ersten Manifestationen einer Herrschaft, die zumindest in den südlichen Gebieten des Balkans bis 1912 dauern sollte. Daß die aufständischen Balkanvölker in ihren Kämpfen gegen die Türken dann bevorzugt Moscheen und Minarette zerstörten, war die Kehrseite."

Muslime versagen sich sozialer Integration:

Die Plakate der "Volksinitiative zu Minarett-Verbot" zeigten die Minarette so, wie sie seit Jahrhunderten sind. Die schwarze Farbe warnte davor, die Schweizer Kultur "durchlöchern" zu lassen. Die schwarz vermummte Frau symbolisierte, was letztlich die Schweiz und Europa erleben dürfen, wenn das Scheitern der Integrationspolitik in Europa fortschreitet.
Immer mehr Muslime, gerade auch Frauen, versagen sich der Integration, verstärken über die "Kulturvereine" ihre islamische Mentalität - als muslimisch "Aktive" mißbrauchen sie die europäischen Bürgerrechte, und ihre Staatsbürgerschaften um sich gegen europäische Standards (Sprache, Kultur, Denkweise, eine Philosophie des Lebens) abzugrenzen.

Sorge über europäische Identität:

Ausgehend von Fehlern in der europäischen Politik der Integration und dem Mythos der Entwicklung zum "europäischen Islam" begann die aktuelle Debatte. Zur Hilflosigkeit gegen Terrorakte gesellen sich für den Europäer die Sorgen über die Zukunft der europäischen Freiheits- und Privatsphäre sowie die Vermischung mit den Identitäten der Immigranten, vor allem der "islamischen Identität", deren Gewicht in Europa von Tag zu Tag zunimmt.
Trotz aller staatlichen Bemühungen ist es mit diesem Anliegen nach den Ereignissen vom September 2001 kaum besser geworden. Nachdem Europäer zum Islam konvertieren und die Muslime ihre Identität vermehrt demonstrativ vorführen (z.B. Kopftuchstreit. Drohbotschaften in den Medien), entwickelt sich zunehmend "echte Angst" vor dem Islam.

Keine theoretische Angst:

Es ist offensichtlich, daß die Muslime, die blind an die Lehren des Koran glauben, den terroristischen "Jihad" als Allahs gegeben Weg erklären, um Europa zu islamisieren.
Im Zusammenhang mit der Angst vor der Islamisierung Europas und vor der islamischen Lehre, die mit der Kultur des Minaretts bewaffnet ist, einer "Kultur der Eroberung" gegenüber der europäischen Kultur, die offen ist, entstanden Meinungen, daß eine solche europäische Angst vor dem Islam eine faschistoide Angst vor jedem Anderen, was immer "fremd" er-

scheint, sei.
Daß die Angst in Europa diese Ansicht nicht unterstützt, sondern widerlegt, zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz den Tempeln anderer Religionen (Hindus, Buddhisten oder der orthodoxen Kirche und anderen nicht die gleiche Haltung wie der "Kampagne zur Minarett-Verbot" gegenüber steht. Dies zeigt, daß die Angst der Schweizer und der übrigen Europäer vor dem Islam in diesem selbst begründet ist.

Gründe für das Minarett-Verbot:

Jean-François Mayer, als religiöser Soziologe einer der bedeutendsten Experten zur Zukunft der Religionen und Autor von "Internet- und Religionsfreiheit" (2008), gibt vier Hauptgründe an, welche die Mehrheit der Schweizer bei der Abstimmung motivierten:
Die Minarette gehören nicht zur Schweizer Kultur und Gesellschaft;
Der Islam ist mehrheitlich intolerant (Bauverbot von Kirchen in islamischen Ländern, massive Christenverfolgungen bzw. Zwangsislamisierung);
Angst vor den Auswirkungen der weiteren Ausbreitung des Islam;
Muslime sollen sich anpassen und wirklich integrieren.

Eigenartiger, muslimisch-orientalischer Wahrheitsgeist:

Der Koran gilt als absolute von Allah gegebene Wahrheit, die nicht hinterfragt werden darf. Aber: Nach der muslimischen Lehre - wenn zwei Muslime übereinkommen, was wahr sei, darf dies als anerkannte Wahrheit gelten. Der Muslim darf in bestimmten Fällen und wenn erforderlich untreu sein und lügen, so im Heiligen Krieg zur Ausbreitung des Islam bzw. gegenüber den "Kuffar = Lebensunwürdigen". Die Scharia als muslimisches Glaubens-, Politik- und Rechtssystem steht über allen anderen Systemen.
Den Grünen "Multi-Kulti-Freunden" sind derlei Grundhaltungen entweder unbekannt oder einfach zu unglaublich. Globale Heilsprediger wiederum malen sich eine friedliche "Neue-Welt-Ordnung" aus, nach Barack Hussein Obamas Devise "We all are ONE, each in its individual divine nucleus". …
Europäische Abwehrhaltungen der Elite und Leute auf der Straße vor der "Kultur der Minarette" besagen, daß ihre Sorgen sich nicht gegen Muslime richten, weil diese ihren Allah verehren. Viele Europäer sind nur bestürzt über "einen muslimischen Geist und das muslimische Denken", der unbedingt alle Gedanken in sein Denken zieht, alle Himmel in seinen Himmel und alle Höhe unter seine Minarette.

Mein Fazit:

Alles ist meinerseits weniger eine Frage der "Freiheit der Religionsausübung" oder "Freiheit zu verehren, wen oder wie man möchte oder was man will", sondern es ist eine Frage der Menschenrechte - also bitte: "Laßt mir meine Freiheit, die ich lebe, Freiheit, die meine Kultur ist, die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist."
Pastor Fouad Adel M.A., Dezember 2009 …<<

Am 19. März 2011 begann der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führte die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer forderten.
Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtete am 1. April 2014 (x898/…): >>**Islamische Menschenrechtserklärungen**

… Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990

Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.
In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). …<<

Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärte in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>… Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/…): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht."*

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. …

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaubwürdigen Parole."*

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampfgemeinschaft entwickelt haben.

"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in

Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."
"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."
Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.
Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. "*In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*
Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*
Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.
Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.
"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspiriert hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."
In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozioreligiösen und politischen Systems. Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, "*war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution.*"
Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.
Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure "*enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.
"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. … Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."
"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."
"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".
Das Endziel ist erst erreicht, "*wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*
"*Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.
Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.
Der Dschihad "*als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*
Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.
"*Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.
In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afgha-

nistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist "*die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren* (vom 7. - 8. Jahrhundert) *ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*
Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. "*Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*
"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).
Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."
Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."
"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."
Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: "*Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*
Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfene streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.
"*In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfene, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer. Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."*
Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort
Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich

einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.
Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.
Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.
Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.
So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:
"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."
Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)
Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.
Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".
"*Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei *von Hause aus* - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.
"*Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller)
Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.
Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte

fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.
Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.
Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: "*Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*
Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:
"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht.
Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die ´Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Exempel statuiert werden**
Dieter Stein
Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.
Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migranten-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!
Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.
Ein nationaler Skandal
Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein *FAZ*-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.
Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine

Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulurrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), straffällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet**

ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis
Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.
Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.
"Moscheen sind unsere Kasernen"
Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:
"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."
Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<
Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/…): >>**Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote**
Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?
Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.
Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.
Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.
Afrika
Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.
Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.
Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**
Christen
Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasiens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus
Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**
Buddhisten
Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**
Juden
Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.
Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.
Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<
Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schrieb am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>**Kein Zurückweichen**
Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.
… Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.
Islam bedeutet Unterwerfung
Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.
Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.
Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.
Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.
Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der

Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.

Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. …

Muslime sind in der Bringschuld

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. …

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden. …<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/…): >>**"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam**

Isik Abla: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Abla, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. … Abla warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. …

Es gehe … nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Abla.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere

und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.
… Der Dschihad sei aber nicht nur das.
"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad …Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."
"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."
Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen.
Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.
… Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.
Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. …
Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.
… "Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."
Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:
"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."
Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime.
Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du

siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"
Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt" …<<
Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 22. März 2017: >>**Gott will Blut sehen**
"Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.
Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:
"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."
Islam und Islamkritik
Auftrag aus dem Koran
Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:
"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."
Hamed Abdel-Samad
Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.
Abdel Samad fügt an:
"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen - das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."
Freiluftgefängnisse
Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.
"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."
Verdammung der Ungläubigen
Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:
"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn." "Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht

wurde."
"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."
Die Folgen für das Zusammenleben:
"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt." "Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt - das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:
"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."
"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. Und davor scheuen sich sowohl konservative Prediger als auch manche Reformer. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017: >>**"Deutschland ist ein failed state"**

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. …

Preußische Allgemeine Zeitung: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: … Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.
Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. …

Preußische Allgemeine Zeitung: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. …
Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Fa-

schismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. …
Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmuddelecke gestellt.
Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. …
Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<
Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/…): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**
Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*
Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, "*verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.
Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, "*was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt",* setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. "*Wir können von ihnen auch lernen",* sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht".*
Damit meine er *"auch die Toleranz".* Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden*", sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung*". *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker",* sagte Schäuble.
Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.
Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: " *'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. … Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: "*Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: "*Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: "*Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern* (der Staub) *sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem

fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."
Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, "*daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. … Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia*."
Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.
Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.
Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.
Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.
In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. "*Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach* Joh. 5, 20.
Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. "*Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). "*Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).
Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.
Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingegebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, "*gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die … um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, "*und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam "*als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. …*" Der Islam sei "*kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. "*Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. …

Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig vari-

iert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. … Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion … für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß "*die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische

individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.
Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:
"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. … Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.
'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) *vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*
Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.
Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*
Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.
Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.
Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.
Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.
Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissen-

schaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.
Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht**
… Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben.
So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land. Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:
Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.
Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.
Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:
Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.
Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."
Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!
Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amts-

kirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:
"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."
Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.
Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. …"
Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.
Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.
2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 01/2018 berichtete im Januar 2018: >>**"Das Abendland hat sich verbraucht"**
_Professor David Engels im Gespräch mit Marc Dassen
Wird die europäische Zivilisation untergehen wie vor 2.000 Jahren die römische Republik? Als Althistoriker und Buchautor hat David Engels die geschichtlichen Parallelen untersucht und eine eindringliche Warnung im Gepäck.
Wann sind Sie das erste Mal auf den Gedanken gekommen, daß sich heute etwas wiederholen könnte, was vor 2.000 Jahren in der römischen Republik schon einmal geschah?
David Engels: Schon immer hat mich Geschichtsphilosophie interessiert, allen voran zyklische Konzepte, wie ich sie bereits in meiner Jugendzeit im Denken Nietzsches und Spenglers oder in den Romanen Thomas Manns kennengelernt habe.
Meine Beschäftigung mit der Antike hat mich dann sehr schnell in der Überzeugung bestätigt, daß alle menschlichen Hochkulturen in ihrer Entwicklung mehr oder weniger parallele Phasen durchlaufen, wobei es vor allem die Entwicklung Europas und der EU seit dem Fall der Mauer war, welche in mir massive Assoziationen mit dem Niedergang der römischen Republik im 1. vorchristlichen Jahrhundert wachgerufen hat: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Familienzerfall, Bevölkerungsniedergang, Schwinden der etablierten Religionen, Masseneinwanderung, Wertewandel, Fundamentalismus, asymmetrische Kriege, Technokratie, Staatsschulden, Finanzmärkte, Brot und Spiele - all das gab es schon vor mehr als 2.000 Jahren und führte langfristig in den Bürgerkrieg und einen autoritären Staat. …
Masseneinwanderung und Islam
Wie schätzen Sie die Bedeutung der Massenzuwanderung in diesem Konflikt ein? Hat sich Europa die eigenen Eroberer - genau wie Rom damals - selbst eingeladen? Wird der Bürgerkrieg sich auch entlang religiöser und ethnischer Linien entwickeln?
David Engels: Die zunehmende Präsenz nicht oder doch nur teilweise assimilierter Parallelgesellschaften mit Migrationshintergrund verstärkt die gegenwärtige Krise natürlich ungemein und wird zweifellos auch in den künftigen Auseinandersetzungen eine große, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt leben doch schon viele in ethnischen Ghettos nach ganz eigenen Regeln und haben den Staat faktisch entmachtet. Ob nach dem zu erwartenden Zerfall

der nächsten Jahrzehnte aber nun die "säkularen Werte", ein oberflächliches Kulturchristentum oder gar, wie von Tschudinowa … oder Houellebecq befürchtet, der Islam die Bruchlinien des Kontinents kitten werden, wer kann es wissen?
Deutlich ist jedenfalls, daß wir uns langfristig irgendwie mit der massiven Präsenz des Islams in Europa arrangieren müssen und eine Stärkung der eigenen Traditionen brauchen, sollen sie irgendwie langfristig überlebensfähig sein.
Das ist aber eben nicht durch Betonung des unpersönlichen säkularen Mottos "one size fits all" zu erreichen, sondern vielmehr durch das positive Bekenntnis zum eigenen, christlichen Herkommen, das ja schließlich überhaupt erst die Entwicklung des gegenwärtigen, inklusiven Gesellschaftsmodells ermöglicht hat. Denn selbst dieses zehrt letztlich vom rasch verblassenden Geist christlicher Kultur; sobald dieser gänzlich schwindet, wird auch von "Toleranz" und "Säkularismus" nicht mehr viel übrig bleiben. …
Sie sagen in einem Artikel, der kürzlich erschien: "Der Westen, oder was davon noch übrig ist, sitzt auf einem stetig wachsenden Berg aus reinem Sprengstoff, dessen Entschärfung mittlerweile so unwahrscheinlich geworden ist, daß eine kontrollierte Zündung schon fast als Gnade erscheint." Was genau meinen Sie damit?
David Engels: Ich bin überzeugt, daß es bereits zu spät ist, die Explosion zu vermeiden. Je früher sie also erfolgt, desto geringer wird die Masse des stetig anwachsenden Sprengstoffes sein, und desto größer die Hoffnung, daß das Eine oder Andere doch noch unversehrt bleiben könnte. Das bedeutet konkret: Je länger die zwar dringend nötigen, aber mit den Mitteln des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu verwirklichenden Reformen unseres Kontinents aufgeschoben werden, desto schwieriger dürfte es sein, die zahlreichen Krisenfaktoren überhaupt noch eines Tages in den Griff zu bekommen. …<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 27. März 2018: >>**Neue Rechte: Germanische Thing-Zirkel**
In der alten Bundesrepublik suchten rechte Zirkel vergeblich nach dem historischen Moment, die Konservativen zu gewinnen. Diesmal scheint es ihnen zu gelingen.
Von Thomas Assheuer
Die deutsche Rechte, muß man wohl sagen, ist in Champagnerlaune. Eine Gruppe von Publizisten und Schriftstellern hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie angesichts einer "illegalen Masseneinwanderung" sich mit jenen solidarisieren, die dafür "demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird".
Auf der erstaunlich umfangreichen Unterschriftenliste finden sich neben konservativen Autoren auch Akteure aus dem rechtsradikalen Milieu, und es ist dieser Schulterschluß, der Rechte triumphieren läßt: Daß ihre Ideen in konservativen Kreisen endlich hoffähig werden, darauf hatten sie gehofft. Das war ihr Projekt, von Anfang an.
Über diese Anfänge existieren ein paar Vorgeschichten, und eine beginnt am 11. April 1945 mit der Tagebucheintragung des Schriftstellers Ernst Jünger. Amerikanische Panzer hatten ihn aus dem Schlaf gerissen, und er staunt über die hin und her schwankenden Funkantennen auf den Stahlmonstern. Die Szene erinnert ihn an eine magische Angelpartie, die das Ziel hat, den deutschen "Leviathan" einzufangen. "Von einer solchen Niederlage", notiert er, "erholt man sich nicht wieder wie einst nach Jena oder nach Sedan. Sie deutet eine Wende im Leben der Völker an, und vieles, was uns im Innersten bewegte, muß sterben bei diesem Übergang."
Im Innersten? Damit meinte Ernst Jünger seine eigene Ideenwelt, das eigene Weltbild, er meinte seine Vorstellung von Politik, Staat, Ordnung. In der Weimarer Republik zählte Jünger zu den Vorreitern der rechten Revolte, und es war ihm eine Ehre, die Demokratie federführend und in unzähligen, auch antisemitischen Pamphleten sturmreif zu schießen. Nun, nach der "totalen Niederlage", schien für Jünger die Weimarer Rechte moralisch diskreditiert, auch wenn einige ihrer Vertreter zuletzt vor Hitler gewarnt hatten oder von seinen Schergen ermordet worden waren. Jünger benutzt ein seltenes Wort. Er spricht von "Schuld".

Es gibt zahllose Bücher darüber, wie Weimarer Rechtsintellektuelle sich in der Nachkriegszeit an die neuen Verhältnisse angeschmiegt und nach kurzer Reue versucht haben, ihren völkischen Nationalismus ein zweites Mal unters Volk zu bringen. Doch es fehlten die strategischen Partner. Die bürgerlichen Konservativen hatten sich "leider" unter der Fahne der CDU versammelt und Deutschland an die "Siegerkultur" verraten. Entsprechend ungünstig urteilte Martin Heidegger über Konrad Adenauer. Der Vater der Westbindung war für ihn offenbar kein richtiger Rechter, er war nur ein Konservativer, dazu noch Katholik.
Wie aber konnten die Rechten wieder Einfluß gewinnen? Es war der Privatsekretär Ernst Jüngers, der Schweizer Armin Mohler, der sich sofort nach Kriegsende daranmachte, das rechte Weimarer Erbe erneut einsatzfähig zu machen. Sein Verkaufstrick: Die hochaggressiven Traditionsbestände sollten nicht mehr als rechts, sie sollten fortan als konservativ etikettiert werden.
Wie Volker Weiß in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* (Klett-Cotta) zeigt, wurde das alte Gedankengut säuberlich vom Faschismusverdacht gereinigt und dem Publikum als normale konservative Grundnahrung schmackhaft gemacht. Als Mohler 2003 starb, hielt sein letzter Schüler die Grabrede: Götz Kubitschek, heute eine Spinne im rechten Netz.
Mohler hatte zwar den Brückenschlag zu den "Demutskonservativen" vorbereitet, aber das gemeinsame Bündnis blieb eine Fata Morgana in der rechten Theoriewüste. Gewiß, es gab Allianzen mit dem NS-kontaminierten Filbinger-Dregger-Flügel der Union, es gab den Weikersheimer Kreis und Helmut Kohls politisch folgenlose Verehrung für Ernst Jünger. Doch trotz mancher Verlockung behielten die Bürgerlichen einen klaren Kopf. Sie trugen, meistens jedenfalls, die Verfassung unterm Arm, sie waren konservativ und ließen die Rechten dort, wo sie waren: in der Schmuddelzone.
Ohne Lückenschluß mit den Konservativen blieb den Rechten nur der Rückzug, das Händchenhalten in germanischen Thing-Zirkeln oder, ganz wichtig, die Arbeit an der Metapolitik. Das hieß: Wenn man parteipolitisch auf verlorenem Posten steht, dann muß man abwarten und geduldig das mentale Feld der Kultur beackern, damit die rechte Saat dann, wenn das liberale System ins Wanken gerät, auf fruchtbaren Boden fällt.

Zerstörung ist das Ziel

Die Neuen Rechten, so nannten sie sich nun, gründeten Thule-Kreise und Zeitschriften wie *Criticon,* später, in den Achtzigern, kam eine eigene Wochenzeitung hinzu. Mit einer gewissen Neigung zur Selbstwiederholung beschrieben sie die Deutschen als "niedergehaltenes" Volk, das binnen Kurzem im Schwarzen Loch der Europäischen Union verschwinden werde. Mohlers Zöglinge studierten Bücher des französischen Philosophen Alain de Benoist über die "Kulturrevolution von rechts" und attackierten zielsicher den Liberalismus an seiner verwundbarsten Stelle: bei der sozialen Atomisierung und der Produktion von Einsamkeit.
Auch die "Wehrlosigkeit der deutschen Scheindemokratie" war ein Themenklassiker, daneben noch die übel riechende "Prolokratie" sowie die große Egalisierung in der Nacht der Götterferne. Für sie stand als bedrückendstes Beispiel das Verschwinden des Herrensalons, was deutsche Männer dazu zwinge, Gesprächen über die Wiederkehr des Lockenstabs beizuwohnen.
Im Angebot waren auch Ernst Jüngers lesenswerte, wenngleich zähflüssige Romanfantasien im Futur II. Wie die TV-Serie *Game of Thrones* malten sie eine Zukunft aus, in der der Liberalismus glücklich verendet ist und zwischen den Menschen die alte, natürliche Ungleichheit herrscht. Hier gibt es wieder den Herrn und auch den Knecht.
Kurzum, Metapolitik beruhte auf der Annahme, daß die "liberalistische Moderne" dem Untergang geweiht und - wie das Codewort heißt - in sich "vollendet" ist. Mit feinem Gespür wurde jeder Haarriß im liberalen Weltgebäude registriert, und wurde der Riß größer, war es gleich ein "Geschichtszeichen". Metaphysisch erregt, lauschte man dem anschwellenden Rumor des kommenden Bankrotts. Bald würde es so weit sein.

Das größte Geschichtszeichen war selbstredend der Fall der Mauer, und damals gelang den Rechten tatsächlich ein kurzer Brückenschlag ins bürgerliche Lager. Gemeinsam träumten viele von der "selbstbewußten Nation" und dem Ende der machtpolitischen Selbstverzwergung, denn schließlich hatte die Geschichte höchstpersönlich das Interregnum der Bundesrepublik beendet.
Jetzt, nach dem "Rückruf in die Geschichte" (Karlheinz Weißmann), stand der Heimkehr des deutschen Odysseus nach Ithaka nichts mehr im Wege. Doch leider beging ein CDU-Konservativer erneut Verrat an der heiligen Nation. Helmut Kohl bescherte Deutschland den Euro und legte den Leviathan gleich wieder an die Kette.
In den Jahren nach 1989 wurden die Rechten mit einer interessanten Behauptung vorstellig, die allerdings nicht auf ihrem Mist gewachsen war. Sie lautete, daß der Westen nicht aus eigener Kraft existieren könne und bis zum Mauerfall von außen, durch den kommunistischen Gegner, stabilisiert worden sei.
Mit dem Untergang des Ostblocks entfalle der sichernde Außenhalt, und nun fresse sich die Demokratie von innen auf - die Rechte müsse nur noch das Heer der Enttäuschten mit offenen Armen empfangen. Und so kam es auch. Während Konservative, Sozialdemokraten und Grüne sich mit dem Neoliberalismus verbündeten und dessen Verlierer mit Hartz IV belohnten, lockte die Rechte mit der Volksgemeinschaft, in der Platz für alle sei. Für alle Deutschen.
Der nächste Riß, die nächsten Geschichtszeichen waren dann Nine Eleven, der Terrorangriff auf die "Kapitale des Kapitals", und der Finanzmarkt-Kollaps 2008. Als Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und er mit Steve Bannon einen leibhaftigen Reaktionär ins Weiße Haus holte, kam die Rechte aus dem Staunen nicht mehr heraus.
Ein Systemwechsel, vollbracht vom System selbst? Die Netzwerke glühten, denn ausgerechnet in Amerika gelang der ersehnte Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechten. Donald Trump ist nicht nur ein Geschichtszeichen, er ist die Geschichte selbst! Er zerstört den Westen. Applaus auch aus Rußland.
Das jüngste Geschichtszeichen, das Deutschlands Rechte erkannt haben will, sind die weltweiten Fluchtbewegungen. In ihren Augen sind sie, was zum Teil stimmt, Folge der westlichen Globalisierung und setzen eine erfreuliche Dialektik in Gang: Sie machen die Rechte so stark wie nie, und wenn sich die bürgerlichen Konservativen nun ein Herz faßten und mit ihr eine schlagende Verbindung eingingen, dann stehe Deutschlands Wiedergeburt nichts mehr im Wege. "Merkel muß weg!"
Gewiß, das sind Meinungspartikel vom rechten Rand, aber all die mutigen Geistesarbeiter und besorgten Bürger, die ihren Namen unter eine "Erklärung" gesetzt haben, die Flüchtlingen die Solidarität aufkündigt - sie sollten schon wissen, mit wem sie einen Stuhlkreis bilden. Rechte sind Rechte und keine Konservativen; ihr Ziel ist nicht Bewahrung, sondern Zerstörung. Sie wollen die liberale Öffentlichkeit nicht meinungstechnisch erweitern, sie wollen sie abschaffen.
Die Rechte träumt vom ethnisch homogenen Volk, vom organischen Staat und von seiner machtpolitischen Souveränität - ohne Rechtsgleichheit, ohne freie Gerichte, ohne Migranten, ohne "Vergangenheitsbewältigung" und ohne Einbettung in die Europäische Union. Ihre Helden heißen Wladimir Putin, Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Und so kann man Rechten alles Mögliche vorwerfen, nicht aber Unaufrichtigkeit. Sie sagen, was sie wollen. Und wenn sie an die Macht kommen, dann tun sie es auch. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über zukünftig drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/…): >>**Bürgerkriege voraussehbar**
"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."
Helmut Schmidt (SPD) 1981
Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit

2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.
Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

Auseinandersetzungen der Einheimischen

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.
Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.
In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.
Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, "*die aber"*, so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, "*mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen.*
Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."
Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsbekundungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*
Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

Kein wirklicher Integrationsprozeß

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.
Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. "*Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*
Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.
Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. "Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören." Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.
Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrlichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapituliere vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.
Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.
Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwie-

gend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

CIA-Studie

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergange gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."

Gegenwart

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen ver-

hafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "*Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt",* notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"
In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.
Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.
Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.
Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die "sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.
Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.
Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.
Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.
Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.
Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.
Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.
"*Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die*

Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. … Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."

"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. *"Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

Was bedeuten Bürgerkriegszustände?

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.

Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.

Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.

Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.

Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die ent-

sprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."

Der Staat bereitet sich vor

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

"*Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele … derzeit noch völlig ruhig … erscheinen mögen. … Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. … Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."*

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: "*Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff",* was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch", berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch "*die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei "vom Menschen verursachten Katastrophen",* meldete der Schweizer Rundfunk. …

"*Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."*

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

Totalitäre Neuordnung

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünewald erwartet:

"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.
Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht
Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.
In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.
Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."
Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>**Das Leid unserer Schüler**
_von Rüdiger Lenhoff
Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.
Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."
Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.
In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:
In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:
Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.
In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.



Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."
Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.
Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.
Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migranten Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

Archaische Stammeskämpfe

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantenanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.
Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.
Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:
Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:
"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre … Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."
Bei der Rudelbildung spielt übersteigerter Nationalismus eine große Rolle - während den

deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

Flucht auf Privatschulen

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampen bezeichnet, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 allgemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen … überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

_ *von Daniell Pföhringer*

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosporus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosporus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can

Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."
Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.
Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte.
Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.
Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.
Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.
Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten

im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.
Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/…): >>**Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben**
Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zugunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.
Das demokratische Recht
In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.
Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.
Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: "*Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem*

Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."
Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.
Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt.
Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.
Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrücklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war "*ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."* Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.
Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die "*New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.
"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, … daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.
Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichbe-

rechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."
"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...
Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016)*, um so mehr aber im GCM* (Global Compact for Migration)*, erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmenschen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."*
Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden.
Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, "*ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.*
Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.
Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").
Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtsubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.
"*In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf. Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechts-*

politischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."
Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.
Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*
Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'menschenrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.
In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:
'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlossen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:
'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.
Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:
'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.
Tendenziell wird daraus:
'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.
Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.
Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. …<<
Horst Koch berichtete am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de"

(x955/…): >>**Befahl der Vatikan die Migrantenflutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?**

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die mit machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivile Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Modi' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und

aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."
Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.
Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:
"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei Global Compacts zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."
Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa lostreten wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!
Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.
In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.
Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. …<<
Der deutsch-ägyptische Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>…
Orient und Okzident
Antithese mit Tradition
Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese

zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.
Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.
Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.
Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.
… In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.
Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.
Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.
Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. …
Anders als das Christentum … war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.
Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter west-

lichen Mächten aufgeteilt.
Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.
Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fasson selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.
Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen. Sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. …<<

>>… **Ein Blick in die Zukunft**

… Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.
Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt , die aus den Fugen geraten ist.
Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.
Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß

und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.
Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr.
Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen. …<<

Staatlich angeordnete Energiewende bzw. systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft

> Heute stehen wir noch am Abgrund, aber morgen sind wir schon einen beträchtlichen Schritt weiter.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Historische Entwicklung der deutschen Energieerzeugung: Gründung von staatlichen Stromversorgungsunternehmen

Die Forderung nach rationeller Energieerzeugung bestimmte schon seit den 1920er Jahren jede deutsche Elektrizitätspolitik, denn der Strom sollte überall verfügbar sein und preisgünstig angeboten werden.

Die Geschichte der deutschen Energieerzeugung wurde entscheidend von den Holdinggesellschaften VIAG und VEBA geprägt, deren historische Wurzeln bis in die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreichten.

Am 7. März 1923 gründete die deutsche Regierung in Berlin die "Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft" (VIAG) als Holdinggesellschaft. Zur VIAG gehörten damals unter anderem die Vorläuferunternehmen der VAW Aluminium AG und der SKW Trostberg AG. Am 24. Oktober 1927 wurde in Berlin die Preußische Elektrizitäts AG durch den Freistaat Preußen gegründet (Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen des preußischen Staates). Zur Preußischen Elektrizitäts AG (Preag) gehörten damals z.B. das Großkraftwerk Hannover AG, das Preußische Kraftwerk Oberweser AG und das Großkraftwerk Main-Weser.

1929 gründete der Freistaat Preußen in Berlin die "Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft"(VEBA) als Finanzholding.

Insbesondere deutsche Ingenieure des Münchner Siemens-Konzerns entwickelten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die wesentlichen Grundlagen für den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung.

In allen Teilen Deutschlands ermöglichten später Staatsunternehmen in den städtischen Regionen und den ländlichen Gebieten den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung um eine eventuelle Industrialisierung und Wohlstandsentwicklung sowie Chancengleichheit auch für das flache Land zu gewährleisten.

Der technische Fortschritt brachte über Jahrzehnte hinweg enorme Effizienzfortschritte hervor. Diese effiziente Energieumwandlung verbesserten unentwegt die Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Stromerzeugung. Benötigte man bis in die Nachkriegszeit in den ersten Kohlekraftwerken noch etwa 600 g Kohle pro erzeugter Kilowattstunde, benötigten die modernen Kohlekraftwerke später nur noch knapp die Hälfte dieser Kohlemenge. Die Effizienz der Transformatoren im Hoch- und Höchstspannungsnetz wurde in den vergangenen 50 Jahren sogar um ca. 70 % gesteigert.

Die rationelle Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft ermöglichte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ein rasantes industrielles Wirtschaftswachstum, sondern sie förderte gleichzeitig das kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die Energiewirtschaft stärkte nachweislich die Position der deutschen Volkswirtschaft und bildete die Basis für die internationale Konkurrenzfähigkeit.

Die staatliche Elektrizitätspolitik unterstützte damals in erster Linie das Gemeinwohl und garantierte ein freies Wirtschaften. Vor allem in den dünn besiedelten und strukturschwachen Regionen war der Aufbau einer Energieversorgung sehr wichtig.

Privatisierung der deutschen Energiewirtschaft

Seit den 1960er Jahren wurden in Deutschland entscheidende Schritte zur Privatisierung der Energiewirtschaft unternommen. 1965 privatisierte der Bundesrepublik Deutschland die

Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile.
Der deutsche Staat zog sich danach allmählich aus der Energieversorgung zurück, so daß alle Energieversorgungsunternehmen (EVU), wie z.B. PreussenElektra, Bayernwerk, und RWE teilweise privatisiert wurden.
Nach der Teilprivatisierung der Stromversorgung war der deutsche Staat nicht mehr die treibende Kraft und Geldgeber für die Schaffung der Infrastruktur, sondern die privaten Kraftwerks- und Netzbetreiber. Sie mußten auf dem freien Markt das nötige Kapital für die großen Investitionen (Neubau von Kraftwerken und Netzen) beschaffen, die in den kommenden Jahren anstanden.
Der Energiebereich wurde nach der Teilprivatisierung durch betriebswirtschaftliche Managementmethoden ständig rationeller und optimaler ausgerichtet. Die Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich trotz ihres Versorgungsmonopols stets durch unternehmerische Dynamik aus. Sie entwickelten frühzeitig Rationalisierungs- und Modernisierungskonzepte, die jeden fairen Wettbewerb aushalten konnten. Nicht umsonst zählten die Anlagen der deutschen Energieversorgungsunternehmen schon bald zu den modernsten und sichersten der Welt.
In Deutschland verlegte man z.B. seit den späten 60er Jahren Mittel- und Niederspannungsleitungen konsequent unter die Erde. Es war zwar doppelt so teuer wie oberirdische Freileitungen, aber die Zuverlässigkeit des Stromnetzes wurde entscheidend verbessert.
In der "sozialen Marktwirtschaft" waren die gemeinwirtschaftlichen sozialen Aspekte nicht selten wichtiger als unternehmerische Gewinnorientierung. Diese positive gesellschaftlich-politische Grundeinstellung beeinflußte das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Deutschen maßgeblich. Infolge des dynamischen und sozialverträglichen Wirtschaftens unterstützte die Elektrizitätswirtschaft nachhaltig die positive Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.
1983 und 1987 folgten weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die Bundesrepublik Deutschland schließlich seine letzten Aktien. VEBA und VIAG wurden danach in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen.
Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.
Strompreise: Monatliche Stromrechnungen für Privathaushalte in Europa (Stand: Januar 1999, Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden). Italien = 152 DM, Portugal = 129 DM, Dänemark = 95 DM. Deutschland = 94 DM, Frankreich = 86 DM, Schweden = 54 DM und Finnland = 51 DM.
Stromverbrauch: Im Jahre 1998 betrug der durchschnittliche Stromverbrauch z.B. in Schweden = 14.950 Kilowattstunden (kWh), Finnland = 14.270 kWh, Deutschland = 6.015 kWh und in Portugal 3.430 kWh.
Versorgungssicherheit: In Deutschland fiel der Strom z.B. nur 15 Minuten pro Kunde und Jahr aus, in Italien gab es dagegen z.B. Ausfallzeiten von fast 6 Stunden.
Im Verlauf der "eleganten Privatisierung" aller deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stillegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.
Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich jedoch weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Nach der Privatisierung folgten umfangreiche Restrukturierungen in den Unternehmensbereichen Strom, Chemie, Distribution/Logistik und Immobilien-Management.
Im Jahre 2000 fusionierten schließlich die bedeutenden deutschen Mischkonzerne VEBA und VIAG, deren Schwerpunkte die Energie, die Spezialchemie und weitere Aktivitäten (z.B. VAW Aluminium, Klöckner & Co, Stinnes, Schmalbach-Lubeca, Degussa, E-Plus und Viag Interkom) waren. Nach dem Zusammenschluß von VEBA und VIAG zu E.ON im Jahre 2000 erfolgte später die Konzentration auf den Bereich Energie.
Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die deutschen Energieversorgungsunternehmen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von nur 12 Minuten.
E.ON war damals eines der besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes
Die "Soziale Marktwirtschaft" (eine Mischung aus freier Unternehmerinitiative des Einzelnen und sozialer Verantwortung des Staates) wurde schließlich nach EU-Vorgaben durch den sog. Wirtschaftsliberalismus abgelöst, der das bisherige deutsche Wirtschaftsgefüge sehr schnell in seinen Grundfesten erschütterte.
Die Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität", die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzt wurde, trat am 19. Februar 1997 in Kraft und sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland hatten ihre Märkte bereits vorher für den Wettbewerb geöffnet bzw. liberalisiert.
Eine völlige Marktöffnung auch für Privatkunden war in der EU-Richtlinie nicht vorgesehen und wurde in Frankreich auch nicht angestrebt. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.
In diesem Wirtschaftsliberalismus (große Wettbewerbsfreiheit, vollständige Konkurrenz, keine staatlichen Eingriffe, fehlender sozialer Ausgleich) herrschte das primitive Ausleseprinzip vor: Der Starke setzt sich durch, der Schwache unterliegt. Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der einzelnen Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren.
Nach der sog. Liberalisierung des Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein gnadenloser Preiskampf bzw. ein regelrechter "Energiekrieg", weil die deutschen Versorgungsunternehmen erstmalig ihre Leitungen für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen mußten.
Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten ausländischen Staatsmonopolen auseinandersetzen. Nirgendwo in Europa wurde die Liberalisierung der Energiewirtschaft so konsequent durchgeführt wie in Deutschland.
Rund 80 neue Anbieter und Dienstleister kamen aus dem Ausland auf den deutschen Strommarkt. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte z.B. auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um ihre überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen und strategische Beteiligungen in Deutschland zu erwerben.
Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich u.a. in Baden-Württemberg an der EnBW. Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlichen deutschen Ver-

sorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.
Die ausländischen Staatskonzerne besaßen damals beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom in Deutschland konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu machen. Der von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte z.B. zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Der finnische Staatskonzern Fortum erwirkte u.a. im Jahre 2000 eine einstweilige Verfügung gegen die e.dis Energie Nord, um seinen Billigstrom nach Mitteldeutschland durchzuleiten.
Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich und anderen europäischen Ländern fast nichts entgegensetzen. Die EU-Länder hatten zwar vereinbart, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren dürfen, die aus dem anderen EU-Land importiert wird, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.
Die Öffnung des deutschen Strommarktes brachte Preissenkungen ab 1998 und entlastete die deutschen Stromverbraucher zunächst um etwa 7,5 Mrd. Euro.

Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie
Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht.
Vor allem die in den Jahren von 1960 bis 1990 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie wurde von der grünen "Anti-Kernkraft-Bewegung" systematisch vernichtet.
Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich schließlich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.
Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...): >>**... 1. Die 68er**
Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deut-

scher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.
Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.
Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.
Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.
Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich - das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO2-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.
Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. …<<

Die Pseudo-Rettung des Weltklimas
Die UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) und die WMO (Weltorganisation für Meteorologie) gründeten im Jahre 1988 den IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuß für Klimaänderungen).
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Februar 2010 (x887/...): >>**Untergangsbeschwörer vor dem Aus?**
von Klaus Rainer Röhl
Jeden Tag schippen wir dreimal hintereinander Schnee. Seit sechs Wochen. Die Straßen werden vom Streudienst freigehalten. Aber das Salz wird in einigen Bundesländern schon knapp. Heizöl muß zum zweiten Mal nachgefüllt werden. Alte Leute und Kranke fallen dauernd hin, die Versicherungen sind alarmiert über die große Zahl von Knochenbrüchen, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssen. Aber die Kinder sollen sich freuen. Jeden Tag können sie mit ihren Eltern Schneemänner bauen und Schnellballschlachten machen. Schön, dieser Winter. Aber selbst für die Kinder ist der Winter langsam langweilig. Schneemannbauen

macht nur beim ersten Mal Spaß. Schlittenfahren wird nach drei Wochen langweilig. Viele sind erkältet. Die Erwachsenen warten auf die nächste Tagesschau:
Wann kommt endlich wieder die Erderwärmung? Nix. Stand 15. Februar. In Köln ist wenigstens Karneval, auch in Mainz und München ist mächtig was los. Hauptsächlich im Fernsehen. Die immer gleichen Karnevalssänger und die Fernsehreporter versuchen, gute Laune zu verbreiten. Ja, Nicole, wie ist denn die Stimmung auf dem Rathausplatz? Bombig! Was soll die durchgefrorene, nur mäßig durch Glühwein beschwingte Lokalreporterin schon sagen? Die Stimmung ist mies. Außer bei den schwer alkoholisierten Jugendlichen. Also wieder die gleichen doofen Witze über die Ehefrau und ihre eingebildeten Krankheiten, den bis zum Platzen dummen Bauchredner mit seiner Plastikpuppe. "Ihr seid alle bekloppt!" Fein beobachtet.
Keine brisanten Themen auf den Karnevalswagen. Abwrackprämie? Kann schon keiner mehr hören. SPD und die "Die Linke"? Wo ist da der Witz? Arbeitslosigkeit? Haiti? Hartz IV? Kinderarmut? Moschee-Bauten? Deutschland als Zahlmeister für den Euro? Darüber macht man keine Scherze. Also lieber wieder den Bauchredner und die Witze über die Frauen, die nicht Auto fahren können. Alaaf. Helau. Wauwau.
Schade. Dabei hätte es diesmal ja eine ganze Menge Stoff für die Karnevalswagen gegeben: Die geplatzten Behauptungen über eine "Klimakatastrophe", über die zunehmende "Erderwärmung", über die schmelzenden Gletscher auf dem Himalaja oder die Dürrekatastrophen in Afrika, die drohenden Überschwemmungen, also kurz, die Zerstörung der Mutter Natur durch den profitgierigen Menschen, und den gedankenlosen Konsum von - eigentlich allem, was gut schmeckt und sich gut anfühlt. Es ist kurz vor zwölf.
Das jedenfalls verkündet vor allem der Weltklimarat der UN (IPCC) unter seinem jetzigen Chef, dem gebürtigen Inder Rajendra Kumar Pachauri. Vor einigen Monaten geriet der Weltklimarat allerdings böse in die Schlagzeilen.
Ein führender Forscher der englischen Climate Research Unit (CRU), die dem IPCC zuarbeitet und an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hatte einen amerikanischen Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, aus denen hervorging, daß die Erdtemperaturen, im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen des IPCC, sich nicht erhöht hatten, sondern es in der Welt seit 110 Jahren immer kälter geworden ist.
Diesen Skandal konnte Pachauri - unter Hinweis auf die letzten hundert Jahre Klimamessungen - gerade noch relativieren. Vor 110 Jahren, als die Klimamessungen begannen, war es - geringfügig - kälter. In den Jahrhunderten davor war es oft sehr viel wärmer. Aber die Kritik am Weltklimarat wurde nicht leiser.
Daß 40 Prozent der Regenwälder am Amazonas durch die Erderwärmung irreparabel geschädigt würden, erwies sich schon vor einem Jahr als Lügenmärchen aus der Feder des indischen Münchhausen. Inzwischen flog, nachdem einmal der Anfang gemacht war, die nächste Klimalüge von Pachauri auf, die Mär von den Gletschern am Himalaja, die das angeblich steigende Klima sogar in 8.000 Metern Höhe zum Abschmelzen bringen würde. Diese absurde Behauptung erwies sich als wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und wurde trotzdem weiterhin vertreten, bis sie nicht mehr zu halten war.
Pachauris Aufstieg zum Welt-Gutmenschen und Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen ist erst einige Jahre her und war von der Öffentlichkeit zunächst nicht weiter beachtet worden. 2002 wurde er, angeblich auf Druck der USA, zum Vorsitzenden des Klimarats IPCC gewählt, der damals noch für kaum jemanden ein Begriff war.
Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem 4. IPCC-Bericht im Frühjahr 2007, der erstmals einen menschlichen Einfluß auf das Weltklima für wahrscheinlich (mehr war auch damals nicht vertretbar) erklärte. Wenige Monate darauf erfolgte die Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC. Das Prestige und der Einfluß des gelernten Eisenbahningenieurs, Bankberaters und Leiters einer von der BP Indien finanzierten Öko-Firma Pachauri wuchsen ins

schier Unermeßliche. Bis alles platzte.
Inzwischen flogen, nachdem einmal der Anfang gemacht war, weitere Klimalügen auf, vor allen Dingen die Behauptung von drohenden Dürre- und Erntekatastrophen in Afrika. Bis zum Jahre 2020, so prophezeite der von Pachauri mitverfaßte Report aller Arbeitsgruppen des IPCC, seien in Afrika voraussichtlich - mal eben über den Daumen gepeilt - zwischen 75 und 250 Millionen Menschen von Hungertod bedroht.
Die angesehene "Sunday Times" brachte ans Tageslicht, daß es sich um eine Untersuchung des marokkanischen Unternehmens "EcoSecurities" handelte, das natürlich auch ein finanzielles Interesse an solchen Horrormeldungen hat. Letzte Woche kam nun heraus, daß auch die Voraussage des Weltklimaberichts, die Hälfte der Niederlande seien durch die Erderwärmung von Überflutung bedroht, reine Spekulation war. Das Haager Umweltministerium hat mittlerweile schriftlich gegen die falschen Angaben des Weltklimarats protestiert.
Immer, wenn solche Fälschungen und Fehlmeldungen auftauchen, sprechen ihre Produzenten von "grauer Literatur". Was ist das, graue Literatur? Wir kannten bisher den grauen Star, den schwarzen Markt und rote Zahlen - aber die graue Literatur in der Wissenschaft ist, um es kurz und ein bißchen einfach zu sagen, eine Untersuchung, für die es keine Beweise, sondern nur Phantasie-Modelle gibt. Alle Angst-Szenarien des IPCC werden als unumstößliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgegeben. Woran sollen wir uns noch halten, wenn niemand in der Welt den düsteren Untergangsprognosen mehr glaubt, für die die Befürworter des Klimaschutzes und vor allem ihre Nutznießer-Firmen die Hand aufhalten?
Nur ganz radikale Gutmenschen und Umweltfreaks bei den Grünen glauben noch an einen totalen Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien. Sie - und einige Tagträumer in der CDU - reden heute schon von einer Welt ohne Kohle, Öl und Atomstrom. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich gestern den Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Radio davon reden hörte, daß es in 40 Jahren (Röttgen ist 44) nur noch "saubere Energie" in Deutschland geben werde, und er daher auch den Ausstieg aus der Atomenergie noch beschleunigen wolle.
Das sagt der Mann drei Monate vor der entscheidenden Wahl in NRW. Die CDU-Minister von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg protestieren gegen Röttgen. Wir aber fragen uns: Ist der Mann noch in der richtigen Partei - oder bewirbt er sich jetzt schon um einen Posten beim Weltklimarat? …<<
Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/ -: >>**Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**
von C. O. Weiss
Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. …
Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.
… Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.
Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:
Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertre-

terin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO2 Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet.
Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".
Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. …
Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO2 das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflußt, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO2 beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).
Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO2 einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit , mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. …
Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?
Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.
Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.
Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."
Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. …
Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.
UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefellers und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:
Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. …

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.
Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion − Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"
So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**
Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfaßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.
Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?
Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. …
Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.
Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.
Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.
Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.
Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.
Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.
(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") …<<
Am 11. Dezember 1997 wurde während der UN-Klimakonferenz in Kyoto das sog. Kyoto-

Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.
Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.
Die ständig steigenden Kosten der Energiewende zehrten die kurzfristigen Einsparungen der Verbraucher ab 2000 in kurzer Zeit wieder vollständig auf. Die planwirtschaftlichen Eingriffe (Konzessionsabgaben, Öko-Stromsteuer, Sonderumlage für KWKG und EEG) des Staates trieben die Strompreise immer weiter nach oben. Während die Staatsquote in Großbritannien z.B. nur etwa 5 % betrug, stieg der Staatsanteil bei den deutschen Haushaltskunden mittlerweile auf über 40 %.
Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtete über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**
… Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO2-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.
Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten …
Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!
Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO2-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO2 als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO2 verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO2-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. …
Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.
Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten … werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...
Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist

für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.
Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen.
Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.
Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...
Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen. …
Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.
Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. …
Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."
Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.
Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. …<<

Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>**Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse**
Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.
Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stillegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.
Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.
Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.
Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.
Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.
Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. …
Die Grundfehler der Energiewende
Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist … grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen …
Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.
Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.
Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren

Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverschandelung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.
Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.
Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.
Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr. …

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrealen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.
Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Horst Koch berichtete in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die sogenannte Energiewende (x961/…): >>**Die fatalen Folgen der Energiewende**

Sigurd Schulien

Die Entscheidung der Bundesregierung, bis spätestens in zehn Jahren alle Kernreaktoren in Deutschland stillzulegen, wird für unser Hochtechnologieland fatale Folgen haben. Diese Entscheidung ist von langer Hand vorbereitet worden, indem Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kerntechnik seit den 1980er Jahren vom Staat nicht mehr gefördert wurden, die relevanten Forschungsinstitute umfunktioniert wurden (Schwerpunkte Erneuerbare Energien, Frauenforschung etc.) und der Bau neuer kerntechnischer Anlagen seit Dezember 2010 verboten ist.
Der Betrieb des fortschrittlichsten und sichersten Kernreaktors der Welt, des **Hochtemperaturreaktors THTR 300** in Hamm-Uentrop, wurde 1989 aus politischen Gründen eingestellt.

Dieser **Kugelhaufenreaktor** hätte die Energieversorgung Deutschlands für Jahrzehnte gesichert, das Problem der Endlagerung der abgebrannten Brennelemente war gelöst (siehe Aufsatz *Der Hochtemperaturreaktor für die Erzeugung von Strom und Prozeßwärme www.adew.-eu).*
Der Bau neuer Kernkraftwerke in den aufstrebenden Nationen wird in Zukunft durch Frankreich, Rußland, USA, China ... erfolgen, ein Billionen-Geschäft, das ohne deutsche Teilnahme laufen wird. Deutsche Technik wird in der Welt zukünftig eine immer geringere Rolle spielen. Die Energieversorgung Deutschlands ist zunächst durch den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke gesichert.
Zwar sollen im Zeitraum von 2011 bis 2015 neun Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von ca. 12 Gigawatt abgeschaltet werden. Dafür werden gemäß Wikipedia im gleichen Zeitraum 26 neue Kohlekraftwerke (26 GW elektrisch) in Betrieb genommen sowie 14 Gaskraftwerke (ca. 9 GW). Allerdings erzeugen die Kohle- und Gaskraftwerke erhebliche Mengen Kohlendioxid, die Kohlekraftwerke etwa 190 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr, die als sogenannte Klimakiller in die Atmosphäre gehen und dort nach Meinung der Wall-Street eine furchtbare Klimaerwärmung bewirken sollen. **Die Physik allerdings lehrt, daß CO2 keinen merklichen Einfluß auf das Klima hat** (siehe *Der Einfluß der Wolken auf das Klima in www.adew.eu).*
Unsere von der **Wall-Street** beratene Klimakanzlerin, die bisher verbissen gegen den Klimakiller CO2 gekämpft und jetzt überraschend den Atomausstieg veranlaßt hat, sorgt nun dafür, daß die deutsche Industrie große Mengen CO2 produziert und infolgedessen Emissionsrechte für viele Milliarden Euro kaufen muß, die auf die Strompreise umgelegt werden.
Der Preis für die Emission einer Tonne CO2 beträgt derzeit ca. 14 EURO. Dieser Preis wird sich erhöhen auf 100 und mehr, da er in Zukunft an der Börse festgelegt wird mit ihren vielen Manipulationsmöglichkeiten. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich der Strompreis durch die Abschaltung und den Rückbau der Kernkraftwerke und den Neubau anderer Kraftwerke verdoppelt.
Die Industrie wird deswegen gezwungen, in Länder mit niedrigeren Energiepreisen und sicherer Energieversorgung auszuwandern. Die Aluminiumindustrie ist gerade dabei, dies zu tun, die Stahlindustrie bereitet es vor, die Zementindustrie und die chemische Industrie werden folgen, die Arbeitsplätze sind weg. Die Privathaushalte werden verarmen.
Ein Industrieland wie Deutschland darf nicht aus der fortschrittlichsten Energietechnik aussteigen, wenn es nicht auf Dauer absteigen will. **Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein großer Fehler,** der widerrufen werden muß. Die erneuerbaren Energien ohne Speichermöglichkeit können die Energieversorgung Deutschlands nicht sichern (siehe *Die erneuerbaren Energien gegen Kernenergie?* in *www.adew.eu*).
Der Kugelhaufenreaktor ist in der Lage, unsere Energieprobleme zu lösen, ohne daß riesige CO2-Abgaben an das internationale Finanzsystem gezahlt werden müssen.
Da die grünen Herrschaften aus Politik und Finanzwirtschaft nicht davon abzubringen sind, daß Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, sollten sie wenigstens etwas Vernünftiges tun, nämlich über die Möglichkeit der Energieversorgung Deutschlands durch Methanhydrate nachzudenken (siehe Aufsatz *"Gibt es auch einen Erdölschwindel?" in www.adew.eu/-Berichte*), falls sie dazu geistig in der Lage sind und es ihre ideologische Verblendung zuläßt.
Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter **www.adew.eu**.
ADEW Arbeitsgemeinschaft Deutsche Energie- und Wirtschaftspolitik.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>**Jammern auf hohem Niveau**
… Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer

Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.
Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer aber im Süden und Westen angesiedelt sind.
"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. …
"Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>**Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft**
… "Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten. …
Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema: Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >>**Energiewende: So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen**
Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben - Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich. ...
Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.
Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.
Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. ...<<
Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>**Merkels (Null-)Planwirtschaft**
Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. … Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.
… Bei RWE - und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON - stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch

verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird. …
Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. … <<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>**Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik**
Am 11. März 2011 forderten ein Erdbeben, ein Tsunami und die anschließende Atomkatastrophe in Fukushima über 18.000 Opfer. Japan will nun den nuklearen Neuanfang - gegen den Willen der Bevölkerung.
Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. …<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 23. November 2016: >>**Wie steht es um die Energiewende?**
… Das Thema des Vortrags von Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Der grüne Zappelstrom und die Grenzen der Energiewende". …
Die Ziele der Politik bei der Energiewende sind in Deutschland klar definiert: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Atomkraft bis 2022. "Ehrlich gesagt ist es ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen", sagte Sinn. Statt dessen plädierte er dafür, die Forschung an der Atomkraft mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter zu betreiben. Das sei doch viel besser als "diese volatilen Stromquellen zu betreiben". …
Die Pufferung der Erzeugungsspitzen erfolge momentan durch Doppelstrukturen, so Sinn, konventionelle Anlagen würden dann angeschaltet, wenn regenerativer Strom nicht erzeugt wird. Sinn zeigte, daß Pumpspeicherwerke allein nicht ausreichen würden, um Volatilität von Wind- und Solarstrom bei 100-prozentiger Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen auszugleichen. …
Sinn äußerte sich kritisch gegenüber den deutschen Klimaschutzplänen: "Um so mehr wir tun, um so weniger tun die anderen." …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>**Lecks in der Modellfabrik der Zukunft**
… Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten". Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken.

Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019: >>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag #Oliwillreden einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Planwirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO2, selbst wenn durch den Handel mit CO2-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO2 verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO2-Planer würde dieses Problem gar

nicht existieren.
Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.
Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO2 Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO2-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25 Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren. Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

Die katastrophalen Folgen der Klimarettung

Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen betrugen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.
Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.
Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und zahlreiche Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß die destabilisierenden politischen Maßnahmen der sogenannten Energiewende schließlich zwangsläufig zum angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands führen müssen.
Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft und damit die gesamte Infrastruktur des Landes unweigerlich ruinieren.
Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird (zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland anstatt der mindestens erforderlichen 500 Pumpspei-

cherkraftwerke nur 35), deshalb wird es zukünftig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit mehr geben.
Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatterstrom-Einspeisung aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters (Flatterstrom-Einspeisung) zum täglichen Normalzustand gehören.
Alle stromintensiven Industriebetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Mit den großen internationalen Großkonzernen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land. Während die "deutschen" Konzernbosse diese Standortverlagerungen wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.

Ausstieg aus der Kernenergie

Das Interesse an der Kernenergie wurde ursprünglich vor allem damit begründet, daß der Energiebedarf in den hochindustriellen Ländern ständig zunehmen würde.
Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.
Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland (Stand: Mai 2019):

Kernkraftwerk	**Philippsburg 2** (Baden Württemberg)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.402 Megawatt (MW**)
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1985 **bis zum 31. Dezember 2019**
Kernkraftwerk	**Gundremmingen C** (Bayern)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.288 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	RWE
Laufzeit	1985 **bis zum 31. Dezember 2021**
Kernkraftwerk	**Grohnde** (Niedersachsen)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.360 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1985 **bis zum 31. Dezember 2021**
Kernkraftwerk	**Brokdorf** (Schleswig Holstein)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.410 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1986 **bis zum 31. Dezember 2021**

Kernkraftwerk	**Emsland** (Niedersachsen)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.335 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	RWE
Laufzeit	1988 **bis zum 31. Dezember 2022**
Kernkraftwerk	**Neckarwestheim 2** (Baden Württemberg)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.310 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	EnBW
Laufzeit	1989 **bis zum 31. Dezember 2022**
Kernkraftwerk	**Isar 2** (Bayern)
Typ/**Nettoleistung**	Druckwasserreaktor: **1.410 Megawatt (MW)**
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
Laufzeit	1988 **bis zum 31. Dezember 2022**

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke und indirekte Energiespeicher (die praktisch rund um die Uhr laufen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**
Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.
Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<
Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022
Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.
Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.
Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.
Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.
SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurück-

gekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.
Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.
Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<
Auch nach der Abschaltung der effizienten deutschen Kernkraftwerke wird es zukünftig "Atomstrom" in Deutschland geben. Die französischen Betreiber von Kernkraftwerken warten zum Beispiel nur darauf, ihre Überkapazitäten nach Deutschland zu exportieren.
Sicher ist lediglich, daß die deutsche Wirtschaft aufgrund der unsinnigen Abschaltung aller deutschen Kernkraftwerke ihre führende Stellung in der Nukleartechnologie verliert. Der ideologische Ausstieg aus der Kernenergie verteuert ferner die Energieerzeugung und vernichtet Arbeitsplätze, ohne unsere allgemeine Sicherheit oder den Umweltschutz zu verbessern. Der internationale Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke in unseren Nachbarländern wird dadurch ebenfalls nicht erhöht.

Abschaltung aller Kohlekraftwerke
Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.
Die Netzbetreiber gehen bei ihren Planungen davon aus, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 83.000 Megawatt in Deutschland zur Verfügung stehen müssen (etwa so viel wie heute), um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können.
Diese Reserve besteht nach dem Kernenergie-Ausstieg größtenteils aus den konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerken. Infolge der Rettung des Weltklimas sollen bis spätestens 2038 jedoch alle 148 konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerke abgeschaltet werden, so daß danach fast keine Reservekraftwerke mehr vorhanden sind.

Gegenwärtiger Energiemix: Konventionelle Grund-, Mittel- und Spitzenlastkraftwerke sowie regenerative Energien
Ein ausgewogener Energiemix machte seit Jahrzehnten die Stärke der deutschen Energieversorgung aus. Der Einsatz mehrerer Primärenergien verhinderte einseitige Abhängigkeiten und ermöglichte eine gewisse Risikostreuung sowie die optimale Nutzung der entsprechenden Energiequellen.
Am Anfang des 21. Jahrhunderts deckte Kernenergie etwa ein Drittel des deutschen Strombedarfs, während Stein- und Braunkohle etwas mehr als die Hälfte der erforderlichen Strommenge erzeugten. Die heimische Braunkohle reduzierte vor allem die deutsche Abhängigkeit von Energieimporten. Die deutschen Braunkohlenkraftwerke zählten mit Wirkungsgraden von über 40 % zu den effizientesten weltweit. Die Erdgasverstromung zeichnete sich zwar durch niedrige Investitionskosten aus und war aufgrund seiner geringen CO2-Emissionen attraktiv, aber sie schaffte geopolitische Abhängigkeiten, denn fast das gesamte Erdgas mußte importiert werden.
Die konventionelle Stromerzeugung besteht gegenwärtig aus Kernkraftwerken und Braunkoh-

lekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast und aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern. Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.
Die Stromerzeugung der Windkraft- und der Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Die ungeregelte Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenstrom verursacht fast täglich schwierige Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern mit kostenintensiven Maßnahmen geregelt werden müssen, um Netzzusammenbrüche zu vermeiden.

Zukünftiger Energiemix: Regenerative Energien, Stromimporte und Gaskraftwerke
Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen liquidieren letzten Endes die bis dahin vorbildliche deutschen Energieerzeugung, denn die gegenwärtigen Pläne der ideologischen Energiewende setzen langfristig nur noch auf die Nutzung von Gaskraftwerken und regenerativen Energien.
Die Energiewende zerstört damit die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grundlast-Stromerzeugung wird plötzlich allein den Gaskraftwerken auferlegt. Das ist eine dramatische Entwicklung für die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Endverbraucher, denn nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- - und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Windkraftwerke und Solaranlagen sind keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen
Der Ausbau und die Weiterentwicklung regenerativer Energie ist grundsätzlich nur zu rechtfertigen, wenn die Formen der regenerativen Stromgewinnung technologisch zukunftsweisend und wirtschaftlich sinnvoll sind. Wesentliche Argumente, mit denen die Befürworter z.B. den schnellen und völlig überzogenen Ausbau der Windenergie fordern, halten einer genauen Prüfung jedoch nicht stand.
Windkraftwerke verursachen während der Stromerzeugung zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Regenerative Energieträger sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb müssen mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage doppelt vorhanden sein.
Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke, die mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdecken, müssen dann einspringen, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung steht. Damit sind grundsätzlich etwa 80 % der gesamten Stromernachfrage doppelt vorzuhalten. Die restlichen 20 % müssen durch Stromimporte ausgeglichen werden. Die dadurch verursachten Kosten kann keine Volkswirtschaft langfristig verkraften.
Die erneuerbare Windenergie kann aufgrund von physikalischen Begrenzungen letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen. Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanla-

gen.
Bisher ist es den Netzbetreibern zwar immer noch gelungen, die unterschiedlichen Windstromeinspeisungen so auszuregeln, daß es nicht zu Stromausfällen gekommen ist. Mit dem zunehmenden Ausbau der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wird die Stabilisierung der Stromnetze jedoch immer schwieriger und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit wird irgendwann nicht mehr möglich sein.
Der Bundesumweltminister propagierte zwar unentwegt die Vision einer regenerativen und dezentralen Energieversorgung, aber bei der vorrangig geförderten Windkraft wurde das genaue Gegenteil realisiert.
Während traditionelle Großkraftwerke in Deutschland so verbrauchsnah wie nirgendwo sonst in Europa dezentral aufgestellt sind, ballen sich die großen Windparks in den verbrauchsarmen Küstenregionen sowie in Nord- und Ostsee. Diese großen Windparks erfordern einen Ausbau der Infrastruktur in bislang nicht gekanntem Ausmaß: Allein in den nächsten zwölf Jahren rechnet man mit einem windkraftbedingten Bedarf von mindestens 1.500 km neuen Hoch- und Höchstspannungsleitungen.
Den Betreibern von Windkraftwerken bzw. Kapitalanlegern ging es offensichtlich nicht um den Schutz der Umwelt und die Vermeidung von Schadstoffen, sondern in erster Linie strebten sie nach hohen Gewinnen. Diese Investoren und die Verpächter von Grundstücken bereicherten sich eindeutig auf Kosten der Allgemeinheit.
Der zunehmende Ausbau der Windenergie verunstaltet fast überall das Landschaftsbild Deutschlands und die Lebensqualität der Anlieger wird durch Laufgeräusche, Schlagschatten, Infraschall, Lichteffekte, Blinklichter usw. nicht selten unerträglich beeinträchtigt. Die riesigen Windkraftwerke sind alles andere als umweltfreundlich, denn sie zerhacken und erschlagen täglich unzählige von Insekten, Vögeln und Fledermäusen.
Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters (Windmühlen) zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und letzten Endes zum Zusammenbruch der gesamten deutschen Energiewirtschaft.

Neue Gaskraftwerke und Stromimporte
Die Kompensation der wegfallenden konventionellen Kraftwerksleistung in Deutschland wird nicht ohne den Bau neuer Gaskraftwerke und der drastischen Erhöhung des Fremdstrombezuges aus dem Ausland möglich sein. Gas birgt aufgrund der Ölpreisbindung und der Importabhängigkeit große Risiken. Die Stromimporte aus den französischen, belgischen und tschechischen Kernkraftwerken werden enorme Preisrisiken verursachen.
In Deutschland gehören zurzeit die meisten konventionellen Stromerzeugungsanlagen ausländischen Unternehmen. Gegenwärtig und zukünftig wird mit Sicherheit kein privater Betreiber von konventionellen Kraftwerken neue Gaskraftwerke errichten, denn die deutsche Bundesregierung ist offensichtlich nicht bereit, ihre ideologische, sprunghafte und unberechenbare Energiepolitik (einseitige Bevorzugung von Wind- und Solarstrom) zu reformieren. Aufgrund der Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom sind alle konventionellen Kraftwerke unrentabel. Die privaten Betreiber von konventionellen Kraftwerken planen deshalb eher Stilllegungen als Kraftwerksneubauten.
Der Bau von konventionellen Kraftwerken, die z.B. bei Windstille dringend erforderlich sind, rechnet sich wegen der langen Stillstandzeiten nicht. Die Stromkonzerne wollen außerdem keine Gaskraftwerke, weil Gaskraftwerke zu den unrentabelsten konventionellen Kraftwerken zählen. Neue Gaskraftwerke erfordern ferner die Errichtung von teuren Gasleitungen und langfristige Gaslieferungsverträge mit Rußland und anderen Ländern.
Gas ist zwar heute noch ausreichend vorhanden und zugänglich. Trotzdem ist die Versor-

gungssicherheit vor allem mittel- und langfristig mit großen Risiken behaftet, denn fast das gesamte Gas muß importiert werden. Wenn die Nachfrage nach Gas z.B. in Südostasien massiv steigt, wird es zwangsläufig zu drastischen Preissteigerungen kommen.

Fehlende Kraftwerksleistung ab 2023 von rund 22.000 MW Grund- und Mittellast

Die angestrebte Energiewende ("Klimaschutz über alles") ist nachweislich volks- und betriebswirtschaftlich nicht zu verkraften. Wenn die deutsche Bundesregierung diese "verordnete planwirtschaftliche Energiewende" nicht umgehend reformiert, wird Deutschland im Chaos untergehen.

Die ideologischen Ziele der Energiewende und gleichzeitige Gewährleistung von Versorgungssicherheit sind innerhalb eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen niemals zu erreichen.

Allein ab 2023 müssen in Deutschland für rund 22.000 MW Kraftwerksleistung (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) Ersatzkapazitäten geschaffen werden. Das entspricht etwa 40 % der heute installierten Leistungen der Kern- und Kohlekraftwerke.

Da es nicht annähernd die dringend erforderlichen Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke etc.) zum Ausgleich von Netzschwankungen gibt - und auch in den nächsten Jahrzehnten nicht geben wird - werden gegenwärtig bereits verstärkt große Industrieunternehmen gezwungen, zeitweise Stromabschaltungen hinzunehmen, um die Gefahr von Netzzusammenbrüchen (Blackouts) zu verhindern.

Für diese enormen kapitalintensiven und langfristigen Investitionen benötigt die Energiewirtschaft in erster Linie einen verläßlichen Ordnungsrahmen sowie volks- und betriebswirtschaftliche Planungssicherheit. Ferner ist eine angemessene, d.h. kapitalmarktorientierte Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals für die privaten Kraftwerksbetreiber unverzichtbar. Das heutige Strompreisniveau reicht den größtenteils ausländischen Investoren jedoch nicht, um die die erforderlichen kapitalintensiven Investitionen zu finanzieren.

Destabilisierende Folgen der EU-Vorgaben, des EEG und der planwirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Bundesregierung

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben (Wirtschaftsliberalismus) und das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) sowie weitere planwirtschaftliche Maßnahmen (Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom) systematisch ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde der Betrieb aller konventionellen Kraftwerke zwangsläufig unrentabel.

E.ON war zum Beispiel im Jahre 2000 der größte deutsche Stromerzeuger und zählte damals zu den besten privaten Energieversorgungsunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte. Im Jahre 2018 verkaufte E.ON schließlich sämtliche deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum.

Aufgrund der Tatsache, daß die mehrheitlich ausländischen konventionellen Kraftwerksbetreiber wegen fehlender Rentabilität keine Ersatzinvestitionen (Bau von neuen Gaskraftwerken) realisieren werden, muß die deutsche Bundesregierung die konventionelle Stromerzeugung unverzüglich verstaatlichen, denn die ehemals finanzkräftigen und leistungsfähigen deutschen Energieversorgungsunternehmen sind infolge der planwirtschaftlichen Eingriffe finanziell nicht in der Lage, diese gewaltigen Aufgaben zu bewältigen.

Die Weichen für die zukünftige Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung hätten eigentlich schon längst gestellt werden müssen, um drohende Kapazitätsengpässe zu verhindern, aber niemand handelt. Aufgrund der langen Zeiträume für Planung und Errichtung neuer Gaskraftwerke dürfen die dringend erforderlichen Investitionsentscheidungen nicht weiter hinausgezögert werden, denn die Zeit drängt. Angesichts der drohenden Gefahr von Netzzu-

sammenbrüchen muß der deutsche Staat enorme Summen für die fehlenden konventionellen Stromerzeugungsanlagen (Bau von neuen Gaskraftwerken) aufwenden.

Stromausfälle (Blackouts)

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.
Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich.
Längere flächendeckende Blackouts lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur wird zwangsläufig kollabieren. Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus.
Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2014 (x887/...):
>>**Ohne Sinn und Verstand**
Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt, das leider nur als E-Book bei amazon und nicht gedruckt erhältlich ist. Mit Blackout spielt er jedoch nicht auf einen Stromausfall an, sondern auf den Verlust der intellektuellen Reflexionsfähigkeit. Genau diesen hat er nämlich in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf fast allen Ebenen der deutschen Gesellschaft festgestellt.
Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxidausstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.
"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.
Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. Und er stellt die Vordenker des EEG und ihre Weltsicht vor, denen es nur um die Umsetzung ihrer Ziele ging, egal zu welchem Preis. Diesen zahlen nun die deutschen Stromkunden. So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.
Diesen Unsinn kritisiert Wendt scharf, zumal er überzeugt ist, daß wenn der Gesetzgeber dieses unsinnige Privileg nicht geschaffen hätte, die Ökostromerzeuger längst die dringend benötigten Speicher geschaffen hätten.

Fehlanreize, wohin das Auge blickt, lautet das Urteil des Autors zum EEG. Zwar wird dieses derzeit reformiert, aber noch ist nicht absehbar, ob wirkliche Verbesserungen umgesetzt werden, so groß ist der Einfluß der Lobbygruppen. Hier wundert sich Wendt, daß Lobbyismus von der Ökostrombranche von deutschen Journalisten gutgeheißen und sogar häufig unterstützt wird, während beispielsweise ein ähnliches Verhalten bei der Autoindustrie scharf verurteilt wird. Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.
Zudem wird mit der Behauptung aufgeräumt, daß die Streichung der Verschonung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage den Strompreis senken würde. Bestenfalls gebe es zwei Jahre keine Erhöhung, doch dann wäre auch diese Änderung aufgefressen, zugleich wären aber vermutlich tausende Arbeitsplätze in der chemischen Industrie ins Ausland abgewandert. Und übrigens nicht nur dort: Auch die noch verbliebenen deutschen Solarmodulhersteller gehören zu den vier Prozent der Industriebetriebe, die von der EEG-Umlage befreit sind.
Die Rechercheleistung des Autors ist zu loben, da er viele Details zum EEG vorträgt, die nicht jedermann bekannt sind. … Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.
Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Subventionen immer öfter Verluste machen? …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. August 2014: >>**Megawattgroßer Forschungsbedarf**
"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik
Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.
Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftsträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?
Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen
Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.
Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt sich um die am besten entwickelte Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stundengenau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.
Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) wäh-

rend einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas-Technologie" müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.
Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden. Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.
Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwenderisches Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.
Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H2) und Kohlenstoffdioxid (CO2) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH4) erzeugt. Genial: Das CO2 aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO2-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO2 liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden. Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Industrie eingesetzt wird, ist laut dena für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unerschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<
Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>**Deutschland ohne Strom - Der große Blackout**
Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?
Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen.
Ist die Gefahr eines Stromausfalls am Jahresende besonders hoch?
Das Jahresende galt lange als kritische Zeit für die Stromversorgung. Vor allem, weil früher an Weihnachten Millionen Backöfen gleichzeitig hochgefahren wurden. "Gänsebratenspitze" nannten das die Stromversorger. Doch die ist längst Geschichte, denn die Gewohnheiten der Deutschen haben sich verändert. Und die Stromversorgung auch. Sie ist heute sogar anfälliger für Störungen.
Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung

sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt.
Er sieht noch ein weiteres Problem: Viele Netze gehörten heute australischen oder kanadischen Rentenfonds, denen es vor allem um die eigene Rendite gehe. "Die reagieren erst, wenn es Störungen gibt." Und Störungen gab es in den vergangenen Jahren viele. 2005 etwa waren im Münsterland 250.000 Menschen über Tage von der Stromversorgung abgeschnitten, weil viele Strommasten nach einem Schneesturm zusammenbrachen.
"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. Das könnten auch Terroristen leicht ausnutzen. "Mit einer gezielten Sabotageaktion an nur drei Punkten rund um Berlin kann man die gesamte Hauptstadt von der Versorgung abschneiden." Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion, in deren Folge sich immer mehr Kraftwerke abschalteten. Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?

Thomas Leitert geht es nicht darum, Panik zu schüren. Jedenfalls sagt er das. Doch was der Unternehmer in seinem Büro in der Schönhauser Allee mit Blick auf den Fernsehturm erzählt, ist alles andere als beruhigend. Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen.
Doch was heißt geschlachtet werden? Schlachthäuser arbeiten schließlich auch mit Strom. "Sie müßten dann erschossen werden", erklärt Leitert, der sich selbst als Missionar in Sachen Blackout sieht. Er ist aber auch Unternehmer. Mit Partnern wie der Berliner Feuerwehr, der Charité und verschiedenen Hochschulen und gefördert vom Bundesforschungsministerium hat er ein Notstromkonzept für Einsatzkräfte entwickelt, das er nun vermarktet. Denn hier gibt es offenbar akuten Handlungsbedarf.
So haben in Berlin beispielsweise nur drei Tankstellen ein Notstromaggregat, in ganz Deutschland nur ein kleine zweistellige Zahl. Und auch nur drei der insgesamt 38 Berliner Feuerwachen.
Leitert sagt, ein lang andauernder Stromausfall würde uns ins Mittelalter zurückwerfen. Das ist vielleicht übertrieben, doch auch ein Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) kam 2010 zu dem Schluß, daß ein zweiwöchiger Stromausfall in mehreren Bundesländern "einer Katastrophe nahe" käme. Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr, erklärt der stellvertretende Leiter des TAB, Christoph Revermann. Denn Banken, Supermärkte, Ampeln und auch Stellwerke hingen vollständig von der Stromversorgung ab.
Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen."

Ist ein großer Blackout denn realistisch?

"Das Szenario ist unwahrscheinlich, aber möglich", sagt Wissenschaftler Revermann, der sich von Berufs wegen mit den Auswirkungen technischer Entwicklungen auf die Gesellschaft befaßt. Das TAB erhält dazu konkrete Untersuchungsaufträge vom Forschungsausschuß des Bundestages. Die Arbeit an einem Blackoutszenario war für ihn und seine Kollegen ein "Aha-Erlebnis", sagt er. "Es ist erstaunlich, daß sich noch nie jemand die simple Frage nach den Folgen eines großflächigen Stromausfalls gestellt hatte."
Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Feist war einer der Berichterstatter im Forschungsausschuß, als der TAB-Bericht in Auftrag gegeben wurde. Er sagt heute: "Es gibt

mehr kritische Infrastruktur als gedacht, aber das Problem ist nicht sichtbar, deshalb hat man sich bisher zu wenig mit dem Thema befaßt." Ihm sei klar geworden, wie wichtig der Katastrophenschutz in Deutschland sei. "Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr in Sicherheit gewogen und vieles zurückgefahren." Allein daß Warnsirenen auf öffentlichen Gebäuden beinah komplett verschwunden seien, könne sich rächen.
Im TAB-Bericht heißt es: "Die Wahrscheinlichkeit eines lang andauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, wären die dadurch ausgelösten Folgen selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht beherrschbar, allenfalls zu mildern."

Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?

Blackout-Experte Thomas Leitert hat in den vergangenen Jahren mit vielen Verantwortlichen über das Thema Blackout gesprochen. Auch in einer Anhörung im Bundestag kam er zu Wort. Sein Eindruck: Behörden und Politik, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, verdrängen die Gefahr eines Blackouts. "Der allgemeine Tenor lautet: Wir sehen das Problem, es ist aber so komplex, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll mit den Vorbereitungen."
Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. Allerdings geht man dabei meist von einem räumlich begrenzten und kurz andauernden Stromausfall aus. Ein solches Szenario ist durchaus beherrschbar, denn die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet, sagt Leitert. Er habe dort nicht einmal einen Ansprechpartner gefunden. "Die wußten selbst nicht, welche Stellen genau zuständig sind."
Die föderalen Strukturen wären im Krisenfall ein weiteres großes Hindernis. Katastrophenschutz ist Ländersache, einheitliche Regelungen gibt es daher nicht. Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt."

Welche großen Stromausfälle hat es in Deutschland schon gegeben?

Der größte Stromausfall in der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignete sich vor acht Jahren im Münsterland. Nach einem Schneesturm waren dort Ende November 2005 etwa 50 Strommasten unter Eis- und Schneemassen zusammengebrochen. Mehr als 250.000 Menschen hatten keinen Strom - teilweise auch keine Heizung und kein warmes Wasser.
Nach drei Tagen saßen noch immer 65.000 im Dunkeln. Besonders schlimm betroffen war Ochtrup, das nur über eine einzige Hochspannungsleitung versorgt wurde. Viele Bewohner der Kleinstadt mußten in der Stadthalle übernachten. Dort bekamen sie auch warme Mahlzeiten und Getränke. Viele Münsterländer dürften an die stromlose Zeit aber durchaus auch positive Erinnerungen haben: Jedenfalls meldeten viele Krankenhäuser der Region im folgenden Sommer einen Geburtenanstieg. Als eine Art "Wiedergutmachung" zahlte der Stromversorger RWE allen Familien in der Region, die neun Monate nach der Katastrophe Nachwuchs bekamen, 300 Euro.
Im März 2014 fielen beim Wolfsburger Autobauer VW vier Generatoren im werkseigenen Kraftwerk aus. Mit gravierenden Folgen: Die Autoproduktion wurde komplett lahmgelegt und auch 50.000 Haushalte in der Umgebung blieben ohne Strom. Ampeln fielen aus, Geschäfte mußten schließen, weil weder Kassen noch elektrische Türen funktionierten. Sogar bis nach Indien und Australien wirkte sich die Panne aus, denn auch der Onlineauftritt des Unternehmens stürzte ab.
Auslöser für das Chaos war offenbar ein Trennschalter, der das öffentliche Netz vom VW-Netz trennt. Hier hatte es eine Schutzauslösung an der Längskupplung gegeben. Die Produk-

tion im VW-Werk lief auch nach dem Stromausfall nicht gleich wieder rund, denn es dauerte lange, bis alle Maschinen wieder mit voller Leistung liefen und aufeinander abgestimmt waren. Für den Konzern ein Millionenschaden.
Auch in Berlin kommt es immer wieder zu Stromausfällen. Mal werden einzelne Stadtteile lahmgelegt, mal der gesamte S-Bahn-Verkehr. Die Ursachen sind vielfältig, schon kleine Störungen können eine Kettenreaktion auslösen.<<
Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 24. August 2016 über die Folgen von flächendeckenden Stromausfällen: >>**Flächendeckender Stromausfall wäre nationale Katastrophe mit vielen Toten**
Was passiert, wenn infolge eines Terrorangriffs, einer Extremwetterlage oder menschlichen Versagens in einem größeren Gebiet in Deutschland für längere Zeit der Strom ausfällt? Experten haben das für den Bundestag untersucht.
Ihr Ergebnis ist erschreckend: Die Folgen kämen einer nationalen Katastrophe gleich, heißt es in einem Bericht für den Bundestag. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien auf einen solchen Fall nicht vorbereitet, das notwendige Bewußtsein für die Gefahr bestehe in Deutschland nicht.
Der Bericht liest sich wie die Vorlage für einen Katastrophen-Thriller aus Hollywood. Doch er zeigt die realistische Gefahr auf, was passiert, wenn es zum großen Blackout kommt. Die Forscher des "Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag" (TAB) gehen von einem Szenario aus, nach dem in mehreren Bundesländern über einen Zeitraum von zwei Wochen der Strom ausfallen würde. Die ersten Folgen würden sich schon unmittelbar danach zeigen.
Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. In einem hochentwickelten, hochtechnologisierten, eng verflochtenen Land wie Deutschland wäre ein "Kollaps der gesamten Gesellschaft ... kaum zu verhindern", heißt es in dem Bericht.
Mögliche Ursachen für einen Mega-Blackout: Terrorangriffe, Epidemien, extreme Unwetter
Die TAB-Experten gehen davon aus, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses wächst. "Als Ursache für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen unter anderem technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage." Die Gefahr solcher Vorkommnisse wachse, "weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingter Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruches zunehmen werden", heißt es ausdrücklich.
1. Informationstechnik und Telekommunikation: Die Folgen wären dramatisch
Bei den Festnetzgeräten fielen sofort die digitalen Endgeräte und die Anschlüsse der Teilnehmer aus, danach die Ortsvermittlungsstellen - Telefonieren über das Festnetz wäre also praktisch sofort nicht mehr möglich. Smartphones würden zwar einige Tage durchhalten, wenn sie aufgeladen waren und stromsparend benutzt würden.
Das würde den Besitzern aber nichts nutzen, denn die Basisstationen, die die Einwahl in die Netze ermöglichen, wären binnen weniger Minuten völlig überlastet und fielen zudem nach kurzer Zeit aus. Sie haben zwar eine Notstromversorgung, diese funktioniert aber nur sehr kurzfristig. Fernsehgeräte und Internet funktionieren ebenfalls ohne Strom nicht.
So müßten die Behörden auf das gute alte Radio zurückgreifen, wenn sie sich an die Bevölkerung richten wollten. Auch das klappt allerdings nur, wenn die Geräte mit Batterie oder Akkus betrieben sind. Die Aussicht der Experten ist nicht gut: "Eine nachhaltige Absicherung der Kommunikationsnetze", um über Wochen die Kommunikation gewährleisten zu können, "dürfte zurzeit wirtschaftlich und technisch nicht zu realisieren sein".

2. Transport und Verkehr: Chaotische Zustände

Die Folgen eines Stromausfalls träten im Transportbereich und beim Verkehr abrupt auf und seien massiv, so der Bericht. Es kommt vor allem in Großstädten zu zahlreichen Unfällen, weil beispielsweise die Ampeln vollständig ausfallen.

Die Folge: chaotische Zustände. Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen blieben liegen, Menschen könnten darin eingeschlossen sein.

Tankstellen müßten ihren Betrieb einstellen, so daß nicht nur die Privatwagen irgendwann stehen blieben, sondern auch die Treibstoffreserven für Kranken- und Feuerwehrwagen aufgebraucht wären.

3. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung: Katastrophe für die Bevölkerung droht

Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen - alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionierten nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Prekäre hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen würden. Außerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung.

4. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln: Schnell drohen ernsthafte Engpässe

Durch den Stromausfall wird das Kühlen verderblicher Lebensmittel ebenso unmöglich, wie die Verteilung von Nahrung und Getränken durch die Behörden zumindest erheblich erschwert würde. Schon bald könnte das Überleben zahlreicher Menschen davon abhängen, daß Lebensmittel zu ihnen gebracht werden, so der Bericht. "Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden", heißt es im Bericht.

Wenn aber vielen Menschen Hunger droht, werden sie versuchen, selbst Lebensmittel zu organisieren - mit schlimmen Folgen für die öffentliche Ordnung. Auch die Versorgung in der Massentierhaltung werde unmöglich. Unter den Bedingungen eines totalen Stromausfalls würden diese Tiere schon die ersten Stunden nicht überleben.

5. Gesundheitswesen: Ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung ist wahrscheinlich

Auch das Gesundheitswesen könne den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärfe sich die Situation derart, daß selbst bei einem massiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung auszugehen sei. Das gleiche gelte für die pharmazeutische Versorgung. Schon nach 24 Stunden wäre die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens "erheblich beeinträchtigt", schreiben die Wissenschaftler.

Krankenhäuser könnten einen eingeschränkten Betrieb eine Weile aufrechterhalten, Dialysezentren, Alten- und Pflegeheime aber müßten teilweise geräumt werden oder Funktionsbereiche schließen. Das gleiche gelte für Arztpraxen und Apotheken. Arzneimittel würden schon im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper.

"Dramatisch wirken sich die Engpässe bei Insulin, Blutprodukten und Dialyseflüssigkeiten aus", so der Bericht. Seine Schlußfolgerung: "Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt, die gesundheitliche Schädigung beziehungsweise der Tod sehr vieler Menschen ... sowie eine nicht mehr zu bewältigende Problemlage". Hilfe müßte in diesem Fall unbedingt von außen kommen.

Viele Vorschläge zur Milderung der katastrophalen Zustände

Der Bericht wurde 2011, also vor fünf Jahren, fertiggestellt. Er macht viele Vorschläge, um die Folgen eines solchen Stromausfalls abzumildern, die zweifellos auch für das neue Konzept der Bundesregierung zum Zivilschutz, das heute vom Kabinett verabschiedet werden soll, Pate gestanden haben. Er macht aber auch klar: Eine Katastrophe mit den schlimmsten Folgen wäre kaum zu vermeiden.

Und er warnt, das Beispiel Stromausfall solle auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft hohe Priorität haben - "auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen". Obwohl der vollständige Bericht nach einiger Suche im Internet zu finden ist, hat die Politik nach seinem Erscheinen nichts getan, um die Sensibilität der Bevölkerung zu erhöhen, so wie die Wissenschaftler es fordern.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>**Windrad-Kommunismus**

_ von Daniell Pföhringer

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.

In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefen sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.

Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.

Energiepolitische Planwirtschaft

Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann man schlecht speichern.

Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.

Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.

Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.

Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf mehr als 7,5 Cent je kWh.

Papa Staat greift zu

Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.
Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent. Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

Grassierende Stromarmut

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.
Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.
Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.
Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.
Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Aufs Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.
In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

Schäfflers Einspruch

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll. Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ... An

die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren sollen." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011) …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>**Wollt Ihr den totalen Blackout?**

_ von Daniell Pföhringer

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.

Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.

In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung. Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

Gefährliche "Dunkelflauten"

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."

Klaus Schäfer

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Ge-

werkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer. "Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende Folgen haben.

Anarchische Zustände

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."

Marc Elsberg

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobachten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

"Hochgradig verletzbar"

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

" Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

Elektrisierend

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins

Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsberg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit Blackout verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgeräten. Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. November 2017 (x887/...): >>**Blackout-Gefahr steigt**

Überlastung der Stromnetze im Winter - Krise in der Schweiz

Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte.

Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und Schweizer Netzbetreiber.

Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, daß sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen.

Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, daß sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten.

Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muß allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig.

Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr mußte Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der eidgenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.

Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, daß insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.

Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Blackout, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der "Luzerner Zeitung" wird befürchtet, daß sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2018: >>**Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts**

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positi-

onspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.
Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.
"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"
Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."
Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommunikation und Finanzwesen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 2019 (x887/...): >>**Steigende Gefahr eines Blackout**
Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz
Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.
In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".
Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.
Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem sogenannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.
Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand

am Rande des Totalausfalls".
Etwas gelassener gab sich der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG. Dieser verneinte, daß Europas Stromnetz knapp vor einer Katastrophe gestanden habe.
In der Tat hat sich gezeigt, daß der automatische Lastenabwurf funktioniert hat. Zudem gelang die Netzstabilisierung auch schon auf einer relativ niedrigen Eingreifstufe. Erneut gezeigt hat sich allerdings auch, wie eine Verkettung unglücklicher Umstände schnell zu einer Krisensituation im europäischen Stromnetz führen kann.
Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber Entso-E ist routinemäßig nach dem Frequenzabfall im kontinentaleuropäischen Übertragungsnetz auf die Suche nach den Ursachen gegangen. Vom Netzbetreiber Tennet Deutschland wurde eine Fehlmessungen auf einer Strecke an der Grenze zu Österreich gemeldet. Dieser Fehler wird jedoch mittlerweile nicht mehr als Ursache betrachtet. Als ein Faktor wird dagegen ein Ausfall in einem spanischen Kraftwerk gesehen. Eine Rolle gespielt hat am 10. Januar offenbar auch ein Frequenzabfall durch den Stromhandel.
Wissenschaftler des Max-Planck Instituts für Dynamik und Selbstorganisation sowie der TU Dresden haben sich bereits mit diesem Phänomen beschäftigt. Die Forscher stellten im europäischen Stromnetz starke Schwankungen in einem Takt von 15 Minuten fest. Im gleichen Rhythmus stimmen sich die Erzeuger auf dem europäischen Strommarkt ab, wie viel sie in das Netz einspeisen.
Auch bei einem internationalen Vergleich machten die Forscher eine interessante Entdeckung. So wurden im vergleichsweise kleinen Stromnetz des Vereinigten Königreiches stärkere Schwankungen festgestellt als im vergleichsweise großen der Vereinigten Staaten. Großbritanniens Stromversorgung ist allerdings auch wegen des Anteils des Wind- und Solarstroms interessant. Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.
Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektromobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<
Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 28. Dezember 2019: >>**AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt**
Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz?
Der Betreiber EnBW nutzt die Frist bis zum letzten Tag. So wird der Reaktor Philippsburg 2 erst am Silvestertag gegen 19 Uhr vom Netz gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Abschaltung des vorletzten noch arbeitenden Atomkraftwerks in Baden-Württemberg bis Mitternacht.
2020 startet dann der Rückbau des AKW. Die bereits stillgelegten Reaktoren Obrigheim, Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 werden schon seit Jahren zurückgebaut.
Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."
"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"
Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? Wegen der Abschaltung werde ver-

stärkt auf Importe aus anderen Regionen Deutschlands und aus dem benachbarten Ausland zurückgegriffen, sagte Hans-Josef Zimmer aus dem Vorstand des Energieversorgers EnBW diese Woche der "Stuttgarter Zeitung". "Unsere Handelsabteilung hat schon vor langer Zeit begonnen, Vorsorge zu treffen, damit EnBW den Kunden die benötigte Strommenge liefern kann." Den genauen Strommix legt der Versorger dabei nicht offen.
Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter.
Die staatlich beauftragte Studie "Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?" kam schon früher im Jahr zu dem Schluß, daß Deutschland in deutlichem Umfang auf Importe aus Nachbarländern angewiesen sein werde. "Ob die Nachbarländer die von Deutschland benötigten Erzeugungsleistungen zur Verfügung stellen können und werden, wurde in der Untersuchung nicht überprüft", zitiert der SWR aus der Studie.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken

Insgesamt beurteile die Studie die Versorgungssituation optimistischer als Vorgängerstudien. Vor allem aus einem Grund: Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.
Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW.
Insgesamt exportiert Deutschland seit 2002 durchgehend jedes Jahr mehr Strom, als es aus dem Ausland bezieht. Vergangenes Jahr waren es nach Angaben der Bundesnetzagentur etwa 51,5 Terawattstunden, von 650 Terawattstunden, die netto ins Ausland flossen, rund zehn Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung.
Daß Deutschland weit mehr Strom produziert als es verbraucht, liegt daran, daß seit Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, alte Kohle- oder Kernkraftwerke aber nicht in demselben Maße stillgelegt werden. Das wird sich spätestens ab 2023 ändern, wenn alle Atommeiler vom Netz gehen. Weil gleichzeitig auch am Kohleausstieg gearbeitet wird, könnte Deutschland bald sogar zum Nettoimporteur werden. Baden-Württemberg bezieht jetzt schon mehr Strom von außen, als es selbst erzeugt. Nach dem Ende von Philippsburg wird der bei etwa 14 Prozent liegende Import-Anteil steigen.

Frankreich hatte 2018 die Nase vorn

Bisher kommen Deutschlands Stromimporte überwiegend aus den Nachbarländern. Frankreich hatte 2018 mit 10,1 Terawattstunden (TWh) die Nase vorn und war damit das einzige Land, das mehr Strom nach Deutschland lieferte als es von dort einkaufte.
Bewahrt das Ländle also französische Kernkraft vor möglichen Blackouts? Nicht allein! Elektrizität werde, wie die "Stuttgarter Zeitung" berichtet, "je nach Lage" aus der Lausitz, dem Rheinland, aus der Schweiz, Österreich oder Frankreich eingekauft. "In einer Kältephase können wir von dort keine einzige Kilowattstunde bekommen", sagte EnBW-Mann Zimmer der "Stuttgarter Zeitung" weiter. Weil die Nachbarn im Westen mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom dann selbst.
Die Bundesregierung hatte den beschleunigten Atomausstieg nach der Erdbebenkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 beschlossen. Demnach sollen bis Ende 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Vor einem Jahr wurde auch der Kohleausstieg fixiert, der 2038 abgeschlossen sein soll.
Und die Aufgaben, die Energiewende mit einer wirklich positiven Öko-Bilanz zu meistern, wird auch im Südwesten nicht geringer: Dort läuft nun nur noch Neckarwestheim 2 im Kreis Heilbronn. Dieser Meiler geht Ende 2022 vom Netz.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/82-84): >>**Klimaschutz: Krieg gegen den Naturschutz**

Von Gerhard Wisnewski

Klima-Alarmisten wie FfF halten weiterhin an ihrem Kampfbegriff "Klimakiller" fest: Das sollen Menschen sein, die viel Fleisch essen, "dicke" Autos fahren und viel Energie verbrauchen. Sie haben angeblich das Klima "auf dem Gewissen".

Was dabei verschwiegen wird: In Wirklichkeit wird genau andersherum ein Schuh draus: Die schlimmsten Umweltverbrechen werden heute im Namen des Klimaschutzes verübt. In Wahrheit ist es der Klimaschutz, der den Planeten ruiniert. Mittlerweile stehen echte Umweltschützer weltweit gegen "Klimaschützer" oder "Klimaschutzprojekte" auf. Nehmen wir beispielsweise die hochgelobten "regenerativen Energien" wie Windkraft oder Photovoltaik. Mit einem Mal werden ganze Landschaften mit riesigen Windrädern verschandelt, und der Bauer baut auf seinen Feldern plötzlich kein Getreide mehr an, sondern stellt die Gegend mit häßlichen Solaranlagen zu: "Landschaftspflege" im Zeitalter des Klimaschutzes.

Die monströsen Windräder zerstören nicht nur die Landschaft, sondern auch das Leben von Menschen und Tieren. Und sie decken nur einen minimalen Teil unseres Endenergieverbrauchs. Das "Aktionsbündnis Gegenwind-Oberfranken" hat ein langes Sündenregister der großen Strompropeller aufgestellt:

"Windkraftanlagen zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und damit unsere Identität, führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität, gefährden unsere Gesundheit und das Wohlbefinden, töten Vögel und Fledermäuse (und Insekten, siehe S.71), entwerten Immobilien und Grundeigentum, verhindern die Entwicklung des Fremdenverkehrs, vernichten Arbeitsplätze durch übersteigerte Stromkosten, sind völlig unwirtschaftlich aufgrund der schwachen Windverhältnisse in unserer Region, ersetzen kein einziges Kraftwerk, weil der Wind unregelmäßig oder gar nicht weht, gefährden die Netzstabilität und damit die nationale Stromversorgung, denn Windstrom kann nicht großtechnisch gespeichert werden; sind absolut überflüssig und dienen nur zur wirtschaftlichen Umverteilung von unten nach oben, spalten die "soziale Gemeinschaft."

Die Lüge vom Energie-Speichern

Dabei ist das noch gar nicht alles. Denn Windräder und Solarflächen kommen selten allein, sondern haben noch Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke im Gepäck. Und diese müssen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung dieser sogenannten regenerativen Energien mit einbezogen werden. Da der Strom aus Windrädern und Photovoltaikanlagen prinzipiell unberechenbar ist, kann man ihn auch nicht bedarfsgerecht produzieren, so daß die Stromwirtschaft im Prinzip so haushalten muß, als gäbe es ihn gar nicht. Kurz, sie muß genauso viele Kraftwerke und Kapazitäten vorhalten wie ohne Windräder oder Solaranlagen. Wenn der Strom witterungsbedingt dann aber anfällt, gibt es plötzlich zu viel davon, er wird nicht oder nicht in nennenswertem Umfang gebraucht und muß irgendwohin.

Ja, aber warum denn? Kann man die Windanlagen dann nicht einfach drosseln oder abstellen? Eigentlich schon, aber laut Erneuerbare-Energien-Gesetz haben die Anlagenbetreiber "Anspruch auf unverzüglichen und vorrangigen Anschluß ihrer Anlage an das Stromnetz. Darüber hinaus besteht Anspruch auf unverzügliche und vorrangige Abnahme des gesamten zur Einspeisung angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien sowie dessen Übertragung und Verteilung".

Das heißt, daß derartige Anlagenbetreiber auf Teufel komm raus produzieren können, egal, ob der Strom gebraucht wird. Er muß abgenommen werden, und zwar zu einem garantierten Preis! Auf der anderen Seite lassen sich auch viele konventionelle Kraftwerke nicht drosseln, weil sie dafür nicht gebaut wurden. Der eingespeiste Strom ist also in jedem Fall zu viel. Daher ziehen "regenerative Energien" wie Wind- und Sonnenkraft weitere Kosten und Landschaftszerstörungen nach sich, nämlich in Form von Speicherseen und Pumpspeicherkraft-

werken, die irgendwo in Ausflugs- und Erholungsgebieten errichtet werden, um die "regenerativen Energien" zu speichern.
Weil die Befürworter dieser Energieform hierzulande nicht wissen, wohin mit den überschüssigen "Stromspitzen" durch Windkraft und Sonnenenergie, müssen Staubecken her, um Wind- und Sonnenkraft zu speichern: Bei Stromüberschuß soll das Wasser hinaufgepumpt, bei "Stromtälern" hinabgelassen werden und in Turbinen Strom erzeugen.
Von dem enormen Energieaufwand für den Bau eines solchen Kraftwerks redet allerdings niemand. Und auch nicht von der Energie, die allein dafür verbraucht wird, Millionen Tonnen Wasser einen Berg hoch zu pumpen. Von "Speichern" kann also eigentlich keine Rede sein, vielmehr bliebe von der erzeugten "regenerativen Energie" unterm Strich nur ein Rest übrig, während die Kosten für das Projekt auf den Strompreis umgelegt würden. Abgesehen davon fehlt es in Deutschland schlicht an Standorten für solche Kraftwerke.

Verbrechen im Namen des Klimaschutzes

Die verheerenden Folgen der "regenerativen Energien" werden von "Klimaschützern " und Politikern verschwiegen und/oder schöngeredet. Während alle Welt von "Klimakillern" spricht, redet niemand von Klimaverbrechen, die im Namen des "Klimaschutzes" verübt werden. Der wissenschaftlich nicht begründbare "Klimaschutz" hat sich längst zu einer gefährlichen Ideologie entwickelt, welche die Zukunft unseres Planeten bedroht.
Nur im Jahr 2013 blitzte dieses Thema einmal kurz auf, um gleich wieder im Gedächtnisloch unserer gleichgeschalteten Medienwelt zu verschwinden. Damals hatte es eine TV-Dokumentation mit dem Titel "Climate Crimes - Umweltverbrechen im Namen des Klimaschutzes" gerade mal in das Programm von 3sat geschafft, und zwar an einem Dienstag um 22.25 Uhr. Zu behaupten, die Dokumentation sei vergessen, wäre deshalb wohl übertrieben - in Wirklichkeit hat die breite Öffentlichkeit sie gar nicht zur Kenntnis genommen.
Nachdem der Film quasi heimlich gesendet worden war, hörte man hierzulande nie wieder davon - weder in anderen deutschen Sendern noch in den Spalten der Zeitungen.
Die dringend notwendige öffentliche Diskussion im Anschluß an die Ausstrahlung fand nicht statt. Dabei hatte es die Botschaft des Films in sich. Zwar ist äußerst zweifelhaft, ob es den menschgemachten "Klimawandel" überhaupt gibt, daß aber unter dem Deckmantel des Klimaschutzes schwerste Umweltverbrechen verübt werden, ist eine Tatsache. Beim "Klimaschutz" geht es schon längst nicht mehr mit rechten Dingen zu.
In Wirklichkeit, so zeigte die erwähnte Dokumentation Climate Crimes damals, zerstören "Klimaschützer " inzwischen regelrecht unseren Planeten: "Der Kampf gegen den Klimawandel soll unsere Erde retten", hieß es in dem Film: "Doch er löst den größten Schub an Naturzerstörung aus, den die Erde in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hat. Enorme Summen fließen in Staudämme, Atomkraftwerke oder Monokulturen für Biosprit und Biogas." Ausgehend von der Weltklimakonferenz in Cancun, Mexiko, im Jahr 2010, zeigte der Film die Reise des deutschen Naturschützers Ulrich Eichelmann zu einigen Brennpunkten des Klimawahnsinns. …<<

Reform der Energiewende

Wir benötigen endlich eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.
Wir benötigen endlich eine vernünftige Energiepolitik, die ökonomische und ökologische Bedürfnisse nicht gegeneinander ausspielt, sondern wieder ein Gleichgewicht zwischen den Zielen Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit herstellt.
Der alters- und ausstiegsbedingte drohende Verlust von bis zu 40 % unserer heutigen Kraftwerkskapazität ist eine reale Aufgabe, die unverzüglich gelöst werden muß. Bevor die deutsche Bundesregierung ein neues "Energiezeitalter" beschwört, um die Welt zu retten, sollten die Politiker zunächst die gegenwärtigen realen Probleme im eigenen Land lösen.

Wir benötigen endlich eine substantielle Energiepolitik, die auf einem geschlossenen und realen, ausgewogenen Konzept beruht. Die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit dürfen nicht mehr ausgeblendet werden. Obwohl bereits 1998 angekündigt, hat die deutsche Bundesregierung bis heute kein umfassendes energiepolitisches Programm vorgelegt.
Wir benötigen endlich eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen ist Zurückhaltung bei politischen Steuerungsmaßnahmen geboten. Statt willkürlicher planwirtschaftlicher Maßnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien, statt garantierter Einspeisevergütungen und Technikverbote, benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"
Um zukünftig eine stabile Energieversorgung zu garantieren sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die deutsche Bundesregierung unverzüglich für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO2-Emissionen verursachen, nicht funktionieren. **Diese neuartigen Kernreaktoren** (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle.** Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.
Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV
Der neuartige Dual Fluid Reaktor (DFR) wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwikkelt.
Der DFR wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt.
Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren.
Der Dual Fluid Reaktor (DFR) nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente**, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können sinnvoll genutzt werden, statt irgendwann unter der Erde zu verschwinden. Man muß die Pellets aus den abgebrannten Brennstäben lediglich zermahlen, das Pulver in einem chemischen Reaktor in Salze umwandeln und dies dann dem DFR-Flüssigsalz-Kreislauf zuführen.
Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert. Der Dual Fluid Reaktor (DFR) ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme** (**zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).
Während in einem klassischen Kernkraftwerk die Brennelemente in einem Wasserbecken stehen, befinden sich die Brennelemente des Dual-Fluid-Reaktors in einem Becken mit flüssigem Blei. Blei hat im Gegensatz zum Wasser eine verhältnismäßig große Wärmekapazität und bietet gleichzeitig eine hervorragende Abschirmung gegen radioaktive Strahlung.
Der Dual Fluid Reaktor (DFR) ist **physikalisch sicher.** Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen.
Der Dual Fluid Reaktor (DFR) **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausen-

delang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, so daß Endlager entfallen.
Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor (DFR) mit 3.000 Megawatt thermischer und 1.500 Megawatt elektrischer Leistung betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.
Die Produktionskosten der elektrischen Energie belaufen sich auf etwa 0,65 Cent pro Kilowattstunde und liegen damit deutlich unter den derzeitigen Stromkosten der Photovoltaik von circa drei bis elf Cent pro Kilowattstunde.
Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.
Der Dual Fluid Reaktor (DFR) könnte frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.
Schlußbemerkungen: Zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sowie Klimaschutz (Reduzierung des weltweiten Temperaturanstiegs unter 1,5 Grad Celsius) sind ohne Kernkraftwerke der sogenannten "Generation IV", die im Betrieb keine CO2-Emissionen verursachen, nicht zu realisieren.
Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige DFR in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.
Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.
Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die **hochradioaktiven Abfälle (**etwa 20.000 Tonnen Atommüll) **sinnvoll entsorgt** und damit **endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Endlager**.

Der weltweit inszenierte Corona-Wahn der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

> Es ist einfacher, Menschen zu täuschen, anstatt sie davon zu überzeugen, daß sie getäuscht worden sind.
> *Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)*

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/46-49): >>**Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"**
Von *Gerhard Wisnewski*
Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekannten Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll.
Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.
Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.
Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.
Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.
Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).
Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.
Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am

Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben.

Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder

gebraucht." Für alle Länder - wow!
Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."
Ja, Sie haben richtig gelesen:
1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.
So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?
Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht
nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".
Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.
In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.
Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.
Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer ge-

fährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927).

"Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>**Trotz Corona: Weniger Tote in NRW als im Vorjahr**

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Die Welt danach**

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von Pföhringer/Klemm/Grassmann

App: digitale Fußfessel

Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.

Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an

die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.
Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.
Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.

Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?

Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert? Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?

Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"
So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kita-Kinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.
Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.
Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quantenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift Science Alert.
Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."
Hautchip: Ende der menschlichen Würde
"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber

einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Pentagonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forciere den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens

durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten. Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drosten

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.

_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Schutzmasken und Souveränität**

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

_ *von Joachim Paul*

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "borgomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.

Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhökert.

Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:

"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten". Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.

Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.

Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chine-

sischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätschen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertelang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.

Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.

Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.

_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anläßlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>**Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!**

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Generationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.

Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepräsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.

Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten bereits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:

- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).

Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2020: >>**Immunitätsausweis: Datenschützer warnt vor Diskriminierung**

Nach der AfD hat auch der Hamburger Landesbeauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, vor den Plänen der Bundesregierung gewarnt, einen Corona-Immunitätsausweis einzuführen. Ein solcher Ausweis weise den "gefährlichen Weg in eine Diskriminierungs- und Entsolidarisierungsfalle", sagte Caspar dem 'Handelsblatt' (Dienstagsausgabe). Gesundheitsdaten "könnten über den Zugang zu Leistungen entscheiden und in der Konsequenz die Gruppe der Personen, die eine Immunität nicht nachweisen, vom öffentlichen Leben ausschließen".

Ein Ausweis für alle "als Eintrittskarte in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben würde am Ende gerade die Personen, die aus Altersgründen oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, am stärksten diskriminieren", so Hamburgs oberster Datenschützer weiter. Denn diese könnten aus Caspars Sicht nicht den Weg einer schnellen Immunität gehen. Das grundrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot müsse unbedingt beachtet werden.

Nach Kritik: Spahn macht Rückzieher

Angesichts zunehmender Kritik will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorerst doch keine gesetzliche Einführung eines Corona-Immunitätsausweises. Auch sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, falls ein Impfstoff gegen das Covid-19-Virus gefunden werden sollte. "Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren", erklärte der Corona-Totalversager jetzt. In einem Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Bundestag debattiert

werden soll, hatte Spahn einen Immunitätsausweis noch ausdrücklich vorgesehen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2020: >>**Danke, Merkel: Deutsche Wirtschaft stürzt ab wie nie!**
Der Shutdown-Irrsinn reißt die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in den Abgrund: Deutsche Unternehmen haben ihre Produktion im März in schwindelerregender Rekordgeschwindigkeit gedrosselt.
Die Produktionsleistung von Industrie, Bau und Energieversorgern ging im März um dramatische 9,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. "Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Januar 1991", teilte das Statische Bundesamt am Donnerstag mit. Der Einbruch der Volkswirtschaft übertrifft sogar die schlimmsten Befürchtungen der Ökonomen. Diese hatten mit einem Rückgang von "nur" 7,5 Prozent gerechnet.
Weil vom Shutdown-Irrsinn erst die zweite März-Hälfte betroffen war, ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für April von einem nochmals deutlich stärkeren Produktionseinbruch auszugehen.
"Das Tal wird immer tiefer"
Die exportabhängige Industrie allein stellte im März 11,6 Prozent weniger her. Ihr brachen die Aufträge zuletzt in Rekordgeschwindigkeit weg: Sie fielen im März um 15,6 Prozent zum Vormonat. Die Industriebetriebe erwarten daher einen noch nie da gewesenen Einbruch ihrer Produktion.
Auch das Konjunkturbarometer des Münchner Ifo-Instituts für die kommenden drei Monate stürzte im April um noch nie da gewesene 30 Zähler auf minus 51,4 Punkte ab. Das ist zugleich der tiefste Punkt seit der Wiedervereinigung! "Das Tal der Produktion wird immer tiefer", resümiert Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.
Danke, Frau Merkel!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Mai 2020 über das Corona-Krisenmanagement der deutschen Regierung: >>**Kritische Corona-Analyse: Innenministerium distanziert sich von Mitarbeiter**
BERLIN. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Ausarbeitung eines Mitarbeiters zum Corona-Krisenmanagement der Regierung als dessen Privatmeinung zurückgewiesen. Er habe für seine Zusammenstellung "weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung" erhalten, teilte das Ministerium am Sonntag mit.
Daß er für seine Untersuchung den offiziellen Briefkopf des Bundesinnenministeriums verwendet und das Gutachten über dienstliche Kommunikationskanäle verbreitet habe, sei nicht akzeptabel. "Auf diese Weise wird der Anschein erweckt, die Privatmeinung gebe die offizielle Auffassung einer Behörde wieder. Durch innerdienstliche Maßnahmen wurde zwischenzeitlich sichergestellt, daß der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI."
Der Oberregierungsrat hatte in einem gut 80seitigen Auswertungsbericht der Bundesregierung schwere Verfehlungen im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen. Ergänzt wird der Bericht durch einen rund hundertseitigen Anlagenband. Beide Dokumente liegen der JUNGEN FREIHEIT vor. Zuerst berichtet hatte über die Ausarbeitung des Ministeriumsmitarbeiters das Online-Portal *Tichys Einblick*.
"Corona-Krise ist Fehlalarm"
In dem Anschreiben zu seinem Bericht erweckt der Verfasser den Eindruck, es handle sich um eine Ausarbeitung seines Referats, das für den Schutz kritischer Infrastrukturen im Innenministerium zuständig ist. Eine Analyse der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung habe ergeben, daß es zu "gravierenden Fehlleistungen des Krisenmanagements" gekommen sei und sich die Corona-Krise "wohl als Fehlalarm" erweise.
Die Formulierung "Fehlalarm" kommt in der Analyse gleich mehrfach vor.
An anderer Stelle heißt es: "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-

19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."
Durch den neuen Virus habe vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das zeige das "übliche Sterbegeschehen" in Deutschland. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).
Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehlalarm zu tun."

"Alarmismus muß eingestellt werden"

Der durch die Corona-Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei inzwischen "gigantisch" und höher als der Nutzen. Ein großer Teil dieses Schadens werde sich zudem erst noch in der Zukunft zeigen. Dies könne nicht mehr verhindert sondern nur noch begrenzt werden.
Der Autor rät deshalb dringend dazu, den Lockdown zu beenden: "Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden."
Beendet werden müßten jedoch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet und als Alarmismus wahrgenommen werde. "Dieser Alarmismus muß unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen, als den ersten."

"Staat als Fake-News-Produzent"

Der Bundesregierung stellt der Referent in der Corona-Krise ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.)"
Daher werde die schwierigste Aufgabe auch sein, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. "Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat, der für diese wichtige Leistung legitime Eingriffe und Einschränkungen vornehmen darf. Dieser Staat hat in der Corona-Krise in geradezu grotesker Weise versagt. Er muß, wenn er Vertrauen wiedergewinnen will, nicht nur umkehren, sondern offen mit seinen Fehlleistungen umgehen, sie einräumen und aufarbeiten", fordert der Autor. Sonst würde dem Staat und dem politischen System möglicherweise die eingetretenen systemischen Fehler nicht nachgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Mai 2020: >>**Experte befürchtet bis zu 5 Millionen Arbeitslose**

Der renommierte Insolvenzspezialist Biner Bähr aus Mönchengladbach erwartet infolge des Shutdown-Irrsinns eine riesige Pleitewelle. "Seit 2010 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland kontinuierlich gesunken, bis auf knapp 19.000 im vergangenen Jahr. Das wird sich jetzt rapide ändern", sagte Bähr der 'Rheinischen Post' (Düsseldorf). Er rechne für das kommende Jahr mit mehr als 30.000 Unternehmensinsolvenzen und einer Arbeitslosenzahl zwischen vier und fünf Millionen. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht durch

die Bundesregierung sei zwar in der gegenwärtigen Lage sinnvoll, aber die Gefahr einer Insolvenzwelle werde dadurch nicht gebannt, sondern nur in die Zukunft verschoben.
Bähr befürchtet: "Viele Unternehmen werden die Umsätze, die ihnen durch die Schließungen entgehen, nicht oder nicht ganz nachholen können." Gleichzeitig würden die Verbindlichkeiten bestehen bleiben, mahnte der erfahrene Insolvenzverwalter und Rechtsanwalt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Mai 2020: >>**Ein Corona-Dossier aus dem BMI, das es nicht geben durfte:**
"Es war ein Fehlalarm!"
Was folgt als Nächstes? Seine Zwangseinweisung als "Corona-Leugner" in eine Geschlossene? Ein inzwischen beurlaubter Fachreferent im Bundesinnenministerium (BMI) von Horst Seehofer (CSU) soll mit allen Mitteln mundtot gemacht werden. Weil er die Notwendigkeit für den Shutdown-Irrsinn massiv in Zweifel gezogen hat.
Das "Corpus Delicti" ist eine fundierte Analyse. Sie ist gut 80 Seiten lang, geschrieben auf dem offiziellen Briefpapier des Bundesinnenministeriums. Der Mainstream schweigt das brisante Dossier weitgehend tot. Und wenn es doch Erwähnung findet, dann so, daß der Verfasser als skurriler Eigenbrötler, als "Corona-Leugner" gar erscheint. Mit anderen Worten: Eigentlich gehört der Mann in die Klapse.
Die Gründe liegen auf der Hand: Die Corona-Maßnahmen waren aus Sicht des sachkundigen und untadeligen Fachbeamten K., immerhin Referent im Referat "KM 4: Schutz Kritischer Infrastrukturen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat", völlig unangemessen!
In den regierungstreuen Medien des Landes liest sich das Ganze allerdings so:
n-tv: "Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums (BMI) hat auf eigene Faust eine Analyse zum Umgang der Bundesregierung mit dem neuartigen Coronavirus erstellt und versendet - an einen großen Verteiler mit Empfängern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Seehofer-Behörde. Pikant: Die Thesen des Papiers, das am Wochenende auf dem rechtskonservativen Blog 'Tichys Einblick' veröffentlicht wurde, widersprechen der Haltung des Ministeriums diametral."
spiegel.de: "Das Bundesinnenministerium von Horst Seehofer (CSU) muß sich mit einem pikanten Vorgang im eigenen Haus beschäftigen. Ein Referent des Ministeriums hat, ohne dafür einen Auftrag bekommen zu haben, ein Papier zur Coronakrise verfaßt - das im völligen Widerspruch zur Haltung des Ministeriums steht. Das gut 80 Seiten umfassende Papier soll er nach 'Spiegel-Informationen' sowohl intern wie extern an einen großen Verteiler verschickt haben. Am Wochenende landete es dann auf der rechtskonservativen Seite 'Tichys Einblick' - wo der Referent als eine Art Whistleblower dargestellt wird."
focus-online: "Deutschlandweit gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zu demonstrieren. Viele von ihnen angetrieben von Menschen, die eine große Verschwörung hinter all dem vermuten. Nun kommt ausgerechnet aus dem Innenministerium ein brisantes Papier - verfaßt von einem offensichtlich Corona leugnenden Mitarbeiter."
Die Mainstream-Medien mögen es drehen und wenden, wie sie wollen - Fakt ist:
Der Ministerialbeamte hat seine Analyse unter den Augen zahlreicher Stellen des Bundesinnenministeriums erarbeitet. Sein Verteiler reicht im BMI bis zum Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und umfaßt gut 30 Personen, darunter allein 9 im Krisenstab des BMI. Das Deckblatt weist aus, daß die verschickte Fassung 2.0.1 vom 7. Mai auf einer Fassung vom 25. April 2020 beruht. Der Referent hat also über lange Zeit gearbeitet. Die Zahl der Personen und Stellen, die daran aktiv oder passiv beteiligt waren, ist dementsprechend groß. Die Bitte des Fachbeamten, den Alarmruf dem Minister vorzulegen, wurde ohne Prüfung des Inhalts abgelehnt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?
Die zentralen Aussagen der Analyse lauten:
- "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von Covid-19 lassen keine ausreichende

Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."
- "Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung", heißt es weiter. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren)." Zu den ergriffenen Maßnahmen schrieb der Ministeriumsmitarbeiter demnach: "Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen."
Mehrere höherrangige Beamte und auch die unmittelbaren Vorgesetzten von K. hatten ganz offensichtlich weder Zeit noch Lust, den langen Bericht des hauseigenen Corona-Rebellen zu lesen - geschweige denn das Rückgrat, das gut 80 Seiten umfassende Dossier der politischen Leitung vorzulegen. Sie ließen das Papier im Bermudadreieck der Ministerialbürokratie verschwinden. Bis sich K., der nicht länger schweigen konnte und wollte, ein Herz faßte und den Weg in die kritische Öffentlichkeit der alternativen Medien ging.
Früher (lang ist’s her), da gab es einmal ein politisches Magazin aus Hamburg, das aus diesem hochbrisanten Stoff eine Titelstory gemacht hätte. Da war der 'Spiegel' noch ein Nachrichtenmagazin, das "Sturmgeschütz der Demokratie" (Gründer Rudolf Augstein) - und kein von Bill Gates gesponsertes, regierungstreues Gerüchtemagazin!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Mit Vollgas in die Schuldenunion: Merkel und Macron beschließen weiteres Milliarden-Programm**
Deutschland und Frankreich wollen über die Köpfe der anderen EU-Partner hinweg ein gemeinsames europäisches Corona-Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Stützung vor allem südeuropäischer Länder durchsetzen - zusätzlich zu den bereits angekündigten Milliarden-Programmen von EZB und EU. Das gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gestern auf einer gemeinsamen Videokonferenz bekannt.
Neu ist: Zur Finanzierung sollen die Mitgliedstaaten erstmals gemeinsame Schulden über die EU-Kommission aufnehmen und füreinander haften - der letzte Schritt auf dem Weg in die Schuldenunion! Die deutschen Steuerzahler müßten entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt mit rund 135 Milliarden Euro bürgen.
Die 500 Milliarden Euro sollen unmittelbar und nicht rückzahlbar (!) an die wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder fließen, also vor allem an Italien und Griechenland. Das Geld soll sich die EU-Kommission an den Finanzmärkten leihen und in den kommenden Jahren über den EU-Haushalt tilgen.
Die Sache hat allerdings einen Haken: Alle Mitgliedstaaten, also auch Österreich, Polen und Ungarn, müssen zustimmen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Corona schmilzt wie Butter in der Frühlingssonne**
Corona ist weiter auf dem Rückzug: Insgesamt gibt es in Deutschland nach Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) aktuell noch rund 11.500 aktive Fälle (Stand 19.5., 0.00 Uhr). Die Gesamtzahl der im Verlaufe der Epidemie bestätigten Infektionen stieg zwar geringfügig auf 175.210, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Genesenen doppelt so schnell auf aktuell 155.700 Personen. Die Zahl der angeblich in Zusammenhang mit dem Virus stehenden Todesfälle erhöhte sich moderat um 72 auf 8.007.
Guck an: Inzwischen wachsen auch in den Mainstream-Medien die Zweifel am Shutdown-Irrsinn. "War der Lockdown wirklich nötig? Wäre es nicht auch ohne gegangen?", fragt die 'Bild-Zeitung' und stellt folgende Betrachtung an: "Was passiert, wenn KEINE zweite Welle kommt? In diesem Fall müßte sich die Politik für all das rechtfertigen, was ihre Maßnahmen zur Folge hatten: Zehntausende Unternehmen vor der Pleite, die Massen in Kurzarbeit, ein

monatelanger Ausnahmezustand. Die Existenzen von Millionen Bürgern wären umsonst geopfert, ihre Grundrechte umsonst eingeschränkt worden. Ein politischer Super-GAU ... Bislang trat keines der Angst-Szenarien ein.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Mai 2020 (x887/...):

>>**Guter Virologe, böser Virologe**

Bei der Auseinandersetzung um Lockdown und Corona werden die Urteile der Experten ganz unterschiedlich gewichtet. Viel hängt ganz davon ab, welchen politischen Lagern sie nützlich sind

Wolfgang Kaufmann

Der eine gilt als "Sonnyboy unter den Virologen", welcher jede Menge Zuversicht verströme, der andere als "oberster Mahner", in dessen Blick stets "etwas Düsteres" liege. Dennoch mutierte der Letztere zum erklärten Liebling der Medien. So titelte der "Focus" unlängst, er sei ein "Glücksfall" für uns alle. "Die Zeit" setzte über sein Konterfei die Frage: "Ist das unser neuer Kanzler?" Und Julia Werner von der "Süddeutschen Zeitung" schwärmte gar von den "sinnlichen Lippen" des dunkelhaarigen "Sex-Symbols".

Die Rede ist von Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie an der Berliner Universitätsklinik Charité. Die Rolle des blonden Optimisten, vor dessen Namen sich indes immer öfter das Wort "umstritten" findet, spielt dahingegen der Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, Hendrik Streeck.

Die eindeutig positivere Darstellung Drostens resultiert offensichtlich daraus, daß der Bundesverdienstkreuz-Träger den politischen Entscheidern nach dem Munde redet, die von den Medien als die besten Corona-Krisenmanager hingestellt werden - allen voran Kanzlerin Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Beispielsweise lobte Drosten die "Nachdenklichkeit" und Führungsstärke der "extrem gut informierten" Regierungschefin. Ebenso verteidigt er die ergriffenen Maßnahmen und spricht sich gegen starke Lockerungen sowie für die Einführung einer Telefon-App zur Kontaktverfolgung von Infizierten aus - ein Lieblingsprojekt von Merkels Gesundheitsminister Jens Spahn.

Drosten lag schon einmal falsch

Dabei ist Drosten nicht so kompetent, wie es der "Focus" suggerierte, als er titelte, mit dem "Corona-Professor" besitze "Deutschland den besten Mann für die Virus-Krise". Denn der hat nach eigenen Worten ein recht gespaltenes Verhältnis zu Zahlen und lag schon einmal gewaltig daneben, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Juni 2009 eine Schweinegrippe-Pandemie verkündete.

Damals rief Drosten höchst dramatisch dazu auf, sich impfen zu lassen, und prophezeite eine folgenschwere Krankheitswelle, zu der es jedoch nie kam. Größter Gewinner der durch solche Alarmrufe ausgelösten Panik war der Pharma-Riese GlaxoSmithKline, welcher Milliardensummen für Impfstoffe kassierte, die am Ende nicht benötigt wurden. Interessanterweise hatte Drosten fünf Jahre zuvor den GlaxoSmithKline-Förderpreis für Klinische Infektiologie erhalten.

Bemerkenswert sind auch Drostens ebenso häufige wie abrupte Kurswechsel in der Bewertung der Corona-Gefahr. So meinte er noch am 4. Februar, Normalbürger müßten sich keine großen Sorgen vor einer Ansteckung machen. Das brachte ihm zunächst den Spitznamen "Bundesberuhigungspille" ein. Fünf Wochen später hielt er dann plötzlich eine Infektion von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung und mehrere hunderttausend Tote für möglich, woraufhin Drosten nun "Wendehals" gescholten wurde.

Da war inzwischen aber auch die Bundesregierung aus dem Tiefschlaf erwacht und lechzte danach, Kompetenz auf dem Gebiet des Corona-Managements zu demonstrieren und die politische Opposition blaß aussehen zu lassen. Hierbei kam ihr der frischgebackene Alarmist Drosten, dessen Arbeit seit 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit zwei Millionen Euro bezuschußt worden war, gerade recht.

Der Virologe bot seither all jenen Politikern in Bund und Ländern Rückendeckung, die auf möglichst strenge Regeln setzten. Gleichzeitig begann nun auch Geld aus anderen Töpfen an Drostens Arbeitgeber zu fließen: Seit Anfang 2020 erhielt die Charité von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung 249.550 US-Dollar. Für öffentliches Unbehagen sorgt dabei die Information, daß die Stiftung des Milliardärs-Ehepaares ihre Einnahmen unter anderem aus der Beteiligung an Pharmariesen und Impfstoffherstellern wie GlaxoSmithKline und Novartis generiert.

Streeck paßt in Laschets Linie

Von Fördermitteln zur Unterstützung der Corona-Forschung profitierte indes auch Drostens sehr viel optimistischerer Gegenspieler Streeck. Allerdings kamen die 65.000 Euro für dessen Projekt nicht aus den USA, sondern vom Land Nordrhein-Westfalen. Und das hat ebenfalls ein Geschmäckle, denn der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zählt zu jenen, welche sich nicht als harte "Corona-Sheriffs" à la Söder profilieren wollen, sondern als gütig-verständnisvolle Landesväter, die den Bürgern bald wieder maximale Freiheit "gewähren" möchten.

Deshalb kommt ihm das Ergebnis der Forschungsarbeit von Streeck sehr zupaß. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellte Studie über das Infektionsgeschehen in der besonders stark betroffenen Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg besagt, daß es eine ganz erhebliche Dunkelziffer bei der Zahl der Covid-19-Erkrankungen gebe, weswegen die Sterblichkeitsrate auch lange nicht so hoch sein könne, wie bisher angenommen: Selbst in Gangelt liege sie bei gerade einmal 0,37 Prozent.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Befürworter von Lockerungen wie Laschet, weswegen sofort der Vorwurf der "Auftragswissenschaft" laut wurde. Darüber hinaus ereiferten sich Beckmesser in Politik und Medien darüber, daß Streeck bei der Präsentation seiner Ergebnisse auf die Dienste der PR-Agentur *Storymachine* zurückgriff. Was man jedoch angesichts der medialen Omnipräsenz des Kassandra-Rufers Drosten, der sofort Kritik an der Heinsberg-Studie übte, durchaus nachvollziehen kann.

Andererseits ist es vielleicht doch richtig, daß Drosten eher hofiert wird als der Virologe, welcher bisher die meisten Corona-Infizierten in Deutschland untersucht hat. Möglicherweise weiß er ja mehr als Streeck und will uns mit seiner Düsternis schon einmal mental auf noch schlimmere Zeiten einstimmen. Schließlich erforscht der Berliner nicht nur das SARS-CoV-2-Virus, sondern auch das sehr viel gefährlichere MERS-CoV-Virus, das derzeit im Nahen Osten umgeht und ein Drittel aller Infizierten tötet. Nicht auszudenken, wenn es hier gleichfalls zu einer Pandemie käme.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die angebliche Corona-Pandemie (x356/2): >>Liebe Leser

Noch immer reiben sich viele Menschen die Augen und versuchen zu verstehen, wie ihnen in unserer Gesellschaft gerade geschieht. Aufgrund einer nicht besonders schweren grippeähnlichen Krankheit (laut offiziellem Narrativ), die man neuerdings, seit der Umdeklarierung durch die WHO vor einigen Jahren, auch ohne Vielzahl von Toten als "Pandemie" bezeichnen kann, werden weltweit die Menschen über Wochen und Monate zuhause "eingesperrt", die Geschäfte geschlossen und die Wirtschaft nahezu komplett heruntergefahren.

Wir werden überschwemmt mit Informationen, oft alarmierend und schockierend, oft widersprüchlich und unlogisch. Da spricht man von einer verheerenden, weltweiten Pandemie durch ein gefährliches, gar tödliches Virus und dann sterben zwar Menschen, jedoch nicht flächendeckend und durch alle Altersgruppen hinweg, wie man dies bei einer Pandemie eigentlich erwartet, sondern konzentriert auf einige Gebiete und stets nur diejenigen, die vorher schon schwer krank und darüber hinaus bereits in einem sterbenahen Alter waren. Wie paßt das zusammen?

Von höchsten Stellen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht unterschieden werde,

ob die Opfer AN oder nur MIT diesem Virus verstorben seien. Also ein sich im Endstadium befindlicher Krebspatient im Alter von 92 Jahren, der kurz vor seinem Tod noch positiv auf Corona getestet wurde, fällt somit ebenfalls in die Sterbestatistik, die wiederum als Grundlage herangezogen wird, diese zerstörerischen Shutdown-Maßnahmen zu legitimieren. Wie kann das sein? In New York, dem weltweiten Epizentrum der "Corona-Krise", werden die Toten laut New York Times vom 14.04.2020 nicht einmal mehr auf Corona getestet, sondern nur noch durch "Einschätzung" hinzugezählt.
Wenn getestet wird, dann meist mit einem Verfahren, das weder ein amtliches Zulassungsverfahren durchlaufen hat, noch klinisch validiert ist. Laut einem Hersteller ist es auch nicht für diagnostische Anwendungen, sondern einzig für Forschungszwecke einzusetzen. Wie bitte? Dazu kommen Studien, die die Zuverlässigkeit dieses PCR-Tests in hohem Masse bemängeln und selbst Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, teilt in einem Tweet mit:
"Klar: Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv und mal negativ. Da spielt der Zufall mit. ..." Auch die vermeintlich dramatische Zunahme der Anzahl Infizierter erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man gleichzeitig die Zunahme an Tests miteinbezieht. Werden nämlich heute aus 1.000 getesteten Personen 100 und in einer Woche aus 100.000 Personen 10.000 positiv und somit als Corona-Infizierte diagnostiziert, hat sich in diesem Zeitraum rein gar nichts verändert - außer der Anzahl getesteter Personen!
Die weltweiten Zahlen stammen übrigens von der Johns Hopkins Universität, die im Rahmen der "Coronakrise" in aller Munde ist, von der jedoch zuvor nur die Wenigsten gehört haben. Interessant wird es in diesem Zusammenhang, wenn man bedenkt, daß diese Universität aus finanzieller Sichtweise einen privaten Charakter hat: Die Bill & Melinda Gates Stiftung spendete der Universität mehr als sage und schreibe 880 Millionen Dollar.
Bill Gates, einst offiziell reichster Mensch der Erde, spricht sich gleichzeitig dafür aus, alle 7 Milliarden Menschen zu impfen. Grundlage dafür sind wiederum die Zahlen der besagten Johns Hopkins Universität. Wer da an einen Zufall glaubt. Wir alle erinnern uns, wie uns diese und weitere Zahlen in täglichen Schlagzeilen und abendlichen Nachrichten in alarmistischer Weise als Schocknachrichten verkauft wurden und wie damit in der Bevölkerung ein kollektiver Angstzustand geschaffen wurde, ohne den solch zerstörerische und drangsalierende Maßnahmen wohl kaum möglich wären.
Man denke dabei nur an die komplette Lahmlegung der Weltwirtschaft (allein in Deutschland sollen laut Deutsche Unternehmerbörse erschreckende 39 % aller deutschen Unternehmen und sogar 50 % der Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen, insolvenzbedroht sein!), die Schließung der meisten Geschäfte und Läden, die Ausgangs- und Kontaktsperren, das Wegsperren der Alten, die Maskenpflicht und viele weitere Maßnahmen, deren wirtschaftliche, gesundheitliche und psychologische Folgen nicht annähernd absehbar sind.
Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstands durch die WHO haben die Regierungen zahlloser Länder die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger kurzum aufgehoben und damit, jeglichen demokratischen Grundsätzen spottend, die eigene Macht ins schier Absolute ausgeweitet!
Mit dieser Ausgabe, liebe Leser, möchten wir Ihnen, in gewohnt kompakter Weise und auf nachprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen basierend, wichtige Informationen und Sachverhalte zur WHO, zu ihren Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und ihrer Abhängigkeit von Bill Gates, zu vergangenen "Pandemien", die keine waren, und zur heutigen "Corona-Krise" u.v.m. liefern, jedoch ohne dabei auf mögliche dahinterliegende Absichten und Agenden einzugehen.
Diese, aufgrund der aktuellen und zeitgeschichtlich so bedeutsamen Umstände wohl wichtigste aller bislang erschienenen Ausgaben, soll Sie dabei unterstützen, sowohl Menschen aus Ihrem eigenen Umfeld, wie auch Politiker, Beamte und andere Staatsangestellte auf die obge-

nannten und unzähligen weiteren behandelten Fragen aufmerksam zu machen. Dafür stellen wir die Digitalausgabe kostenlos zur freien Verfügung und Weiterverbreitung als PDF ins Netz. Sie finden diese auf unserem Telegram-Kanal und auf www.expresszeitung.com.
Falls Sie zusätzliche Exemplare dieser Ausgabe zur persönlichen Weitergabe wünschen, bieten wir Ihnen auch größere Mengen ab 10 Stück zum Selbstkostenpreis in unserem Online-Shop an.
Liebe Leser, wir erleben derweil historische Momente und befinden uns am Anfang einer Zeitenwende, deren Dimension kaum überblickbar, deren Tragweite kaum faßbar und deren Konsequenzen für unser aller Leben kaum vorstellbar sind. Wegen der angeblich menschgemachten Klimakrise sprachen Greta Thunberg, ihre Vordenkerin Salamon (Siehe Ausgabe Nr. 27) und Co vom "brennenden Haus". Mit derselben Metapher ausgedrückt: Nun steht das Haus wirklich in Flammen und es ist Zeit, dies zu erkennen!
Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf! Wir haben die Preishürde für diese Ausgabe auf Null gesetzt, damit das Wissen größtmögliche Verbreitung findet. Um so mehr hoffen wir auf Ihren Beitrag dazu!
Das Coronathema wird uns jedenfalls auch in Zukunft beschäftigen. Entsprechend werden wir uns in den kommenden Ausgaben den damit verbundenen Auswirkungen widmen. (André Barmettler)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>**Wie vertrauenswürdig ist die WHO?**
Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zugunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?
Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"
Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". … Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.
Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.
Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen. Er sagt, die Agenda der WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.
Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates´ Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und Gla-

xosmithkline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?
"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."
Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.
(Tilman Knechtel)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über den deutschen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (x356/11): >>**Gesundheitsminister Jens Spahn; Ein Pharmalobbyist?**
Wer ist eigentlich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)?
Spahn sei nur "im Nebenjob Abgeordneter", schrieb das Magazin Focus schon am 4. Dezember 2012, als Spahn noch nicht Gesundheitsminister war. Und: "Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie." Siehe da!"
Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharmagroßhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war." Später wurde Müller Vorstand der Online-Apotheke DocMorris.
Als Politiker entwickelte Spahn also "die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. ... Daß Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesundheitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewußt, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma", schrieb Focus. Nicht doch: "Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben", wird Spahn von dem Magazin zitiert.
Focus widersprach: "Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik." Im Mai 2010 will Spahn seine Politas-Anteile zwar verkauft haben: "Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden wollen, lautet die Begründung."
Wer nachhakte, schaute jedoch in die Röhre: "Spahn schickte uns damals eine Stellungnahme zu dem Focus-Artikel zu", schrieb der Verein Lobby Control, "aber die Stellungnahme ließ wichtige Fragen offen. Wir haben Spahn eine Reihe von Nachfragen geschickt
- aber bis heute keine Antwort erhalten".
Jens Spahn stellte als Bundestagsabgeordneter schon in sehr jungen Jahren seine Dienste einer Lobbyfirma zur Verfügung, an der er zudem beteiligt war. Er war ein Pharmalobbyist! Wie kommt es, daß ausgerechnet er zum Gesundheitsminister Deutschlands wurde? Sollten nicht eigentlich die besten der besten, die ehrlichsten der ehrlichsten und die am wenigsten in Lobbyismus verstrickten Personen diese Ämter übernehmen?
(Gerhard Wisnewski/Tilman Knechtel)<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/24-26): >>**Wie tödlich ist das "Corona-Virus"?**
Wenn ein gefährliches Virus durch Europa wütet, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß sich dadurch die Gesamttodeszahlen in Europa extrem erhöhen müssen. Das ist für jeden zu begreifen. Warum sollte man radikale Maßnahmen wie Ausgangssperren durchsetzen, wenn keine klar höhere Sterblichkeit festzustellen ist? Das wäre Irrsinn.

Am 7. Januar 2020 wurde laut offiziellen Verlautbarungen das neue Corona-Virus (SARS-CoV-2) in China entdeckt. Studien bestätigen mittlerweile allerdings, daß das Virus schon Monate vorher zirkulierte. Das österreichische Nachrichten-Portal "die Presse" erklärt:
Forscher der ETH Zürich und ein Forschungsteam der Universität Mailand gehen inzwischen davon aus, daß das Virus bereits im Oktober-November 2019 angefangen hatte, zu zirkulieren, und nicht wie zunächst angenommen erst im Dezember.
Diese Studien gehen davon aus, daß COVID-19 erst im Laufe der Zeit sein hohes Ansteckungspotential entwickelt hatte, doch nichtsdestotrotz hatte das Virus damit eigentlich mehr als genug Zeit, sich ungehindert verbreiten zu können. Man muß bedenken, daß sich eine infizierte Person, die Symptome entwickelt wie etwa Hustenreiz, bereits in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium befindet. Bereits Tage - ja sogar Wochen - bevor sich die Krankheit überhaupt bemerkbar macht, gilt der infizierte Mensch als potentieller Überträger. Der Lockdown kam also in jedem Fall zu spät.
Hätte das Virus bei einer Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion mit einem Krankheitserreger und dem Auftreten der ersten Symptome) von gerade einmal zwei bis zehn Tagen nicht schon früh im Winter 2019/2020 für hohe Todeszahlen auf der ganzen Welt sorgen müssen?
Die Gesamtmortalität in Europa lag allerdings monatelang im Normalbereich oder sogar darunter, obwohl COVID-19 Europa gemäß neuester Erkenntnisse längst erreicht hatte. Eine erhöhte Mortalität hätte frühzeitig im europäischen Monitoring (EuroMOMO) sichtbar werden müssen, doch diese war lange nicht festzustellen.
Erst Ende Februar 2020 wurde ein kurzzeitiger, mittlerweile wohl wieder zurückgehender Anstieg der Gesamttodeszahlen in Europa erkennbar. Inwieweit man diesen Anstieg einem gefährlichen Virus zurechnen kann, steht zur Debatte. Zahlreiche andere Faktoren (siehe S.32 ff.), vor allem die eingeleiteten Maßnahmen, müßten ebenso berücksichtigt werden. Fakt ist: Auch die erhöhten allgemeinen Todeszahlen Ende Februar 2020 überschritten die vom Winter 2016/2017 nicht. Diese Zeit erhöhter Mortalität ging damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vonstatten.
Es ist schwer nachzuvollziehen, wie ähnliche Ziffern heute einen europaweiten Shutdown rechtfertigen. Ob dieses Hoch, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Rolle spielen wird, ist noch unklar. Der deutsche Virologe Hendrik Streeck vermutete in einem Interview Mitte März, daß COVID-19 die Gesamtsterblichkeit in Deutschland nicht erhöhen werde, die normalerweise bei rund 2.500 Personen pro Tag liege. Streeck erwähnte den Fall eines 78 Jahre alten Mannes mit Vorerkrankungen, der an einem Herzversagen starb, nachträglich positiv auf COVID-19 getestet und deshalb in die Statistik der COVID-19-Todesfälle aufgenommen wurde.
"Der europäische 'Mortalitäts-Monitor', an den wöchentlich alle Sterbefälle gemeldet werden, zeigt sogar momentan eine Untersterblichkeit an. Auch der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser ist ausgeblieben. Es fehlen somit belastbare Daten, die die Schwere der Eingriffe rechtfertigen."
Professor Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover, am 02.04.2020, als die Daten noch keine Übersterblichkeit anzeigten, Maßnahmen jedoch bereits durchgesetzt wurden.

Harmloser als eine Grippe?

Eine epidemiologische Studie aus Japan kam zu dem Ergebnis, daß die Mortalität bei COVID-19-Patienten selbst in der chinesischen Stadt Wuhan bei nur 0,04 % bis 0,12 % gelegen habe und somit eher geringer sei als bei der saisonalen Grippe, deren Todesrate bei ca. 0,1 % liegt. Als Grund für die offenbar stark überschätzte Tödlichkeit von COVID-19 vermuten die Forscher, daß in Wuhan ursprünglich nur die schwereren Fälle erfaßt worden seien, die Krankheit bei vielen Personen jedoch symptomlos oder mild verlief.
Eine neue französische Studie mit dem Titel "SARS-CoV-2: Angst versus Daten" schlußfolgerte, daß "das Problem durch SARS-CoV-2 vermutlich überschätzt wird", da sich "die Mor-

talität von SARS-CoV-2 nicht wesentlich unterscheidet von gewöhnlichen Coronaviren (Erkältungsviren), die in einem Krankenhaus in Frankreich untersucht wurden". Diese "Corona-Viren" kommen jedes Jahr vor und werden bei Erkältungen regelmäßig entdeckt, sind also nichts Besonderes und vor allem nichts besonders Gefährliches.
Laut Stanford-Professor John P. A. Ioannidis gibt es für die derzeit beschlossenen Maßnahmen keine ausreichende medizinische Datengrundlage. Das neue Coronavirus sei womöglich selbst bei älteren Personen nicht gefährlicher als einige der üblichen Corona-Viren. Er zeigte anhand der Daten des Kreuzfahrtschiffes Diamond Princess, daß die alterskorrigierte Letalität (Anteil der Verstorbenen unter den Erkrankten) von COVID-19 bei 0,025 % bis 0,625 % liegt, das heißt im Bereich einer starken Erkältung oder einer Grippe.
Eine erhöhte Sterblichkeit Ende Februar 2020 ist auch in Schweden feststellbar, das auf die extremen "Schutz-Maßnahmen" wie im Rest Europas verzichtete. Würde man davon ausgehen, daß COVID-19 den Hauptfaktor für die Übersterblichkeit darstellt, dann müßte man auch feststellen, daß die europaweite Lockdown-Politik relativ nutzlos war, da die Todeszahlen in den meisten Ländern mit Lockdown genauso anstiegen wie in Schweden.
Rechtsmediziner: "Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben"
Schlagzeile der Hamburger Morgenpost vom 06.04.2020. Aussage des Hamburger Rechtsmediziners Püschel, der mittlerweile schon über 100 positiv auf Corona getestete Verstorbene untersucht hat.
"Dieses Virus beeinflußt in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, daß sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit bemerkbar machen wird."
Prof. Dr. Klaus Püschel, Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin
Der deutsche Immunologe und Toxikologe Professor Stefan Hockertz erklärte in einem Interview, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als die Influenza (Grippe), sondern nur viel genauer beobachtet werde.
Gefährlicher als das Virus seien die Angst und die Panik, die durch die Medien ausgelöst wurden, sowie die "autoritäre Reaktion " vieler Regierungen. Er betonte zudem, daß viele der angeblichen "Corona-Toten" in Wirklichkeit an anderen Erkrankungen gestorben und zusätzlich positiv auf Corona-Viren getestet worden seien. Hockertz vermutete, daß bis zu zehnmal mehr Personen als berichtet COVID-19 bereits gehabt, davon indes kaum etwas bemerkt hätten.
Der argentinische Virologe und Biochemiker Pablo Goldschmidt erklärte ebenfalls, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als eine starke Erkältung oder die Grippe. Es sei sogar möglich, daß der COVID-19-Erreger bereits in früheren Jahren zirkulierte, aber nicht entdeckt worden war, da man nicht nach ihm gesucht hatte. Dr. Goldschmidt sprach von einem "globalen Terror", der durch Medien und Politik erzeugt worden sei. Jedes Jahr würden weltweit drei Millionen Neugeborene und 50.000 Erwachsene allein in den USA an einer Lungenentzündung sterben.
Der renommierte italienische Virologe Giulio Tarro argumentierte, daß die Mortalität von COVID-19 auch in Italien bei unter 1 % liege und damit vergleichbar mit der Grippe sei. Die höheren Werte ergäben sich nur, weil nicht zwischen Todesfällen mit und durch COVID-19 (siehe S. 32 ff.) unterschieden werde, und weil die Anzahl der (symptomfreien) Infizierten stark unterschätzt werde.
Virologie-Professor Dr. Carsten Scheller von der Universität Würzburg erklärte in einem Podcast, daß Corona durchaus mit der Influenza vergleichbar sei und bisher sogar zu weniger Todesfällen geführt habe. Er vermutete, daß die in den Medien oft dargestellten Exponential-

kurven eher mit der zunehmenden Anzahl an Tests zu tun haben könnten als mit einer ungewöhnlichen Ausbreitung des Virus selbst.
Auch was die Ansteckungsgefahr angeht, ist der Corona-Virus eher harmlos: In einem neuen Faktenblatt schreibt die WHO, daß sich COVID-19 nach bisherigen Erkenntnissen langsamer als die Influenza verbreite (um circa 50 %), und daß die vorsymptomatische Übertragung von COVID-19 wesentlich niedriger liege als bei der Influenza. Großbritannien hat COVID-19 übrigens inzwischen von der Liste der gefährlichen Infektionskrankheiten entfernt, da die Mortalitätsrate "insgesamt niedrig" liege.
"(Unser Artikel) kommt zu dem Schluß, daß das Problem von SARS-CoV-2 wahrscheinlich überschätzt wird, da jedes Jahr 2,6 Millionen Menschen an Atemwegsinfektionen sterben, verglichen mit weniger als 4.000 Todesfällen bei SARS-CoV-2 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels."
Die französischen Wissenschaftler Yanis Roussel, Audrey Giraud-Gatineau, Marie-Thérèse Jimenoe, Jean-Marc Rolain, Christine Zandotti, Philippe Colson und Didier Raoult in einem Beitrag zur "Corona-Krise"
Forscher der US-Elite-Uni Stanford behaupten: ***Corona ist nicht gefährlicher als eine Grippe!***
Schlagzeile bei Blick-Online am 21.04.2020
"Sie haben eine Infektion, die etwas ernster ist als eine Grippe mit einer tödlichen Pandemie verwechselt. ... Dieser Wahnsinn wird noch sehr wehtun. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht."
Prof. Dr. Maria Rita Gismondo, Virologin aus Italien und Direktorin eines biomedizinischen Instituts in Mailand, über "Corona" ...<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**
Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.
In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten.
Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbstzerstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.
Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:
1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald angeblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?
2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?
3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?
4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen

echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?
5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien. Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?
"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."
Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. (Tilman Knechtel)<<
Nach der Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise und der Klimakrise brach Ende 2019 in China die sog. "Corona-Krise" aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief danach am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.
Infolge der Ausrufung des weltweiten Corona-Pandemie-Notstands wurde sehr schnell fast die gesamte Weltwirtschaft lahmgelegt. Viele Regierungen nutzten die systematische Erzeugung von Angst gewissenlos als Herrschaftsinstrument. Sie hoben sofort die verfassungsmäßigen Grundrechte ihrer Bürger auf und weiteten gleichzeitig ihre eigene Macht kurzerhand enorm aus. Die staatlichen Destabilisierungsmaßnahmen führten sehr schnell in allen Ländern zur Instabilität der sozialen und wirtschaftlichen Lage.
In Deutschland setzten die "Corona-Notverordnungen" seit März 2020 wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft, wie z.B. Bewegungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und weitere persönliche Freiheiten.
Im Rahmen des Gesundheitsnotstands wurden wegen der vermeintlich gefährlichen "Corona-Pandemie" spezielle private Unternehmen, Geschäfte und öffentliche Institutionen vorübergehend geschlossen sowie Versammlungsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht und weitere "Schutzmaßnahmen" verhängt.
Die politisch inszenierte weltweite Corona-Pandemie bestätigt derzeitig, daß die Politik und die Propagandamedien die deutsche Bevölkerung vollständig im Griff haben. Eigentlich geht es zunächst vor allem darum, die angestrebte nationale und internationale Neuverschuldung durchzusetzen sowie zu testen, welche Maßnahmen man den Menschen im Rahmen der geplanten Neuen Weltordnung zumuten kann.
Die hinterlistige Corona-Politik und die unfaßbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land wahrscheinlich in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen. Tausende von Unternehmen stehen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm.

Scheindemokratie: Die sogenannte "repräsentative Demokratie" der Bundesrepublik Deutschland

> Die Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk.
> *Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/…): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches

Instrument der Plutokratie:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)
Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**
Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf
Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei.
"Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.
Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/…): >>**Fassade "Demokratie"**
"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."
Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*
Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.
Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.
Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann

da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.
Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.
Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.
Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.
Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.
Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.
Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.
Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.
Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.
Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-

Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.
Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.
Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.
Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.
Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.
Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.
Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.
Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl**,** die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.
Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koali-

tionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.
Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.
Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.
Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Demokratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.
Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Sowie dem Staat die angemaßten inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfiele zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.
Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.
Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.
Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.
Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich

selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/…): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: "*Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:

"*Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."* (Nach Wikipedia: *Politische Partei*)

Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben

keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)
Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.
Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.
Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.
Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den Interessengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:
"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."
Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der "*Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen",* also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten"* drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.
Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Ge-*

wissen unterworfen". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.
Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.
Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.
Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".
Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.
Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.
Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.
Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit 44/15*).
Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die

daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.

Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.

Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.

Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.

Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.

In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es*: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."* Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.

Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des

Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.
Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertan* ausführlich behandelt.
Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauteres Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.
Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiele die Parteien-gestützte scheindemokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.
Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.
Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtet am 3. Januar 2017:
>>**Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden**
*von Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**

… Recht erfordert Abwesenheit von Willkür

Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den

selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.
Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschauter Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. …

Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie

… Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)

Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie

Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung bereits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.
"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatschef sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.
Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese einzelnen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.
Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.

Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion

Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des 20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.
Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.
Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Aller-

dings wäre es eingestandenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.
Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.
Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.
Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.

Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.
In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.
Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).

Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger

Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.
Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt, welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. …
**Vortrag, gehalten bei den Septembergesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>**"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"**

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. …

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945.

Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlosses durch die SED-Verbrecher.

Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar - , so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. …<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 18 berichtete am 31. Juli 2018: >>**Der souveräne Staat ist unverzichtbar - besonders in einer globalisierten Wirtschaft**

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Mit dem Begriff "Nationalstaat" tun sich manche Zeitgenossen schwer: Das Festhalten am eigenen Staat in einer "globalisierten", entgrenzten Welt wird heute zuweilen mit Engstirnigkeit, Abschottung nach außen bis hin zur Ablehnung anderer Nationen und Kulturen verknüpft. Eine solche negative Besetzung des Begriffs wird jedoch der tatsächlichen Bedeutung des Nationalstaates in keiner Weise gerecht. Wir können ihn übrigens auch "souveräner Staat" nennen, dann wird die Abneigung gewisser Kreise dagegen klarer durchschaubar.

Einem Kleinstaat wie der Schweiz zum Beispiel, dessen Bevölkerung mit starken direktdemokratischen Instrumenten an der Souveränität, der größtmöglichen außenpolitischen Unabhängigkeit und der optimalen Freiheit der Bürger festhält, können Großmächte wie die USA und die EU nur schwer ihre Machtpolitik beziehungsweise die Interessenpolitik ihrer Konzerne aufzwingen.

Peinlich wird es, wenn Schweizer Politiker, Rechtsprofessoren, Diplomaten und Think tanks die Souveränität des eigenen Landes in einer "globalisierten Welt" für obsolet erklären, also den Ast, auf dem auch sie komfortabel sitzen, absägen wollen.

Um so erfreulicher ist es, daß vermehrt auch andere Stimmen zu hören sind, die dem souveränen Nationalstaat gerade in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zumessen, so der Schweizer Sozialwissenschaftler und Publizist Beat Kappeler und der Harvard-Ökonomieprofessor Dani Rodrik im *Schweizer Monat* vom März 2018, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehr ähnlichen Resultaten kommen.

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU

als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch. Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt." (Beat Kappeler)

"Die Freiheit und der Fortschritt hängen an der Ordnung des Nationalstaats"

Beat Kappeler definiert den Staat als "Regelbindung einer Einwohnerschaft durch Geschichte und Willen, auf umgrenztem Territorium". Dies entspricht den drei klassischen Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt als Voraussetzungen des Staates: Eine Bevölkerung, die auf einem Territorium mit festen Grenzen lebt und sich - im Falle der Schweiz jedenfalls - "durch Geschichte und Willen" (oder einen "Gesellschaftsvertrag", wie Jean-Jacques Rousseau es nannte) einer Staatsgewalt unterstellt, deren oberste Kontrolle im demokratischen Staat das Volk selbst, der Souverän ausübt.

Die Notwendigkeit des Nationalstaates erklärt Kappeler so: "Der Nationalstaat ist Garant der Grundrechte, der Durchsetzung vor Gerichten, der Rechtssetzung sowie der Renten, der Organisation des Territoriums, der Sozialpolitik, der Bildung, der Infrastrukturen und deren Versorgung und Entsorgung."

Vordringlichste Aufgabe des Staates ist demnach der Schutz der rechtlichen und sozialen Sicherheit seiner Bevölkerung - und nicht etwa der Interessen ausländischer Mächte und Konzerne. Der souveräne Rechtsstaat entscheidet im weiteren selbst, welche Verträge er mit anderen Staaten abschließen will: "Er (der Nationalstaat) leistet, was keine übernationale Organisation zu leisten vermag. Übernationaler Regelungen bedarf es nur dann, wenn der eine souveräne Staat auf andere Nationen einwirkt."

Warum der Kleinstaat Schweiz einem Großgebilde wie der EU überlegen ist

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch.

Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt. Zu einem gedeihlichen Zusammenleben gehört nach Kappeler auch die "Solidarität" der Bürger, womit nicht eine "wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung" gemeint sein darf, sondern, daß "jeder nach seinen Kräften beizutragen hat, und nicht, daß einige nur beziehen, andere nur bezahlen".

Auch das so verstandene Solidaritätsprinzip funktioniert im kleinräumigen Gemeinwesen, insbesondere in den Gemeinden, weit gerechter und kontrollierter als beim Verteilen mit der großen Kelle aus Milliarden-Fonds in Brüssel. Aber auch in der Schweiz muß zum Beispiel die Berechtigung zum Bezug sozialer Leistungen wie Invalidenrenten oder Arbeitslosengelder zunehmend strenger kontrolliert werden, um Mißbräuche auf Kosten der Steuer- und Versicherungsprämienzahler möglichst zu verhindern. In einem zentralistischen Großstaat oder einem bürokratischen Koloß wie der EU ist dies kaum möglich.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fortschritt hängt eng mit dem Nationalstaat zusammen

Besonders erfreulich ist die klare Stellungnahme von Dani Rodrik in derselben Ausgabe des *Schweizer Monat* - für einen Ökonomieprofessor an der Harvard University und der London School of Economics and Political Science keine Selbstverständlichkeit. Er vertritt die überzeugende Meinung, daß der Nationalstaat gerade in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftswelt unverzichtbar ist. Er werde zwar "innerhalb der Intelligenzija … mehrheitlich als untauglich abgetan - moralisch irrelevant, ja reaktionär -, den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu begegnen".

Dies ist für Dani Rodrik ein fataler Fehler: "Eine solide begründete Verteidigung des Nationalstaates würde mit der Annahme beginnen, daß Märkte Regeln brauchen. … Alles, was über einen einfachen Austausch zwischen Nachbarn hinausgeht, braucht Investitionen in Transport, Kommunikation und Logistik, braucht Durchsetzung von Verträgen, Bereitstellung

von Informationen und Vorkehrungen gegen Betrug, braucht ein stabiles und verläßliches Tauschmittel, braucht Arrangements für eine sozialkonforme Verteilung der Erträge und vieles mehr."
Märkte benötigen nach Rodrik auch Institutionen, welche "kritische Funktionen hinsichtlich Regulierung, Umverteilung, monetärer und fiskaler Stabilität und Konfliktregelung erfüllen. Diese Aufgaben wurden bislang im wesentlichen von Nationalstaaten getragen".
Wenn diese Anforderungen durch die einzelnen souveränen Staaten nicht erfüllt werden oder nicht durchgesetzt werden können, kann dies, wie wir wissen, schreckliche Folgen für die Bevölkerung haben, und lokale Unternehmen können nicht überleben, weil es nicht möglich ist, ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaften.

"Wo Nationalstaaten scheitern, sind wirtschaftliche Einbrüche und Bürgerkriege die Folge"

Wenn wir diesen Gedanken Rodriks weiterspinnen, heißt das umgekehrt: Großmächte, die vorsätzlich gut funktionierende Staatswesen mit Kriegen und Chaos überziehen, haben nicht einen prosperierenden internationalen Handel von gleich zu gleich zum Ziel, sondern verfolgen andere Interessen (Rüstungs- und Drogenhandel, Zugang zu begehrten Ressourcen, Land grabbing usw.).
Auf dem Territorium von Staaten, deren Regierungen, Parlamente und Gerichte durch paramilitärische Banden und Warlords geschwächt sind und ihr Recht nicht durchsetzen können, besteht viel Raum für ausländische Mächte und Konzerne, um sich im Widerspruch zu Landes- und Völkerrecht und in Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte selbst zu bedienen. Wirtschaftliche Unternehmen dagegen, die von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent ehrlichen Handel betreiben wollen, sind auf starke Rechtsstaaten angewiesen.
"Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse. Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." (Dani Rodrik)

Vorteile einer uneinigen Weltgemeinschaft

Professor Dani Rodrik weist darauf hin, daß die einzelnen Nationalstaaten nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte und des Handels verschieden angehen, sondern auch die Herstellung wichtiger sozialer Kompromisse: "Die Welt ist sich nicht einig, wie Gleichheit und Chancen gegen einander abzuwägen sind, Volksgesundheit und Umweltrisiken gegen technologische Neuerung, Stabilität gegen Dynamik, Profite gegen gesellschaftliche und kulturelle Werte." Eine uneinige Weltgemeinschaft "ermöglicht Experimente und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen institutionellen Konzepten sowie gegenseitiges Lernen".
Hier denkt der Leser unwillkürlich an die grundlegenden Unterschiede zwischen dem direktdemokratischen, föderalistischen Kleinstaat Schweiz und der zentralistisch geregelten und autoritär geführten EU. Im Wettbewerb der institutionellen Konzepte schneidet die Schweiz praktisch auf jedem Gebiet besser ab, zum Beispiel bei der Staatsverschuldung oder den Arbeitslosenquoten und ganz besonders in bezug auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund ihrer starken Mitentscheidungsrechte.

Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse

Schließlich kritisiert Rodrik die Kreise, welche Kritik an internationalen Handelsabkommen damit abtun, die Kritiker seien zu wenig weltoffen, um sich einer offenen Diskussion zu stellen: "Sich (aber) hinter Weltoffenheit zu verschanzen, ist nur ein schwacher Ersatz dafür, politische Debatten auf der Sachebene für sich zu entscheiden." Sein Fazit: "Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse.

Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." …

Verbundenheit mit dem eigenen Land

Der souveräne Staat - besonders in der direkten Demokratie - lebt durch die aktive Beteiligung von uns Bürgern. Unsere Jugend an diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe heranzuführen, ist Sache von uns Erwachsenen, den Eltern und Lehrern. …

Gleichberechtigte souveräne Staaten als Grundlage für eine friedliche Welt

Die größte, ja, für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe der souveränen Staaten ist ihr Beitrag zum Frieden in der Welt. Jeder Staat ist durch die Uno-Charta dazu verpflichtet, auch gegen außen Ordnung zu halten, sich gegen Übergriffe anderer Staaten zu verteidigen, Angriffe gegen diese zu unterlassen und sich auch nicht ungebeten in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Auftrag der Uno ist es, alle notwendigen und möglichen Schritte zur Erhaltung des Friedens einzuleiten und zu begleiten. Dazu wäre allerdings die in der Charta festgelegte Behandlung aller souveränen Staaten als gleichberechtigte Glieder der Weltgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzung.

Dem steht heute der fundamentale Fehler im System der Vereinten Nationen im Wege: die Sonderstellung der fünf Vetostaaten. Die Großmächte China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA können mit diesem Instrument zum einen völkerrechtswidrige Angriffskriege absegnen und zum anderen die Verurteilung von ihnen nahestehenden Aggressorstaaten verhindern, weil das Uno-System ihnen keine Verpflichtung zur Stimmenthaltung auferlegt.

Nur eine fundamentale Revision des Uno-Systems kann diese stoßende Ungleichbehandlung der Staaten beheben. Zur Förderung des Friedens und damit zum Wohle aller Völker muß eine gerechtere Weltordnung angedacht und überall diskutiert werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 8. Oktober 2018 (x954/…): >>**Die Scheindemokratie.**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"

von Rainer Mausfeld …

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zu-

gleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.
Mit dieser orwellschen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. …
Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben.
Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.
Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.
Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.
Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen.
Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.
Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. …
Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.
Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich ge-

gen demokratische Ansprüche abzusichern.



Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte. Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten?

Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.

Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.

Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.

Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem

so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.
Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.
Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.
Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.
In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.
Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.
Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.
Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitendemokratien.
Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.
***Rainer Mausfeld**, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<*
Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtete am 30. Oktober 2018: >>**Warum schweigen die Lämmer?**
Um die Demokratie zu retten, muß man erst verstehen, woran sie krankt.
Milosz Matuschek
Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er lebt in Paris. In seiner Kolumnen zerrt er am

Nerv der Zeit. Besonders interessieren ihn Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter.
Tucholsky meinte einmal sinngemäß, daß die Masse der Menschen zwar nicht im Detail versteht, was im Staat vor sich geht, aber oft gefühlsmäßig damit richtig liegt, was falsch läuft. Um dem Volk diese intuitive Erkenntnis - heute gerne Populismus genannt - auszureden, braucht es auch in der Demokratie bestimmte Tools, nämlich Meinungs- und Empörungsmanagement. Wie kann das sein, wo doch zum Beispiel im deutschen Grundgesetz schwarz auf weiß steht, daß alle Staatsgewalt vom Souverän, dem Volk, auszugehen hat?
Die Demokratie hatte schon für Aristoteles einen Konstruktionsfehler: Wenn alle Menschen die gleiche Stimmgewichtung haben, wie verhindert man dann, daß das Heer der Besitzlosen die wenigen Reichen enteignet? Die Antwort der amerikanischen Gründerväter, wie Madison, darauf war klar: Es braucht eine Demokratieform, die es de facto denjenigen erlaubt zu herrschen, die das Land besitzen, ohne daß dies der besitzlosen Masse auffällt: Die "repräsentative Demokratie" war geboren und sie hat sich bis heute im Kern nicht verändert.
Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten.
Für die Beschreibung dieses Umstands hat sich seit der Antike ein Bild etabliert: Die Menschen sind strukturell auch in der Demokratie immer Lämmer, die einem Herdenbesitzer gehören - egal ob sie das im Alltag spüren oder nicht. Ihre Freiheit besteht darin, aus dem politischen Personal diejenigen Hirten (Politiker) auszusuchen, die sie sympathisch genug finden, um von ihnen für ein paar Jahre im Glauben belassen zu werden, daß sie doch eine Art Kontrolle haben. Das Bild der Lämmerherde findet sich als roter Faden bei Platon, Hume, Madison, Friedrich II., Tocqueville, Russell und Lasswell, ohne daß jemals detailliert beschrieben worden wäre, wie sich dieses Verhältnis konkret im Alltäglichen artikuliert.
Diese Lücke schließt nunmehr der Kognitionspsychologe Rainer Mausfeld ("Warum schweigen die Lämmer?") mit einer so schmerzhaften wie brillanten Endoskopie des gegenwärtigen politischen Systems. Mausfeld ist ein Volksaufklärer in der Denktradition Humboldts, Deweys und Chomskys, der minuziös dechiffriert, was sonst viele Bürger nur als Grundgefühl hegen: Etwas ist hier faul.
Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten: Meinungs- und Empörungsmanagement, Denunziationsbegriffe zur Kanalisierung der öffentlichen Meinung, Soft-Power-Techniken und Nudging, um die Details der Umverteilung von unten nach oben zu verbergen.
Massenmedien, so Mausfeld in Anlehnung an Paul Lazarsfeld, seien daran mit schuld, hätten sie doch eine narkotisierende Wirkung und vermittelten die Illusion der Informiertheit. Skandale blitzen hier und dort allenfalls noch kurz auf, bleiben aber letztlich folgenlos. Hat sich die Demokratie tatsächlich längst in eine Plutokratie mit demokratischer Fassade verwandelt, ist die Refeudalisierung längst im Gange?
Egal ob es um das gelockerte Datenschutzrecht für Big-Data-Firmen, den Cum-Ex-Skandal, das gegenwärtige Herumeiern bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien oder den großangelegten Betrug der Autoindustrie an den Diesel-Kunden geht: Die Bilanz der letzten Jahre in Sachen Gleichheit vor dem Recht sieht verheerend aus.
Mausfelds Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit: Der Demokratie laufen die Demokraten davon, während die Termiten unter den politischen Kräften begeistert an ihren morschen Rümpfen nagen. Die Zeit zur umfassenden Renovierung des Systems wird knapp. Dank Mausfeld wird nun endlich klar, wo jeder ansetzen kann, um die Demokratie zu retten: bei sich selbst. …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>**Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten**
Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? …
Von Tanjev Schultz

… Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwisserei, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.
Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die *"Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.
Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.
Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...
Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. …<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/…): >>**Gezielte Zersetzung**

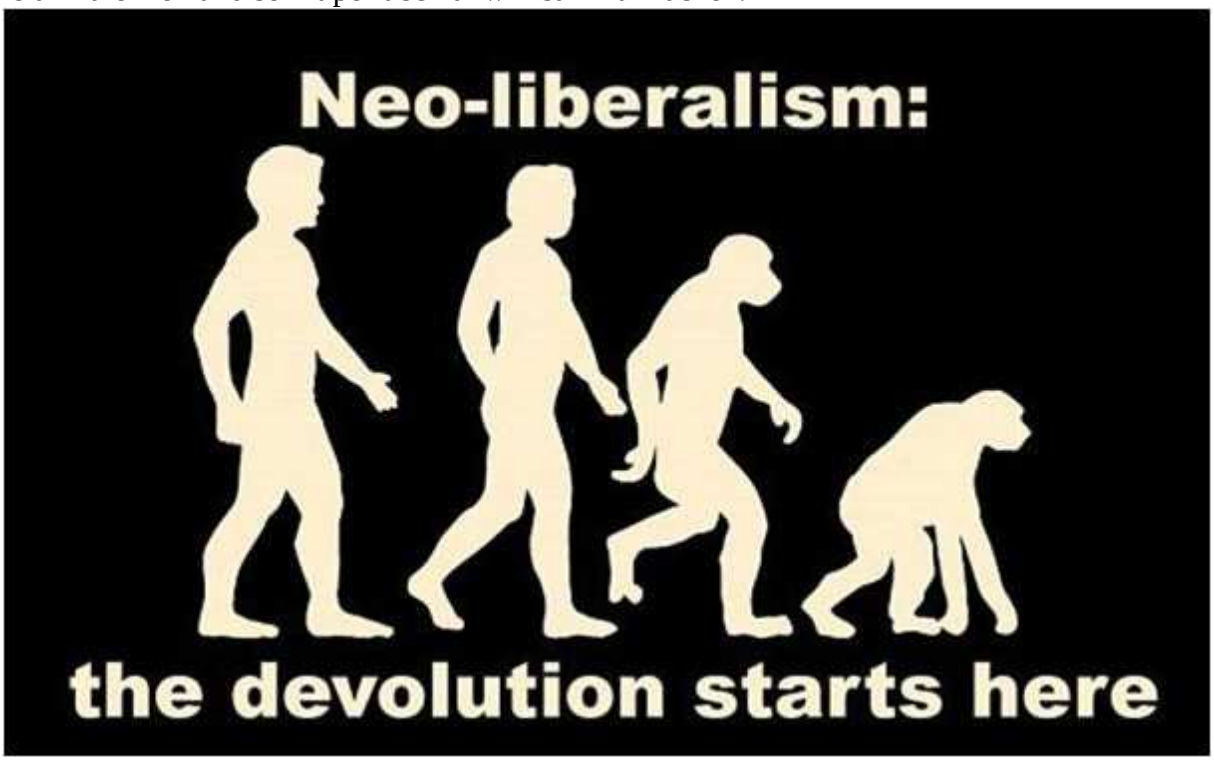
Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen … dienen der Herrschaftssicherung.

von Rainer Mausfeld …

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.
Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar …

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.
Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.
Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.
Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienten, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.
Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".
Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.
Da humanitäre Anliegen in der Öffentlich eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechtigte humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.
Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.
Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.
Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.
Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht unterliegen.
Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.
Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.
Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel

dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

***Rainer Mausfeld**, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<*

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 14. Dezember 2018 (x950/…):

>>**Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert**

Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.

von Marcus Klöckner im Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfinde. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

Marcus Klöckner: Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

Rainer Mausfeld: Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

Marcus Klöckner: Was bedeutet denn Macht?

Rainer Mausfeld: Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?

Marcus Klöckner: Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.

Rainer Mausfeld: Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.
Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.
Marcus Klöckner: Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.
Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.
Marcus Klöckner: Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.
Rainer Mausfeld: Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.
Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.
Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlentscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.
Marcus Klöckner: Wie gestaltet sich nun die Realität?
Rainer Mausfeld: Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.
Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.
Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?
In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.
Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.
Marcus Klöckner: Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?
Rainer Mausfeld: Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.
Marcus Klöckner: Das ist eine ziemlich harte Aussage.
Rainer Mausfeld: Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.
Marcus Klöckner: Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.
Rainer Mausfeld: Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdekken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.
Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.
Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.
Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.
Marcus Klöckner: Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?
Rainer Mausfeld: Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.
Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und

"Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.

Marcus Klöckner: Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzelfälle stehe im Grund politisch alles bestens.

Marcus Klöckner: Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Rainer Mausfeld: Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alternative zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Marcus Klöckner: Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Marcus Klöckner: Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?



Rainer Mausfeld: Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der

griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.
Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.
Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.
Marcus Klöckner: Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.
Rainer Mausfeld: Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.
Marcus Klöckner: Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?
Rainer Mausfeld: Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.
Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.
Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.
Marcus Klöckner: Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?
Rainer Mausfeld: Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.
Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.
Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrach-

tung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.
Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.
Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehrfachen Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. …
Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. …<<
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/…): >>**Der Parteien-Staat**
Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier
Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert
von Jochen Mitschka
Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!
Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.
Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."
Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.
Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterschieden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.
Die Justiz
Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.
Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.
Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.
So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:
"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.
... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehedem Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).
Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).
Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite gewaltenteilung.de einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.
Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.
Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.
Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.
Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

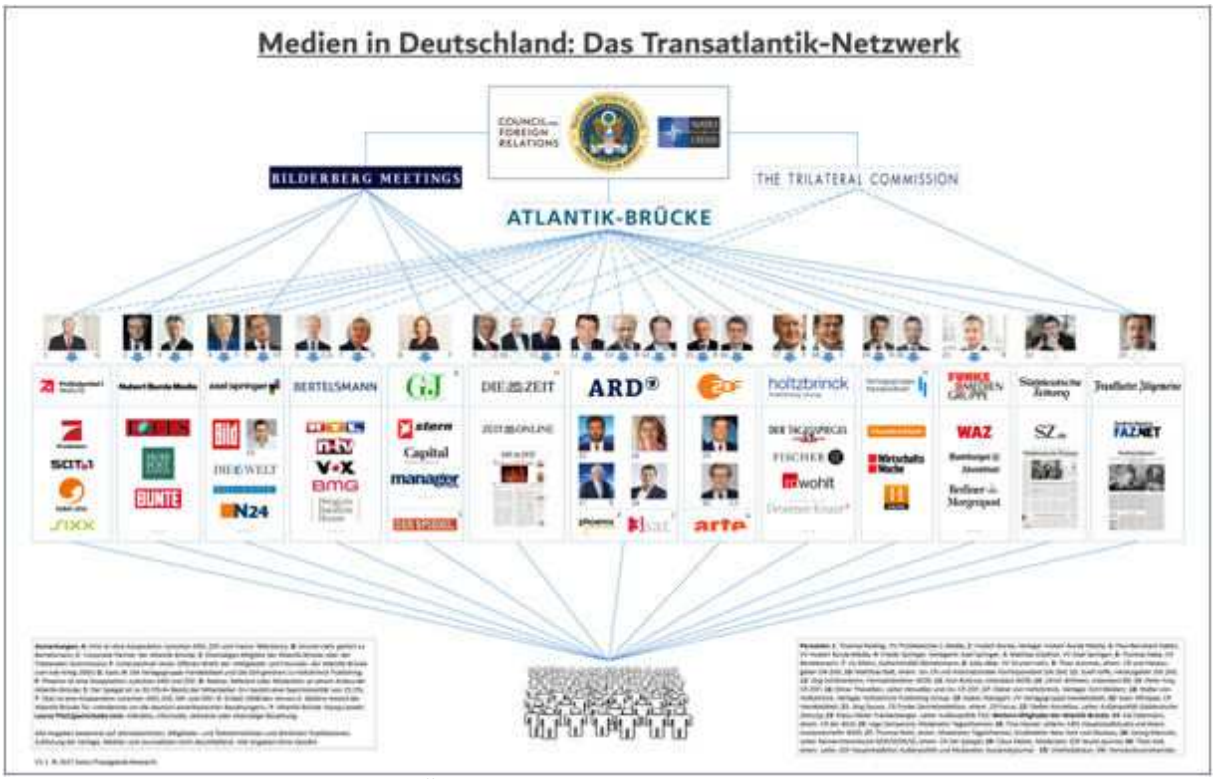
Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.
Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.
Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.
Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.
Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.
Hochschild schreibt in seinem Fazit:
"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.
Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."
Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.
"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie

für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten …'
Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.
Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).
Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.
Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".
"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".
Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.
Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.



Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.
"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbei-

ter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".
Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.
Der Medien-Navigator 2018: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.



Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:
Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.
Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.
Fazit
Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -

Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.



Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.
Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.
Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.
Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.
Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. … Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er … Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2019 berichtete im August 2019: >>**Die Demokratiesimulation hakt**

_ von Martin Sellner

Meinungsterror in Absurdistan: Je stärker die Herrschenden die Zügel anziehen, desto mehr offenbaren sie ihre totalitäre Fratze. Darin liegt eine Chance für freiheitliche Patrioten.

In den letzten 14 Monaten fanden bei mir drei Hausdurchsuchungen statt. Jedes Mal drang die Staatsmacht in meine Wohnung ein und nahm mir alle elektronischen Geräte - auch mein Handy - ab. …

Der oberösterreichische Polizeichef sekundierte in der Kronen-Zeitung: "Pures Strafrecht hat bisher noch nicht gegriffen." Daher müsse man sich andere Wege gegen die "Einnistung" der Identitären überlegen. Damit bediente sich der Mann fast haargenau der Wortwahl, die das frühere DDR-Ministerium für Staatssicherheit in ihrer "Richtlinie zur Zersetzung" verwendete.

Die Diktatur der Clowns

Unterdessen feiert das Feuilleton die Gesetzesbrecherin Carola Rackete, der in Italien zu Recht der Prozeß wegen Schlepperei gemacht werden soll. Asylanten dürfen nicht als "Goldstücke", Deutsche aber als "Köterrasse" bezeichnet werden. Hakenkreuzschmierereien auf AfD-Büros gelten als rechte Straftaten, die CDU ruft dazu auf, Rechten die Grundrechte zu entziehen. Und der Grapscher und syrische Migrant Aras Bacho verkündet auf Twitter, "Urlaub in Syrien" machen zu wollen, um seinen "Kopf freizukriegen".

Deswegen wird unsere Gegenwart von zynischen Stimmen als "Clown World" bezeichnet - eine surreale Clown-Welt, in der alles möglich ist und der Wahnsinn Methode hat. Inmitten von Klima-Greta, viralen Rezo-Videos, Kinder-Drag-Queens, Abtreibungspartys, Massenvergewaltigungen, Internetzensurgesetzen und antipatriotischen Algorithmen fällt es manchmal schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Man fühlt sich machtlos, überwältigt von Wahnsinn, Frechheit, Gemeinheit und Heuchelei unserer Gegner.

Jedes System muß seinen Totalitarismus verstecken und leugnen, daß es eine echte Opposition gibt. Nur so kann die Zone der Gleichgültigkeit aufrechterhalten werden, die die Säule einer jeden Diktatur ist. Es ist der Raum der Demokratiesimulation, in der jeder Bürger gemütlich vor sich hin leben kann, ohne etwas von Widerstand und Repression mitzubekommen. Deswegen lief sowohl im NS- als auch im Sowjetreich die Kino-Industrie auf Hochtouren - noch bis kurz vor dem Untergang. Gedreht wurden nicht nur Propagandaschinken, sondern auch unpolitisch wirkende Unterhaltungsfilme.

Heute schwindet diese Zone der Gleichgültigkeit Tag für Tag und macht Platz für die wahnwitzige Clown-Welt. Unseren Gegnern wird aber die Dialektik von Autorität und Sanktion auf die Füße fallen: Je mehr sie an der Repressionsschraube drehen, desto weniger Arbeitsspeicher bleibt für die Demokratiesimulation übrig. …

Martin Sellner ist Kopf der Identitären Bewegung Österreich. 2017 erschien sein Buch "Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (Verlag Antaios) …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2019 berichtete im Oktober 2019: >>**Demokratie ohne Volk**

_von Daniell Pföhringer

… **Berliner Scheindemokratie**

In jüngerer Zeit ist es vor allem der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der sich als Parteienkritiker einen Namen gemacht hat. …

In seinem Werk *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun* (2008) kommt er zu dem erschreckenden Befund, daß sowohl der Regierung als auch dem Parlament über weite Strecken die demokratische Legitimation fehlen. Letzteres komme seiner Funktion als Kontrollinstanz nur ungenügend nach, das freie Mandat sei "nur noch

schöner Schein", die Volkssouveränität "eine Fiktion zur Ruhigstellung" der Bürger, die Wahlen eine Veranstaltung "politischer Kartelle".
Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers hätten sich die großen Parteien den Staat zur Beute gemacht, betrachteten ihn als Selbstbedienungsladen und überlagerten - obwohl sie laut Grundgesetz zwar an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, diese jedoch nicht allein bestimmen dürfen - alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der gebürtige Darmstädter findet es gut, daß ein neuer Akteur auf den Plan getreten ist, der unabhängig vom Polit-Establishment agiert. "Daß es die AfD gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie", so von Arnim in einem Interview mit der Welt . …

Mehr Macht dem Bürger

Man sollte jedenfalls nicht allein auf das Instrument Partei setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thorsten Polleit sieht den Ausweg aus der Sackgasse sogar nur "in einer rigorosen Machtbeschneidung der Parteien" durch die Einführung von Volksentscheiden und Direktwahlen.
"Damit solche Änderungen eine Umsetzungschance haben, bedarf es der Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Demokratie. Sie steht nicht für Herrschaft der Mehrheit, sondern für den Schutz der Minderheit - und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung", mahnt der Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth in einem Essay für die Wirtschaftswoche (im März 2019) an.
Er schreibt: "Wollen wir die Demokratie buchstäblich am Leben erhalten, müssen wir daher mittel- und langfristig größer denken - oder besser gesagt: kleiner. Müssen Absetzbewegungen, Sezessionen, Aufspaltungen - kleineren politischen Einheiten den Weg bereiten." Solche Entitäten seien "offen und friedfertig", sie müßten ihre "Bürger und Unternehmer pfleglich, das heißt, als Citoyen und Leistungserbringer behandeln", um ihren Rückzug oder gar ihre Abwanderung zu verhindern.
Polleit, der sicherlich ein Gemeinwesen wie die Schweiz vor Augen hat, kommt zu dem Schluß: "Politische Kleinheit verspricht nicht nur höheren Wohlstand, sondern auch ein Plus an Identität und unmittelbarer "Staatsnähe". Aber auch räumliche Nähe zwischen Regierten und Regierenden hilft, Mißstände im Keim zu ersticken und wirksam zu sanktionieren. Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie" würde auch in kleinen Demokratien wirksam bleiben, gewiß. Aber seine Auswirkungen ließen sich leichter adressieren - und direktpolitisch minimieren."
Doch wie sah es Michels selbst? Er schrieb etwas ratlos: "Die immanenten Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden?" Eine Frage, die auch Kritiker des Parteienstaates beantworten müssen.<<

Die "Vierte Gewalt": Gleichschaltung der Berichterstattung und Meinungsäußerungen in der Bundesrepublik Deutschland

> Die Zensur ist das lebendige Eingeständnis der Herrschenden, daß sie nur verdummte Sklaven treten, aber keine freien Völker regieren können.
> *Johann Nepomuk Nestroy (1801-1862, österreichischer Dichter)*

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.
Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.
Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflußten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.
Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen und Medien) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz zu verteidigen. Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland vielerorts vollkommen anders aus.
Wer als Konservativer Kritik äußert oder friedlich gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Sämtliche Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradikalen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder Rassisten mit der Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.
Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie mit der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Verfolgungen wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren und passen sich ängstlich an.
Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben meistens völlig unbehelligt und werden nicht selten sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannten "rechtsradikalen" Abweichler konsequent gesellschaftlich ausgrenzt, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen.
Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>… So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.
Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.
Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt

wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.
Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?
Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. …<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.
Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...
… Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.
Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.
… Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...
Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.
Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.
Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Nachrichtenpolitik" in der DDR (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.
"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.
Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Osblock-Agenturen übernommen.
Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über den "Rundfunk" in der DDR (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten

Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über das "Fernsehen" in der DDR (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Zensur" in der DDR (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizensierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Sprache" in der DDR (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plandisziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudophilosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin

(der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 25. August 2007 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der Führer lebt … in den deutschen Medien**

Wenn man aus dem Ausland kommt, von welcher Seite auch immer, und die deutsche Grenze überschreitet, sieht man mit dem bloßen Auge sofort, daß man in Deutschland ist. Wälder von kirchturmhohen Windrädern, mit denen die deutschen Schildbürger auch noch zwei Jahre nach dem verdienten Abgang von Trittin Strom aus Wind machen wollen, und Hakenkreuzfahnen und Hitlerbilder an jedem Zeitungsstand. Das sind die auffälligen Merkmale, an denen man erkennen kann, daß man deutschen Boden betreten hat.

Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern und Schüsseln ins Gebäude. Unsere modernen Schildbürger versuchen es mit Windmühlen zur Stromerzeugung, also mit ins Bombastische vergrößerten Fahrraddynamos - im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxydfreien Kernenergie, die die ganze übrige Welt ausbaut.

Hitler lebt, 62 Jahre nach seinem Selbstmord, an allen Zeitungsständen, auf allen Fernseh-Kanälen, im Straßenbild. Vor dem Sitz des Bundesfinanzministers in der Berliner Wilhelmstraße, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, flattern die fünf Meter hohen Hakenkreuzflaggen lustig im Wind, 300 Wehrmachtssoldaten rollen in Schützenpanzern und Mannschaftswagen durch die Straßen. Allen alten und jungen Nazi-Anhängern wird ganz warm ums Herz. Man dreht die ersten Szenen des Stauffenberg-Films mit Tom Cruise, morgen wird man einen anderen Film drehen, einen Fernseh-Spot mit Hitler, eine Ausstellung mit Hitlers Bildern eröffnen, ein Theaterstück mit Hitler aufführen, eine sensationelle Reportage drucken: "Wo sind Hitlers Noten?"

Die Erstschrift der Meistersinger-Partitur, die ihm zum 50. Geburtstag geschenkt wurde, sie ist verschollen! Wollte Hitler Picasso deportieren, fragt ein soeben erschienenes Buch. Der Maler sollte als Zwangsarbeiter nach Essen gebracht werden! Hörte der Führer jüdische Schallplatten? Russischer Geheimdienstmann entdeckt Hitlers Schallplattensammlung. Wann wird "Mein Kampf" endlich im Buchhandel wieder erscheinen? Natürlich als kommentierte wissenschaftliche Ausgabe. Bisher konnte man ihn nur im Ausland oder antiquarisch beziehen. Soll Hitlers Buch nun erscheinen? Ja, sagen berühmte Wissenschaftler, die kommentierte Ausgabe ist lange überfällig.

Alle eben genannten Meldungen stammen aus der letzten Woche.

Hitler im Film, Hitler als Maler, Hitler in der Architektur, Hitler als Comic. Hitler in der Oper, Hitler sogar im "Tatort". In Deutschland ist immer "Führerwetter". Die Abbildung von Hakenkreuzen scheint nie verboten zu sein, wenn sie sich nur linksrum drehen, also von strammen Linken "Spiegel-verkehrt" bearbeitet werden. Offenbar kann sich das Volk an den Führerbildern und Hakenkreuzfahnen nicht satt sehen, denn in einer freien Wirtschaft wird

bekanntlich nur das produziert, was auch verkäuflich ist.
Bei "Spiegel-Gründer" Augstein und "stern-Chef" Henry Nannen war die Vorliebe für Hitler-Storys noch verständlich. Beide waren bei der Wehrmacht, Offiziere, später gut umerzogen. Augstein war einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Nannens Illustrierte folgte. Gegen Hitler ging es, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im "Spiegel" und im "stern" stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch mal.
Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Aber das Hauptinteresse der Herausgeber galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung der Magazine noch ganz nahe war. Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen.
Was ist eigentlich aus Baldur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja - wovon? Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden?
Das alles muß Rudolf Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazizeit, von der jeder nur seinen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den "Spiegel" so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten.
Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrika-Feldzug, mit Gallands und Mölders Abschüssen feindlicher Flugzeuge. Waren die Abschuß-Zahlen womöglich nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die Leser.
War alles wirklich so schlimm? Hat der Führer das gewußt? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. "Spiegel-Leser", so hieß der Slogan, wissen mehr. "Spiegel-Leser" wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und allen den anderen.
Wie lebten die in ihren Bunkern, und wie war es mit ihren Frauen und mit ihren Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und mit den Gelagen und mit dem Kunstraub und der Extra-Uniform, das war endloser Stoff für den "Spiegel", Woche für Woche. Augstein brachte die Nazi-Zeit den deutschen Lesern, die sie selber ja nur immer an einer einzelnen Stelle der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig nahe.
Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Wie war es genau, das Schlimme? Hauptsache, die Details stimmen. Stimmte das, daß wir den ersten Düsenjäger der Welt gebaut haben, die deutsche Me 262 A-1a (Schwalbe), mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-1b nicht zu verwechseln, ebensowenig wie das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wievielmal wurde es überhaupt verliehen? Das wird nie in der Quiz-Sendung mit Jörg Pilawa und Günther Jauch gefragt. "Spiegel-Leser" könnten es beantworten.
50mal Albert Speer, 14mal Kristina Söderbaum, 200mal Goebbelstagebücher, 100mal Führerbunker. Ohne Gewähr.
Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso, und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer war eine deutsche Erfindung. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im "Spiegel" statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet

- ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos, dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.
Die Leserschaft des "Spiegel" hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wieder aufgebaut.
In diesen Städten wuchs die neue Generation der "Spiegel-Leser" auf, die Anzeigenseiten des "Spiegel" wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das 20fache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neu aufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren, als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1967/68.
Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern, der "Spiegel" half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher unbekannte Details. Und vor allen Dingen Fotos. Der "stern" immer dabei, seit den "Hitlertagebüchern" aber vorsichtig.
Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel-Leser" haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Kopf und wollen die "furchtbare Zeit" immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel-Haus". Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen seien krank, sagt meine griechische Freundin.
Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die "Spiegel-Leser" und die Leser des "stern"? Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitler als Nichtraucher, Hitlers Zeichnungen. Und Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, er war auch noch ein Frauentyp. Wenn kein Sex-Titelbild mehr über das Sommerloch hilft, der Führer tut es. Es ist immer Führerwetter in Deutschland.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Januar 2008: >>"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"
Von *Uwe Felgenhauer*
Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.
"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" - die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.
Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und

auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).
Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.

Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen

Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.
Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt, wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.
Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".
Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche Stimme. Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.
Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile Abspielgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapieren wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):

>>**Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater**

von Philip Baugut

Er freue sich, daß Medienmacht und Medienmanipulation die demokratische Kultur nicht erschüttert hätten, rief Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 seinen Anhängern zu. Der trotz furioser Aufholjagd soeben abgewählte Kanzler inszenierte sich als Opfer einer journalistischen Verschwörung - und befeuerte auf seine Art die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Medien.

Das Zusammenspiel beider Seiten prägt die Demokratie, ist deren Prinzip doch die Öffentlichkeit, die Journalisten herstellen. Mangels direkter Begegnungen mit den Bürgern brauchen gerade Bundestagsabgeordnete die Medien für den Transport ihrer Botschaften. Nur wer in der Berichterstattung vorkommt, "findet statt", wie es im politischen Berlin heißt. Also müssen Politiker auf die Bedürfnisse der Journalisten eingehen.

Gefragt sind brandheiße, möglichst exklusive Informationen, worum die rund 1.000 Parlamentskorrespondenten in der Hauptstadt knallhart konkurrieren. Aufmerksam wird registriert, wer zuerst das Interview mit der Kanzlerin bekommt, wer die SMS über den aktuellen Verhandlungsstand.

Um so belohnt zu werden, müssen Journalisten einen engen Draht zu den Spitzenpolitikern finden. Freundliche Leitartikel helfen dabei, doch die Vierte Gewalt soll den Mächtigen stets kritisch auf die Finger schauen. Die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz ist folglich die Gretchenfrage in der politisch-medialen Welt.

Die Antwort wird auf zwei Bühnen gegeben, wie eine Studie auf Basis von Interviews mit führenden Abgeordneten und Journalisten zeigt. Auf der Vorderbühne, etwa bei TV-Interviews und Talkshows, ist die inszenierte Distanz zwischen beiden Seiten unübersehbar. Der Moderator will mit kritischen Fragen glänzen, der Politiker ihm mit wohlgeformten Antworten die Show stehlen.

An Theater erinnert besonders der Polittalk von Michel Friedman. "Wenn ich bei dem bin", erzählt ein Abgeordneter, der anonym bleiben möchte, "dann kloppen wir uns manchmal in einer unanständigen Weise, weil das auch seine Art, Quote zu machen, ist. In Wirklichkeit sind wir fast befreundet, nach der Sendung reichen wir uns nicht nur die Hand, sondern drükken uns auch." Es ist ein ebenso ritualisiertes wie inhaltsarmes Spiel, das beide Seiten vor laufenden Kameras aufführen. Eines, das die Zuschauer zunehmend langweilt - und davon ablenkt, daß auf der Hinterbühne die Musik spielt.

Der tiefgründige Austausch zwischen Politikern und Journalisten findet jenseits des Scheinwerferlichts statt. In den sogenannten Hintergrundkreisen, zu denen nur ausgewählte Journalisten Zugang haben, geben Abgeordnete mehr preis als in ihren glattgeschliffenen Pressemeldungen. Doch die brisanten Informationen sollen nur Interpretationshilfe sein und nicht veröffentlicht werden. "Wer schwätzt, fliegt", so die Spielregel. Ein solcher Hintergrundkreis ist die "Gelbe Karte", dem SPD-nahe Journalisten angehören. "Die duzen ihre Gesprächspartner aus der Partei auch zum großen Teil", kritisiert "Stern-Chefredaktionsmitglied" Hans-Ulrich Jörges den "ganz engen Umgang" auf der Hinterbühne.

So verwundert nicht, daß mancher Journalist seinen Duz-Freund auch in politischen Fragen berät - und damit eine berufsethische Grenze überschreitet. Als Gegenleistung wird ihm zum Beispiel ein internes Positionspapier exklusiv zugespielt. Den Bürgern bleiben solche Tauschgeschäfte verborgen, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. Daher sollte die Öffentlichkeit um die Mechanismen des politisch-medialen Zusammenspiels wissen.

Die Hintergrundkreise haben inzwischen an Bedeutung verloren, weil regelmäßig gegen die Spielregeln verstoßen wird. Vertrauliche Hintergrundinformationen, unbedachte Halbsätze, aus denen sich große Schlagzeilen basteln lassen, stehen oft schon am nächsten Tag in der Zeitung. Die Folge: Politiker informieren zurückhaltender oder verkaufen Dinge als vertraulich, die sie insgeheim veröffentlicht sehen wollen. Wer tief ins Innere eines Politikers blicken

will, muß ihn zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Doch nur wenige Medien wie der "Spiegel" oder die "FAZ" bekommen diesen exklusiven Zugang.
Es ist verständlich, daß Politiker im Umgang mit Journalisten höchst vorsichtig geworden sind. Der Medienwettbewerb um Prestige und Käufer führt zu einer ständigen Jagd nach Sensationen, die den politischen Prozeß belastet. Das haben die Verhandlungen zur letzten Gesundheitsreform gezeigt. Erst nach vielen zähen Runden fanden Union und SPD einen Kompromiß, den allenthalben kritisierten Gesundheitsfonds. Im Ringen um Kopfpauschale und Bürgerversicherung stach ein Verhandlungsteilnehmer medial heraus:
Der SPD-Linke Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie mit "pathologischem Selbstdarstellungsdrang", wie ein Journalist meint. Weil der Mann mit der Fliege nicht einmal bei seinen Parteifreunden Gehör fand, beschränkte er sich darauf, die Verhandlungen zu stören. So plauderte er Zwischenergebnisse aus und wetterte gegen nahezu alles, worauf sich die Koalitionsarbeitsgruppe mühsam geeinigt hatte.
Hierfür boten ihm nahezu alle Medien eine Plattform. Obwohl Lauterbachs Einfluß auf die Verhandlungen minimal war, wurde er ausführlich zitiert, weil jede Äußerung das Koalitionstheater noch größer erscheinen ließ. Und die Berliner Journalisten lieben den Streit. "Wir sind Streitverstärker, im schlimmsten Fall sogar Streiterfinder", räumt ein allseits anerkannter Hauptstadtjournalist ein.
Der journalistische Nachrichtenhunger ist so groß, daß ihn die Verhandlungsteilnehmer nie stillen können. Denn politische Prozesse brauchen Zeit, Medien im Online-Zeitalter aber rund um die Uhr eine Schlagzeile. Das vergiftet das Verhandlungsklima, weil die Konfliktparteien stets versucht sind, Interna auszuplaudern und über die Medien Druck auf die Gegenseite auszuüben.
Natürlich macht der öffentliche Streit eine Demokratie aus. Doch wenn jeder Reformbaustein schon im frühen Verhandlungsstadium medial zertrümmert wird, bleibt der Politik für komplizierte Sachdiskussionen nur die Flucht hinter verschlossene Türen. Die Medienmeute, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich damit selbst ein Bein: Denn um der medialen Hysterie zu entgehen, werden die wichtigen Entscheidungen in kleinste Kreise verlagert und erst dann verkündet, wenn sie in trockenen Tüchern sind. So war es bei der "Rente mit 67": Hätten die Medien von dieser Reform früher Wind bekommen, wäre die SPD-Basis dagegen Sturm gelaufen.
Es ist paradox: Die Total-Öffentlichkeit unserer hektischen Mediendemokratie schafft nicht mehr Transparenz, Kontrolle und Diskurs. Im Gegenteil, sie macht die Hinterbühne zum Ort für das wirklich Wichtige. Mehr Berichterstattung bedeutet auch mehr politisches Theater.
Es hilft nichts, die ohnehin selbstkritischen Hauptstadtjournalisten an den Pranger zu stellen. Manche Politiker klagen heute über mediale Erregungswellen, um morgen auf ihnen zu reiten. Sie sollten sich mit Medienschelte zurückhalten.
Vor allem Gerhard Schröder, der zu vielen Journalisten engste Beziehungen pflegte. Einer seiner Freunde, Ex-RTL-Chefkorrespondent Gerhard Hofmann, präsentierte sich vor Journalistenkollegen genüßlich als Schröder-Intimus. Ausgerechnet dieser schrieb über das Wahlkampfjahr 2005 ein Buch mit dem Titel: "Die Verschwörung der Journaille zu Berlin".
Der Autor ist Kommunikationswissenschaftler und Politologe und promoviert über das Spannungsverhältnis von Journalismus und Politik.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):
>>**Spitzenjournalisten auf Linie**
Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf
Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spit-

zenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.
Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.
Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.
Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:
Bei scheinbar politisch so grundverschieden ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten wie Michael Stürmer ("Welt"), Klaus-Dieter Frankenberger ("FAZ"), Stefan Kornelius ("SZ") und Josef Joffe ("Die Zeit") nachweisen.
Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt."
Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die - stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.
Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."
Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet.
Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):
>>**"Vierte Gewalt" - nur eine Anmaßung**
Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?
Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der

staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich "Vierte Gewalt". Aber sind sie das wirklich?
Einmal abgesehen davon, daß unser Grundgesetz eine "Vierte Gewalt" überhaupt nicht kennt - die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats - Gesetzgebung, Exekutive, Justiz - zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unterrichten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.
Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr "nur" Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtigte schon vor dem ersten Prozeßtag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden mißliebige Politiker falsch oder bewußt unvollständig zitiert. Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllern nicht reden will, wird - Waffenfreunde, aufgepaßt! - mit vorgehaltenem Mikrofon genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse läßt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.
Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien "die Öffentlichkeit". Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung.<<
Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/…): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**
Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.
Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.
Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.
Macht braucht Medien
Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.
Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.
Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.
In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen

als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.
In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.
Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.
Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.
Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."
Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*
Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."
Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.
Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.
Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht

durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.
In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."
Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.
Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karriereförderndne Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.
Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.
Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.
Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.
Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.
Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Siegloch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.
Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Ver-

non A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.
Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. …
Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) … und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).
Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.
"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflußten Eliten."
Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.
Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.
"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.
Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."
"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. …
Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber

eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."
Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.
Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.
"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien ´neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."
Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.
Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.
Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vieren spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über … die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchner Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.
Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaf*t, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.
Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Korne-

lius, Frankenberger, Joffe).
Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."
Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das ´Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."
Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue … unter Beweis stellen sollte."
"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."
Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."
Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. …<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/…): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**
… Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit
Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anläßlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.
Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT**
"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.
Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".
Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.
Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/…): >>**Lügen die Medien?**
Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.
von Jens Wernicke
Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.
Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.
SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.
Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.
Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.
Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?
Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind

nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.
Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).
Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.
Buchtitel: "*Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung*". *Das Medienkritik-Kompendium* … Westend-Verlag …<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/…): >>**Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung**
"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."
Jean Paul (1763-1825)
Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.
Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*
Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.
Die Frage nach den Ursachen
Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.
Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.
Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.
Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:
"*Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche,*

durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."
Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:
"*Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache … ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. … Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, … welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. … Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."*
In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwikkelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist. Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.
Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zumeist hinter ihnen zurück. Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":
"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".
Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das "*erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit",* das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.
Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.
Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehr-

jahre", "*die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre "*Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)
Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.
Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen*: "Und solang du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, /Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*
Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.
Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.
Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.
Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, "*daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*
Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. "*Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*
Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.
Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, "*sein Lebensschiff einen sicheren, festen*

Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."
Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.
"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."
Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. "*Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*
Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.
Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.
Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.
Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Die Forschung bestätigt das Bauchgefühl**
Ein Aufschrei ging durch die Medien, als der einfache Mann von der Straße diese als "Lügenpresse", "einseitig" und "ideologisch verblendet" kritisierte. Doch nun zeigen aktuelle Forschungsberichte: Der gemeine Plebs von der Straße hat mehr als recht gehabt: Die deutschen Medien haben einen Schrott über die Flüchtlingskrise zusammengekleistert und sind ihrer Rolle als unabhängige Berichterstatter vorne und hinten nicht gerecht geworden.
"Die Studie zeigt auf, daß sich der Informationsjournalismus beim Thema Flüchtlinge prak-

tisch nur für die Regierungspolitik, kaum aber für die Situation der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge interessierte." Und: "Die Medien feierten sich und den liberalen Teil der Bevölkerung als großartige Menschenfreunde. Sie wollten nicht recherchieren und übergingen Skeptiker und Kritiker." Zu diesem Befund kommt der Hamburger Medienforscher Michael Haller in seiner jüngsten Studie über die Berichterstattung zur Flüchtlingskatastrophe.

Ausländerkriminalität ausgeblendet

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Mainzer Medienforscher Marcus Maurer, der bestätigt, daß es bis zum Herbst 2015 einen "sehr positiven" Tenor der Berichterstattung über Migranten gegeben habe. Deutliche Probleme gab es bei der Berichterstattung über Kriminalität: Die Journalisten hätten nicht mehr die Realität wahrgenommen, geschweige denn über diese berichtet. Denn während in der Kriminalitätsstatistik deutlich mehr Gewaltdelikte von als gegen Migranten festgehalten wurden, hätten die Medien häufiger über Gewalt gegen Migranten berichtet als über Gewaltdelikte, die von Flüchtlingen verübt wurden.

Zudem dominierten in den Talkshows vor allem Gäste, die sich für eine verstärkte Zuwanderung aussprachen. Wer dies kritisierte, sah sich doppelt so oft "konfrontativem Verhalten" von seiten der Moderatoren ausgesetzt als diejenigen, die sich für Zuwanderung stark machten.

Unglaubwürdige Medien

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Chefin des Instituts für Demoskopie, Renate Köcher: Während die Medien immer noch voller Freude über die unkontrollierte Zuwanderung schwärmten, waren bereits im Oktober 2015 zwei Drittel der Deutschen der Meinung, die Flüchtlingswelle werde das Land stark verändern. 62 % der Bevölkerung befürchteten, mit den Flüchtlingen würden auch Terroristen eingeschleust. 57 % hatten das Gefühl, die Politik sei ratlos und Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Kein Wunder straft die Bevölkerung die Medien hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit ab:

Was die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, betrifft, vertrauen nur noch 30 % der Deutschen den Medien.

In Bezug auf die Kriminalität von Flüchtlingen sind es gar nur noch 23 %. Jeder Gebrauchtwagenhändler verfügt über eine höhere Glaubwürdigkeit!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Oktober geht an: Maybrit Illner**

So richtig prickelnd war es ja noch nie, was die ZDF-Moderatorin in ihrer Donnerstags-Schwatzrunde so serviert hat: Wohlfühl-Konsenssoße mit den üblichen Verdächtigen aus dem etablierten Parteien-Personal als Hauptzutat, gerne mit Figuren aus der zweiten Reihe und nur ganz selten gewürzt mit echten Oppositionspolitikern, die dann sicherheitshalber - wie neulich AfD-Vize Beatrix von Storch - schon mal separiert von den anderen am Katzentisch stehen müssen.

Seit der Bundestagswahl kennt die Ödnis allerdings keine Obergrenze mehr. "Maybrit Illner" ist zur Dauerwerbesendung für die "Jamaika-Koalition" mutiert, in der Schwarze, Grüne und Gelbe schon mal das Regierungskuscheln üben und die Bürger darauf einstimmen dürfen, welche Wahlversprechen sie in die Tonne treten würden, damit Mutti weiter regieren kann und die ausgehungerten Vorturner der Besserverdienerparteien FDP und Grüne auch mal an die Fleischtöpfe kommen.

In jeder zweiten Sendung sitzt Lindner-Vize Wolfgang Kubicki dabei, der seine Großmutter und das FDP-Wahlprogramm sowieso für einen Ministersessel verkaufen würde; für die Grünen waren von Kirchentags-Katrin Göring-Eckardt bis K-Gruppen-Jürgen Trittin auch schon alle da, und von CDU und CSU findet sich immer einer, der beteuert, daß das mit der "offenen rechten Flanke" schon nicht so gemeint ist und alle im Grunde doch dasselbe wollen: "Sozial" und "gerecht" sein sowieso, auch wenn die bockige SPD das gern für sich gepachtet hätte, das "Klima" retten bitte auch, und irgendwie "Ordnung" soll bei der Einwanderung schon herrschen, auch wenn weiter jeder rein darf.

Für diese Bürgereinschläferung in Endlosschleife ist Maybrit Illner die Idealbesetzung. Daß die Ost-Berlinerin mal SED-Mitglied war und das Fernseh-Handwerk im "Roten Kloster" gelernt hat, stand ihrer Nach-Wende-Karriere nicht im Wege. Warum auch; wer unter direkter Aufsicht der Abteilung Agitprop des ZK der SED die Rotlichtbestrahlung an der "Sektion Journalistik" der Leipziger Karl-Marx-Uni durchlaufen hat, der zentralen Journalisten-Kaderschmiede der "DDR", weiß schließlich, wie es die Mächtigen gerne haben. Besonders, wenn sogar die Kanzlerin selbst mal Agitprop-Sekretärin war. Gelernt ist eben gelernt; und willige Hoftrompeter werden bekanntlich immer gebraucht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat November geht an: Tina Hassel**

Die arme Tina. Im Sommer 2015, kurz vor Angela Merkels "Grenzen auf für alle", wurde Tina Hassel Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios. In ihrer untertänigen Verehrung für die Willkommenskanzlerin läßt sich die Rotfunkerin vom WDR seither so leicht von niemandem überbieten. Sogar mit andächtig zur Raute gefalteten Händchen hat man sie schon vor der Kamera gesehen. Und jetzt soll alles zu Ende gehen? Nicht mit Tina!

Was hat sie sich in den letzten Wochen nicht ins Zeug gelegt, um die "Jamaika" Schwampel als letzte Chance für die nächste Kanzlerschaft ihres Idols herbeizubeten und herbeizutwittern! Hunderte Kurznachrichten am Tag hat sie auf dem Höhepunkt des Sondierungs-Gewürges aus ihrem weich mit Zwangsgebührengeldern gepolsterten Berliner Chefsessel schon mal abgesetzt.

Pfui über jeden hat sie gegen Fieslinge ausgeschüttet, die was gegen den totalen Familiennachzug für alle und jeden haben. Denen soll das Wort "Familie" im Halse stecken bleiben, donnert die Tina, jawohl! Für sie ist sogar der "atmende Deckel", den die Grünen aus der "CSU-Obergrenze" für die Aufnahme illegaler Migranten gebastelt haben, ein Geniestreich und jeder ein Schuft, der so einen Unfug nicht schluckt. Jamaika muß her, und "Asyl kennt keine Grenzen". So geht "unabhängiger" öffentlich-rechtlicher Fernsehjournalismus.

Mit ihrer "Jamaika-Begeisterung" steht Tina Hassel ja nicht alleine da. Auch die ZDF-Kollegen dreschen nach Kräften auf die Spielverderber ein, die bei der schwarz-gelb-grünen Schwampel nicht mitmachen wollen. Aber der "ARD-Brennpunkt" am Tag nach dem Platzen der Sondierungsgespräche schießt einsam den Vogel ab.

Den blöden Lindner von der FDP, der der unfehlbaren Kanzlerin die kalte Schulter gezeigt hat, den ollen Sozi-Chef Schulz, der nicht mehr Merkels Mehrheitsbeschaffer spielen will, bürstet Tina Hassel patzig ab, aber mit der "geschäftsführenden Bundeskanzlerin", die es "noch einmal wissen will", führt sie ein andächtiges Verherrlichungsinterview, um ihr das Versprechen zu entlocken, daß sie weitermachen will. Ja, darauf haben wir gewartet. Merkel hat ja nichts falsch gemacht, sie ist nach der "Jamaika-Pleite" sogar noch "gestärkt", schuld sind immer nur die anderen. Honeckers Regierungsfernsehen hätte das auch nicht schöner hinbekommen.

Fragt sich bloß: Was will Tina Hassel mit diesem Heldenkult erreichen? Will sie Chefideologin der Grünen werden? Oder Merkels nächste Regierungssprecherin? Das könnten recht kurzlebige Jobs werden. Aber die Goldene Hoftrompete, die bleibt. Und wer hätte sie mehr verdient als die treue Tina?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Meinungszensur in Deutschland**

Das Stasi-Gesetz des Heiko Maas

Seit einiger Zeit ist das sogenannte Anti-Haß-Gesetz aus dem Hause des Noch-Justiz-Ministers Heiko Maas (SPD) in Kraft. Das Fazit bisher: Gleichviel Haß, mehr Zensur, weniger Meinungsfreiheit.

Der scheidende Bundesjustizminister Heiko Maas wollte mit seinem Gesetz das "verbale Faustrecht" im Internet beenden und die Meinungsfreiheit schützen. Dafür wurden die Platt-

formbetreiber für die Inhalte ihrer Nutzer in Haftung genommen. Bis zu 50 Millionen Euro sollen die Unternehmen zahlen, wenn Inhalte nicht "sauber" genug sind.
Das Ergebnis: Facebook und Twitter löschen und sperren, was der Bundesregierung nicht gefallen könnte.
Jetzt hat es den deutsch-ägyptischen Islamkritiker Hamed Abdel-Samad getroffen. Er hatte auf Twitter über einen algerischen Asylbewerber geschrieben, der laut dem Politikwissenschaftler in Algerien wegen Gewalt gegen religiöse Minderheiten verurteilt wurde. Das Ergebnis war die Sperrung von Abdel-Samads Twitter-Konto. Wie genau das US-Unternehmen auswählt, wer blockiert oder gelöscht wird, ist nicht herauszubekommen. Fest steht jedenfalls, daß man sich dort nicht mit der deutschen Regierung anlegen möchte.
Das Ergebnis nennt Abdel-Samad "schleichende Diktatur".
Dank dem neuen Gesetz, entscheiden nicht mehr Gerichte, welche Aussagen in Deutschland erlaubt sind. Es sind US-Firmen wie Facebook und Twitter, die in vorauseilendem Gehorsam die Meinungsfreiheit unterdrücken. Sie wollen sich keinem Risiko aussetzen.
Die Merkel-Regierung behält dabei saubere Hände: Sie verbietet keinem direkt den Mund, Kritiker müssen für ihre Meinung nicht ins Gefängnis. Es wird nur dafür gesorgt, daß sie sich nicht mehr öffentlich äußern können. Was die Systemmedien nicht berichten, soll auch keinen Platz im Internet haben.
Eine solche Form der Zensur kennt man normalerweise aus autoritären Staaten wie China. Auch dort beugen sich die Internet-Riesen den Wünschen der Regierung. Gezeigt wird nur, was dem Regime genehm ist.
Daß das Twitter-Konto von Abdel-Samad nach dem Einschalten eines Anwalts wieder freigeschaltet wurde, ist der einzige Lichtblick. Mit Maas' Anti-Haß-Gesetz wird nicht Haß in Deutschland verhindert, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 12/2018 berichtete am 17. März 2018 über den Kampf um die Meinungsfreiheit: >>**Meinungskampf: Der Riß**
Die Debatte um Durs Grünbein und Uwe Tellkamp überschattet die Leipziger Buchmesse. Es geht um Flüchtlingspolitik, Redefreiheit - und die erstarkende intellektuelle Rechte.
Zweitausendsechshundert Verlage stellen auf der Leipziger Buchmesse aus, rund 20.000 Bücher erscheinen in diesem Frühjahr, manche bejubelt, manche verrissen - und sehr viele gänzlich übersehen. Und dann gibt es noch jene Bücher, deren Titel die Stimmung nicht nur der Messe, sondern des ganzen Landes schon auf dem Buchumschlag einfangen: Monika Marons "Munin oder Chaos im Kopf", Bernhard Pörksens "Die große Gereiztheit - Wege aus der kollektiven Erregung" oder Yascha Mounks "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht".
Denn die Atmosphäre ist aufgeladen, seit kurz vor der Messe bei einer Diskussion auf der Bühne des Dresdner Kulturpalasts zwei Schriftsteller aneinandergeraten sind, als ginge es um einen Familienkonflikt im deutschen Bildungsbürgertum: Durs Grünbein und Uwe Tellkamp. Beide in den Sechzigern geboren, beide aus Dresden, beide preisgekrönte Autoren, ihre Werke erscheinen beim selben Verlag, bei Suhrkamp. Doch wie das manchmal so ist bei Familienkonflikten, beide können sich kaum mehr verständigen - und das in Fragen, die, je nach Standpunkt, zu den entscheidenden des Landes gehören: Wie hältst du es mit der Flüchtlingspolitik? Wie mit Merkel? Wie mit der Rechten? Ist die Meinungsfreiheit bedroht? Was darf man heutzutage noch sagen?
"Was ist denn das für ein Scheiß?", entfuhr es Grünbein, als Tellkamp behauptete, vor der Bundestagswahl sei die AfD die einzige regierungskritische Alternative gewesen. Die Szene wirkte, als hätte ein Regisseur diesen Konflikt inszeniert:
Auf dem einen Stuhl saß einer, der die offenen Grenzen genießt, der von seinen Reisen erzählte, von Paris. Auf dem anderen einer, der diese offenen Grenzen fürchtet. Einer, der glaubt, 95 Prozent der Migranten, die nach Deutschland kommen, seien keine Flüchtlinge,

sondern wanderten in die Sozialsysteme ein.
Diese Zahl ist nicht zu halten. Und doch steht der Umstand, daß Tellkamp sie vortrug, wie der ganze Dresdner Abend sinnbildlich für die Stimmung in Deutschland. Das hat seit Mittwoch zwar wieder eine gewählte Regierung, getragen von einer ziemlich geschrumpften Großen Koalition. Doch das liberale und das rechte Lager tun sich zunehmend schwer, sich überhaupt noch zu verständigen.
Es ist, als ginge ein Riß durch dieses Land. Es hat viele Risse auszuhalten, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, doch der Riß zwischen den Lagern, der sich nun auf der Buchmesse zeigt, läßt sich nicht mit den gängigen Mustern wegdiskutieren, mit denen sich das linksliberale Milieu sonst das Phänomen der erstarkenden Rechten ein bißchen zu leicht erklärt hatte: abgehängt, sozial schwach, aus dem Brennpunkt, ungebildet.
In Leipzig nimmt die erstarkende intellektuelle Rechte Gestalt an. Diese intellektuelle Rechte ist eine bürgerliche Rechte, eine gut situierte, gut ausgebildete Rechte, für die, anders als für die Hilfsempfänger der Tafeln in Essen und anderswo, Migranten keine direkten Konkurrenten um Nahrungsmittel darstellen. Schon anläßlich der Pegida-Demonstrationen hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die dort mitmarschierten, gering sei, die Zahl der Akademiker und Abiturienten aber hoch.
Für das intellektuelle Selbstverständnis der Bundesrepublik ist das eine Herausforderung.
Der italienische Philosoph Antonio Gramsci, ein Marxist, hatte einst die These aufgestellt: Wer das intellektuelle Leben beherrsche, beherrsche das Klima im Land. Die deutschen Achtundsechziger haben Gramsci gelesen und seine Theorie von der kulturellen Hegemonie umgesetzt. Seit einem halben Jahrhundert stand der Geist hier links. Doch nun hat die Rechte Gramscis Theorie gekapert.
Noch ist sie weit davon entfernt, das intellektuelle Leben zu beherrschen. Uwe Tellkamps Auftritt aber könnte ein Markstein sein. Von seinem Roman "Der Turm" hat er knapp eine Million Exemplare verkauft, allein im deutschsprachigen Raum, sein Werk ist in 15 Sprachen übersetzt. Einen derart prominenten intellektuellen Fürsprecher hatte die AfD bislang nicht.
Im "Turm" hatte Tellkamp das Dresdner Bürgertum als Träger einer selbstbewußten kulturellen Identität geschildert. Es ist nur folgerichtig, daß Dresden nun zum Schauplatz der Debatte wurde. Denn darum geht es in deren Kern: Was ist heute noch bürgerlich? Wird der Migrant, jeder Migrant, zum Bürger, auch wenn er nur kurz hier ist? Gebührt jenen, die nur kurz hier sind, ein besonderer Respekt? Digitalisierung, Globalisierung und Wandel der Öffentlichkeit sind auch für das deutsche Bürgertum eine Bedrohung.
An einer der Zentralinstitutionen dieses Bürgertums, der Oper, wirbt in Leipzig ein Transparent für "Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg". Schräg gegenüber liegt das Gewandhaus, von Polizisten gesichert, hier findet der Festakt zur Eröffnung der Messe statt, die schon jetzt ihr großes Thema gefunden hat. Keinen Sängerkrieg, aber einen Dichterstreit. Der Konflikt zwischen Tellkamp und Grünbein war nur das Donnergrollen in der Vorwoche der Messe.
Es folgte der Aufgalopp, in dem die Lager sich in Stellung brachten. Auf Twitter, wo der AfD-Abgeordnete Jens Maier freudig konstatierte, "Star-Autor Tellkamp vertritt AfD-Positionen". Im Radio, wo die Schriftstellerin Monika Maron Tellkamps Aussagen ein bißchen harmloser machte, als sie waren. Dem Deutschlandfunk sagte sie, sie könne die Aufregung darüber nicht verstehen - dabei ist sie es, die in ihrem Roman "Munin oder Chaos im Kopf" mit literarischen Mitteln von genau dem Grundkonflikt erzählt, der sich nun in der Realität zwischen Grünbein und Tellkamp abspielt.
Auf der einen Seite das eher linksliberale Milieu, auf der anderen Seite die Empörten, womöglich rechts. Und am Horizont das große Kuddelmuddel der drohenden Apokalypse, Millionen Migranten, junge Männer, sexuelle Gewalt: "Die Kriege, die bedrohlichen Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen, unser Straßenkampf, alles floß unter dem unbeirrbaren Rau-

schen des Regens zu einem endlosen Panorama zusammen, in dem ein Bild auf das andere folgte, manche miteinander verschmolzen, schwerterschwingende Männer liefen hinter Panzern her."
Die Suada steigert sich, am Ende erweist sie sich als Traum - oder doch nicht? So recht weiß man das ja nie bei derartigen Weltuntergangsszenarien. Ob die rechts sind? Schon zur Bundestagswahl hatte Monika Maron über sich selbst geschrieben: "Links bin ich schon lange nicht mehr."
Uwe Tellkamp war es wohl nie, schon in seinem Frühwerk "Der Eisvogel" schrieb er über einen rechtsradikalen Terroristen. Rollenprosa, gewiß. Auch hat Literatur keiner Gesinnung zu folgen. Große Autoren waren rechts, Gottfried Benn, Ernst Jünger - sie haben sich als Einzelgänger inszeniert, das gehört dazu, der "Waldgang", wie Jünger es nannte, als Widerstandsakt gegen die Mehrheit. Doch es ist auch diese Mehrheit, die rechten Dissidenten den Glorienschein des Außenseitertums erst so richtig verschafft - manches kritische Urteil dürfte diese in ihrer heroischen Pose nur bestätigen.
Durs Grünbein attestierte Tellkamp gerade in der "Zeit": "Was wir von Uwe Tellkamp hören, kennen wir von Pegida."
Auf der Bühne des Kölner Literaturfestivals Lit. Cologne konstatierte der Grünenchef Robert Habeck vor ausverkauftem Haus: "Tellkamps Argumente waren rechte Argumente, und seine Argumentation war verschwörungstheoretisch. Er soll aufhören zu jammern. Die Scheibe einschlagen und 'Haltet den Dieb rufen', das ist ziemlich peinlich."
Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu meinte: "Was fällt mir zu dem Mist ein? Mein Rat an die Heulsusen in der rechten Ecke: Lernt Deutsch, ihr Versager, und packt euch weg. Mein Rat an Tellkamp und andere Zonenzampanos: Maul auswaschen mit Seife. Gute Bücher schreiben."
Selbst Suhrkamp distanzierte sich bereits am Morgen nach der Diskussion in Dresden von seinem Erfolgsautor: "Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln. …"
Es war kein sonderlich glückliches Manöver, auch wenn eine Suhrkamp-Sprecherin sich später bemühte, den Tweet als Ausdruck allergrößter Normalität abzutun: "Dieser Satz weist lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin."
Die Suhrkamp-Autorin Sibylle Lewitscharoff meint dazu: Die Äußerungen von Herrn Tellkamp mögen empörend gewesen sein, aber ich rate davon ab, sich als Verlag dazu zu äußern. Der Verlag ist ausschließlich für die Bücher verantwortlich, die ein Autor geschrieben hat, nicht für dessen politische Haltung oder sonstiges Betragen."
Kulturstaatsministerin Monika Grütters, befragt nach ihrer Meinung zur Debatte, sagt, stets werde gefordert, daß die Intellektuellen sich in aktuelle Debatten einbrächten, und zwar gerade dann, wenn Krisenstimmung herrsche. "Nur muß man es dann auch verkraften, daß diese Leute provozierende und kontroverse Positionen vertreten. Auch da gilt der Grundsatz der Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung." Gleichermaßen müsse es der Autor Tellkamp aushalten, wenn viele Menschen deutlich machten, daß sie seine Meinung für eine Zumutung halten. Dafür habe sie gerade in diesem Fall großes Verständnis.
Die Aufregung kocht eben schnell hoch, wenn es um die Frage geht, ob ein Autor rechts ist, weil es hier schnell um die zentrale Frage der bundesdeutschen Identität geht: Wie verhält man sich zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, in der manche Rechte nur einen "Schuldkult" sehen?
Auf der Frankfurter Buchmesse hatte es im Herbst einen Eklat gegeben, als es bei einer Veranstaltung von Götz Kubitscheks Antaios Verlag zu einer Prügelei zwischen Identitären und Autonomen kam.
Oliver Zille, der Chef der Leipziger Messe, hat nun ein Sicherheitskonzept erarbeiten lassen, um zu verhindern, daß sich das wiederholt. Die rechten Verlage teilen sich eine Ecke in Halle drei, Polizisten patrouillieren durch die Gänge. Gegenüber von Kubitscheks Verlag befindet

sich die "Deutsche Stimme", ein NPD-nahes Blatt, daran schließt sich der Stand von Jürgen Elsässers rechtspopulistischem "Compact-Magazin" an, martialisch bewacht von blassen, muskulösen Männern im dunklen Sakko.
Bereits am Donnerstagvormittag, die Messehallen hatten gerade erst geöffnet, geht es in einer Diskussion um die Frage "Wie politisch ist der Buchhandel?". Mit auf dem Podium sitzt Susanne Dagen, eine Buchhändlerin aus Dresden. Ihre Buchhandlung liegt am Fuße jenes Villenviertels, das Tellkamp im "Turm" beschrieben hat, gleich bei der Elbbrücke. Eigentlich ein bürgerliches Idyll.
Dagen war es, die im Herbst die "Charta 2017" initiiert hatte, einen offenen Protestbrief an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dessen Unterzeichner sich dagegen wandten, daß der Börsenverein politisch Stellung bezogen hatte: Wenn ein Branchen-Dachverband darüber befinde, was als Meinung innerhalb eines Gesinnungskorridors akzeptiert werde und was nicht, dann sei unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt, hieß es da. Unterzeichnet war das Schreiben unter anderem von Uwe Tellkamp.
Eine Gruppe anderer Dresdner Autoren, darunter wiederum Durs Grünbein, antwortete mit einer Gegenerklärung: "Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern." Der "Opferhabitus", der durch die Klage über Gesinnungskorridore eingenommen werde, sei unangemessen.
Nun waren sie gefallen, die Reizworte, um die es seitdem geht: "Gesinnungskorridor", "Gesinnungsdiktatur" auf der rechten, "Opferhabitus" auf der linken Seite; Munition für einen Meinungskampf in Endlosschleife, moralisch hochgradig aufgeladen, geht es hier, je nach Sichtweise, doch um den Kampf gegen die "Gutmenschen", das "betreute Denken" oder eben um den zwischen dem hellen und dem dunklen Deutschland.
Dazwischen allerdings, könnte man einwerfen, gibt es viele Graustufen. Ist die öffentlich ausgetragene Diskussion zwischen Grünbein und Tellkamp nicht der beste Beweis dafür, daß es eine Gesinnungsdiktatur hierzulande nicht gibt? Susanne Dagen sieht das anders: "Das sogleich einsetzende Aufbrausen war der Beleg zur These. Die Stigmatisierungsmaschinerie lief unter Aufbietung sämtlicher negativ konnotierter Begriffe auf Hochtouren."
Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stimmt ihr zu: "Es heißt immer, in Deutschland könne man alles sagen. Das stimmt, allerdings nur in einem technischen Sinne. Eine offene Debatte erfordert mehr als das, nämlich Respekt für die Meinung des anderen, auch und gerade wenn sie mir nicht gefällt." Thilo Sarrazin sei ein gutes Beispiel. "Tatsächlich konnte er alles schreiben und es auch millionenfach verkaufen. In der meinungsbildenden Öffentlichkeit aber wurde er geächtet - 'nicht hilfreich', sagte die Kanzlerin."
Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der gerade das Buch "Die große Gereiztheit" veröffentlicht hat, nennt die Debatte zwischen den beiden Schriftstellern ein "Lehrbuchbeispiel für die Empörung zweiter Ordnung", die längst zum kommunikativen Normalfall öffentlicher Auseinandersetzung geworden sei. "Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen.
Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite. Seht her! Ihr wollt nur erziehen! Nur stigmatisieren! Nur moralisieren!" Eigentlich handle es sich nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die von Ressentiments gesteuerte Simulation einer Debatte.
Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der Bundesrepublik einen von Ressentiments befeuerten Meinungskampf gegeben, auch damals stritten Linke mit Rechten, auch damals schien es um alles zu gehen: entweder das "Vierte Reich" oder der Kommunismus. Darunter machte man es nicht.
Einer der Veteranen dieses Meinungskampfs ist Klaus Staeck, damals Plakatkünstler, später Präsident der Akademie der Künste. Eine Ausstellung mit den Arbeiten Staecks in Bonn empörte die CDU/CSU Mitte der Siebzigerjahre so sehr, daß deren damaliger Fraktionsge-

schäftsführer Philipp Jenninger die Bilder von der Wand riß. Die übliche Talkshow-Dramaturgie nütze der AfD, meint Staeck: "Wenn Gangster neben Gutmensch sitzt, erhält immer der Gangster die meiste Aufmerksamkeit."
Er rät deshalb: "Macht mal halblang." Ein leicht ins Reaktionäre spielendes Geraune habe es in der deutschen Literatur schon lange gegeben. In Wahrheit aber sei die Rechte intellektuell schwach und ein disparater Haufen mit geringer Relevanz. Der Nation fehle ein Gewissen, meint Staeck, Ratlosigkeit mache sich breit. Nicht die Äußerungen rechter Autoren seien die Gefahr, sondern die Indifferenz. Merkel habe suggeriert, die Bürger könnten die Politik einfach ihr überlassen, dann sei Ruhe.
In der Schweiz hat sich der Diskurs seit einigen Jahren merklich nach rechts verschoben. Was in Deutschland für Aufregung sorgt, ist dort längst publizistische Routine. Es sind die linken und liberalen Stimmen, die es schwer haben, noch gehört und gelesen zu werden. Eine dieser liberalen Stimmen ist der Zürcher Historiker Philipp Sarasin. Er betreibt mit anderen Intellektuellen das Blog "Geschichte der Gegenwart", reflektiert dort auch das Wesen populistischer Argumentation.
Sarasin warnt heute vor vorschneller Empörung und allem, was zur Lagerbildung beitrage. Es sei nicht so, daß eine rechte Position heute den Weg für einen neuen Faschismus bereite. Die zentrale Gefahr sei, daß die Gesellschaft auseinanderbreche. Darum müsse man den Korridor der Meinungen so weit wie möglich offen halten. Statt also nach der einen, wahren Meinung zu suchen, solle man den Streit annehmen und mit allen reden, die das überhaupt noch wollen. Dazu aber sei es nötig, ein wenig kühler zu reagieren und sich die Empörungsgesten zu sparen. Denn was solle nach den stets erwartbaren Distanzierungen kommen?
Yascha Mounk hat diese Empörungsgesten gerade selbst erfahren. Er ist in Süddeutschland aufgewachsen, mittlerweile ist er Politikwissenschaftler in Harvard, gerade hat er das Buch "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus die Demokratie bedroht" veröffentlicht - und schon ist er YouTube-Star: als Gewährsmann der Rechten. Klingt ein bißchen paradox angesichts seines Buchtitels.
Doch in einem Interview mit Caren Miosga hatte Mounk in den "Tagesthemen" von dem "historisch einzigartigen Experiment" gesprochen, eine "monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln" - rechten Bloggern genügte das als Beweis für eine ihrer liebsten Verschwörungstheorien: In Deutschland werde heimlich die Bevölkerung ausgetauscht. Wie soll man noch diskutieren, wenn Argumente derart fehlinterpretiert werden?
"Eine effektive Antwort auf rechts müsse zugleich respektvoll und prinzipientreu sein", meint Mounk. Mit Herablassung sei politisch nichts zu gewinnen. Wer Rechte schulmeisterlich belehre, werde sie nicht überzeugen. "Statt dessen sollten wir ganz klar formulieren, warum wir für unsere Prinzipien einstehen - und warum ihre Vision der Politik gefährlich ist."
Nur einer schweigt: Uwe Tellkamp. Er wolle sich nicht weiter äußern, läßt er mitteilen.
Durs Grünbein hingegen wirkt mittlerweile ein bißchen erschöpft. Er berichtet, statt noch einmal auf die Diskussion einzugehen, von einem seiner "regelmäßigen Albträume": "Man bittet mich auf das Podium (Paulskirche, Bundestag etc.), ich soll eine Rede halten und stelle fest - ich habe sie nie geschrieben. In meiner Jackentasche finden sich nur Notizzettel, die ich in der Eile nicht einmal entziffern kann."
Man könnte das für eine Metapher halten. Die Schwierigkeiten der Kommunikation.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>**Von Mainzel- und Muselmännchen**
_ von Peter Bartels
Der Multikulti-Stadl der GEZ-Sender: Wer abends in Deutschland ins Bett geht, wacht mit dem *Morgenmagazin* auf einem anderen Kontinent wieder auf: Nur noch Moderatoren aus Afrika, Nahost und Asien. Schwarze Haare, braune Haut. Blondinen mit blauen Augen, das

war früher. Als wir noch nicht fremd im eigenen Land waren …
Von A wie *Astro TV* bis ZDF wie Muselmännchen: Mal heißen die Gesichter, die heute Deutschland präsentieren, Mitri Sirin (türkischer Syrer), mal Yasmin Parvis (Papa Perser), Pinar Tanrikolu (Türkschland), Jessica Zahedi (Iran), Aline Abboud (Libanon), Özden Terli (Türkschland) oder Till Nassif (Papa Syrer). Das Erfreuliche: Alle genannten ModeratorInnen sprechen perfekt Deutsch. Der nette Nassif mit dem Eulenspiegel-Vornamen Till parliert sogar Bayerisch! Was kein Wunder ist: Alle, die seit gut zwei Jahren im TV Buntschland repräsentieren, wurden in Deutschland geboren, gingen hier zur Schule oder zur Uni und sind gut integriert, wie man so schön sagt.

Bunt ist Trumpf

Namen sind Schall und Rauch? Leider nicht. Hier sind sie Programm. Wenn nämlich das Fernsehen Deutschlands Schaufenster nach außen *und* innen ist, dann erkennen weder die, die von draußen mal reinschauen, noch jene, die schon länger hier leben, ihr Deutschland wieder. Mehr noch: Dann scheint der blöde Klapperstorch trotz "Prime" oder "Lieferando" sich seit Jahren zu verfliegen. "Big Brother Gutmensch" hat über Nacht subkutan die Umvolkung vollstreckt. Und Merkels Schutzsuchende üben weiter im Park…
Nach der totalen Zerstörung der deutschen Identität durch die Nazis und der totalen Entnazifizierung durch die Amis krümmte sich die nationale Würde der Deutschen zur Beifall heischenden Würdelosigkeit. Schon seit den Fünfzigern wurde frenetisch bejubelt, wer schwarz war, wie Kenneth Spencer, Billy Mo oder Roberto Blanco. Und diese Sänger verstanden es, mit schöner Stimme, knödelnder Trompete oder doppelbödigen Sprüchen ("Ich bin der einzige wahre schwarze Deutsche") in Deutschland Karriere zu machen.
Sechs Millionen systematisch ermordete Juden, die Erbsünde der Deutschen, mußten ja irgendwie kompensiert, konnten en passant wenigsten musikalisch etwas weggeklatscht werden. Jeder "Mr. Pumpernickel", jeder "Häuptling der Indianer", jeder GI-Heidelberger war recht, wenn er nur schön radebrechend endlich wieder mit den Deutschen zum Städele hinauszog. Dieses über Generationen anerzogene deutsche Betteln um Gunst und Gnade gipfelte 2015 in einer Willkommens-Willkür nie gekannter Unterwerfung. Gestern GröFaz Hitler, heute GröKaz Merkel. Mit dem Einreißen der Grenzen entschied die Alternativlose, Deutschland endgültig abzuschaffen.
Das aber war dann offenbar selbst dem deutschen Untertan zu viel. Michel maulte. Und dann trauten sich sogar mehr und mehr Lämmer zu blöken: 12,6 Prozent AfD bei der großen Wahl (und jetzt steht die kleine, aber womöglich entscheidende Wahl in Bayern vor der Tür…). Denn inzwischen wittert Michel: Es geht um alles - das Häuschen mit Garten, die Tochter, die Frau, Arbeit, Rente, in Gottesnamen auch um den armen Kerl am Kreuz. Aaaber: "Big Brother Gutmensch" wittert auch. Und da er vom Staatsfunk bis zu den Papier-Medien alles an der ZK-Leine hat, läßt er auf breiter Front gegen alles, was deutsch ist, wettern.

Der Große Austausch

Seitdem wird jeden Morgen ab 5:30 Uhr zurückgeschossen: Hatte das *ZDF-Morgenmagazin* vor 2015 noch mehr oder weniger neun Moderatoren mit deutschen Wurzeln, sind es heute mehr oder weniger neun Moderatoren mit Migrationshintergrund. Freilich, auch vor der Merkel-Wende hatte das ZDF schon einen typisch deutschen Schwarzen. Er hieß Cherno Jobatey, trug Rastazopf, berlinerte biodeutsch, spielte E-Gitarre und führte hierzulande den Turnschuh-Dresscode zum Anzug ein. Papa war Schiffskoch aus Gambia, Mama Deutsche aus Berlin. Heute ist Chernos Zopf längst ab; Herr Jobatey, mittlerweile 57, trägt schicke Slipper und ist Herausgeber einer linken Laberpost im Netz.
Aber auch seine biodeutschen Weggefährten von einst haben Karriere gemacht: Peter Frey, ein inzwischen ergrauter vom Typ Versicherungsvertreter, wurde ZDF-Chefredakteur. Die Präsidenten-Belügerin Bettina Schausten ("Meine Freunde müssen für die Übernachtung zahlen") leitet heute das ZDF-Hauptstadtstudio. Maybrit Illner, Honeckers Novizin im Roten

Kloster Leipzig, legt mit 53 inzwischen peinlich keck den Finger an die schmal gewordenen Lippen, wenn sie ihrem ZDF-Untersuchungsausschuß (Schimpfwort: "Talkshow") vorsitzt. Und Christian Sievers, der lange Süßi mit dem kurzen Näschen, dessen Äuglein auch mit Kontaktlinsen nicht größer wurden, bellt seit gut zwei Jahren um 19 Uhr die *Heute*-Nachrichten vom Lerchenberg. …

Damals, als das *ZDF-Morgenmagazin* noch deutsch war, hatte es natürlich auch einen deutschen Wetterfrosch. Der änderte sogar seinen schönen Namen Ben Vogel in Ben Wettervogel. Vielleicht, weil er sowieso so aussah, vielleicht, weil er sich zur Karriere quaken wollte. Nachdem *Bild* irgendwann seinen Selbstmord gemeldet hatte, kam - genauuu - ein Migrations-Deutscher, der Türke Özden Terli.

Der Fernmelder hatte zum Glück rechtzeitig auf Föhn umgesattelt. Heute sagt Özden den Rest-Deutschen im Nachmittagsprogramm, wie kalt der Wind aus Osten sein wird. Nur Mut, Junge, auch Deine alleroberste Chefin Hülya Özkan fing mal im Nachmittagsprogramm an. Mittlerweile ist die Ansagerin und Muslima glückliche Ehefrau von ZDF-Intendant Thomas Bellut.

Das *ZDF-Morgenmagazin* hat natürlich längst wieder einen neuen Ben gefunden: Benjamin Stöwe aus Eberswalde. Dem gelernten Synchronsprecher setzten clevere Werber gleich eine französische Bordeaux-Dogge aufs Fensterbrett. Diese Töle glotzt also in den Regen, wenn der angelernte Wettervogel ein Tief tremoliert oder sich im Stakkato zu einem Hoch jazzt. Immerhin: Deutsche Wurzeln! Leider nur die Wassereimer-Stolper-Nummer: Bio-Deutsche sind offenbar nur noch als Gender-Gustl oder Dödel-Detlef in TV-Buntschland gut. Hauptsache, der Redaktionsleiter haut sich im Regie-Halbdunkel vor Lachen auf die Schenkel. …

Wirklich politisch korrekt repräsentiert wird Buntschland fast nur noch von migrantischem Wurzelgewächs: Unterhaltung, Nachrichten, Wetter - bis hin zum lieben Gott auf *Astro TV*. Sogar auf diesem Sparten-Kanal rollt eine mollige Griechin namens Theodora Kontodimou (sehr schwarze Korkenzieherlocken, sehr kurze, rote Fingernägel) aus dezent wogendem Busen irgendwas von einer "Gottesmutter", die einer anonymen Endfünfzigerin für 50 Cent die Minute ("Handy kann teurer werden") noch im Mai einen neuen Mann finden wird, sogar einen mit Geld. Oder einen Beamten. …

Angriff auf die "alten weißen Männer"

Noch Ende Februar 2012, drei Jahre vor der Merkel-Wende, klagte ein Kai-Hinrich Renner im *Hamburger Abendblatt*: In deutschen Redaktionen gebe es kaum Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln. Vorzeige-Journalisten wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) und Georg Mascolo (damals *Spiegel*), Väter Italiener, seien nur "Ausnahmen".

Bis dahin hießen die *Tagesschau/Tagesthemen*-Sprecher, ordinär aber biodeutsch, tatsächlich fast nur Karl-Heinz Köpcke, Hanns Joachim Friedrichs, Dagmar Berghoff, Eva Herman. Heute heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay, Linda Zervakis. Ingo hat italienische, Pinar türkische, Linda griechische Wurzeln. Zum perfekten Wunschland für "Big Brother Gutmensch" wird Buntschland, wenn Julia Niharika Sen (Papa Inder) von NDR 3 die Zuschauer zur *Tagesschau* mit Linda Zervakis weiterreicht. …

Beim *ZDF-Mittagsmagazin* strahlt sich neuerdings Jana Pareigis zur Karriere. Sie wurde 1981 in Hamburg geboren, trägt meistens knallrot, knallgelb, knallgrün und hat flammend rote Nägel. Sie ist schwarz, eigentlich braun, aber das klingt ja politisch nicht sooo korrekt. Fräulein Pareigis ist nämlich "polyethnisch", schnappatmet *Wikipedia* wie im Rausch: Deutschland, Schweden, Simbabwe (Afrika) lieferten ihr Gene. Sehr viel Afrika, wie jeder sieht. Vorbildung? Peacekeeping-Department bei der UNO. Uuund: Assistentin beim Chefredakteur von N24, heute *Welt-TV*. Nicht schlecht, Fräulein Specht.

Übrigens: Tanit Koch, die Assistentin von *Bild*-Totengräber Kai Diekmann himmelte sich sogar zeitweise zu dessen Nachfolger als Chefredakteuse hoch. Also aufpassen, "alter weißer Mann" Peter Frey…

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei "Bild". 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von "Bild" - als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte.<<

Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtete am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen**

Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Diesel-Fahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Massenmigration und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netzwerke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.

Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.

In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtete im August 2019: >>**Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD**

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

_ *von Enrico Komning*

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vorgetragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen

nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ.

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. …

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. …

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsabgaben bezahlt) ließ die ARD ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de:* "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu verwenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". …

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.*<<

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland von 1990-2020
Souveränität

> Der Mensch kann nicht ewig Kind bleiben, er muß endlich hinaus, ins feindliche Leben. Man darf das die Erziehung zur Realität heißen.
> *Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe)*

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>… Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>… Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Ver-

faßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.
Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."
Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.
Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**
Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der Grünen mit.

Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.

Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor

Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".

Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...): >>**Jämmerlicher Vasall**

Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht

Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die "Kanzlerakte" doch?

Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.

Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufflammenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.

Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wußte davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.

Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier "blind und taub", was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.

Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. …

Was bedeutet "taub und blind" überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6.500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.

Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche "Kanzlerakte", nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muß endlich Schluß sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

… Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."
Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.
Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.
Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besatzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.
Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".
Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat - dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist - vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen - BRD und DDR - zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte. Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden.
Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unter-

lagen.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde. …<<
Schlußbemerkungen: Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrükkung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.
Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.
Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>… Artikel 1
(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<
Innen- und Außenpolitik
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde zwar ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet, aber das neue Verwaltungskonstrukt - BRD und DDR = BRD - übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Aufgrund der eingeschränkten Selbstbestimmung führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland weiterhin alle Vorgaben des US-Imperiums gewissenhaft und widerstandslos aus.
Nach der sogenannten Wiedervereinigung wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.
Staatsangehörigkeit
Für die Staatsangehörigkeit der Deutschen gibt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keinen speziellen Artikel.
Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes werden die deutschen Staatsangehörigen lediglich als Bewohner bezeichnet.
Ostdeutschland
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb un-

gültig und nichtig.
Die Regierung der BRD bemühte sich während der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 nie um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete.
Die Bundesrepublik Deutschland trat mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße Gebiete eigenmächtig ab, obwohl sie weder staats- noch völkerrechtlich verfügungsberechtigt war, da die Territorialgewalt über Ostdeutschland nach wie vor allein das Deutsche Reich ausübte.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.
Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete war gemäß Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) zweifelsfrei völkerrechtswidrig (x890/...): >>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>**Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren**
... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...
... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.
Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".
Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."
Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter

Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.
"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.
... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**
… Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.
In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft" völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." …<<
Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. …
Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." …<<
Bedeutende Leistungen
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian

Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.
Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.
Der staatlich geförderte Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und unterstützte die Herrschaft der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig nicht selten zu den Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen.
Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten danach unentwegt Rechtfertigungsgründe wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Rassismus usw. ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.
Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...
1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<

Herausragende Politiker

Fehlanzeige!

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Helmut Kohl



Abb. 88 (x315/160): Francois Mitterand und Helmut Kohl (rechts) reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer

einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.
Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.
Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.
Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.
Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".
Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. April 1999: >>**"Staatsmann des Jahrzehnts"**
Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ...
Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...
Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 deutscher Bundeskanzler (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich

geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. …
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**
Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:
Kein Kommentar.
Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".
Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...
Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft - in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**
... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung
… Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte die D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden … Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit zögernd zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.
Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. …
Frankreich hat den EURO durchgesetzt.
Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h.

Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.
Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere
… Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". …<<
Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
… "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." …<<

Gehorsame Erfüllungsgehilfin und willige Handlangerin der Neuen Weltordnung: Angela Merkel



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend; 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Män-

ner, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).
Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.
Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).
Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.
Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.
Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.
Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:
Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018. Starrsinnige Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**
Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen
In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.
Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "De-

mokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.
Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.
In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. …
Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**
… Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...
Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...
Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.
Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.
Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" … als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.
Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.
Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder ab-

gewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.
Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".
Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'
Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'
Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."
Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**
Deutschlands große Lüge
Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000 Milliarden Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.
... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.
Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...<<
Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/…): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**
Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzler zu fordern.
1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland
Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.
2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht
Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.
3. ESM-Vertrag
Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kon-

trollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 2012 (x887/...): >>**Wir sind Merkel**

Gertrud Höhlers Kritik an der Kanzlerin öffnet Blick auf tiefer liegende Probleme

Während in den meisten Medien das Buch "Die Patin" als Rache einer enttäuschten CDU-Wegbegleiterin abgetan wird, bietet es durchaus traurige Wahrheiten.

Die Reaktionen der großen Medien auf das Merkel-Buch von Gertrud Höhler steigern sich teils in regelrechte Haß-Tiraden hinein. Die 71-jährige Literaturwissenschaftlerin wird in einer Weise persönlich attackiert, die keine Grenzen mehr zu kennen scheint.

Die Methode, den Autor zu demontieren, um seine Thesen nicht mehr ernsthaft diskutieren zu müssen, ist aus der Sarrazin-Kontroverse vor zwei Jahren noch bestens in Erinnerung. Doch ebenso wie damals steht der beinahe einhelligen Ablehnung seitens der Medien eine weitaus differenziertere Beurteilung von seiten des Volkes gegenüber. In Leserbriefspalten und Internet-Foren erfährt Höhler neben Kritik auch viel Unterstützung. Ihr Eindruck von einer zerfasernden Demokratie und eines gefährlich bröckelnden Rechtsstaats wird offenbar von vielen Menschen geteilt.

Was also ist dran an Höhlers Vorwurf, unter der Kanzlerschaft Merkels erodierten Demokratie und Rechtsstaat?

Für den Rechtsstaat ist es unerläßlich, daß sich die politische Führung an Recht und Gesetz hält. Zutreffend bemerkt Höhler, daß bei der abrupten Energiewende und ebenso bei der Euro-Rettung Gesetze reihenweise gebrochen wurden. Das aber ist das Gegenteil von Rechtsstaat: Daß man Gesetze nach Belieben brechen darf, wenn man nur die Macht dazu besitzt. Doch genau dies ist unter Merkel geschehen.

Und die Demokratie? In den Parteien des Bundestages hat es nie ernsthafte, ergebnisoffene Diskussionen über die Euro-Einführung gegeben, eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern blieb den Deutschen ebenso versagt.

Letzteres indes weist noch in die Zeit vor Merkel zurück. Höhlers Glorifizierung der Kohl-Ära als gleichsam goldenes Zeitalter der Demokratie geht daher in die Irre.

Aber wie geht es weiter? Heute wird sichtbar, daß mit dem Euro das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats an sich zur Debatte steht, Stichwort "Vereinigte Staaten von Europa". Doch lassen Politiker keinen Zweifel aufkommen, wie sie diese Umwälzung zu realisieren gedenken: Abermals soll ohne Volksbeteiligung alles soweit vorangetrieben werden, bis den Deutschen kaum etwas anders übrig bleibt als zuzustimmen oder Chaos zu riskieren. Das Volk also wird ganz unverhohlen übers Ohr gehauen.

Aber ist das alles allein Merkels Schuld? Wenn ja: Warum läßt sich das Volk dies gefallen? Bettina Röhl stellt in der "Wirtschaftswoche" die entscheidende Frage, ob die Kanzlerin nicht vielleicht nur das Symptom einer allgemeinen Krise der Parteiendemokratie sei, der ein kaum weniger orientierungsloses Volk gegenüberstehe. Merkel füllt demnach nur das Vakuum, das andere hinterlassen haben. Röhls Analyse der Kontroverse ist nicht bloß die intelligenteste, sie ist auch die beunruhigendste.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. August 2012: >>**Der Politikstil der Kanzlerin**

Das System M

Mit Angela Merkel kam die Relativierung von Werten in die Politik. Ihre Führung lebt von den Mißverständnissen, die über sie in Umlauf sind. So arbeitet sie am Zerfall der Demokratie.

... Von Gertrud Höhler

Niemand unter den Tätern, die Europa durch Rechtsbrüche und Verfassungsverstöße retten

wollen, bringt für diese lautlose Sprengung der Pfeiler, auf denen Europa und seine Staaten ruhten, eine so natürliche Qualifikation mit wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. Die Ironie der Geschichte machte sie genau deshalb zur "Königin von Europa", weil ihre Unbefangenheit beim Abbruchunternehmen Euro-Rettung von den beklommenen Vollstreckern als Überlegenheit erlebt wird.
"Die Werte der anderen" haben für die deutsche Chefin keinerlei Verbindlichkeit. So wird die Kanzlerin zur Protagonistin in einem dämonischen Spiel, das die "Rettung Europas" zu einem absurden Preis auslobt: alle Spielregeln zu brechen, die den Geist von Europa garantieren. Die Stabilität des Kontinents wird nur noch über Geldwerte definiert. Der Irrtum am Start der Währungsunion wird damit wieder handlungsleitend; das geheime Motto lautet: Wir kaufen Europa.
Die Kanzlerin hat mit einer Rechtzeitigkeit die Szene betreten, die wir Zufall nennen können. Ob ohne diese unbeschwerte "gute Patin von Europa" ("Bild" am 28. Oktober 2011) die deutsche Politik und ihre Dominanz im europäischen Projekt genauso aussähe, darf bezweifelt werden. "Führung", wie die Kanzlerin sie praktiziert, ist ein zuverlässig codiertes Undercover-Stück, das von den Mißverständnissen der Beobachter lebt.
Jahrelang hat die Presse sich mit der Frage beschäftigt, ob sie besonders gut oder eher schlecht oder vielleicht gar nicht führt. In Wahrheit hat Merkel ein autokratisches System entwickelt, das von den Vorurteilen der Beobachter profitiert: Autoritäres Schweigen ist in diesen Vorurteilen nicht verzeichnet. Genau das praktiziert die Kanzlerin mit wachsendem Erfolg.

Eine spezielle Variante von Hypermoral

Angela Merkel hat von Anfang an diese Blockade in den Sehgewohnheiten der Westler ausgelöst. Da sie ihr werteentleertes Erfolgskonzept nicht aggressiv vortrug, sondern ganz entspannt "dabeihatte", wirkte sie eher exotisch, wie von sehr weit her gekommen, als feindlich. Es dauerte Jahre, bis ihr Relativismus von einigen Wegbegleitern verstanden wurde.
Die Blockade in den Köpfen der Kollegen beruhte auf Wunschdenken: Relativieren, das konnten sie alle bis zu dem Verbotsschild, das bei Werten und Normen aufragte: Pacta sunt servanda, stand da. Rechtsbruch als Privileg der Regierung: auf keinen Fall. Vertrauensbruch, geschredderte Versprechen, Täuschungsmanöver mit Wertezitaten, Mißbrauch von Ethik und Moral zur Befriedung der "andern", das machen Falschspieler.
Mit Angela Merkel kam die Meta-Ebene der Relativierung, das Verbotsschild verschwand. Relativismus in der Physik, wo es um die reale Welt geht, ist ein Kinderspiel, verglichen mit den Spielräumen, die Relativierung im Reich der Werte und Normen öffnet. Führung darf alles, steht da in machtvollen Lettern, die nur die Machthungrigen lesen können. Merkels Relativismus der Erkenntnisse und Werte ist eine spezielle Variante von Hypermoral, die den Mächtigen besondere Lizenzen öffnet. Was wir wissen und bewerten, so Merkels ethischer Relativismus, gilt nie absolut.
Es hängt ab von den Meinungen, die umlaufen, von den Zielen, die sie verfolgt, von der Verwendbarkeit der Menschen, die, anders als die Machthaberin selbst, in Wertekonflikten gefangen und dennoch für sie unentbehrlich sind. Die unerledigte Auseinandersetzung zwischen großen Teilen der CDU und Angela Merkel gilt diesem Utilitarismus, der das gesamte Wertepotential je nach Bedarf wegschwemmt.
Mit Angela Merkel ist eine Frage auf die politische Tagesordnung gekommen, mit der die CDU einstweilen nur intuitiv, nervös und im Kern fassungslos umgeht: Es ist die Frage, ob der Wertekonsens, den alle bürgerlichen Parteien teilen, seine Gültigkeit verliert zu Gunsten situativer Unberechenbarkeit aller Akteure und Motive. Daß der Konflikt nicht ausgetragen wird, nicht jetzt, hat mit seinem grundsätzlichen Gewicht zu tun. Die Kanzlerin arbeitet daran, daß er sich von selbst erledigen werde, durch Gewöhnung an das neue, utilitaristische Wertekonzept.

Antipathos in höchster Perfektion

Angela Merkel hat das Konzept von der überparteilichen, übernationalen Kanzlerin entwikkelt. Sie führt ihr Amt wie einen Gemischtwarenladen: Produkte, die nicht gehen, werden aus dem Angebot genommen. Produkte der Konkurrenz, die besser laufen, werden kopiert. Die Kanzlerin sieht sich als Anbieterin in einem Meinungsmarkt, wo die Kundengunst über den Marktwert der Ware entscheidet.

Was Politik anbietet, sind aber nicht Waren. Es sind Entwürfe für Lebensqualität, soziale Sicherheit und Entfaltungsrechte. In den Entwürfen der Parteien werden nicht einfach Kundenbedürfnisse erfüllt und Konsumversprechen abgeliefert. Politische Angebote in der Demokratie beziehen sich immer auf den Kanon von Zusagen, die unsere Verfassung den Bürgern macht. Dieser Kanon beginnt mit dem höchsten virtuellen Gut, das nie in Geldwerten taxiert werden darf: der Würde des Menschen.

Wer Normen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie. Wer die Alarmzeichen dieses Politikstils abstellen möchte, spricht gern vom "moderierenden" Führungsstil der Kanzlerin. Sie moderiert den Wandel, der ohnehin abläuft, heißt es in solchen Entdramatisierungsgesprächen. Merkel sorge eher für einen softeren Verlauf der Abschiedsparty von dem Werteballast der bürgerlichen Mitte. Es gebe keinen Anlaß, diese Ernüchterungsprozesse der immer noch "wertebesoffenen" Westler von gestern zu dämonisieren.

Man kann es mit dieser Lesart versuchen. Das System M ist Antipathos in höchster Perfektion. Die Kanzlerin als Chefin dieses Systems macht sich sogar die Mühe, den werteverliebten "andern" regelmäßig mit zwei, drei Zitaten aus deren Wertebaukasten Entwarnung zu liefern: Ihr Atomausstieg war so ein Moment, für den ihr die Berater ein ganz persönliches "Hier stehe ich, ich kann nicht anders" aufgeschrieben hatten.

Antipathos als Therapie - ein Modell, mit dem sich gut argumentieren läßt: Werte kosten Opfer, wenn man sich bedingungslos an sie bindet, und sie verlangen Entscheidern Tempo ab. Ein schlagendes Gewissen, Verfassungswert für Parlamentarier, isoliert die wenigen von den vielen, die ihr Gewissen zum Schweigen gebracht haben. Wertemanagement à la Merkel ist ein Business für Erfolgreiche, die sich entschieden haben: Interessenlage schlägt Wertesystem. Immer.

Eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung

Die Karriere der Angela Merkel im Westen ist keine Einstiegs-, sondern eine Ausstiegsgeschichte. Auf leisen Sohlen verläßt die Kanzlerin unseren Grundwertekonsens. Da sie die Macht hat, ist das doch mehr als nur ein Moderationserfolg. Mit Angela Merkel kommt der Typus des Ego-Politikers auf die politische Bühne. Die seien doch alle mit einem Riesenego unterwegs, mag mancher jetzt sagen.

Aber die Ego-Politikerin Merkel macht den Unterschied. Keiner ihrer Kollegen und Vorgänger hat das Tableau (Gemälde) seiner Themen so entschieden unter eine einzige Prämisse gestellt - den persönlichen Machtzuwachs - wie Angela Merkel. Keiner hat so zynisch die oppositionellen Lager ausgeräumt wie sie, keiner hat es zu einem Image gebracht, das die deutsche Kanzlerin begleitet: Alles ist möglich.

Nichts ist ausgeschlossen. Die Ego-Karriere rangiert in jedem Fall vor dem Wohl des Landes und vor Europa. Noch kein deutscher Staatschef hat so kompromißlos die Rangfolge seiner politischen Ziele immer wieder umgeworfen und neu sortiert - um den einen Mittelpunkt: das eigene Ich. Ein so egomanischer Politikstil läßt sich nur durchhalten, wenn er schwer lesbar bleibt. Die Kanzlerin der Volten hat ihr Publikum und ihre Entourage an unverhoffte Richtungswechsel gewöhnt. Keiner ihrer Mitarbeiter würde eine Wette wagen, wenn es darum geht, wo man die Kanzlerin morgen antrifft. Das System M ist nicht berechenbar. Die schwer lesbare Kanzlerin lebt tendenziell immer undercover. Ihr Ego-Projekt ist ihr Geheimnis.

Sie ist auch die erste Staatschefin in Deutschland, die bindungslos unterwegs ist. Ihr Konzept

der situativen Entscheidungen geht von der Flüchtigkeit aller Versprechen und der hohen Verfallsgeschwindigkeit aller Loyalitäten aus. Wer sich auf niemanden verlassen will, landet zwangsläufig bei sich selbst. Vielleicht sieht Angela Merkel es so: Sie hatte keine Wahl. In einer Welt, wo jeder jeden verrät, kann man nur auf Kosten aller andern das eigene Glück suchen. Die Kanzlerin hat den Weg zur Zentralmacht in Europa mit schwer lesbaren Zeichen markiert.
Das System M etabliert eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung, die Deutschland so noch nicht kannte. Die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts boten andere Erfahrungen, was den politischen Stil angeht - obwohl die Anklänge nicht zu leugnen sind: die Marginalisierung der Parteien, der Themenmix aus enteigneten Kernbotschaften anderer Lager in der Hand der Regentin; ihre Nonchalance im Umgang mit dem Parlament, mit Verfassungsgarantien, Rechtsnormen und ethischen Standards. Der Anspruch, das deutsche "Bremssystem", eine Mischung aus Präpotenz und Symbolpolitik, zum Durchgriff auf das Budgetrecht beliebig vieler europäischer Länder auszubauen, ist wieder eine von den geräuschlosen Sprengungen, die Umsturz als Regierungsprivileg durchsetzen.

Als Asket an allen Vorgaben vorbeiziehen

Der autoritäre Sozialismus, der im System M angelegt ist, nimmt eine Hürde nach der anderen, weil er auf Gewöhnung setzt. Der leiseste aller Übergänge bereitet sich vor ohne laute Appelle. No commitment ist das Motto. Kein Bekenntnis zu Deutschland oder Europa, nur ein bißchen mehr statt weniger von beiden: eben ein deutsches Europa. Keine Leidenschaft, kein Credo, kein Bekenntnis. Sie alle lassen wir hinter uns in der Alten Welt. Kein mission statement, das die Größe des Projektes verrät. Es kommt "wie ein Dieb in der Nacht".
Welche Gruppierung kann noch opponieren mit Verweis auf ihre Identity? Wo Markenkerne entwendet und neu kombiniert werden, kann auch die Partei, aus der die Täterin ihre Jagdausflüge unternimmt, die CDU, nicht mehr auf Patentschutz für ihre Identität bestehen. Der Allparteienstaat hat lauter gesichtslose Parteien. Bald wird sich keine von ihnen mehr über Gesichtsverluste beklagen. Große Projekte gelten großen Visionen. Wer ein Geheimprojekt verfolgt, kann von seiner Vision nicht sprechen. Logische Folgerung: Er braucht keine.
Über Angela Merkels visionäres Profil wissen wir nichts. Sie arbeitet seit ihrem Auftreten an ihrer Flexibilität; wer sie auf eine Idee festlegen will, muß scheitern. Für sie hat sich die Abstinenz gegenüber Ideen und Visionen als Karriere-Treibsatz erwiesen.
Das Fazit: In Deutschland kann man seit der Einigung politisch an die Spitze rücken, wenn man als Asket an allen Vorgaben vorbeizieht, von denen sich die Mitspieler aus der alten Westwelt aufhalten lassen: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens.
Gertrud Höhler war Literaturprofessorin und Beraterin Helmut Kohls, für dessen Kabinett sie lange als Ministeranwärterin galt. Der hier gedruckte Text ist ein Vorabdruck aus ihrem am 24. August im Orell Füssli Verlag erscheinenden Buch "Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut".<<
Herbert Ludwig berichtete am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/…): >>**Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur**
"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."
Heinrich Heine
Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.
Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Ver-

anlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlensten äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: "*Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei … und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. … Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen*: "Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe

ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?
Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.
Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.
Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.
Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.
Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekannten komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.
Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.
Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handele, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.
Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volks-

Kultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!" …<<*

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/…): >>**Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert**

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbsel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Apercues in den hinteren Seiten des Feuilletons

bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.
Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfinanzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.
Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.
Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.
Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlanständigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.
Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.
Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.
Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.
Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<
Die "Schweriner Volkszeitung" berichtete am 21. November 2015: >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**
… Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendengesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."
Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingeigelt hatten. …<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**
- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.
- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.
- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.
Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**
Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.
Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.
Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.
Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 4. November 2016: >>**Rot-rot-grüne Erziehungsdiktatur**
"Schlimmer geht’s nimmer?" - Solche Stoßseufzer sollte man in der Politik tunlichst vermeiden, sie werden zu schnell von der Wirklichkeit widerlegt. Wer geglaubt hat, mit dem rot-schwarzen Stillstandssenat der letzten fünf Jahre wäre schon der Tiefpunkt des Regierungsversagens in der deutschen Hauptstadt erreicht gewesen, wird durch die ersten durchgesickerten Details aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag eines besseren belehrt.
Denn was unternimmt ein Bundesland, das vom pausenlosen Ansturm der Masseneinwanderung sowieso schon überfordert ist und nicht mehr weiß, wohin mit all den illegalen Einwanderern? Genau: Einen faktischen Abschiebestopp. Nichts anderes bedeutet die Einigung der Scharf-Links-Koalition, Abschiebungen künftig nur noch als "ultima ratio" vorzunehmen.
Wer soll’s bezahlen?
Dem Erfindungsreichtum sind keine Grenzen gesetzt: Keine Abschiebungen aus Krankenhäusern und Schulen, keine Trennung von Familien, mehr Wohnungen für illegale "Asyl-Immigranten" (wer soll’s bezahlen? Berlin ist faktisch pleite!), und eine "Expertenkommission", die "alle juristischen Möglichkeiten ausloten" soll, "damit Flüchtlinge bleiben können".

Selten hat eine Landesregierung die Entschlossenheit zum offenen Rechtsbruch frecher schwarz auf weiß festgehalten.
Daß ausgerechnet CDU-Innenstaatssekretär Bernd Krömer sich darüber echauffiert, ist allerdings eine lustige Ironie. Schließlich hätte ja der CDU-Innensenat auch schon dafür sorgen können, die rund zehntausend abgelehnten Asylbewerber, deren Abschiebung überfällig ist, in ihre Heimatländer zurückzuschaffen.
Rot-Rot-Grün aber sind sogar die gerade mal 1.748 Abschiebungen im laufenden Jahr schon zuviel. Krömer indes verweist fröhlich darauf, daß ja auch der rot-rote Vorgängersenat bis 2011 geltendes Recht schon nicht angewandt hätte. Das Schwarze-Peter-Spiel der organisierten Verantwortungslosigkeit hat Methode, nicht nur in Berlin.

Autofahrer: Lieblingsfeind aller Öko-Ideologen

Mindestens so begeistert wie an der Verhätschelung von "Flüchtlingen" und der von ihnen abhängigen Asylindustrie-Klientel basteln linke Regierungen allerdings an der Erziehungsdiktatur zur Bevormundung entnervter Bürger. Und wer eignet sich dazu besser als die Autofahrer, Lieblingsfeind aller linken und grünen Öko-Ideologen?
Noch weniger Parkplätze, noch mehr Tempo-30-Zonen, noch schmalere Straßen, Ausweitung bereits grandios gefloppter Experimente wie der "Begegnungszonen" mit Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und noch mehr Park-Abzocke sind nur einige Punkte aus dem genüßlich durchgestochenen Horrorkatalog.
Damit nicht genug: Der Boulevard Unter den Linden soll zur Fußgängerzone werden - nicht nur vor dem wiedererrichteten Schloß, wo eine Verbindung zum Lustgarten sinnvoll wäre, sondern gleich auf der ganzen Länge, damit das Verkehrschaos auf den Parallelstraßen ins Unermeßliche steigt.

Nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger

Sollen die Berliner doch Fahrrad fahren, die notorisch unpünktliche S-Bahn nehmen oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln unerfreuliche Begegnungen mit Taschendieben und gewaltbereiten orientalischen Landnehmern riskieren. Das rot-rot-grüne Spitzenpersonal, das sich so gern mit seiner Liebe zu Fahrrad und U-Bahn spreizt, wohnt ja gediegen und hat im Senatorenrang nebenher auch Anspruch auf Dienstwagen und Chauffeur.
Ja, aber in London oder Oslo gibt es doch sogar die noch viel strengere City-Maut, rigorose Fahrverbote, oder die Innenstadt ist sogar komplett gesperrt, hört man die politisch korrekten Sekundanten zu Hilfe eilen. Das sind allerdings auch Hauptstädte, deren durchschnittliche Wirtschaftsleistung über dem Rest des Landes liegt.
Berlin aber ist in Deutschland nicht Konjunkturmotor, sondern Subventionsempfänger, dessen künftige linke Regierung nichts dabei findet, aus ideologischen Gründen den wenigen wirtschaftlich Produktiven mit lustvoll ausgedachten Verkehrsschikanen das Leben noch saurer zu machen. Dümmer geht immer.<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 26. Februar 2017 (x902/…): >>**Merkel schafft das "deutsche Volk" ab**

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."
Veröffentlicht von *Willy Wimmer*
Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 24. April 2017: >>**AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne**

Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein

Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.

Eine Kolumne von Jan Fleischhauer

Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?

Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müßten nicht nur über Demokratie reden, wir müßten wieder für sie streiten. "Demokratie ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.

Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Bundesparteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.

Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgefahren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.

"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Prostete, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.

Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.

Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt habe, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anläßlich des traurigen Um-

stands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.
Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?
Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.
Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken zu unterbinden.
Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.
Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.
Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 26. April 2017: >>**Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?**
Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.
Von Jana Hensel
Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirrmacher, dem damaligen Herausgeber der *FAZ*, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."
Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.
Schirrmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zähmung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.

Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und antiliberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility.*

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so: "Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."

Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Dekke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matrat-

zen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."
Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätsvorsprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.
Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.
Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.
Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalisieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.
Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den

vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.
Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.
Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.
Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalisieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.
Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.
Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>**ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"**

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.
Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben. Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht. Zuerst fing es bei

"Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.
Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*
Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.
Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.
Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.
Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassisten oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.
Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.
Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen …*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und bösartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>**Die Deutschland-Abschaffer**

_ *von Martin Müller-Mertens*

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomen und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

… Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel.

Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche.

"Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeits-

gesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.
Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgschaftsrechts auf."
Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.
Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.
"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."
Michael Gwosdz
Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.
Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei,

die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.
Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**
… Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."
HÖRT, HÖRT!
Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.
Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":
- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.
Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?
Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. …<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? …**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

Tausende Strafanzeigen gegen Merkel

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". …

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:

>>**Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts**

_ *von Daniell Pföhringer*

Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:

Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.

Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"

Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.

Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.

Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten , um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.

In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".

Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.

Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesre-

publik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzieren Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2018: >>**Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"**

Von Katja Wolters

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauderbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.

Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen."

Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.

"Einzigartig, unfaßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylindustrie".

Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.

Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolge- oder Austauschmigration.

Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!"

Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juni 2018: >>**Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen**

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmä-

ßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmenschentum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001). Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

Aufreizend ahistorisch

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalistischen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Fou-

cault & Co. an. Deren zutiefst gegenaufklärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.
Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Praktiken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokratie, Logozentrismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten, denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihn, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperiments" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.
In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat". Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".
Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat". Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

Nächstes Ziel: Weltdemokratie

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen entspricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.
Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".
Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl

auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".
Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne "Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/3): >>**Volksaustausch? Regierungstausch!**
_ *von Jürgen Elsässer*
Der Volksaustausch ist kein Hirngespinst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. …
Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. …
Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.
Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.
Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2018: >>**Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"**
Mit der Wahrheit lügen … Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."
Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten … Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden …
Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der

nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. - Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"
COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018: >>**Umvolkung**
"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.
Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.
Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.
Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.
Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."
Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>**Die Richterin und ihre Henker**
_ *von Josephine Barthel*
Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?
Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.
Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten

Kirsten Heisigs auch für manche Migranten-Communities und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über

eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.
Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.
Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.
Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.
Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.
_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<
Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtete am 17. November 2018:
>>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**
Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.
Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."
Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.
Die Merkel-Dämmerung
Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.
Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein

Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans. Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.
Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.
Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht.
Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

Zerfallen in Parallelgesellschaften

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.
Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen, wie es schon zu Zeiten Heines existierte.
Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht. Sondern eine durchaus realistische Zukunftsperspektive.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete im November 2018:

>>**BRD-Sprech: Hilfsorganisation**

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unverschuldet in Not geraten waren.
In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte

wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die obendrein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.
Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.
Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.
Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.
Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.
Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt. Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhorcht, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migranten, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:
>>**Ghostwriter Soros**
_von Daniell Pföhringer
… Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.
Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant
… Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.
"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."
Ziel des GCM
Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". …
Freie Fahrt für NGOs
Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". …
Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.
Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<
Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtete am 15. Januar 2019 während einer Presseerklärung (x346/8): >>… Wir wissen nun, warum Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz seinen Hut nehmen mußte. Und zwar, um den Weg frei zu machen, damit die AfD zum Prüffall erklärt werden kann.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtete im März 2019: >>**Die Ökodiktatur der Grünen**
_von Jürgen Elsässer
Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.
Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm … soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner Überlegungen. Nur eine Volte der Weltgeschichte verhinderte, daß dieses Vorhaben umgesetzt wurde. Zwar war der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem Plan seines Ministers durchaus zugeneigt, aber der weitsichtigere britische Premier Winston Churchill dachte bereits über die Niederlage Deutschlands hinaus.
Mit seinem Diktum "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" nahm er schon den nächsten Gegner ins Visier. Zum Angriff auf die Sowjetunion, bis zu diesem Zeitpunkt noch ein taktischer Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition, wurden die Teutonen samt ihres militärisch-industriellen Komplexes dringend gebraucht; eine Agrarkolonie taugte nicht als Frontstaat. Churchill setzte sich durch und überzeugte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman. Als der Kalte Krieg begann, mußte Morgenthau seinen Schreibtisch räumen.

Die drei Ds

Obwohl der vollständige Text des Morgenthau-Plans nie bekannt wurde, sind seine Eckpunkte ein offenes Geheimnis. Es ging um die berühmten drei Ds: Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung.

In der frühen Bundesrepublik lief die Entwicklung zunächst in die entgegengesetzte Richtung: Im Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung wurden die NSDAP-Mitglieder gebraucht, die Adenauer-Bürokratie war durchsetzt von ihnen. An Abrüstung war nicht zu denken, vielmehr wurde, mit Hilfestellung ehemaliger Wehrmacht-Generäle, die Bundeswehr installiert und in die NATO-Strukturen eingegliedert. Und statt dem neuen Staat die Industrie zu nehmen, griffen die Amerikaner ihr mit dem Marshall-Plan unter die Arme und beförderten das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre.

Doch die Freundlichkeiten des Großen Bruders aus Übersee waren an eine bestimmte historische Konstellation gebunden: die Teilung des Globus in zwei verfeindete Blöcke. Mit dem Untergang der Sowjetunion begann der Übergang in eine multipolare Welt, aus Partnern wurden wieder Konkurrenten. Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:

Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.

Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.

Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

Nie wieder Kohle

Doch obwohl das Ruhrgebiet abgewrackt wurde, verteidigte die deutsche Industrie bisher ihre starke Position und trägt gleichbleibend mit über 20 Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung bei - in Großbritannien und den USA ist die entsprechende Quote auf unter zehn Prozent gefallen. Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.

Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufgenommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.

Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebau-Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem

Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.
Ein Treppenwitz der Geschichte ist, daß die grüne Attacke gegen den Diesel mit der Schädlichkeit von NOx begründet, gegen Benziner und Kohle aber mit dem CO2-Ausstoß argumentiert wird. Tatsächlich hat sich letzterer in Deutschland seit der für den Verbraucher sehr teuren Energiewende 2011 erhöht und nicht verringert. Wollte man ernsthaft etwas dagegen tun, müßte man den Selbstzünder fördern, dessen Kohlendioxid-Bilanz günstiger ist als die der Otto-Motoren.
Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mogelpackung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schuften minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords.

Fluchtpunkt 2040

Wie unser Land in einer nicht allzu fernen Zukunft aussehen könnte, hat Dirk C. Fleck in seinem Roman *GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch* schon 1993 prognostiziert. Aus dem Klappentext:
"Wir schreiben das Jahr 2040. Die Umweltbedingungen auf der Erde haben sich dramatisch verschlechtert. In den ehemaligen westlichen Industrieländern regieren radikale Öko-Räte. Es besteht Reise- und Bauverbot. Privatmedien gibt es nicht mehr, als Informationsquelle dient das Staatsarchiv. Vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat. Geld ist abgeschafft. Jeder Bürger zwischen 18 und 55 ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau zu investieren.
Eine verhaltensmanipulierte Armee sorgt für die Einhaltung der zwölf Grundgesetze. In von der Außenwelt abgeschotteten Stadtlagern werden Gesetzesbrecher und Seuchenkranke konzentriert. Gleichzeitig stellt der Staat seinen Bürgern frei, in Meditationskommunen zu leben, wo unter Anleitung spiritueller Lehrer der Versuch unternommen wird, den Menschen mit der Natur zu versöhnen."
Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß es wohl nicht so weit kommen werde. Doch sie unterschätzen sowohl die Aggressivität wie das Potential der Grünen. Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. Die vermeintliche Öko-Partei hat in Umfragen weiter zugelegt und rangierte Anfang Februar mit bundesweit 23 Prozent satte zehn Punkte vor der AfD.
Ihr Aufstieg wird befeuert durch das strategische Kalkül der Union: Die CDU in Baden-Württemberg, jahrzehntelang ein treuer Sachwalter der Großindustrie, spürt zwar die Enttäuschung ihrer Stammwähler und würde lieber heute als morgen gegen die unsinnigen Dieselfahrverbote aufstehen. Doch sie hat im Land wie auch künftig im Bund keine andere Regierungsoption als schwarz-grün, solange das Merkel-Establishment jedes Zugehen auf die AfD verweigert und den Ausgrenzungskurs gegenüber den Blauen sogar noch verschärft.
Hinzu kommt die Umorientierung der Automobilkonzerne selbst: In den Chefetagen ist man auf den Ökokurs umgeschwenkt, weil man von den hohen Beschäftigungszahlen herunterwill. Es ist nämlich viel profitabler, Elektrolimousinen mit der Hälfte der Arbeiter, aber zum doppelten Preis zu produzieren, als weiterzumachen wie bisher. Wenn die Regierung die Umstellung auch noch mit Zuschüssen versüßt - um so besser.
Mit Marktwirtschaft hat das freilich nichts mehr zu tun: Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen - aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.<<

Horst Koch berichtete am 17. Mai 2019 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die Demontage des Industriestandorts Deutschland (x960/…): >>**Wird Erdogan den neuen Berliner Flughafen bauen?**

Von Peter Haisenko

Jetzt wird zur Gewißheit, was kluge Köpfe seit Jahren fordern: Die betongewordene Schande BER muß abgerissen werden, weil falsche Materialien verbaut worden sind. Das ist seit 2012 bekannt, aber erst jetzt wird darauf reagiert. Die Planung des BER zielte von Anfang an darauf ab, das Großprojekt zum Scheitern zu verdammen.

Als Herr Ruhnau, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, zum Projektleiter für den neuen Berliner Flughafen berufen wurde, hatten Insider gleich ein mulmiges Gefühl. Es war der Herr Ruhnau, dem es gelungen ist, den gewerkschaftseigenen Konzern COOP innerhalb eines Jahres zu ruinieren und liquidieren. Wie ich aus informierten Kreisen weiß, hatte er dann den Auftrag, auch die Lufthansa in den Ruin zu treiben. Mit dem faulen Argument, Slots - also Streckenrechte - für die Zukunft zu besetzen, hat er Strecken betrieben mit B 737 (124 Sitzplätze), die durchschnittlich nur mit sechs (!) Passagieren ausgelastet waren.

Er hat offen bekundet, so viele Piloten auszubilden, daß das Überangebot die Gehälter der Piloten drastisch schrumpfen lassen sollte. Das sehr engagierte Lufthansa-Personal hat das nicht zugelassen.

Der BER sollte niemals eine Erfolgsgeschichte werden

Beim Berliner Flughafen hat Herr Ruhnau dann als erstes mit falschen, für Fachleute völlig unsinnigen Grundstückskäufen (Baufeld Ost) etwa sieben Milliarden DM versenkt. Er hat eine Planung vorgelegt, die für eine Stadt mit etwa 700.000 Einwohnern größenmäßig angemessen gewesen wäre. Nachdem er den Grundstein für das Scheitern dieses Prestigeprojekts gelegt hatte, hat er sich aus dem Staub gemacht und wurde anschließend immer noch in "Elite-Kreisen" hofiert.

Der Werdegang Ruhnaus läßt kaum Zweifel daran, daß er gezielt ausgewählt wurde mit dem Auftrag, das BER-Projekt so zu gestalten, daß es niemals eine Erfolgsgeschichte werden kann. Er hat seinen Auftrag erfüllt. Bereits in den 1990-er Jahren, als Herr Diepgen (CDU) Regierender Bürgermeister war, wurde die Öffentlichkeit über den Baufortschritt des Flughafens vorsätzlich belogen. Das weiß ich von dem damaligen Pressesprecher, der auf die Anweisung zu lügen, sein Amt niedergelegt hat.

Der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft war immer politisch besetzt mit Leuten, die fachlich völlig unbeleckt waren. Ob auch das Methode hatte, lasse ich im Raum stehen. Fest steht heute, daß der Berliner Flughafen zur Lachnummer für die ganze Welt geworden ist. Die Folge ist, daß sich niemand mehr weltweit einen Flughafen von deutschen Firmen bauen läßt. BER hat die Umkehrung des rundherum gelungenen Münchner Flughafens geschafft, der die Aufträge für deutsche Flughafenbauer gesichert hatte. Ob auch das ein Ziel bei der "Planung" des BER war, stelle ich ebenfalls in den Raum.

Der Verdacht der gezielten Sabotage liegt nah

BER wird 2020 nicht eröffnet werden. Die Mängel sind zu gravierend. Es wurden Plastikdübel in Kalksandstein verbaut, die nicht zugelassen sind und die erforderliche Tragfähigkeit nicht aufweisen. Insgesamt sind im BER zu viele Kalksandsteinwände installiert, die nach Gutachten des TÜV komplett rausgerissen und ersetzt werden müßten. Man kann in Kalksandstein keine Dübel setzen, die Lasten tragen sollen. Die Dübel sprengen mit ihrem Druck den Stein, wenn sie nicht aus Plastik sind und aus Plastik dürfen sie nicht sein, wegen des Brandschutzes.

Die Kalksandsteinwände zu ersetzen ist bautechnisch nahezu unmöglich und so wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, das ganze Murkswerk abzureißen. Damit geht dann die nächste Milliarde dahin und die Kosten für Nichts werden die Achtmilliardengrenze überschreiten. Nachdem diese Mängel aber bereits seit 2012 bekannt sind, kann man hier nicht mehr von

Unfähigkeit sprechen, man muß gezielte Sabotage annehmen.
Abgesehen davon, daß die Neuplanung nach dem Abriß wieder einige Jahre in Anspruch nehmen wird, muß das Projekt dann wieder ausgeschrieben werden. Wer noch daran glaubt, daß dann eine deutsche Firma, ein deutsches Firmenkonsortium, den Zuschlag erhalten wird, glaubt nach dem Debakel nur noch, wer auch an den Weihnachtsmann glaubt. Erdogans Türkei hingegen kann einen neuen Flughafen in Istanbul präsentieren, der zeitgerecht und effizient gebaut worden ist. Das können auch Chinesen oder Russen.
So steht zu erwarten, daß die Industrienation Deutschland seinen neuen Hauptstadtflughafen nicht selbst bauen wird. Kann es noch peinlicher werden, wenn man Türken, Russen oder Chinesen braucht, um in Deutschland einen Flughafen zu bauen? Da könnte der Verdacht aufkommen, daß in höchsten deutschen (!) Kreisen Jahrzehnte nach dem Krieg daran gearbeitet wird, den Morgenthau-Plan umzusetzen, nämlich Deutschland zu deindustrialisieren.

Der ehedem hochgelobte Industriestandort Deutschland kriegt nichts mehr auf die Reihe

Berlin wird innerhalb der nächsten zehn Jahre keinen neuen Flughafen bekommen. Da fühle ich mich doch an einen Kabarettisten erinnert, der Wowereit folgendes in den Mund gelegt hat: Flughafeneröffnung 2013? Ich weiß auch nicht, wie dieser Zahlendreher entstanden ist. (2031) So wird sich der Berliner Senat doch noch gegen seinen erklärten Willen an den Volksentscheid halten müssen, Tegel für Jahre oder Jahrzehnte offen zu halten.
Bahnhöfe, Flughäfen und Bahnstrecken: Nichts bringen unsere Politprofis auf die Reihe. Der Gotthardtunnel ist seit Jahren fertig, aber für die Zulaufstrecke im deutschen Rheintal ist die Planung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Brennerbasistunnel wird demnächst fertiggestellt, aber die Planung für den Zulauf auf deutscher Seite durch das Inntal hat noch nicht einmal begonnen.
Nein, das kann nicht mehr mit Unfähigkeit begründet werden, das ist Sabotage. Sabotage am Industriestandort Deutschland, an der (unverständlicherweise) immer noch geschätzten deutschen Präzision und Zuverlässigkeit.
Der BER steht symbolisch für die Demontage des Industriestandorts Deutschland. Ausschreibungen werden so schlampig ausgeführt, daß anschließend die Kosten auf das Vielfache ansteigen. Elbphilharmonie oder Stuttgart 21. Wohnraum ist ohne korrekte Ausschreibung an angelsächsische Kapitalgesellschaften verschleudert worden.
Für all das muß natürlich niemand Verantwortung übernehmen. Nein, auch der Spaßbürgermeister Wowereit kann sich weiterhin in seiner üppigen Pension baden. Nach 14 Jahren Merkel ist Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Mißstände abstellen? Wir machen uns Sorgen, wir nehmen es ernst, wir arbeiten daran - aber wir tun nichts. Siehe "Cum-Ex-Geschäfte" die seit 19 Jahren bekannt und nicht abgestellt sind.

Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?

Wie BER zeigt, hat die Demontage Deutschlands schön früher begonnen, nämlich spätestens nach der "Wiedervereinigung", die auch nicht völkerrechtsmäßig abgelaufen ist. Rohwedder und Herrhausen mußten ihr Leben lassen, weil sie mit der Treuhand die "neuen Bundesländer" zu einem Erfolgsmodell machen wollten. Frau Breuel, in Oxford/England ausgebildet, hat dann das gemacht, was man in London schon seit 100 Jahren als oberstes Ziel gesetzt hatte: Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftskraft, der man in England nichts entgegensetzen kann. Die Frage ist nun, ob es in den deutschen Regierungen überhaupt Politiker gibt oder gab, die nicht an der Zerstörung Deutschlands arbeiten.
Helmut Schmidt hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt. **Helmut Kohl** hat ohne Not auf die "deutschen Ostgebiete unter polnischer Verwaltung" verzichtet und das Angebot Gorbatschows schlank angelehnt, Ostpreußen zurück zu erhalten. **Schröder** hat mit der "Agenda 2010" den sozialen Frieden zerstört und mit **Fischer** Deutschland wieder in Kriege geführt. **Frau Merkel** schließlich hat die deutschen Grenzen einfach für alle geöffnet und jegliche

Rechtsstaatlichkeit aufgehoben, wenn es um Zuwanderer geht.
Die deutsche Spitzentechnologie Dieselmotoren ist seines Nimbus' beraubt worden. Bayer kauft Monsanto, damit umgehend milliardenschwere Regreßansprüche über amerikanische Gerichte an ein jetzt deutsches Unternehmen gestellt werden können. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Rußland wurde mit ungerechtfertigten Sanktionen zerstört, die Deutschlands Wirtschaft Milliardenverluste bescheren. Deutsche Soldaten stehen wieder an der Grenze zu Rußland. Nichts davon kann als förderlich für Deutschland bezeichnet werden.
Wessen Geschäft betreiben die deutschen Regierungen?
BER steht nur symbolisch für den allgemeinen Niedergang. Infrastruktur und Schulen sind in einem jämmerlichen Zustand. Die "Energiewende" ist Flickwerk und hat Deutschland die höchsten Strompreise gebracht, worunter die deutsche Industrie auch leidet. Ausländische Großkonzerne zahlen in Deutschland fast keine Steuern. Nein, alles in Summe betrachtet, kann nicht mehr Unfähigkeit angenommen werden, es kann nur noch geplante Sabotage sein. Ob der "Deutsche Michel" aufwachen wird, wenn Erdogans Türkei den Berliner Flughafen baut?
Ob es jemals dazu kommen wird, daß die Zerstörer Deutschlands vor Gericht gestellt werden? Das ist unwahrscheinlich, aber wenn doch, sind einige tausend Jahre Haft fällig.
Die unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland hat nicht erst 2015 begonnen. Schon der damalige Außenminister Fischer hat die unkontrollierte Zuwanderung von Ukrainern befördert, indem er einfach deren Visumspflicht aufgehoben hat. Während die CDU noch 1991 stramm Wahlkampf gegen Zuwanderung gemacht hat, hat Merkel das ins Gegenteil verkehrt.
Wer heute noch glaubt, die Probleme mit Migranten wären zufällig entstanden, der hat das Werk von **Hans Jörg Schrötter** noch nicht gelesen: "Auf nach Germania", in dem er, der Insider aus dem Ministerium, Stück für Stück mit Namen und Titeln den Nachweis führt, daß auch in dieser Hinsicht nichts zufällig abgelaufen ist. "Auf nach Germania" ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.
Mit dem Werk **"Die Deutschen - Das klügste Volk auf Erden verabschiedet sich von der Geschichte"** belegt Hans-Jürgen Geese den Verdacht, daß unsere "Politprofis" extra so ausgewählt worden sind, damit sie Deutschland den größtmöglichen Schaden zufügen - eben Deutschland zu einem tragischen Fall der Geschichte machen können, indem es nicht mehr als Kultur- und Industrienation weiter existieren wird. Auch dieses Werk ist erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Ander-Welt-Verlag. …<<
Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlicht am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/…): >>**Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes**
Geburtstagskind in Not − Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes
Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.
… Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.
Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.
Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungsväter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.
Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des

Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgend einem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.
Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 ABS.2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.
Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.
Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.
Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:
"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".
Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzestreue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.
Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgegebene Verpflichtung nicht erfüllt.
Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen. Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.
Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.
Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.
Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Hal-

denwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".
Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.
Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.
Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.
Es gibt ein wunderbares Volkslied:
"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führest Deinen Reigen nur am Sternenzelt."
Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Februar 2020: >>**Die Bauern verdienen unseren Dank**
Holger Douglas
Jeder Städter weiß es besser als die Bauern: Die Landwirte quälen ihre Tiere, vergiften die Nahrungsmittel mit Chemie und düngen zu viel. Städter können zwar kaum Roggen von Gerste unterscheiden, sind aber fest davon überzeugt, daß Bio besser als konventioneller Ackerbau und daß eine "Agrarwende" dringend notwendig ist.
Und überhaupt: die viele "Chemie". Früher ging es doch "viel natürlicher" zu, träumen die Städter vom Bauern, der im März seine Rößlein anspannt. Da lohnt ein kurzer Blick auf aktuelle Virus-Monitoringkarten, auf denen sich Landwirte über die aktuell drohende Schädlingslage informieren. …
Nikotin ist das stärkste Pflanzengift
Während gerade Coronavirus-Panik beim Menschen geschürt wird, fiel im vergangen Jahr häufig die Zuckerrübenernte weitgehend aus. Der Grund: ein gefährlicher Virus. Grüne Pfirsichblattlaus und schwarze Bohnenlaus haben beim Saugen an den Blättern den Rübenvergilbungsvirus (BMYV) übertragen.
Der läßt bei den infizierten Pflanzen die Blätter orange-gelb und brüchig werden. Aus diesen Rüben wird nichts mehr. Das bedeutet für den Bauern: kompletter Ertragsausfall. Nur aufgrund der Überproduktion merkt das niemand mehr im Supermarkt. Weltweiter Handel gleicht solche Ernteausfälle, wie sie immer wieder vorkommen, aus. Früher wurde das Saatgut vor allem mit den berüchtigten Neonicotinoiden gebeizt, einer sehr wirkungsvollen Waffe, die vom Pflanzengift Nikotin aus der Tabakpflanze abgeschaut wurde.
Nikotin ist übrigens eines der stärksten Pflanzengifte, die die Natur kennt und an die Wirkstoffe aus der "bösen Chemie" nicht im entferntesten herankommen. Seit dem Verbot der "Neonics" bleibt den Landwirten noch der Wirkstoff Tefluthrin (Force 20 CS) gegen die Bodenschädlinge zur Verfügung.
Strafzahlungen drohen
Viele Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Nutzpflanzen auf dem Acker. So übertragen vier Millimeter große Zikaden einen Virus, der beim Weizen die Blätter gelb färben läßt und verhindert, daß Ähren aus der Blattscheide wachsen und sich entwickeln können. Folge: totaler Ausfall der Weizenernte. Dazu kommen noch die Risiken des Wetters.
Es ist ein harter Kampf von Wissenschaft und Technik sowie Landwirten, der Natur regelmäßig eine ausreichende Ernte abzutrotzen. Volle Lebensmittelregale sind keine Selbstverständlichkeit, verleiten aber zu Übermut. Am 2. April soll die neue Düngeverordnung beschlossen werden, heftig forciert von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Schon fast mit

Begeisterung verweist sie auf die drohenden Strafzahlungen der EU. 850.000 Euro soll Deutschland nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zahlen, weil die Nitratwerte im Grundwasser angeblich über den Grenzwerten liegen. Pro Tag wohlgemerkt.
Nicht zuletzt deswegen wehren sich die Landwirte drastisch gegen die Düngeverordnung, weil die Meßwerte falsch sind, und die nach Brüssel gemeldeten Nitratwerte nicht stimmen. Diese Daten stammen zudem noch aus den Jahren 2003 bis 2005 sowie 2006 und 2010.

Rückfall in Produktionsweise unserer Vorfahren

Die Düngeverordnung ist einer der gewaltigen Hebel, um der Landwirtschaft den Garaus zu machen. Nach dieser Verordnung sollen die Landwirte nun ihre Düngemengen schrittweise reduzieren: im ersten Jahr um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Jahr wiederum weniger - jeweils bezogen auf die bereits reduzierte Menge. Eine Abwärtsspirale.
Diese einschneidenden Einschränkungen bedeuten, daß die Pflanzen nicht mehr genügend Nährstoffe bekommen, ihr Wachstum entsprechend reduziert wird und damit die Erträge der Landwirte weiter sinken. Dies würde ein Ende der Landwirtschaft in Deutschland bedeuten, das zu einem Importland für Agrarprodukte werden könnte. Dafür bekommen die NGOs ihre gewünschten Blühflächen.
Dies bedeutet weiterhin einen erheblichen Raubbau am Boden und den Rückschritt in die landwirtschaftliche Produktionsweise unserer Vorfahren. Die entzogen den Böden brutal die wenigen Stickstoffmengen. Sie mußten deswegen die Äcker regelmäßig brachliegen lassen, damit sie sich ein wenig erholen konnten.

Die Landwirte verdienen unseren Dank

Erst als die beiden Chemiker Fritz Haber und Carl Bosch Anfang des 20. Jahrhunderts ihr bedeutendes Verfahren entwickelten, Stickstoff aus der Luft zu entziehen und mit Wasserstoff Ammoniak zu synthetisieren, wurde es möglich, zusätzlich mit Stickstoff Böden zu düngen.
Neben der Mechanisierung der Landwirtschaft mit raffinierten und leistungsstarken Maschinen, war dies der zweite bedeutende Schritt, die Nahrungsproduktion auf den Äckern zu steigern. Resultat: Ernährte um 1900 ein Landwirt etwa drei Menschen, so sind es heute 140 bis 150.
Erst diese signifikante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt Proteste gegen eben diese Landwirtschaft zu. Waren in früheren Zeiten die Menschen vollauf damit beschäftigt, Äcker zu bestellen, Unkräuter zu zupfen, zu säen, schließlich die Ernte einzubringen, zu dreschen, so müssen heute immer weniger Menschen für das tägliche Brot arbeiten. Lena, Lisa, Greta und Co sollten den Landwirten für ihre Arbeit auf den Äckern danken, anstatt sie zu beschimpfen.
Holger Douglas ist Wissenschafts- und Technikjournalist, arbeitete für das ZDF und Al Jazeera. 2018 erschien sein Buch "Die Diesel-Lüge".<<
Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/4-8): >>**Hybride Kriegsführung: Wenn in Zeiten des Friedens Kriege toben**
Von Gerhard Wisnewski
Tue Schlechtes und rede darüber. Und wenn du darüber redest, dann schiebe es anderen in die Schuhe: Das ist eine ganz neue Variante des alten Sprichwortes "Tue Gutes und rede darüber". Gemeint ist die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der hybride Krieg gegen Deutschland, Europa und andere Teile der Welt. Sie wissen schon: "Hybrid" wie "hybrides Auto" - ein Fahrzeug mit gemischtem Antrieb, zum Beispiel elektrisch und konventionell. "Hybrid" heißt also so viel wie gemischt. Im Falle des Krieges bedeutet das einen Krieg an allen Fronten und mit allen Mitteln, quasi einen totalen Krieg. Klassische militärische Mittel spielen dabei nur noch eine Nebenrolle, wenn überhaupt.
Die "hybride Kriegsführung seitens Rußlands" sei in allen europäischen Ländern täglich zu spüren, sagte da plötzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 25. Januar 2019 bei der Münchner Sicherheitskonferenz.

"... und diese hybride Kriegsführung im Internet ist sehr schwer zu erkennen, weil Sie plötzlich Bewegungen haben, von denen Sie gedacht haben, daß sie nie auftreten. ... In Deutschland protestieren jetzt Kinder für den Klimaschutz. ... Aber daß plötzlich alle deutschen Kinder, nach Jahren, ohne jeden äußeren Einfluß, plötzlich auf die Idee kommen, daß man diesen Protest machen muß, das kann man sich auch nicht vorstellen."

Ein Instrument der hybriden Kriegsführung

Mit anderen Worten beschrieb Merkel die sogenannte Klimabewegung als Instrument der hybriden Kriegführung: Der Begriff war damit in der Welt. Denn es handelt sich um einen Terminus, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und die Vorstellungskraft des Normalbürgers übersteigt.

Bei Kriegen denkt der Durchschnittsmensch (und auch der Durchschnittspolitiker) nun mal an Bomben und Panzer, und ihre Abwesenheit verwechselt er mit Frieden. Woran er nicht denkt, ist ein ganzes Bündel von propagandistischen, psychologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die ein Land sogar noch nachhaltiger zerstören können als jeder Bombenteppich:

"Die traditionellen Begriffe von regulär und irregulär oder von konventionell und unkonventionell haben ihre bisherige Trennschärfe verloren", schreibt der Oberst im Generalstab, Uwe Hartmann, in seinem Buch

"Hybrider Krieg als neue Bedrohung für Freiheit und Frieden" (Berlin 2015): "Der Begriff der hybriden Kriegsführung dagegen hilft, das Kriegsgeschehen ganzheitlicher zu verstehen.

Er beugt verengten Vorstellungen über künftige Kriege und zu einfachen Kriegsbildern vor, weitet den Blick und macht den Weg frei für eine schöpferische Antwort auf neue Bedrohungen" (S. 15).

Der hybride Krieg sei eine "neue Bedrohung von Freiheit und Frieden" und zeichne sich "durch die kreative, den Gegner überraschende Kombination unterschiedlichster Mittel und Wege aus". Er ziele "nicht vorrangig auf die Zerschlagung gegnerischer Streitkräfte, sondern auf die Destabilisierung staatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Institutionen sowie die Schwächung des nationalen Zusammenhalts in einem Land".

Also exakt das, was wir derzeit in Deutschland und anderen Ländern Europas erleben. Die hybride Kriegsführung verfolge "die Erosion von Staatlichkeit durch Instabilität der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie durch De-Legitimation von Regierung und Eliten" (S. 19). Da der momentan laufende Dritte Weltkrieg hybrid geführt wird, ist er für das Publikum, aber selbst für Politiker und Militärs, eigentlich kaum durchschaubar.

Von "hybrider Kriegsführung" zu sprechen, war von Merkel deshalb schon ein Sakrileg an sich, lüftete es doch ein wenig den Vorhang zwischen dem Normalbürger und den globalen Eliten - insbesondere den strategischen Eliten.

Universeller Krieg gegen Deutschland und Europa

"Für die sonst so bedachte Kanzlerin Angela Merkel war das ein bemerkenswerter Fehler", rügte denn auch Spiegel Online (24.02.2019) die Merkel’schen Worte. Allerdings:

Was, wenn sich der Gedanke der "hybriden Kriegsführung" verselbstständigen und von der Verknüpfung mit Rußland ablösen würde? Kaum auszudenken! Denn in Wirklichkeit ist der hybride Krieg real; er ist nicht nur ein versteckter Krieg, sondern auch ein universaler Krieg, der in allen Bereichen eines Staates und einer Gesellschaft tobt - um nicht zu sagen: ein "totaler Krieg".

Und geführt wird er nicht zuletzt von niemand Geringerem als der deutschen Bundeskanzlerin selbst. Unter ihrer Regierung gab und gibt es Angriffe auf die Geburtenraten, die Wirtschaft, die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche, die Energieversorgung, die Landwirtschaft, die Bildung, die Kultur, die Bundeswehr, das Recht, die freie Meinungsäußerung und nicht zuletzt auf die deutschen Grenzen und damit die Integrität des Staatswesens.

Um einen Feind zu vernichten, zielt der hybride Krieg nun mal auf alles: Fortpflanzung, Finanzen, Währung, Volkswirtschaft, Energieversorgung, Verkehr, Bildung, Verteidigung,

Grenzen, Gesundheit - und auf der psychologischen Ebene auf Identität, Nationalbewußtsein und vieles andere mehr.
Denn wie man nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, können ja selbst massivste Bombenteppiche ein Land und ein Volk nicht unbedingt auf Dauer zerstören. Zynisch betrachtet kann eine Nation unter günstigen Bedingungen dabei sogar erneuert und neu belebt werden wie ein Wald nach einem Waldbrand.
Nicht zufällig schossen nach dem Krieg in vielen Industrieländern auch die Geburtenraten in die Höhe ("Baby Boom"), bis der "Pillenknick" und viele weitere Geburtenkontrollprogramme dem ein Ende bereiteten (Abtreibung etc.).
Aber nicht nur das: Deutschland erlebte einen nie dagewesenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Boom. Siemens-Kernkraftwerke versorgten das Land mit bezahlbarer Energie, mit einer Wiederaufbereitungsanlage versuchte Deutschland einen geschlossenen Brennstoffkreislauf mit weniger Atommüll zu schaffen, die Magnetschwebebahn Transrapid versprach das Verkehrssystem zu revolutionieren, am Finanzplatz Frankfurt stieg die Deutsche Bank zum Global Player auf, und das dreigliedrige Schulsystem, Berufsausbildung und Universitäten versorgten den boomenden Industrie- und Wissenschaftsstandort jederzeit mit einem exzellent (aus-)gebildeten Nachwuchs. Innerhalb kürzester Zeit wurde Deutschland zu einer der führenden Industrienationen des Planeten und zu einem der wichtigsten Motoren der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

Konjunkturprogramm Wiederaufbau

Der Wiederaufbau nach einem konventionellen Krieg kann eben wie ein gewaltiges Konjunkturprogramm wirken - und zwar dann, wenn grundlegende Strukturen intakt bleiben, im Falle einer Nation Mentalität, Identität, Bildung, Intelligenz, Kultur und die Gesellschaftsstruktur.
Sowohl gesunde Individuen als auch Nationen verfügen über ein Ich, eine Identität und Interessen. Nur wer ein Ich, also ein "Selbst-Bewußtsein", besitzt, kann auch eine Identität ausbilden und Interessen formulieren.
Eines der ersten Dinge, deren sich ein Kind bewußt wird, ist zum Beispiel, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Schon dieses erste und ursprünglichste Selbstbewußtsein wird jedoch angegriffen und ins Wanken gebracht, indem man Kinder in Kitas beispielsweise zu "geschlechtsfremden" Aktionen animiert, wie etwa Jungs, sich die Fingernägel zu lackieren. Die Geschlechtsidentität ist jedoch der Kern der Identität, noch vor der nationalen Identität. Wenn man die Geschlechter und damit ihre Identität abschafft, schafft man jede andere Identität auch ab - einschließlich der familiären und der nationalen Identität.
Sobald man ein Individuum so sehr verwirrt, daß es nicht einmal mehr weiß, ob es Männlein oder Weiblein ist, kann es erst recht nicht mehr wissen, ob es Deutscher, EU-Bürger oder Weltbürger ist, und so ist es jedem äußeren Angriff hilflos ausgeliefert. Jüngstes Beispiel für diesen Versuch ist Heidi Klums Transen-Show "Queen of Drags", die im November 2019 auf Pro7 Premiere hatte - ein massiver Angriff auf die Geschlechtsidentität, die das Geschlecht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.
Deutschland ist nicht nur wegen der Sabotage an der Bundeswehr wehrlos, sondern vor allem wegen seiner zerstörten inneren Verfassung. Durch den jahrzehntelangen Schuldkult wurde das Selbstbewußtsein dieser Nation in Selbsthaß verwandelt, und jeder einzelne wurde so zum geistigen Komplizen des hybriden Krieges gegen Deutschland. Nur wenn sich Deutschland auf sich und seine Identität zurückbesinnen könnte, könnte es all diese Schäden vielleicht wieder beheben.

Sabotage an Staat und Gesellschaft

Ein wirklich wirksamer Krieg kann daher auf Bombenteppiche verzichten, um statt dessen zentrale soziologische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Strukturen anzugreifen - zum Beispiel mit Verblödung. Alles andere erledigt sich dann von selbst, weil die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Prozesse dysfunktional werden (siehe "Klima-

forschung"):
Wenn der Geist kollabiert, kollabiert früher oder später auch alles andere. Wenn ein Mensch schwer geisteskrank wird, kann er auch nicht mehr für sich selbst sorgen. Daß ausgerechnet Angela Merkel den Begriff "hybride Kriegsführung" gegen Deutschland "leakte", ist, genau wie Spiegel Online das charakterisierte, aus der Perspektive der globalen Eliten eine einmalige Fehlleistung. Denn in Wirklichkeit führt Merkel diesen Krieg selbst an vorderster Front - als Werkzeug der strategischen Eliten.
Die "Energiewende", die "Verkehrswende", die Elektromobilität (die in Wirklichkeit eine Immobilität ist), der CO2-Wahn und die Masseneinwanderung sind nur einige wenige Beispiele für Angela Merkels maoistische Sabotage an Staat und Gesellschaft. Daß diese katastrophalen Fehlleistungen auf Unvermögen oder Irrtümern beruhen, kann wohl ausgeschlossen werden.

Der perfideste Krieg von allen

Der hybride Krieg ist die effektivste und perfideste Form des Krieges überhaupt: "Ziel der Angreifer ist es, nicht nur Schaden anzurichten, sondern insbesondere Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen", heißt es sogar auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums.
"Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten hierfür viele Angriffsflächen und sind somit leicht verwundbar" Und zwar, weil "offen" in diesem Fall nicht weltoffen bedeutet, sondern aufgerissen und schutzlos.
Genau deshalb betreiben Geostrategen wie der berüchtigte Milliardär George Soros auch Stiftungen wie die "Open Society-Foundation", die nichts anderes zum Ziel hat, als den Schutz und die Grenzen von Staaten und Gesellschaften zu penetrieren und abzubauen und Revolutionen und Umstürze zu organisieren. Soros ist daher auch als einer der obersten Kriegsherren der Hybriden Kriegsführung anzusehen.

Hybrider Völkermord

Stellen Sie sich vor, auf einer großen Ebene stehen sich zwei Armeen mit Panzern, Geschützen und Gewehren gegenüber, wobei eine Seite plötzlich zu schießen beginnt - schon haben wir offensichtlich einen Angriffskrieg.
Aber was ist, wenn in einem Land plötzlich beide Elternteile arbeiten müssen, Kinder als Ballast betrachtet werden und daraufhin die Geburtenraten fallen? Wenn zusätzlich unfruchtbare Lebenskonzepte "in Mode kommen" wie Homosexualität, Transgender und Geschlechtsumwandlung? Wenn zur Behebung des dann auftretenden "Fachkräftemangels" nicht etwa Nachwuchs propagiert wird, sondern Zuwanderung? Ist das eine spontane gesellschaftliche Entwicklung oder ein Schlachtfeld des hybriden Krieges?
Das Ergebnis ist schließlich dasselbe wie bei einem konventionellen Krieg: Die Bevölkerung des Feindes wird dezimiert. Und wenn dies eine gezielte Strategie ist, dann sprechen wir hier von Völkermord.
Denn als Völkermord im Sinne der UN-Völkermordkonvention gelten alle Handlungen, "die sich gegen nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen mit der Absicht richten, diese ganz oder teilweise zu vernichten". Dazu zählen auch die "vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind.
Da dieser Völkermord als hybrider Krieg geführt wird, hofft man, daß er nicht als solcher erkannt wird und damit weder auf Gegenwehr stößt, noch in den Geschichtsbüchern stehen wird. Das Ganze soll einfach als "natürliche Entwicklung" erscheinen ("Demographischer Wandel").

Sabotage der Verteidigung

Oder nehmen wir nach den Geburtenraten die Streitkräfte eines Landes: Was ist, wenn auch

hier der "Nachwuchs" fehlt, die Wehrpflicht abgeschafft wird und das Militär kein Personal mehr bekommt, für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge keine Ersatzteile mehr da sind, durch die Rekrutierung von Frauen die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe fällt, erst recht, wenn sogar Schwangere Dienst tun sollen, die Verteidigungsministerin Abermilliarden wertvoller finanzieller Ressourcen verpulvert, unter anderem für dubiose Beraterdienste, gleichzeitig die nationale Identität zerstört wird, die Soldaten (und die Soldatinnen, natürlich) also gar nicht mehr wissen, WOFÜR sie eigentlich kämpfen sollen?
Wird diese Armee dann nicht irgendwann genausowenig einsatzbereit sein wie eine Armee, die soeben vom Feind zerschossen wurde? Und ob. Zwar dauert das Ganze viel länger, da all diese Maßnahmen aber scheinbar vernünftig begründet, über Jahrzehnte kultiviert und tradiert werden, sind sie auch viel nachhaltiger, und es gibt viel weniger Gegenwehr als bei einem offensichtlichen konventionellen Angriff. Man tut sich ja schon schwer, diesen Krieg überhaupt zu erkennen.
Denn merke: Der beste Krieg ist derjenige, der gar nicht bemerkt wird, so daß man sich nicht wehren kann.
Und der schlimmste Feind ist derjenige, der ebenfalls nicht als solcher erkannt, sondern vielleicht sogar noch als Freund betrachtet wird. Nehmen wir beispielsweise die Europäische Union: Regelmäßig treffen sich Europäischer Rat und Ministerrat zu freundschaftlichen Konferenzen, ein Küßchen hier und eine Umarmung da. Hinter dieser Fassade tobt freilich ein Kampf jedes gegen jeden und aller gegen die Bevölkerungen.

Ein multidimensionales Schach

Sich gegen einen geschickt geführten hybriden Feldzug zur Wehr zu setzen, ist denn auch sehr schwierig: Hybride Kriegführung sei der Versuch, "politische Ziele zu erreichen, indem eine Vielzahl von unterschiedlichen, aber synchronisierten legalen wie auch illegalen Mitteln und Wegen oftmals verdeckt und überraschend eingesetzt werden", so Hartmann (S. 23). Streitkräfte kämen, wenn überhaupt, erst zum Einsatz, "wenn die Situation reif" sei (S. 24). Das Ganze gleicht einem multidimensionalen Schachspiel, das jedoch nie offiziell eröffnet wird. So kann es geschehen, daß ein Land bereits seit Jahren in einem solchen Schachspiel steckt, ohne es überhaupt zu wissen und auch nur einen einzigen Gegenzug gemacht zu haben. Denn:
- Wie soll man einen hybriden Angriff überhaupt von einer spontanen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen oder psychologischen Entwicklung unterscheiden?
- Wie soll man den Angreifer identifizieren?
- Wo hat er welche negativen Entwicklungen ausgelöst, und auf welche Weise?
- Geschah dies wirklich in feindlicher Absicht oder zum Beispiel nur in Verfolgung legitimer wirtschaftlicher Partikularinteressen?
- Hat der mutmaßliche Angreifer nur eine Entwicklung ausgelöst oder ein ganzes Bündel (= hybrider Krieg)?
- Geht dieses Bündel negativer Entwicklungen auf ein ganz bestimmtes Machtzentrum, zum Beispiel ein anderes Land, zurück?
- Wie soll man einen Angreifer, der selbstverständlich alles abstreiten wird, beschuldigen, ohne selbst einen - womöglich konventionellen - Kriegsgrund zu liefern?
- Wie soll man einen Angreifer bekämpfen, der sich selbst als absolut friedliebend und die Beschuldigungen als böswillig und paranoid darstellen wird?
- Wie soll man einen noch wirksameren hybriden Krieg entwickeln, aus dem die Gegenseite keinen Grund für einen (auch konventionellen) Gegenschlag entwickeln kann?

Eine ungeheure intellektuelle Herausforderung

"Die Analyse der hybriden Kriegsführung eines potentiellen Gegners ist daher alles andere als trivial", schreibt Oberst Hartmann in seinem Buch. "Sie setzt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Defiziten und Brüchen in der Gesellschaft voraus. Denn diese wird ein potentiel-

ler Gegner in sein Kalkül einbeziehen; dort wird er seine Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit ansetzen" (S. 21). Hybride Kriege seien "eine ungeheure intellektuelle Herausforderung. Ihre Komplexität muß ganzheitlich verstanden werden".
Jede Seite werde versuchen, "die Komplexität so weit zu erhöhen, daß sie für den jeweiligen Gegner unbeherrschbar wird, während die eigene Seite noch denk - und handlungsfähig bleibt" (S. 50). Die allermeisten Bürger, Politiker und Militärs dürften damit wohl heillos überfordert sein. "Politiker stehen ebenso wie sicherheitspolitische Experten und militärische Berater vor dem Problem, die Komplexität der Geschehnisse zu begreifen".

Ist das noch Frieden oder schon Krieg?

Gegenwehr gegen einen geschickt geführten hybriden Angriff ist daher äußerst schwierig. Ja, nicht einmal in den Geschichtsbüchern wird er stehen, weil ihn nämlich niemand erkannt und benannt hat: "Das Besondere an der hybriden Kriegsführung ist die Verschleierungstaktik", schreibt das (wehr- und vaterlandslose) Bundesverteidigungsministerium:
"Die Täter operieren entweder anonym oder bestreiten Beteiligungen an Vorfällen und Konflikten. Sie gehen dabei äußerst kreativ und koordiniert vor, ohne die Schwelle zu einem offiziellen Krieg zu überschreiten. Eben dies macht die Abwehr solcher Attacken so schwierig: Wenn es keinen eindeutigen Angriff oder Angreifer gibt, fällt die Gegenwehr schwer. Unberechenbarkeit wird zur Waffe. Sind wir noch im Frieden, oder befinden wir uns schon im Krieg?"
Tja, das ist eine gute Frage. Diese Ausgabe der ExpressZeitung wird Ihnen eine eindeutige Antwort darauf geben und belegen, daß der Dritte Weltkrieg längst begonnen hat - ein Krieg gegen die westliche Zivilisation und ihre führenden Nationen.<<

Tage- oder wochenlanger Stromausfall

Die Zukunft war früher auch besser.
Karl Valentin, eigentlich Valentin K. Fey (1882-1948, deutscher Kabarettist)

Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die eigene Regierung

Angesichts der katastrophalen Folgen von drohenden Netzzusammenbrüchen (Blackouts), kann sich die deutsche Bundesregierung nicht einfach aus der Verantwortung stehlen, denn die von ihr angeordnete ideologische Energiewende verursachte schließlich nachweislich den gegenwärtigen desolaten Zustand der deutschen Energiewirtschaft.

Bei der staatlich angeordneten Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft (Energiewende) handelt es sich faktisch um die gleiche perfide Vorgehensweise wie bei

- der Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Staatliche Kompetenzen der Nationalstaaten werden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen,
- der EU-Haftungs- und Schuldenpolitik (geplante Vergemeinschaftung der EU-Schulden etc.),
- der schleichenden Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland (Tolerierung einer gemeingefährlichen totalitären Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die zum Beispiel in fast allen islamischen Ländern jede Art von Religionsfreiheit gewaltsam unterdrückt und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptiert),
- der illegalen Massenmigration (Flüchtlingspolitik = Masseneinwanderung bzw. Unterwanderung durch fehlende Grenzsicherungsmaßnahmen seit 2015),
- der systematischen Schwächung der Bundeswehr (Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht, der Reduzierung der Streitkräfte und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute praktisch nicht mehr verteidigungsfähig),
- der staatlich unterstützten Zerstörung der deutschen Automobilindustrie usw.,
- der totalitären Gender-Ideologie (ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen),
- der linkslastigen Berichterstattung (Durchsetzung der "politischen Korrektheit" mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender = Meinungsgleichschaltung statt Meinungsfreiheit),
- der Tolerierung des Linksextremismus (Verfassungsfeindliche oder terroristische Aktionen der Linksradikalen gegen die "Rechtsradikalen" bleiben nicht selten unbehelligt und werden vielerorts sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt),
- der starrsinnigen Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" seit März 2020. Die Corona-Politik der deutschen Bundesregierung stürzte unser Land schließlich in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, bedrohte besonders die soziale und ökonomische Existenz und reduzierte drastisch die Bürgerrechte aller Deutschen.

Petitionen an den Deutschen Bundestag

In einer Irrsinnigen Welt vernünftig sein zu wollen, ist schon wieder ein Irrsinn für sich.
Voltaire, eigentlich Francois-Marie Arouet (1694-1778, französischer Philosoph und Dichter)

Erste Petition

Um tage- oder wochenlange Stromausfälle (Blackouts) in unserem Land zu verhindern, ist es dringend erforderlich, die gegenwärtige gemeingefährliche Energiewende unverzüglich zu reformieren.

Am **28. Mai 2019** schrieb ich deshalb meine erste Petition an den Deutschen Bundestag (mit

der Bitte um Veröffentlichung):

Wortlaut der ersten Petition vom 28.05.2019

Der Deutsche Bundestag möge eine 15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Begründung

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeitig:
Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.
Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.
Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.
Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.
Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.
Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.
Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.
Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.
Außerdem schlug die sogenannte "Kohlekommission" im Januar 2019 vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.
Da die regenerativen Energien (Windkraftwerke, Solaranlagen etc.) Strom nicht verläßlich produzieren können, sind ab 2023 die Strommengen der ersatzlos stillgelegten Reservekraftwerke (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) in Großspeichern vorzuhalten, um überregionale Blackouts zu verhindern.
Deutschland verfügt heute nur über 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von **rd. 6.565 MW**, die lediglich **4-8 Stunden** Strom produzieren können.
Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.
Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (**drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands**) sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>**20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft**
Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden. ...<<
Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO2-Emissionen verursachen, nicht funktionieren.

Ablehnung der Petition vom 28. Mai 2019 durch den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages

Am **12. Juli 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit, daß

zunächst eine Stellungnahme der Bundesregierung erforderlich wäre, bevor der Ausschuß über die Veröffentlichung der Petition entscheiden könnte.
Am **24. September 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages schließlich mit, daß sich bereits eine **sachgleiche Petition (***"Flexibilisierung des Atommoratoriums und die Berücksichtigung der Kernkraftwerknutzung als Alternative für den Klimaschutz …"*) in der parlamentarischen Prüfung befindet, **deshalb wurde von der Veröffentlichung meiner Petition abgesehen.**
Erstaunlicherweise existierte gemäß *Petitionssuche* die oben genannte sachgleiche Petition "Flexibilisierung des Atommoratoriums …" nicht!
Am **2. Dezember 2019** teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages folgendes mit: >>… Der Deutsche Bundestag hat ihre Petition beraten und am 14. November 2019 beschlossen:
Das Petitionsverfahren abzuschließen.
… Abschließend weist der Ausschuß darauf hin, daß sich Deutschland - neben dem Ausstieg aus der Atomenergie - mit dem Klimaschutzplan 2050 das Ziel gesetzt, spätestens bis zum Jahr 2050 seine Energieversorgung nahezu vollständig zu dekarbonisieren. Damit leistet Deutschland nicht nur einen substantiellen Beitrag bei den internationalen Bemühungen, den Klimawandel zu begrenzen, sondern reduziert auch für sich selbst durch mehr Effizienz, einer geringeren Energienachfrage sowie durch den stetigen und konsequenten Ausbau erneuerbarer Energie den Bedarf an Energieimporten in Form von Gas, Mineralöl und Uran. Damit wird die vom Petenten geforderte Versorgungssicherheit nachhaltig gewährleistet. …
Der abweichende Antrag der Fraktion der AfD, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.<<

Zweite Petition
Am **14. Oktober 2019** schrieb ich eine weitere Petition an den Deutschen Bundestag (mit der Bitte um Veröffentlichung):
Wortlaut der zweiten Petition vom 14.10.2019
Der Deutsche Bundestag möge die Teilverstaatlichung der konventionellen Kraftwerke in Deutschland beschließen.
Begründung
Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien. Man verzichtet damit auf die gegenwärtigen Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grundlast-Stromerzeugung wird zukünftig allein den Gaskraftwerken auferlegt.
Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit der Wirtschaft und Endverbraucher nicht gewährleistet werden kann. Aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger kann der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden.
Regenerative Energieträger (Windkraft- und der Photovoltaikanlagen) sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb müssen mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage doppelt vorhanden sein. Die restlichen 20 % sind durch Stromimporte auszugleichen.
Gegenwärtig und zukünftig wird mit Sicherheit kein privater Betreiber von konventionellen Kraftwerken neue Gaskraftwerke errichten lassen, denn aufgrund der Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom sind alle konventionellen Kraftwerke unrentabel. Die privaten Betreiber von konventionellen Kraftwerken planen deshalb wegen fehlender Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals eher Stilllegungen als Kraftwerksneubauten.

Der Bau der erforderlichen Gaskraftwerke darf nicht weiter hinausgezögert werden, denn die Zeit drängt. Allein ab 2023 müssen in Deutschland für rund **22.000 MW** Kraftwerksleistung (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) Ersatzkapazitäten geschaffen werden. Das entspricht etwa 40 % der heute installierten Leistungen der Kern- und Kohlekraftwerke.
Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von **rd. 6.565 MW**) sind Störungsfälle, wie z.B. Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.
Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommt die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.
Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen muß die deutsche Bundesregierung die Teilverstaatlichung der konventionellen Kraftwerke beschließen und unverzüglich den Bau der erforderlichen Gaskraftwerke anordnen und finanzieren.

Veröffentlichung der zweiten Petition 100322: Energiewirtschaft - Teilverstaatlichung konventioneller Kraftwerke
Am 18. Februar 2020 teilte mir der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages die Veröffentlichung meiner Petition mit.
Während der 30tägigen Mitzeichnungsfrist **zeichneten bis zum 18. März 2020 lediglich 46** Personen diese Petition.
Ungeachtet des kläglichen Scheiterns können alle 46 Mitzeichner später wenigstens darauf hinweisen, daß sie rechtzeitig vor tage- oder wochenlangen Stromausfällen gewarnt haben!
Spätestens nach Abschaltung der strategisch sehr wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf, KKW Grohnde und KKW Gundremmingen: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland, KKW Neckarwestheim 2 und KKW Isar 2: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**) **werden in Deutschland die Lichter ausgehen!**

Netzzusammenbrüche (Blackouts)

> Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen.
> *Spottvers der 68er Bewegung*

Die deutsche Energiewirtschaft steht gegenwärtig vor ihrer größten Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Ab 2023 fehlen in Deutschland rund **22.000 MW Grundlast-Kraftwerksleistung** (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW).
Angesichts der wegfallenden Grundlast- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke sowie der Tatsache, daß es in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr genügend konventionelle Grundlastkraftwerke sowie keine effizienten und leistungsfähigen Großspeicher geben wird, sind Netzzusammenbrüche (Blackouts) nur noch eine Frage der Zeit.
Da durch den Wegfall von besonders wichtigen Grundlast- und Mittellastkraftwerken (Kern- und Kohlekraftwerke) zwei der drei Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung bewußt zerstört wurden, kann zukünftig keine sichere Energieversorgung gewährleistet werden. Die ideologische Energiepolitik der linkslastigen Gutmenschen wird deshalb unumkehrbar im Chaos enden.
Längere flächendeckende Blackouts werden chaotische Zustände und nationale Katastrophen auslösen. Infolge von tage- oder wochenlangen Stromausfällen wird die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur völlig kollabieren. Ohne Strom brechen sofort die Trink-

wasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.
Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftlichen Betriebe aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Schulen und ähnliche Einrichtungen müssen schließen. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Kampf ums nackte Überleben
Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschatzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.
Während des brutalen Existenzkampfes um Leben und Tod kämpft zwangsläufig jeder gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich Lebensmittel, Vermögensgegenstände und andere Dinge vor den Konkurrenten zu sichern. In dieser dramatischen Zeit setzen sich in erster Linie der Aggressionstrieb, Brutalität, Hab- und Machtgier sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.
Alle deutschen "Klimaaktivisten", "Weltenretter" und Gutmenschen, die infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche die Realität ausblendeten und sich tatkräftig an der Ausgrenzung und Verfolgung der "Klimaleugner" beteiligten, werden sicherlich nach dem ersten längeren Netzzusammenbruch (Blackout) selbst zu den Verfolgten zählen.

Widerstandsrecht gegen staatsgefährdende Maßnahmen der deutschen Regierung

> Schlaf, mein Kind - schlaf, es ist spät! / sieh, wie die Sonne zur Ruhe geht, / hinter den Bergen stirbt sie im Rot. / Du - du weißt nichts von Sonne und Tod, / wendest die Augen zum Licht und zum Schein. Schlaf - es sind so viele Sonnen noch dein, / schlaf, mein Kind - mein Kind, schlaf ein!
> *Richard Beer-Hofmann (1866-1945)*

Wacht endlich auf, wehrt euch und leistet Widerstand
Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), **wird es keine Netzstabilität mehr geben: "In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**
Trotz der drohenden Katastrophe werden vermutlich die meisten Deutschen ihren komaähnlichen Todesschlaf fortsetzen und weiterhin keinen aktiven Widerstand leisten, um die planmäßig eingeleiteten gemeingefährlichen Destabilisierungsmaßnahmen des NWO-Imperiums sofort zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Der deutsche Michel zeichnete sich leider schon immer durch Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.

Ein Spottvers beschäftigte sich bereits im Jahre 1845 mit dem arglosen, vertrauensseligen "deutschen Michel" (x105/61):
>>Schlaf, Michel schlaf
Du bist und bleibst ein Schaf
Schlaf noch eine Weile
Du hast ja keine Eile.<<



Abb. 36 (x090/208): Michel und seine Kappe.

Infolge der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche (Schuldkult und Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ist den meisten Deutschen anscheinend jeglicher Realitätssinn und der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen. Fast das gesamte Land ähnelt gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben.

Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln schon seit Jahren zu Recht an der Zurechnungsfähigkeit des deutschen Volkes oder kritisieren die weltfremde und ideologische Destabilisierungspolitik der selbstherrlich agierenden deutschen Politiker und Parteien sowie den alles beherrschenden Meinungs- und Gesinnungsterror der gleichgeschalteten Propagandamedien und der selbsternannten "Gutmenschen".
Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn die deutsche Regierung diese Aufgaben unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst zu verteidigen und die gegenwärtige "Scheindemokratie" grundlegend zu reformieren.
Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes systematisch zu zerstören. In einer Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen sowie ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen dominiert werden.
Der derzeitige ideologische Wahnsinn sowie der Meinungs- und Gesinnungsterror dürfen nicht mehr ohne Gegenwehr hingenommen werden. Wir müssen unverzüglich zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! Alle staatlich angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen müssen sofort eingestellt und korrigiert werden.

Hochverrat wegen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland
In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.
Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,
"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".
Besonders die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende", diente nachweislich nicht dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.
Falls die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Schäden und Gefahren der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung weiterhin ignoriert, obgleich sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachweislich gefährden sowie die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, muß das Volk den Rechtsstaat unverzüglich selbst verteidigen.

Recht zum Widerstand
Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes " … das Recht bzw. die staatsbürgerliche Pflicht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".
Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.
Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Haupttätigkeit des Staates ist es, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und

das Gemeinwohl der Deutschen, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, zu bewahren und zu schützen.
Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Nach der verlorenen Freiheit droht zusätzlich der Verlust der Heimat
Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigene Regierung bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir gegen die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen und die wahnsinnigen Machenschaften der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten unverzüglich Widerstand leisten.
Falls ein ehemals freiheitsliebendes und gebildetes Volk von etwa 63,4 Millionen Deutschen nicht die Kraft aufbringt, die fremdbestimmten Politiker und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen auszuschalten, dann wird die glorreiche Geschichte und das Volk der Deutschen mit absoluter Sicherheit untergehen.
Bei diesem Widerstand geht es nicht nur um Sein oder Nichtsein, sondern es geht vor allem um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat und die Rückgewinnung unserer Freiheit zu tun.
Wenn wir nicht auch noch den letzten Rest unserer geschundenen deutschen Heimat verlieren wollen, dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen, wie man den Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickelt und damit die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung zerstört, sondern wir müssen uns endlich aktiv gegen die angestrebten verbrecherischen Ziele der "Neuen Weltordnung" wehren und erbitterten Widerstand leisten.
Jeder aufrechte deutsche Patriot, der sich mit seinem Volk sowie seinem Heimatland identifiziert und gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes Widerstand leistet bzw. seine staatsbürgerliche Pflicht erfüllt, kann seine gesamte Existenz oder sogar sein Leben verlieren, aber dieser Einsatz ist letzten Endes gerechtfertigt, wenn man damit seine Heimat vor dem Untergang bewahren und das Schicksal der ewigen Heimatlosigkeit vermeiden kann.
August H. Hoffmann von Fallersleben (1798-1874, von 1830-42 Prof. für deutsche Sprache und Literatur in Breslau) schrieb im Jahre 1850 über den endlosen Freiheitskampf der Deutschen: >>**Deutsche Verzweiflung**
In Angst und bürgerlichem Leben
wurde nie eine Kette gesprengt.
Hier muß man schon mehr geben,
die Freiheit wird nicht geschenkt.

Es sind die glücklichen Sklaven
der Freiheit größter Feind,
drum sollt ihr Unglück haben
und spüren jedes Leid.

Nicht Mord, noch Brand, noch Kerker,
Noch Standrecht obendrein,
Es muß noch kommen stärker,
Wenn's soll von Wirkung sein.

Zu Bettlern sollt ihr werden,
Verhungern allesamt.
Zu Mühen und Beschwerden
Verflucht sein und verdammt.

Euch soll das bißchen Leben
So gründlich sein verhaßt,
Daß ihr es weg wollt geben
Wie eine schwere Last.

Dann, dann vielleicht erwacht doch
In euch ein neuer Geist,
Ein Geist, der über Nacht noch
Euch hin zur Freiheit reißt!<<

Wer die Geschichte des eigenen Volkes ignoriert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen

> Völker ohne nationale Identität sind Freiwild für andere Staaten.
> *Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938, türkischer Politiker)*

Falls wir nicht wie unsere Vorfahren bereit sind, unsere Heimat und unsere Freiheit bis zum letzten Atemzug zu verteidigen, werden wir mit Sicherheit das tragische Schicksal der Ostdeutschen (**Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße)** erleiden.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden damals insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.
Nachdem die Deutschen 1919 bereits 13 % ihres Staatsgebietes abtreten mußten, wurden 1945 weitere 21 % des deutschen Staatsgebietes geraubt sowie mindestens 14 Millionen Deutsche aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" gewaltsam vertrieben.
Die meisten Deutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert nicht mehr rechtzeitig fliehen können. Die Mittel- und Westdeutschen sollten deshalb vorab unbedingt die *Dokumentation der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung* über **"Die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa"** lesen, denn die damaligen Ereignisse in Ost-Mitteleuropa (Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Massenvergewaltigungen, Selbstmorde, Internierung in Lagern, Lagergreuel, Zwangsarbeit, Sklavendasein, Folter und Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung) wiederholen sich mit Sicherheit in ähnlicher Art und Weise auch westlich der Oder-Neiße-Linie in Mittel- und Westdeutschland.
Fast alle Überlebenden der Flucht- und Vertreibungskatastrophen östlich der Oder-Neiße-

Linie berichteten damals in ihren Erlebnisberichten:

"Not lehrt beten! …"

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht, damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug verteidigen, denn wir sind es unseren Vorfahren und unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:

Einstellungstermin der 1. Fassung des globalen Terrorimperiums … Band III (38 PDF-Dateien): **01.08.2020**

Einstellungstermin der 1. überarbeiteten Fassung des globalen Terrorimperiums … Band II/1 – Band II/2 (2 PDF-Dateien): **01.05.2025**

Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **(...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-

	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x011	Statistisches Reichsamt (Hg.): Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich aufgrund der Volkszählung 1939. Berlin 1944.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.

x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland. Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x053	Westenrieder, Norbert: Deutsche Frauen und Mädchen. Vom Alltagsleben 1933-1945. Düsseldorf 1984.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: Hitlers letzte Tage. 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage.

	München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x071	Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x072	Hermand, Jost: Als Pimpf in Polen. Erweiterte Kinderlandverschickung 1940-1945. Frankfurt/Main 1993.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x078	Folttmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: Opfergang der Generale. Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x082	Pawlak, Zacheusz: Ich habe überlebt. Ein Häftling berichtet über Maidanek. Hamburg 1979.
x083	Gellhorn, Martha: Das Gesicht des Krieges. Reportagen 1937-1987. München/Hamburg 1989.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x085	Wette, Wolfram, und Gerd R. Ueberschär (Hg.): Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Frankfurt/Main 1992.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x096	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000. Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999.
x097	DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag

	(Hg.).Gütersloh 1953-56.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x102	Steinbach, Peter, und Johannes Tuchel (Hg.): Lexikon des Widerstandes 1933-1945. 2. überarbeitete und verbesserte Auflage. München 1998.
x103	Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945. Berlin 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Ostdeutsche Gedenktage 1989. Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x113	Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x121	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933-1945. Hamburg 1982
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und

	französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x135	Kaemmerer, M.: Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße. 3. erweiterte Auflage. Leer 1988.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x157	Müller-Enbergs, Helmut, Jan Wielgohs und Dieter Hoffmann (Hg.): WER WAR WER in der DDR. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000/2001.
x158	Weiß, Hermann (Hg.): PERSONEN LEXIKON 1933-1945. Wien 2003.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x165	Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x166	Kennedy, Paul: Die Casablanca-Strategie. Wie die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen. München 2014.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x172	Baker, Nicholson: Menschenrauch. Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivili-

	sation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x179	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): Illustrierte Weltgeschichte. Band 15. Der 2. Weltkrieg und seine Folgen. Neuer Tessloff Verlag, Hamburg 1969.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x194	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In der frühen Neuzeit. 1. Auflage. Stuttgart 1970.
x212	Adams, Clapham, Fagg u.a.: Atlas der Geschichte. Von den Anfängen bis zum 20. Jh. Köln 1990.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.
x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.
x228	Chronik Verlag (Hg.): Die 500 wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Gütersloh/München 2007.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): Nationalhymnen. Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): Geschichtsbuch. Band 3. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x264	Gosztony, Peter: Stalins fremde Heere. Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x267	Johann, Ernst (Hg): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt

	werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x290	Reiners, Ludwig: Bismarck gründet das Reich. München 1980.
x292	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Krieg ist nicht an einem Tag vorbei. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x304	Zentner, Christian (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Ein Lexikon. München 1995.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): 50 Jahre Deutschland. Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: Historischer Atlas Deutschland. Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten – verkauft – verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder 2018 (Havel).
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder 2018 (Havel).
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): Schwarzbuch Angela Merkel. Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder 2016 (Havel).
x324	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x338	Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im

	Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x339	Abdel-Samad, Hamed: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.
x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): Zensur in der BRD. Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Morde. Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): Feindbild Familie. Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg gegen Rußland. Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x351	Elsässer, Jürgen (Hg.): Klimawandel. Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 15. Werder (Havel) 2017.
x352	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x356	Barmettler, André (Hg.): Corona-Hysterie ohne Beweise. ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x861	http://horst-koch.de/diktatur-europa/ - Januar 2016.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html – September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&viev=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info … - Februar 2018
x898	https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/religionsfreiheit/ - April 2018
x902	https://www.freiewelt.net/ - Januar 2019
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x904	https://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal_f%C3%BCr_die_ermordeten_Juden_Europas – März 2019
x916	https://ostmaerker.files.wordpress.com/2012/02/m-spanehl-die-zerstc3b6rung-der-deutschen-volksidentitc3a4t.pdf - April 2019
x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x920	https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/ - April 2019
x931	http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/ – Juli 2019
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html – Juli 2019
x933	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-kapert-deutschland.html – Juli 2019
x934	https://www.afd.de/erika-steinbach-zum-70-geburtstag-des-grundgesetzes/ – Juli 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ – Juli 2019

x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail – Juli 2019
x941	https://horst-koch.de/nachkriegsschuld-r-keeling/ – Juli 2019
x943	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/ – November 2019
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschafts-instrument/ – November 2019
x947	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehort-der-islamismus-zum-islam/ – November 2019
x948	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-der-us-geostrategie/#more-5772 – November 2019
x950	https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-modell-elitendemokratie-ist-historisch-verheerend-gescheitert – November 2019
x951	https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung – November 2019
x952	https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier – November 2019
x953	https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung – November 2019
x954	https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-scheindemokratie-warum-schweigen-die-laemmer – November 2019
x955	https://horst-koch.de/vatikanmigranten/ – November 2019
x958	https://horst-koch.de/minarette/ – November 2019
x959	https://horst-koch.de/kinder-und-erziehung/ – November 2019
x960	https://horst-koch.de/ber-niedergang-deutschlandshaisenko/ – November 2019
x961	https://horst-koch.de/die-energiewende-s-schulien/ – November 2019
x963	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/ – November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ – November 2019
x965	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/ – November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ – November 2019
x969	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-von-den-quellen-der-deutschen-kultur/ – November 2019
x973	https://www.konrad-adenauer.de/quellen/erklaerungen/1949-09-20-regierungs-erklaerung – April 2020
x974	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ – November 2019

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.